

Stenographischer Bericht

19. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 11. Dezember 2001

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Landesrat Dr. Hirschmann, Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa.

Aktuelle Stunde:

Thema: Auswirkungen des Generalverkehrsplans auf die Steiermark.

Begründung: Abg. Hagenauer.

Redner: Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl, Abg. Hagenauer, Abg. Schrittwieser, Abg. Wiedner, Abg. Straßberger.

Nachruf.

1. Mitteilungen.

2. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 249/1, der Abgeordneten Wicher und Tschernko, betreffend Anerkennung der Gebärdensprache.

Berichterstatterin: Abg. Wicher.

Redner: Abg. Wicher, Abg. Mag. Lackner, Abg. Lechner-Sonnek, Bundesrat Weilharter, Landesrat Dr. Flecker.

Beschlussfassung.

3. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 110/1, Beilage Nr. 6, Gesetz über den Landessanitätsrat.

Berichterstatter: Abg. Mag. Erlitz.

Redner: Abg. Mag. Erlitz, Abg. Lafer, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Bacher, Landesrat Dörflinger.

Beschlussfassung.

4. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/1, betreffend Sozialbericht 1999/2000.

Berichterstatterin: Abg. Gross.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 7.

Beschlussfassung.

5. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 607/1, der Abgeordneten Bacher, Beutl, Mag. Drexler, Gangl, Mag. Koller, Dr. Lopatka und Pußwald, betreffend Vaterschaftsurlaub.

Berichterstatter: Abg. Mag. Drexler.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 7.

Beschlussfassung.

6. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 628/1, der Abgeordneten Mag. Dr. Bleckmann und Lafer, betreffend Pflegeheime beziehungsweise Pflegeplätze und Sachwalterschaft.

Berichterstatterin: Abg. Mag. Dr. Bleckmann).

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 7.

Beschlussfassung.

7. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 614/1, der Abgeordneten Gross und Mag. Lackner, betreffend die Novellierung des Einkommensteuergesetzes für BetreiberInnen von Privatkindergärten.

Berichterstatterin: Abg. Gross.

Redner zu den Tagesordnungspunkten 4, 5, 6, 7 und 36: Abg. Hammerl (1183), Abg. Gross (1186), Abg. Mag. Dr. Bleckmann, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Dr. Lopatka, Abg. Pußwald, Abg. Mag. Lackner, Abg. Tschernko, Abg. Stöhrmann, Abg. Dietrich, Abg. Mag. Drexler, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Graf, Landesrat Dr. Flecker, Abg. Dr. Lopatka, Abg. Mag. Zitz.

Beschlussfassung.

8. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Landesrechnungshofbericht, Einl.-Zahl 705/1, betreffend stichprobenweise Prüfung eines von der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft VA TECH ELIN Ges.m.b.H., 8160 Weiz, Kapruner-Generator-Straße 38 errichteten Wohnanlage.

Berichterstatter: Abg. Hagenauer.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 9.

Beschlussfassung).

9. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Landesrechnungshofbericht, Einl.-Zahl 706/1, betreffend stichprobenweise Prüfung eines von der Gemeinnützigen Wohn- und Siedlungsgenossenschaft Schönerer Zukunft Steiermark Ges.m.b.H., 8041 Graz, Liebenauer Hauptstraße 289 errichteten Wohnanlage.
Berichterstatter: Abg. Kreisl.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 8 und 9: Abg. Ferstl.
Beschlussfassung.
10. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 655/1, betreffend den Verkauf von 22 landeseigenen Liegenschaften zu einem Verkaufspreis von insgesamt 974,200.000 Schilling (das sind 70,797.875 Euro) an die Landes-Immobilien-gesellschaft m.b.H. und die Ermächtigung der Landesregierung zur Übernahme von Haftungen des Landes als Bürge und Zahler gemäß Paragraf 1357 ABGB für von der Landes-Immobilien-gesellschaft m.b.H. aufzunehmende Darlehen von insgesamt maximal 4,128.090.000 Schilling (das sind 300 Millionen Euro).
Berichterstatter: Abg. Bittmann.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 11.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 653/1, betreffend die Bedeckung überplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2001 (achter Bericht für das Rechnungsjahr 2001).
Berichterstatterin: Abg. Mag. Koller.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 10 und 11: Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Gennaro, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl, Abg. Wiedner, Abg. Schleich.
Zur Geschäftsordnung: Abg. Schrittwieser, Abg. Dr. Lopatka.
Beschlussfassung).
12. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 641/1, betreffend Arbeitsförderungsbericht 1999/2000.
Berichterstatter: Abg. Bacher.
Redner: Abg. Lechner-Sonnek, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 627/1, der Abgeordneten Wiedner und Mag. Dr. Bleckmann, betreffend Erweiterung und Schaffung bestehender beziehungsweise neuer Berufsbilder um den Bereich erneuerbare Energie.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Antrag, Einl.-Zahl 540/1, der Abgeordneten Dietrich, List, Ferstl und Graf, betreffend Überprüfung der SÖBSA-Sozial-, Öko- und Beschäftigungsservice GmbH.
Berichterstatter: Abg. List.
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 610/1, der Abgeordneten Riebenbauer, Dietrich und Gangl, betreffend Ernteausfallsversicherung.
Berichterstatter: Abg. Riebenbauer .
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 16.
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 278/2, zum Beschluss Nr. 77 des Steiermärkischen Landtages vom 20. März 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Zitz und Lechner-Sonnek, betreffend Lebensmittelsicherheit.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Zitz.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 15 und 16: Abg. Riebenbauer (1215), Abg. Dietrich, Abg. Halper, Abg. Rieser, Abg. Mag. Zitz, Abg. Stöhrmann, Landesrat Pörtl.
Beschlussfassung.
17. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 70/1, der Abgeordneten Kaufmann, Schrittwieser, Margarethe Gruber und Stöhrmann, betreffend die verfassungsrechtliche Absicherung der Steiermärkischen Landesforste.
Berichterstatterin: Abg. Kaufmann.
Redner: Abg. Kaufmann, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Gangl, Abg. Dipl.-Ing. Wöhry, Abg. Hagenauer, Landesrat Pörtl.
Beschlussfassung.
18. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 643/1, betreffend den Verkauf der Liegenschaft in 8330 Feldbach, Raabau Nr. 110, GB. Feldbach, KG. 62147 Raabau, EZ. 164 im Grundflächenausmaß von 2575 Quadratmeter an die Gemeinde Raabau zum Preis von 4 Millionen Schilling (290.691,34 Euro).
Berichterstatter: Abg. Dirnberger.
Beschlussfassung .

19. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 295/2 und 363/2, zum Beschluss Nr. 147 des Steiermärkischen Landtages vom 8. Mai 2001 über den Antrag, Einl.-Zahl 295/1, der Abgeordneten Wiedner und Mag. Dr. Bleckmann, betreffend Führung von IT-Klassen an AHS und zum Beschluss Nr. 148 des Steiermärkischen Landtages vom 8. Mai 2001 über den Entschließungsantrag, Einl.-Zahl 363/1, der Abgeordneten Mag. Erlitz und Kröpfl, betreffend Führung von IT-Klassen an AHS.
Berichterstatterin: Abg. Graf.
Rednerin: Siehe Tagesordnungspunkt 20.
Beschlussfassung .
20. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 274/1, der Abgeordneten Mag. Dr. Bleckmann und Graf, betreffend Legasthenie.
Berichterstatterin: Abg. Dietrich.
Rednerin zu den Tagesordnungspunkten 19 und 20: Abg. Graf.
Beschlussfassung.
21. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 127/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Stöhrmann und Schleich, betreffend Beschluss eines Zweitwohnsitzabgabengesetzes und Novellierung des Steiermärkischen Nächtigungs- und Ferienwohnungsabgabengesetzes.
Berichterstatter: Abg. Prattes.
Beschlussfassung.
22. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 285/3, zum Beschluss Nr. 105 des Steiermärkischen Landtages vom 20. März 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich und List, betreffend Umsetzung der Melker Vereinbarung über das AKW Temelin.
Berichterstatterin: Abg. Dietrich.
Redner: Abg. Dietrich, Abg. Hagenauer, Abg. Halper, Abg. Gödl, Abg. Halper.
Beschlussfassung.
23. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 647/1, betreffend Wissenschaftsbericht 2000 mit beigelegtem Geschäftsbericht der landeseigenen JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft m.b.H.
Berichterstatter: Abg. Mag. Dr. Rauch.
Redner: Abg. Mag. Dr. Rauch (1228), Abg. Kröpfl.
Beschlussfassung.
24. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 605/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Sozialstaat Österreich.
Berichterstatterin: Abg. Lechner-Sonnek.
Rednerin: Abg. Lechner-Sonnek.
Beschlussfassung.
25. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 624/1, der Abgeordneten Lafer, List und Ferstl, betreffend Abbau von Planstellen im Bereich der Kriminaldienste.
Berichterstatter: Abg. Lafer.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 26.
Beschlussfassung.
26. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 625/1, der Abgeordneten Lafer, List und Ferstl, betreffend Bekämpfung der organisierten Kriminalität.
Berichterstatter: Abg. Lafer.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 25 und 26: Abg. Lafer.
Beschlussfassung.
27. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 650/1, betreffend den Verkauf der im Lageplan des Dipl.-Ing. Horst Rinner vom 27. Oktober 2000, GZ. 9958 dargestellten Trennstücke 1 und 2 der EZ. 132, KG. 63127 Wenisbuch im Ausmaß von 548 Quadratmeter an Dr. Ingrid Thomüller, 8010 Graz, Blümelhofweg 6 zum Preis von 1,664.000 Schilling (119.474,14 Euro).
Berichterstatter: Abg. Tschernko.
Beschlussfassung.
28. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 191/2, zum Beschluss Nr. 155 des Steiermärkischen Landtages vom 8. Mai 2001 über den Antrag der Abgeordneten Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Änderung des Bundesgesetzes betreffend das Bundesgesetzblatt.
Berichterstatterin: Abg. Gross.
Rednerin: Siehe Tagesordnungspunkt 29.
Beschlussfassung.
29. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 418/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa und Dr. Reinprecht, betreffend Übermittlung von VfGH- und VwGH-Erkenntnissen an den Landtag.
Berichterstatterin: Abg. Gross.
Rednerin zu den Tagesordnungspunkten 28 und 29: Abg. Dr. Reinprecht.
Beschlussfassung.

30. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Landesrechnungshofbericht, Einl.-Zahl 704/1, betreffend Prüfung der Rechnungsabschlüsse der Wirtschaftsbetriebe des Landes Steiermark.
Berichterstatter: Abg. Prattes.
Beschlussfassung.
31. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 656/1, betreffend Kompetenzzentrum für interaktives E-Business (K_{ind}).
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Beschlussfassung.
32. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 313/1, der Abgeordneten Straßberger, Bacher, Beutl, Bittmann, Dirnberger, Mag. Drexler, Dr. Forenbacher, Gangl, Gödl, Hamedl, Hammerl, Kasic, Ing. Kinsky, Mag. Koller, Kreisl, Dr. Lopatka, Majcen, Ing. Ober, Purr, Pusswald, Mag. Dr. Rauch, Riebenbauer, Rieser, Tasch, Tschernko, Wicher und Dipl.-Ing. Wöhry, betreffend Straßeninfrastruktur in der Steiermark.
Berichterstatter: Abg. Dirnberger.
Beschlussfassung.
33. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 539/1, der Abgeordneten Wiedner, List, Kröpfl und Detlef Gruber, betreffend Ausbau und Erweiterung der HTBLA in Kaindorf an der Sulm.
Berichterstatterin: Abg. Graf.
Rednerin: Abg. Mag. Koller.
Beschlussfassung.
34. Antrag, Einl.-Zahl 659/1, der Abgeordneten Hagenauer, Lechner-Sonnek und Mag. Zitz, betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum steirischen Baukartell.
Redner: Abg. Hagenauer.
Beschlussfassung.
35. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 143/1, der Abgeordneten Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend die Bewilligung von GSM-Anlagen im Baugesetz sowie über den Antrag, Einl.-Zahl 135/1, der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Schleich und Margarethe Gruber, betreffend Weiterführung der Verhandlungen betreffend Handymasten.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Zitz.
Redner: Abg. Mag. Zitz, Abg. Gödl.
Beschlussfassung.
36. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 492/1, Beilage Nr. 63, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Kinderbetreuungsförderungsgesetz geändert wird.
Berichterstatterin: Abg. Halper.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 7.
Beschlussfassung.

Weihnachtslieder, gesungen vom MGV Ehrenhausen.

Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die 19. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates. (Allgemeiner Beifall.)

Entschuldigt sind Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann und die Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa.

Ich begrüße die Schülerinnen und Schüler der 4. c-Klasse der Volksschule der Schulschwester unter der Leitung von Frau Dr. Eva Maria Chibic. (Allgemeiner Beifall.)

Vom Landtagsklub der Grünen wurde ein Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Auswirkungen des Generalverkehrsplans auf die Steiermark“ eingebracht.

Gemäß Paragraph 71 GeoLT wird die heutige Landtagssitzung mit dieser Aktuellen Stunde eingeleitet.

Zur Begründung erteile ich dem Erstunterzeichner Herrn Landtagsabgeordneten Peter Hagenauer das Wort. Die Redezeit beträgt zehn Minuten.

Abg. Hagenauer (10.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörer!

Es ist dies die letzte Sitzung in diesem Jahr beziehungsweise vor Weihnachten. Die stille Zeit, wie man sagen könnte. Und wie man sich auch denken könnte, eigentlich nicht unbedingt angebracht, in dieser Zeit und in dieser Sitzung ein allzu prosaisches, knochentrockenes politisches Thema auf die Tagesordnung zu setzen.

Und dennoch haben sich die Grünen dazu entschlossen, genau jetzt diese Aktuelle Stunde zu dem Thema Generalverkehrsplan und insbesondere Stand der Eisenbahnverbindungen für die Zukunft in der Steiermark anzusetzen.

Wissen Sie, wir haben nichts dagegen, wenn jetzt vor Weihnachten die Frau Landeshauptfrau Harry Potter trifft, wie ich den Medien entnehme, der Herr Landeshauptfraustellvertreter einen Brauchtumskalender um 3 Millionen Schilling im ganzen Land ausschickt. (Landeshauptmann Klasnic: „Harry Potter bezahle ich selbst!“)

Alles in Ordnung. Nur, unserer Meinung nach geht das alles der Reihe nach. Das heißt zuerst kommen die Lebensfragen, kommen jene Fragen, womit die Bevölkerung in der Steiermark letztlich à la longue ihre Arbeitsplätze sichern kann und ihr Geld verdient, damit sie vor Weihnachten dann die entsprechenden Einkäufe und die entsprechenden Stimmungen auch haben. Das ist unserer Meinung nach die Aufgabe der Politik und das kommt zuerst und dann kommt das andere. (Beifall bei den Grünen.)

Jetzt konkret zu unserem Thema. Wir wollen mit dieser Aktuellen Stunde auch eine stärkere öffentliche Diskussion über – wie wir überzeugt sind – die wirtschaftliche Lebensfrage der Steiermark erreichen. Es wird der Generalverkehrsplan jetzt über die Feiertage in der stillen Zeit fertig gemacht, ohne dass – wenn man jetzt von unseren Aktivitäten absieht – in der Öffentlichkeit eigentlich genau diese wichtige Frage entsprechend diskutiert würde. Irgendwann im Jänner wird man ihn dann fertig präsentieren, das hören wir ja jetzt schon und man wird sagen, ja, das ist jetzt beschlossen und aus und fertig.

Wir sind der Meinung, dass das jetzt diskutiert werden muss, weil man jetzt noch bis zur Fertigstellung dieses Generalverkehrsplanes auch entsprechende Verbesserungen erreichen kann und entsprechende Verbesserungen erreichen muss, geht es doch nicht zuletzt um den Standort Steiermark – ich habe das schon gesagt – und geht es nicht zuletzt um ein steirisches Problem, dass, wie uns jetzt einmal ein Wirtschaftsvertreter erklärt hat, wir in der Steiermark doppelt so gut sein müssen als alle anderen, nur deswegen, weil wir am internationalen Markt tätig sind und weil wir alleine durch unsere verkehrsmäßig schlechten Anbindungen und Erreichbarkeiten riesige Probleme haben.

Ich komme jetzt zu den einzelnen Projekten, zu den einzelnen Bahnverbindungen, um die es unserer Überzeugung nach geht.

Ich reihe als Erste die Pylrneisenbahn nicht zufällig. Sie hat heuer ihr 100-jähriges Jubiläum gefeiert und ist letztlich im selben Zustand wie vor 100 Jahren bei der Eröffnung. Die Steiermark leitet 80 bis 90 Prozent ihrer Exporte über diese Pylrneisenbahn, das heißt Richtung Passau, Deutschland, Rotterdam Richtung Nordwesten – 80 bis 90 Prozent. Es ist bis heute nicht möglich, auf dieser Strecke etwa Ganzzüge zu führen, das heißt geschlossene, komplette Güterzüge, denen im Güterverkehr die Zukunft gehört und auf die die Steiermark und hier unsere Exportindustrie, beispielsweise etwa der Autocluster, ganz besonders angewiesen ist. Wir expandieren hier in dem Bereich in der Steiermark und es besteht keine Möglichkeit Ganzzüge zu führen, das heißt die Schiene zu nutzen. 140.000 Lkw wird in absehbarer Zeit alleine der Autocluster auf die Straße schicken, auf die Straße schicken mit allen Auswirkungen nicht zuletzt auf den öffentlichen Haushalt, Auswirkungen auf die Umwelt. Die Pylrneisenbahn müsste also schon längst und jetzt vordringlich ausgebaut werden und zumindest abschnittsweise müssten die Engpässe beseitigt werden. Bis heute ist das nicht möglich.

Nächste Strecke in derselben Richtung: Ennstal. Noch unter dem Master-Plan von Verkehrsminister Einem ist im Ennstal ein selektiver Ausbau, zweigleisiger abschnittsweiser Ausbau vorgesehen worden. Im jetzigen Generalverkehrsplan ist davon überhaupt keine Rede mehr. Nicht ein Schilling ist auf Jahrzehnte hinaus im Ennstal vorgesehen.

Nächstes Projekt: Steirische Ostbahn. Irgendwann einmal, wenn Sie sich erinnern, war das als Hochleistungsstrecke vorgesehen. Jetzt, in dem Entwurf des Generalverkehrsplanes, ist ein Ausbau zweigleisig erst ab 2021 vorgesehen. Wie weit man da daran glauben kann, dass das jemals passiert, können Sie sich selbst vorstellen.

Nächstes Projekt: Nahverkehrsknoten Graz. Eine Sache, die vermutlich die ÖBB eher direkt betrifft, aber indirekt natürlich uns alle und die steirische Wirtschaft, weil wenn der Grazer Hauptbahnhof nicht funktioniert, keine Leistung hat, dann werden auch hier – und das ist ja jetzt schon der Fall – entsprechende Engpässe entstehen. Das ist auch erst ab 2012 vorgesehen.

Nächstes Projekt: Terminal Werndorf – ist zwar im Bau, gleichzeitig entnehmen wir aber den Medien, dass in Messendorf, in Kalsdorf ebenfalls Ähnliches geplant ist. Und es stellt sich hier die dringende Frage, wie kann es denn sein, dass man in der Steiermark, wo wir schauen müssen, dass wir wenigstens ein derartiges Projekt auf die Beine kriegen, Parallel- und Konkurrenzprojekte gleichzeitig laufen hat?

Und zum Schluss und nicht zuletzt die Neigezüge, umgangssprachlich als Pendolinos bezeichnet. Diese sind ebenfalls erst relativ spät vorgesehen und nur mit 200 Millionen Schilling. Es sind genau diese Neigezüge, die übrigens in ihrem Kernteil in Graz für den ganzen Weltmarkt produziert werden, bei SGP, die wir dringend in der Steiermark brauchen würden, um wenigstens, solange die Schiene als solche nicht ausgebaut ist, bessere und schnellere Züge realisieren, einsetzen zu können.

Das heißt, was fordern die Grünen?

Wir fordern erstens ein einheitliches, effizientes Auftreten der steirischen Landespolitik in Wien, so wie sie es ungefähr im Straßenausbau erfolgreich tut. Nichts anderes, in aller Bescheidenheit, wäre bei der Schiene notwendig, passiert aber offenbar nicht.

Wir fordern insbesondere ein Vorziehen aller Planungen aller wichtigen Schienenverbindungen in der Steiermark. Das ist leider von der ÖBB in der Vergangenheit überhaupt nicht passiert und leider von der Landespolitik nicht mit dementsprechendem Druck versehen worden. Es wird notwendig sein, alle diese Planungen der HL-AG. zu übertragen.

Wir fordern zum Abschluss und nicht zuletzt, dass diese Bundesregierung, die die Mittel für die Schiene statt sie zu erhöhen noch gekürzt hat, gezwungen wird, zumindest was unser Bundesland und unseren Rückstand anbelangt, noch einmal massiv umschichtet und umdenkt. Es geht nicht an, dass etwa die Maut, so wie die Dinge jetzt liegen, entgegen etwa den Maßnahmen in der Schweiz und in Deutschland wieder nur ausschließlich für den Straßenausbau verwendet wird. Es wäre notwendig, zumindest Teile dieser Maut für den Schienenausbau zu verwenden. Man darf nicht vergessen, dass eine Philosophie, die darin besteht, dass der Staat sagt, ich reduziere meine Ausgaben, ich tätige keine Ausgaben, wirtschaftspolitischer Unsinn ist, ausgesprochener wirtschaftspolitischer Unsinn. Wenn ein Unternehmer hergeht und sagt, ich investiere in meine Firma nicht, weil ich muss sparen, dann wird er irgendwann Pleite machen. Dasselbe gilt für die öffentliche Hand. Die Eisenbahn ist eine wirtschaftliche Investition, die sich rentiert für die österreichische, für die steirische Volkswirtschaft, die bringt im Umweg über Steuereinnahmen genau wieder das Geld herein, das man jetzt ausgibt.

Und nicht zuletzt und zum Abschluss noch einmal ein Rückgriff auf die Arbeitsplätze. Es ist absurd, wenn wir jetzt zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir gerade und nicht zuletzt in der Steiermark eine dramatisch steigende Arbeitslosigkeit am Bausektor und auf der anderen Seite aber einen dringenden Bedarf an Ausbau haben, etwa im Schienenbereich, der nicht nur Arbeitsplätze in diesem Bereich sichern würde, sondern darüber hinaus Arbeitsplätze in der gesamten steirischen Wirtschaft. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 10.16 Uhr.)

Präsident: Zur Abgabe einer Stellungnahme erteile ich dem als zuständig bezeichneten Regierungsmitglied Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schögggl das Wort. Ihre Redezeit beträgt zehn Minuten.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (10.16 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Gäste im Zuschauerraum!

Ich bin Ihnen sehr dankbar für diese Aktuelle Stunde, gibt sie mir doch die Möglichkeit darzustellen, was sich in nächster Zeit im Bereich Infrastrukturausbau in der Steiermark tun wird. Es freut mich besonders, dass sich die Grünen dieses Themas annehmen, vor allem der Kollege Hagenauer unterscheidet sich da wohltuend vom Rest der Fraktion, die sich im Wesentlichen mit der Verhinderung von Infrastrukturprojekten beschäftigt, während er derjenige ist, der dankenswerterweise den weiteren Ausbau von Infrastruktur, insbesondere der Schiene auf seine Fahnen geheftet hat und ich bin ihm sehr dankbar dafür. Ich weiß auch um seine Verdienste, was den Einsatz für den Semmeringbasistunnel in Wien bei seinem Bundesobmann Van der Bellen betrifft und ich hoffe, dass wir auch gemeinsam diese Maßnahmen ergreifen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Generalverkehrsplan im Allgemeinen ist zu sagen, er ist ein Mammutprojekt und ich bedanke mich bei der zuständigen Frau Bundesminister Forstinger, dass sie dieses Projekt in Angriff genommen hat, hat doch der Generalverkehrsplan bereits, ich zähle hier, fünf Verkehrsminister verbraucht. Klingende Namen: Lacina, Streicher, Klima, Scholten, Einem, also durchaus das Who-is-who der Bundespolitik hat sich bereits die Zähne an dem Generalverkehrsplan ausgebissen. Worum geht es letztendlich? Es geht darum, dass man einmal davon Abstand nimmt, einen Fleckerlteppich, um das volkstümlich zu sagen, in Österreich zu legen und dem politischen Gezerre und Hickhack nachzugeben, das einfach darauf abzielt, dass eben überall ein bisschen passiert, aber in Summe sind Infrastrukturmaßnahmen nur dann sinnvoll und erfolgreich, wenn man das gesamte Netzwerk als solches betrachtet. Und wenn man dieses Netzwerk betrachtet und natürlich die volkswirtschaftlich relevanten Güter- und Personenströme darüber legt, dann ist es ganz klar, dass österreichweit zwei Prioritäten – und ich komme gleich zur Schiene – vorhanden sind. Die eine Priorität, österreichweit gesprochen, ist die Westbahn. Das hängt mit der EU und mit der Osterweiterung zusammen und das sind Fakten, auch wenn sie unsere steirischen Interessen nicht so angenehm berühren, über die wir nicht hinwegsehen können.

Aber die zweite Priorität ist der Ausbau des Pyhrnkorridors und wir sind in der Steiermark dabei sehr weit. Die größeren Probleme und darum gibt es auch eine sehr, sehr starke Achse mit Oberösterreich für den weiteren Ausbau des Pyhrnkorridors, liegen auf der oberösterreichischen Seite des Pyhrnkorridors und auch hier gilt, diese Verkehrslebensader ist besonders wichtig, wenn sie als Ganzes verkehrswirksam werden kann. Ein Teil dieses Pyhrnkorridors beziehungsweise auch dieser Nord-Süd-Achse ist natürlich die Achse Klagenfurt–Koralmbahn–Graz, also Villach–Koralmbahn–Graz–Linz beziehungsweise über den Semmering nach Wien. Auch hier wird gearbeitet. Und wenn man heute sagt, es ist zu wenig Geld da für derartige Projekte, so bemüht sich diese Bundesregierung doch sehr wohl die entsprechenden Mittel aufzustellen und den Rahmen – es ist ja auch schon durch die Medien gegangen – entsprechend zu erweitern. Zur Information, es wurde eingeteilt und das ist der Verhandlungsstand von vor wenigen Tagen – es wurden Pakete gebildet. Paket eins betrifft die Schiene, eine Investitionssumme von 70 Milliarden Schilling, Paket zwei 90 Milliarden Schilling und die Pakete drei und vier, die allerdings längerfristig umzusetzen sind, betragen 183 Milliarden Schilling.

Welche Maßnahmen sind nun im Bereich Schiene in den ersten Paketen umzusetzen? Wir werden – und das ist ja auch eines Ihrer Hauptanliegen – die steirische Ostbahn –, diese drei betriebswichtigen Ausweichen im ersten Paket, das heißt, das ist jenes Paket, das in nächster Zeit zur Umsetzung kommt – bis 2006 ausgebaut haben. Wir werden den Terminal Werndorf, Werndorf–Spielfeld in diesem Paket zur Umsetzung bringen. Wir

haben den Ausbau Bruck an der Mur bis Graz, die Verkehrsverbesserung, die Bahnhöfe in diesem Paket. Wir haben in diesem Paket Traun–Selzthal, Beginn mit der Schleife Selzthal, wir haben in diesem Paket das Thema Verbindung Koralmbahn–Ostbahn, insbesondere die Anbindung des Automobilclusters an die Schiene. Wir haben in diesem Paket auch beginnend die Nahverkehrsdrehscheibe Graz, wir haben in diesem Paket natürlich drinnen die weitere Planung und die Weiterbetreuung des Semmeringbasistunnels, aber Sie wissen, dass dieser Ausbau des Semmeringbasistunnels verfahrensabhängig ist und derzeit noch am Widerstand Niederösterreichs scheitert.

Das heißt, wir sind, was den Infrastrukturausbau Schiene betrifft, in der Steiermark sehr gut unterwegs. Gerade die bereits erfolgten Bauübertragungen im Bereich des Streckennetzes der HL-AG. Graz–Puntigam, Terminal Werndorf, sind eines der größten Infrastrukturprojekte, die in der Steiermark überhaupt zur Umsetzung gelangen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass jemand sich hierher stellt und sagt, auf diesem Gebiet passiert in der Steiermark zu wenig oder viel zu wenig, kann ich nur auf eine gewisse Uninformiertheit zurückführen. (Beifall bei der FPÖ.)

Ein Großteil des Verkehrs allerdings, meine Damen und Herren, und es nützt nichts, wir können hier den Kopf nicht in den Sand stecken, betrifft den Ausbau unseres Hochleistungsstraßennetzes. Und hier gilt es, Sie kennen die Diskussion um die Verlängerung der Bundesstraßen, wir sind grundsätzlich dafür, haben uns auch immer dazu bekannt, weil es Gestaltungs-, Planungs- und Entscheidungsspielraum bedeutet und dem Land Steiermark mehr Möglichkeit gibt Prioritäten zu setzen. Allerdings geht das nur dann, wenn wir auch die entsprechende Ausgestaltung mit Bundesmitteln erhalten. Die Verhandlungen laufen. Damit Sie wissen, über welche Größenordnungen wir reden, es geht um etwa 1,14 Milliarden Schilling pro Jahr bis zum Jahr 2008, wobei ab dem Jahr 2004 eine weitere Bundesmilliarde auf die Bundesländer aufzuteilen sein wird, wovon wir in der Größenordnung von etwa 150 Millionen Schilling für das Land Steiermark beanspruchen und ich bin überzeugt davon, dass dieses Bundesgeld auch in dieses Land fließen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit können wichtige Projekte umgesetzt werden, wobei das das Bundesstraßennetz betrifft, und nicht die von der ASFINAG finanzierten Hochleistungsnetze. Aber auch hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, freut es mich Ihnen mitzuteilen, dass wir bis 2006 die größten Projekte umsetzen werden können. Nur einige Beispiele: Vollausbau Mooskirchen–Modriach, Knoten Graz–Ost, ganz wichtig für unsere Wirtschaft und für die Automobilzulieferindustrie, Plabutschunnel zweite Röhre im Bau. Maria Schutz, Ganzstein–Ost, das Mürztal wird bis 2006 durchgehend zu befahren sein. Kindberg–Sankt Marein wird fertig sein. Stausee Zlaten–Röthelstein, das ist der Lückenschluss Bruck an der Mur–Graz. Wir werden im Großraum Graz ein Verkehrsleitsystem entwickeln und einführen, es wird die B 317 Judenburg–Scheifling weiter ausgebaut und die B 319, das heißt die A 2 Fürstenfeld–Staatsgrenze ist ebenfalls bereits in diesem ersten Paket bis 2006 beginnend enthalten, Fertigstellung bis 2011.

Meine Damen und Herren, es freut mich Ihnen mitteilen zu können, dass die Steiermark, was den Infrastrukturausbau betrifft, gut unterwegs ist. Wir brauchen das auch zur Aufwertung unseres Wirtschaftsstandortes Steiermark, zur Aufwertung unserer Lebensqualität, auch weil wir unseren Autofahrern die Möglichkeit geben müssen, zeitgerecht ihre Arbeitsplätze zu erreichen und sicher unterwegs zu sein.

Abgesehen davon wird alles getan und ich versichere Ihnen, wird alles getan, auch am Thema Tunnelsicherheit weiterzuarbeiten. Entsprechende Verfahren und Versuche laufen bereits. Das heißt, wir kümmern uns um die Schiene, wir kümmern uns um die Straße und ich bedanke mich für die intensive Mitarbeit der Grünen. (Beifall bei der FPÖ. – 10.27 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir, wollte ich sagen, nicht vor, aber es hat sich soeben der Herr Abgeordnete Hagenauer zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. Fünf Minuten beträgt Ihre Redezeit.

Abg. Hagenauer (10.27 Uhr): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist das wirklich Ihr Ernst, dass Sie sich nicht zu Wort melden? Ist das Ihr Ernst? (Abg. List: „Sie reden eh!“)

Ich rede, Herr Kollege List, allerdings.

Ist es so, dass die stille Zeit Ihnen so heilig ist, dass Sie ein derartiges Thema nicht annehmen? Wissen Sie, ich bin nicht neu in dem Geschäft, ich mache das jetzt seit 30 Jahren und immer wieder stehe ich fassungslos in der Gegend, so wie das letzte Mal und wir werden ja heute noch die Gelegenheit haben, beim Thema Baukartell und bei dem Thema Infrastruktur. Da werden Sonntagsreden gedroschen, monatelang, jahrelang und Sie gehen nicht einmal da her und nehmen sich die Mühe, in einer Fünf-Minuten-Wortmeldung (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Woher wissen Sie, dass das Sonntagsreden sind?“) dazu Stellung zu nehmen. Das schlägt ja wohl dem Fass den Boden aus! (Beifall bei den Grünen.)

Und jetzt zur Sache: Geschätzte Kollegen von der ÖVP, Sie sind ja vernetzt im World Wide Web. Wenn Sie die grüne Homepage aufmachen – stmk.gruene.at –, dann haben Sie auch die Tabelle aller dieser Projekte da drinnen. Da können Sie gleich nachschauen. Dort werden Sie auch sehen, dass die Steiermark, Herr Landeshauptfraustellvertreter, nicht so fürstlich dasteht, wie Sie das darstellen, sondern in diesem ersten Paket nach Stand Mitte November – das mag sich inzwischen etwas verbessert haben – mit 7,2 Prozent aller in Österreich investierten Bahnmittel. Das finde ich nicht gerade großartig. Das finde ich nicht großartig und da würde ich nicht so stolz sein auf diese 7,2 Prozent. Das ist nämlich ausgesprochen mickrig, ausgesprochen mickrig. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Auf was würden denn Sie stolz sein?“)

Bei der Straße schaut es besser aus, keine Frage. Ob das allerdings ein Heilsversprechen oder eine Drohung ist, das wage ich zu bezweifeln. Das wage ich zu bezweifeln, weil wer wird denn dann die Abgase wieder schlucken müssen, nicht zuletzt hier im Ballungsraum Graz? Wenn der Ostgürtel drinnen ist (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Sie haben in diesem Bereich noch nie Verantwortung getragen!“), in dem Generalverkehrsplan, um ein halbes Dutzend Milliarden Schilling aufwärts, dann frage ich mich, warum also für so eine lebenswichtige Bahnverbindung, wie etwa – nehmen wir her ein anderes Projekt – die steirische Ostbahn, nicht ein Schilling drinnen ist, sehr wohl aber, wie Sie gesagt haben, die Verbindung von der Autobahn Ilz nach Ungarn. Diese ist als Hochleistungsstraße drinnen. Das hatte ich mir, wie Sie richtig sagen, von einem Generalverkehrsplan eigentlich erwartet, dass man da Entscheidungen trifft. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Es muss nicht alles den Grünen gefallen. Wir arbeiten für die Bevölkerung, und nicht für die Grünen!“)

Ich kann nämlich nicht hergehen und gleichzeitig in eine Hochleistungsstraße investieren und mich dann wieder mit großen blauen Augen hinstellen und sagen, die Bahn steht selbstverständlich im Mittelpunkt. Wissen Sie, die wird so lange im Mittelpunkt stehen, bis sie Plattfüße hat. Und sie hat sie eigentlich schon, sie hat sie schon, die Haltungsschäden.

Und noch zum Abschluss ganz kurz: Dass sich der Hagenauer wohltuend vom Rest der Fraktion unterscheidet, halte ich für einen mehr oder weniger hilflosen Versuch, hier einen Keil hineinzutreiben. Die Grünen haben sich immer und mit ganzer Kraft für den Ausbau der Bahn eingesetzt, für den Ausbau der Straße nicht immer. Nicht zuletzt der Hagenauer hat hier Widerstand geleistet (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Ist kein Ruhmesblatt!“), vom Ennstal runter angefangen. Dass Sie mir Uninformiertheit vorwerfen, habe ich schon gesagt. Ich habe das ausgerechnet, ich weiß nicht, ob Sie das getan haben und bin eben draufgekommen, dass für die Steiermark nur 7,2 Prozent im Bereich Bahn drinnen sind.

Und noch etwas, über diese jetzt verkündeten teilweisen Erfolge, glaube ich, sollten wir dann erst urteilen, wenn wir diesen Generalverkehrsplan am Tisch haben, den endgültigen. Weil sich jetzt hinzustellen und zu sagen, ja (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Sie fragen nach dem jetzigen Stand!“), der Semmeringbasistunnel und die Pyhrnbahn und die Koralmbahn, das haben wir alles vorgereicht, das schaue ich mir noch an (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Ich beantworte nur Ihre Frage!“), wo die Milliarden weggenommen wurden, die jetzt in der Steiermark besser sind. Das schaue ich mir noch an. Weil im ersten Entwurf ist genau das Problem, das Sie angesprochen haben, Herr Landeshauptfraustellvertreter, ein zentrales gewesen. In dem Entwurf von Mitte November war die Pyhrnbahn noch überhaupt nicht berücksichtigt. Jetzt frage ich mich, wenn das aber ein transeuropäisches Netzwerk ist, wenn das zweite Priorität hat in Österreich, wie Sie sagen, warum war denn das in dem Plan der Minister Forstinger Mitte November noch überhaupt nicht drinnen? Wozu haben wir denn dann die Frau Bundesminister Forstinger und ihre ganze Entourage, wenn das gar nicht berücksichtigt war und wenn das erst jetzt nachträglich mühsam hineinreklamiert werden muss? (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Freuen Sie sich darüber!“)

Im Übrigen weiß ich nicht, ob der Pyhrnkorridor alleinig zweite Priorität haben sollte oder die Südbahn. (Glockenzeichen des Präsidenten.) Was ist denn dann mit der Südbahn, wenn der Pyhrnkorridor zweite Priorität nach der Westbahn hat? Was ist denn dann mit der Südbahn, mit dem Semmeringtunnel, mit der Koralmbahn? Ich habe gedacht, die Südbahn hat zweite Priorität.

Unser Problem ist nämlich in Wirklichkeit ein anderes. Unser Problem ist das, dass wir nicht Prioritäten setzen müssen, welche Bahn irgendwann in welchem Jahrzehnt, sondern dass wir die Mittel für die Bahn – ich habe es schon eingangs gesagt – erhöhen müssen, und nicht reduzieren. Danke! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 10.33 Uhr.)

Präsident: Nunmehr habe ich keine Wortmeldung dazu. Doch, Herr Abgeordneter Schrittwieser, ich erteile Ihnen das Wort. Fünf Minuten, bitte.

Abg. Schrittwieser (10.33 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch ich finde es bedauerlich, dass die Regierungsparteien in Österreich, aber auch die Koalition in der Steiermark, zu Fragen des Verkehrs, des Generalverkehrsplanes nichts zu sagen haben. Ich weiß schon den Grund, warum Sie dazu nichts sagen, weil wenn der zuständige Referent, Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, heute sich hier herstellt und der Frau Bundesminister Forstinger dankt, dass sie diesen Generalverkehrsplan erstellt hat, dann ist ja das eine Verleugnung der Realität in der Steiermark, meine Damen und Herren. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Einem, Scholten, Klima!“)

In der ersten Phase sieht dieser Generalverkehrsplan, wie er derzeit vorliegt, ich weiß, er wird auf Grund medialer Diskussion nachgebessert, von 70 Milliarden Schilling nur 2 Prozent des Gesamtvolumens für die Steiermark vor, meine Damen und Herren. Da hinten sitzen eine Reihe von Bauarbeitern, die um ihre Arbeitsplätze zittern, weil die Bauwirtschaft keine Aufträge bekommt. Und Sie stellen sich da her und sagen, 2 Prozent sind so großartig und wir danken der Frau Minister. Ich würde mich schämen (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Polemik!“), wenn ich eine Bundesregierung zu verantworten hätte, die für die Steiermark nicht mehr übrig hat (Beifall bei der SPÖ.) und das tut, was hier in diesem Land erforderlich ist.

Meine Damen und Herren, das, was euch so auszeichnet und das gilt auch für die ÖVP und ich habe das hier wieder mitgenommen, weil es so bezeichnend ist, ihr habt immer, was die Verkehrspolitik betrifft, die Dinge verschleiert, denn wenn nämlich am 27. Juni 1999 die Frau Landeshauptmann plakatiert, der Semmeringtunnel ist durchgesetzt und damit die Täuschung der Steiererinnen und Steierer vorgenommen hat und ihnen etwas erzählt hat, was nicht stimmt, dann, meine Damen und Herren – (Abg. Straßberger: „Kollege!“)

Kollege Straßberger, ich verstehe schon, dass du nervös wirst. (Abg. Straßberger: „Ich werde nicht nervös wegen dieses Blödsinns, den du redest!“)

Aber dann kommt noch dazu, dass sich heute der Referent herstellt und sagt, der Semmeringbasistunnel ist großartig. Nach diesem Generalverkehrsplan ist der Semmeringbasistunnel ab 2012 bis 2021 vorgesehen. Warum haben wir denn bei der Volkszählung diesen Rückgang der Bevölkerung? (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Wegen des Semmeringtunnels!“) Warum haben wir denn diese Probleme, dass die Beschäftigungszahl vor allem in Räumen außerhalb des Großraumes Graz zurückgeht und auch die Bevölkerung? Weil die Infrastruktur nicht passt.

Ich gebe zu, bei der Straße ist in der letzten Zeit einiges passiert, ist viel in Arbeit und ist viel weitergegangen. Da gibt es nichts zu sagen, da haben wir mit Hans-Joachim Ressel bis vor einem Jahr noch einen hervorragenden Verkehrsreferenten gehabt. Aber, meine Damen und Herren, Kollege Schögggl, unter deiner Verantwortung ist in der Steiermark derzeit noch kein Projekt begonnen worden (Abg. Lafer: „Siegi, glaubst du das, was du gesagt hast?“), keines, das du vorbereitet oder durchgeführt hättest. Das ist eine Tatsache, das wollt ihr nur nicht hören, das ist die Realität. Jetzt sage ich euch noch etwas dazu, ich habe nur mehr eine Minute. Wisst ihr, um was es mir geht? Ich will deshalb das so deutlich aufzeigen, weil ich wirklich bedaure, dass Politiker, die für dieses Land ein Mandat haben, gewählt sind, dieser Anteil – für alle drei Phasen sind es zirka 7,2 Prozent – so gering ist und sie für diese Bundesregierung noch lobende Worte finden. (Abg. Lafer: „Die Bundesregierung hat wenigstens etwas gemacht!“) Wenn ich mir den Masterplan des Kollegen Einem anschau, Kollege Lafer, da ist die Steiermark in einem weit größeren Ausmaß berücksichtigt als das jetzt der Fall ist. Und wenn ich mir anschau, dass Wien und Niederösterreich in der ersten Phase bis 2002, bis 2006 nahezu 27 Prozent des Kuchens bekommen und insgesamt noch viel mehr und ihr stellt euch noch immer hin, das ist eh alles so super. Dann verstehe ich das nicht, da tun wir nicht mit. Ich verlange, dass die steirische Politik endlich aufheult und sagt, wir lassen uns künftig nicht mehr so behandeln von dieser Bundesregierung. Wir brauchen diese Infrastruktur, wir brauchen diese Weiterentwicklung und wir brauchen die Projekte für die Beschäftigung unserer Menschen im Land, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Und wenn die Kollegen Straßberger und Lafer meine Wortmeldung hier belächeln und so tun, als ob das alles ein Blödsinn wäre, was ich da sage, dann sage ich euch, so gehe ich mit den Problemen der Menschen nicht um. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Fällt unter die Kategorie Populismus!“) Und ihr lächelt immer nur, weil ihr glaubt, ihr habt eine Mehrheit in diesem Haus, der Machttausch wächst euch schon über die Haare hinaus, aber ihr werdet die Zeche bezahlen. Mit den Schicksalen der Menschen, die dann keine Arbeit haben, weil die Infrastruktur nicht stimmt und weil die Projekte nicht kommen, geht man so nicht um. Wir werden hier nicht dabei sein.

Ich würde bitten, Kollege Schögggl, dass du mit der Frau Landeshauptmann nach Wien zu dieser Bundesregierung pilgerst, mit dem Bundeskanzler und der zuständigen Ministerin ein Gespräch führst und ihnen mitteilst, es ist doch eine Verhöhnung eines Bundeslandes, dem drittgrößten in Österreich, wenn man in der ersten Phase mit 2, 3 Prozent der Mittel abgespeist wird. Ich schäme mich für diese Vorgangsweise. Diesen Weg werdet ihr wohl machen können. Und, bitte schön, setzt euch wirklich einmal durch, weil mit eurer Höflichkeit und Freundlichkeit, die ihr der Bundesregierung gegenüber habt, haben sie leichtes Spiel (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das war bei der Regierung Vranitzky ganz anders!“) und setzen von Haus aus nur geringfügige Mittel für dieses Land ein und das ist eine Schande! (Beifall bei der SPÖ. – 10.39 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort. Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

Abg. Wiedner (10.39 Uhr): Herr Landeshauptmann, sehr verehrte Mitglieder der Landesregierung, Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Zuhörer!

Eigentlich wollte ich mich nicht zu Wort melden, weil der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat in seiner Ausführung nahezu alles gesagt, was zu sagen ist. Alle Fakten und Tatsachen sachlich – sachlich, das unterscheidet uns ein bisschen, Siegi, das, was du gemacht hast, war polemisch – (Abg. Stöhrmann: „Im Gegensatz zum Landeshauptmannstellvertreter bleibt er sachlich!“) Ach, du bist auch wieder da? Jetzt höre ich dich dazwischenreden, weil bei einigen Sitzungen warst du nicht da. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat sachlich gesagt, was in den nächsten Jahren hier mit dem Generalverkehrsplan passieren wird. Mit dem Generalverkehrsplan ist erstmalig ein Werk gelungen, in dem wirklich alles, Schiene und Verkehr, betrachtet wurde und dabei noch Wichtiges passiert ist. Es wurde auch der zeitliche Horizont festgelegt und es ist auch der finanzielle Horizont festgelegt worden. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat es gesagt, wie viele berühmte und bekannte und inzwischen weniger berühmte und bekannte Namen von Ministern der SPÖ-Riege sich dabei die Zähne ausgebissen haben und ich bedanke mich eigentlich dafür, dass Grüne und SPÖ diese Stunde beantragt haben, weil damit konnte endlich einmal aufgezeigt werden, welche Versäumnisse in der letzten Zeit, in den letzten Jahrzehnten in der Steiermark und in Österreich passiert sind. Also danke für dieses Aufzeigen und danke dafür, dass wir sagen können, was in nächster Zeit besser gemacht wird. (Abg. Schrittwieser: „Kollege Wiedner, jetzt brauchst du nur noch sagen, dass diese Beteiligung der Steiermark in Ordnung ist!“)

Du, ich habe nur fünf Minuten, ich habe dich auch nicht unterbrochen. Und es ist mir schon klar, Herr Kollege Klubobmann Schrittwieser, dass du jetzt hergehst und Ressel lobst für die letzten fünf Jahre, weil man kann ja nicht wissen, im Feber gibt es ja bei euch einen Parteitag und da könnte Ressel Chef werden und dann bist du zum Schluss deinen Job los, wenn du ihn nicht rechtzeitig lobst für das, was er gemacht hat. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Gennaro: „Du musst ja froh sein, dass du noch da sitzt, dass dich deine behalten haben!“) Mach dir um mich keine Sorgen, lieber Kurt. (Abg. Stöhrmann: „Tut euch auf die Sache konzentrieren und nicht immer unter der Gürtellinie arbeiten!“) Mach dir um mich keine Sorgen, lieber Kurt Gennaro, du bist ja auch nur ein verhinderter Parteiobmann. (Beifall bei der FPÖ. – Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Wiedner!“ – Abg. Mag. Erlitz: „Ihr sollt euch um die Straßen kümmern, nicht um uns!“) Danke, Herr Präsident.

Es geht ja darum, auch noch einiges und Wichtiges festzustellen. Für die Infrastrukturmaßnahmen gab es im Bund bis dato – ich habe das das letzte Mal schon gesagt – im Jahr etwa 28 Milliarden Schilling. Unter Minister-schaft von Minister Forstinger wurde dieser Betrag auf 32 im heurigen Jahr erhöht, also bereits ein Plus von 4 Mil-liarden. Und im neuen Infrastrukturpaket wird dieser Betrag von 32 noch einmal um 6 Milliarden auf 38 Milliar-den erhöht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, so viel Geld hat die öffentliche Hand für Infrastruktur-maßnahmen noch nie ausgegeben. (Beifall bei der FPÖ.)

Und Sie können jetzt hergehen und krankjammern wie Sie wollen, es wird Ihnen nicht gelingen. Wir müssen sehr viele Versäumnisse aufarbeiten, das ist klar, das habe ich schon gesagt. Es ist in letzter Zeit vieles vergessen worden und wir sehen beides gemeinsam, wir sehen Schiene und Straße gemeinsam. Wenn der Kollege Hagen-auer – ich verstehe schon, dass er die Straße nicht will, das ist sein Problem, wir haben auch die Straße zu sehen und wir sehen, dass in diesem Bereich in der Steiermark viel weitergeht. Herr Landeshauptmannstellvertreter hat alle Projekte nahezu aufgeführt und ich sage eines, Sie können die Steiermark nicht krankjammern. (Beifall bei der FPÖ. – 10.44 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort. Redezeit fünf Minuten bitte.

Abg. Straßberger (10.44 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, verehrte Regierungsmitglieder, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Es ist schon vermessen, auf der einen Seite geht der Herr Klubobmann Schrittwieser her und meint, wie wichtig dieses Thema und diese Aktuelle Stunde sind, aber wenn ich mir die Regierungsbank anschau, dann interessiert eure Regierer das eigentlich gar nicht. (Beifall bei der ÖVP.) Hier heraußen große Sprüche klopfen (Abg. Gross: „Die Zuständigkeit liegt aber auch woanders, oder?“) und letztendlich unter der Tuchent sich zu entschuldigen, das ist das Letzte, das sage ich jetzt auch einmal. Und wenn du mit diesem Semmeringbasistunnel immer kommst, dann sage ich jetzt etwas, weil auch du, Kollege, jetzt einen Zwischenruf gemacht hast. 1993 ist das beschlossen worden, 5,2 Milliarden Schilling, ihr seid zuständig gewesen, ihr habt auf Bundesebene nicht den Mut gehabt, dass ihr das durchgesetzt habt. (Abg. Stöhrmann: „Aber auf den Pröll hast vergessen dabei!“) Sei still, geh komm. Ja, ist schon gut, dort war das Naturschutzgesetz noch nicht. (Abg. Stöhrmann: „Auf den Landeshauptmann Pröll aus Niederösterreich vergisst du bei diesen Aussagen. Bleib bei der Wahrheit!“) Reg dich nicht so auf, schau deinen Puls an, dein Herz. (Abg. Stöhrmann: „Ich rege mich auf, weil es da um das Mürz-tal geht dabei und da rege ich mich mit Recht auf!“ – Abg. Wiedner: „Wo war euer Klima?“) Ja, ist schon gut, jetzt hast du dich wieder ausgezeichnet, so kennen dich die Leute im Mürztal. (Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Straßberger!“)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass dieser Generalverkehrsplan sich trotz aller Probleme – genug ist immer etwas mehr, das weiß ich schon – aber auch für die Steiermark sehen lassen kann. Hier sind alle jene Projekte im Straßenbereich aufgelistet und, Herr Abgeordneter Hagenauer, wissen Sie, Verkehrsinfrastruktur kann ich nicht auf einer schiefen Ebene sehen, nur die Schiene, und die Straße ist mir wurscht, die wir wollen.

Das ist mir schon klar. Das Jeweilige ist ein bisschen verschoben. Aber letztendlich, verehrte Damen und Herren, muss ich es gemeinsam sehen. Und da sind alle Projekte für die Straße und die Schiene drinnen, die wir jahrelang immer beklagt haben. Das heißt, ich möchte der Frau Verkehrsminister danken, dass sie den Mut gehabt hat, sich letztendlich einmal darüber hinwegzusetzen und einmal etwas auf den Tisch zu legen, denn in der letzten Zeit waren immer nur Worthülsen von den jeweiligen Verkehrsreferenten zu hören, von den Ver-kehrressortverantwortlichen von euch in Wien – Streicher, Klima, Scholten, Einem. Das war eure Partei. Die sind alle weggetreten und haben das nicht gemacht.

Für die Steiermark, verehrte Damen und Herren, bedanke ich mich auch bei dir, liebe Frau Landeshaupt-mann, für deinen Einsatz, gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schögggl. Es ist natürlich nicht leicht, denn jedes Bundesland kämpft um mehr Mittel, ist überhaupt keine Frage. Aber ich meine, wenn in Summe bei diesem Generalverkehrsplan für die Straße 205 Milliarden und für die Schiene 423 Milliarden Schil-ling in den nächsten 15 bis 20 Jahren vorgesehen sind, dann sind das, glaube ich, Impulse für unsere Wirtschaft, aber insbesondere für die Bauwirtschaft. Und weil viele Leute von der Bauwirtschaft da hinten sitzen, liebe Freunde, gerade im oberen Mürztal 4,8 Milliarden im Straßenbereich, drei Tunnels, der Ganzsteintunnel kommt 2005, nochmals 700 Millionen Schilling, das größte Projekt im Tiefbau, das zurzeit in Österreich stattfindet. Das sind doch auch Fakten, die man hier sagen muss und letztendlich sind das auch Zukunftsprojekte und man darf das nicht nur im polemischen Hickhack auf einer Seite sehen und immer das Gleiche hineinschreiben. Siegfried,

ich sage dir ganz offen, privat verstehen wir uns ja, aber ich verstehe dich nicht. Ich weiß, ihr seid im Moment so irritiert, dass ihr nicht einmal wisst, wo ihr hingehen sollt. Das ist das eine Problem. Aber mit dieser Wahlrede kannst dich abschminken. Was du da heraußen redest, das ist wirklich letztklassig.

Herr Abgeordneter Hagenauer – meine Zeit ist schon aus –, wissen Sie (Abg. Stöhrmann: „Gut, dass du das erkannt hast!“), nur mit dem Diskutieren alleine und mit dem Beklagen und Jammern kann man kein Projekt umsetzen. Man muss Projekte in die Hand nehmen und auch umsetzen. Und das ist auch in der letzten Zeit passiert.

Herr Kollege Hagenauer, ich gebe Ihnen Recht, dass im Schienenbereich in den letzten 50 Jahren zu wenig getan worden ist. Wissen Sie, was da passiert ist, bei der ÖBB? Statt dass man die Mittel in Projekte hineingetan hat, hat man sie ins Personal hineingesteckt. Ich weiß schon, wie das gelaufen ist. Und das war eigentlich der Fehler. (Abg. Hagenauer: „Warum hat die Steiermark dabei zugeschaut?“)

Das war der Fehler und für diesen Misserfolg ist die SPÖ-Seite zuständig.

Und man wird in der Zukunft schauen, dass man hier den Ausgleich herstellen kann. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 10.50 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich erkläre daher die Aktuelle Stunde für beendet.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Hohes Haus, verehrte Damen und Herren!

Bevor ich zur Tagesordnung übergehe, habe ich die traurige Pflicht eines verdienten Mitgliedes des Steiermärkischen Landtages zu gedenken.

Karl Lackner, der Mitglied des Steiermärkischen Landtages von 1957 bis 1981 war, ist am 25. September 2001 verstorben. Karl Lackner wurde am 9. März 1921 als Sohn des ehemaligen Schladminger Lodenerzeugers Karl Lackner in der Ramsau geboren. Infolge eines schweren Kriegsleidens, das sich sein Vater in der italienischen Kriegsgefangenschaft zugezogen hatte, übernahm der Vater eine Bergbauernwirtschaft in Donnersbach. Karl Lackner besuchte in Donnersbach die zweiklassige Volksschule und anschließend die Bürgerschule.

Nach dem Schulbesuch arbeitete Karl Lackner am elterlichen Hof und rückte im Jahr 1940 als Gebirgsjäger zum Militär ein. Karl Lackner kehrte 1945 zurück, heiratete seine Frau Cornelia und übernahm 1946 den elterlichen Hof. Aus der Ehe gingen sechs Kinder hervor. 1949 war Lackner ein Mitbegründer des Bundes Steirischer Landjugend. Er übte auch von 1951 bis 1974 die Funktion des Bürgermeisters der Gemeinde Donnersbach aus.

Er war weiters von 1960 bis 1980 Bauernführer des Bezirkes Liezen und 1965 bis 1980 Obmann der Bezirkskammer für Land- und Forstwirtschaft in Liezen. Besonders hervorzuheben ist sein Einsatz für die touristische Erschließung des Bezirkes Liezen, vor allem der Wintersportregion Planneralm.

1957 wurde Karl Lackner in den Landtag gewählt. Sein Wirken im Hohen Haus erstreckte sich auf eine Reihe von Ausschüssen, denen er als Mitglied oder Ersatzmitglied angehörte. Über 20 Jahre, von 1961 bis 1981, war Karl Lackner Obmann des Kultur-Ausschusses.

Im Jahre 1983 wurde ihm vom Bundespräsidenten der Berufstitel „Ökonomierat“ verliehen.

Hohes Haus, in Ihrem und in meinem Namen danke ich Karl Lackner für die erbrachten Leistungen.

Der Steiermärkische Landtag wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke für die Kundgebung der Trauer.

Hohes Haus!

Wir haben heute ein Geburtstagskind unter uns.

Herr Landtagsabgeordneter Ernst Gödl vollendet am 28. Dezember 2001 sein 30. Lebensjahr. Wir gratulieren ihm hiezu im Vorhinein auf das Herzlichste. (Allgemeiner Beifall.)

Es nehmen heute Gehörgeschädigte an der Sitzung teil. Um diesen den Ablauf der Sitzung verständlich zu machen, fungiert Frau Michaela Schönberger als Gebärdendolmetscherin.

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass 13 schriftliche Anfragen und elf Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass am heutigen Tag um 9.30 Uhr der Ausschuss für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 143/1, der Abgeordneten Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend die Bewilligung von GSM-Anlagen im Baugesetz sowie über den Antrag, Einl.-Zahl 135/1, der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Schleich und Margarethe Gruber, betreffend Weiterführung der Verhandlungen betreffend Handymasten beraten hat und zu diesen Anträgen den im Schriftlichen Bericht, Einl.-Zahl 143/5 und Einl.-Zahl 136/9, Beilage Nr. 92 enthaltenen Ausschussantrag gefasst hat.

Weiters hat der Ausschuss für Soziales und Kindergärten um 9.45 Uhr über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 492/1, Beilage Nr. 63, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Kinderbetreuungsförderungsgesetz geändert wird, beraten und zu diesem Antrag den im Schriftlichen Bericht, Einl.-Zahl 492/6, Beilage Nr. 90 enthaltenen Ausschussantrag gefasst.

Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, den Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Anträge, Einl.-Zahl 143/1 und Einl.-Zahl 135/1, als Tagesordnungspunkt 35 und der Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 492/1, Beilage Nr. 63, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Kinderbetreuungsförderungsgesetz geändert wird, als Tagesordnungspunkt 36 zu behandeln, wobei die Behandlung der genannten Tagesordnungspunkte an folgenden Stellen stattfindet:

Tagesordnungspunkt 35 vor dem Tagesordnungspunkt 30, Tagesordnungspunkt 36 vor dem Tagesordnungspunkt 4.

Gemäß Paragraph 39 Absatz 5 GeoLT ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Die Zweite Lesung darf gemäß Paragraph 43 Absatz 2 GeoLT in der Regel nicht vor Ablauf von 24 Stunden nach erfolgter Verteilung des Berichtes an die Landtagsklubs stattfinden, doch kann bei Festsetzung der Tagesordnung, wenn kein Einspruch erfolgt, hiervon abgesehen werden.

Ich lasse in Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz über die Ergänzung der Tagesordnung und die Abstandnahme von der 24-stündigen Auflegungsfrist in einem abstimmen.

Wenn Sie meinen Vorschlägen zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich gehe nun zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über.

2. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 249/1, der Abgeordneten Wicher und Tschernko, betreffend Anerkennung der Gebärdensprache.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Anne Marie Wicher. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Wicher (10.58 Uhr): Danke! Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Hohe Regierungsmitglieder, meine Damen und Herren!

Ich bringe Ihnen den Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung.

Der Kollege Tschernko und ich haben in unserem Antrag die Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, die Anerkennung der Gebärdensprache umzusetzen und im eigenen Bereich Vorkehrungen für die Anerkennung der Gebärdensprache zu treffen.

Hinsichtlich der Anerkennung der Gebärdensprache führt die Landesregierung in ihrer Stellungnahme aus, dass diese Forderung in dem von der Fachabteilung für das Sozialwesen erarbeiteten „Sozialplan – Gehör“ aufgenommen wurde und eine Reihe von Maßnahmenprogrammen für die Zielgruppen zur Umsetzung vorge schlagen wurden.

Zur Forderung einer Anerkennung des Gebärdendolmetschers/der Gebärdendolmetscherin als Beruf führt die Landesregierung aus, dass das Übersetzen in eine taktile Kommunikationsform nicht als Dolmetschen gesehen wird. In der Folge kann auch der Beruf des Gebärdendolmetschers noch nicht anerkannt werden.

Zur Forderung einer fundierten Ausbildung zum Gebärdendolmetscher/zur Gebärdendolmetscherin hält die Landesregierung fest, dass mittlerweile in der Steiermark an der Grazer Universität diese angeboten wird und darüber hinaus an diesem Institut ein Projekt für Interessierte über das Bundessozialamt besteht.

Zu dem im Antrag geforderten bedarfsorientierten Einsatz von Gebärdendolmetschern/Gebärdendolmetscherinnen in öffentlichen Dienststellen wird in der Stellungnahme der Landesregierung auf den „Sozialplan – Gehör“ verwiesen, der Maßnahmen in diese Richtung vorschlägt.

In der Stellungnahme führt die Landesregierung aus, dass es Bestrebungen seitens der Fachabteilung für das Sozialwesen gibt, die gesellschaftliche Akzeptanz der Gebärdensprache zu erreichen, indem der ORF zu mehr Untertiteln und zu Sendungen mit Gebärdensprachdolmetscherdiensten bewegt wurde. Ich bitte um Kenntnisnahme dieses Berichtes. (11.00 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Wicher. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Wicher (11.00 Uhr): Danke! Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Hohe Regierungsmitglieder, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, möchte ich nur anmerken, dass mein Kollege Tschernko und ich dem Entschließungsantrag, den die Kollegen der Grünen einbringen werden, beigetreten sind. Das nur einmal zu Ihrer Information.

Meine Damen und Herren, in der vergangenen Woche, am 6. Dezember, dem Nikolaustag, wurde europaweit der Tag der Gebärdensprache begangen. Und der gestrige 10. Dezember gilt weltweit als der Tag der Menschenrechte. Ich finde, dass das ein ganz bedeutungsvolles Zusammentreffen ist, ist doch die Forderung um Anerkennung der Gebärdensprache als eigenständige Sprache zweifelsfrei ein Menschenrecht. In 23 Ländern der Welt ist man dieser Forderung bereits nachgekommen. Seitens des Europäischen Parlaments wurde bereits 1988 eine Entschließung verabschiedet, die die Europäische Kommission auffordert, entsprechende Schritte zu setzen. Es gilt zu hoffen, meine Damen und Herren, dass die Bundesregierung ihrerseits diesbezüglich tätig wird, um endlich die Diskriminierung gehörloser Menschen auch in Österreich zu beseitigen. Gehörlose Menschen in der Steiermark setzen immer wieder Initiativen, um auf gravierende Benachteiligungen hinzuweisen. Es ist dies zum Beispiel auf dem Gebiet der Ausbildung. Nur zu Ihrer Information, in ganz Österreich gibt es lediglich drei Hochschulabsolventen, was natürlich auf die Schwierigkeiten in der Ausbildung zurückzuführen ist. Probleme gibt es beim Umgang mit Behörden, in Krankenhäusern, in Arztpraxen, wo es unmöglich ist, zum Beispiel Diagnosen zu erfahren oder die richtige Dosierung von Medikamenten. In der Kommunikation im Allgemeinen gibt es klarerweise Probleme. Und der ORF, meiner Ansicht nach, wäre wirklich gut beraten, die Untertitelung von Fernsehsendungen zu vervielfältigen, würde ich sagen, weil im Augenblick sind es gerade 11 Prozent der Sendungen, die untertitelt werden.

Mitglieder der Gehörlosenvereine waren maßgeblich an der Erstellung des „Sozialplanes – Gehör“ in der Steiermark beteiligt. Und ich möchte erwähnen, dass sie das, wie immer in solchen Fällen, ehrenamtlich getan haben. Ich meine, das erfordert wirklich ein ganz, ganz großes Dankeschön seitens uns Abgeordneten. (Abg. Gross: „Das ist der Sozialplan, den ihr in den Unterausschuss verwiesen habt, oder?“) Na gut, darüber können wir noch immer reden, klarerweise, das ist ja kein Problem. (Abg. Gross: „Ich möchte es nur festhalten!“)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir bitte noch einige abschließende Bemerkungen. Es genügt nicht, stets und immer die politisch korrekten Bezeichnungen für jede Art von Behinderung zu verwenden. Es reicht auch nicht aus, Charityevents zu veranstalten, diese zu besuchen und Spendenaufrufen zu folgen, wobei man leider sagen muss, dass Spendengelder dieser Art nach wie vor noch immer sehr dringend gebraucht werden. Viel wichtiger erscheint mir, die Akzeptanz der Öffentlichkeit zu gewinnen, nämlich dafür, dass behinderte Menschen nur dann ein selbstständiges, selbstbestimmtes Leben führen, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Voraussetzung dafür ist der Ausgleich der verschiedenen Handikaps, im aktuellen Fall die Anerkennung der Gebärdensprache. Der Mangel an der Anerkennung der Gebärdensprache ist ein großes Handikap für gehörlose Menschen. Es gibt leider noch immer Barrieren in den Köpfen von Menschen, von vielen Menschen muss ich leider sagen, die es zu beseitigen gilt. Darum der dringende Appell an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen und auch an die Damen und Herren der Medien, die jetzt leider Gottes nicht mehr da sind oder irgendwo versteckt, bitte, tun Sie alles in Ihrer Macht Stehende, informieren, begründen Sie, überzeugen Sie, damit wir endlich ein selbstbestimmtes, ein gleichberechtigtes Miteinander in unserem schönen Land haben können. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.07 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Lackner. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Lackner (11.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, aber vor allem ein herzliches Willkommen an jenes Publikum, um das es heute bei diesem Antrag geht, nämlich um Hörgeschädigte, die sich über eine Gebärdensprachdolmetscherin übersetzen lassen, was wir heute zum Thema gemacht haben. Dieser Antrag fand einen einstimmigen Beschluss vorige Woche im Ausschuss und ich möchte auch gleich voraus sagen, dass wir diesem Entschließungsantrag, der heute vorliegt, zustimmen. Der Antrag nimmt Bezug auf eine Entschließung des Europäischen Parlaments, die offizielle Anerkennung der Gebärdensprache in den europäischen Mitgliedsstaaten vorzubereiten. 1995 wurden auch Mittel zur Durchführung von Maßnahmen und Projekten seitens des Europäischen Parlaments zur Verfügung gestellt.

Die Stellungnahme der Landesregierung gibt einen ausführlichen Überblick über die derzeitige Situation in der Steiermark und wir wissen, dass in diesem Bereich und auf diesem Feld noch einiges zu tun ist. Die Anerkennung der Gebärdensprache findet in dieser Regierungsstellungnahme auch insofern ihren Ausschlag, als dieser Wunsch von Gehörlosen auch unterstützt wird. Eine wunderbare Informationsquelle und Grundlage zu diesem komplexen Thema ist der „Sozialplan – Gehör“, wie ihn auch schon die Kollegin Wicher angeschnitten hat. Er wurde im Auftrag von Landesrat Kurt Flecker und den Fachabteilungen für Sozialwesen und Gesundheitswesen erarbeitet. Unverständlicherweise wurde dieser Plan auf Antrag der ÖVP vorige Woche in den Unterausschuss abgeschoben. Unverständlicherweise deswegen, weil dieser Plan ein Regierungsprogramm ist, ein sehr reicher Fundus für alle Bereiche zu diesem Thema und wir ihn auch heute in diesem Haus schon in seinem ganzen Umfang behandeln hätten können. Aber unsere Argumente, diesen Plan wirklich heute auch schon zu debattieren und zu beschließen, ist auf taube Ohren gestoßen. Dieser Plan, „Sozialplan – Gehör“, hat Betroffene eingebunden, es waren zirka 300 Einzelpersonen, um jene Wege und Maßnahmen aufzuzeigen, die zu einer Verbesserung der Situation für die Gehörlosen und Hörbeeinträchtigten in der Steiermark führen. Und vielleicht war auch jemand von Ihnen mit eingebunden in dieses Werk. Es wird festgestellt, dass die Gebärdensprache eine Sprache für eine absolute Minderheit ist und von der Mehrheit unserer Gesellschaft schlichtweg ignoriert wird. Es stellt sich in diesem Zusammenhang abermals die Frage, wer hier „taube Ohren“ hat. Dazu kommt, dass die Sprache aber im unmittelbaren Bereich von Gehörlosigkeit auch sehr umstritten ist. Es besteht seit einigen Jahren ein Ideologiekonflikt zwischen den Verfechtern der Lautsprache, die der Auffassung sind, dass gehörlose

Kinder zuerst die Lautsprache erlernen müssen und den Verfechtern der Gebärdensprache, die diese als Muttersprache der Gehörlosen bezeichnen, weil sie für die Betroffenen emotional näher ist und dort entstand, wo Gehörlose sozialen Kontakt pflegen und so sind auch unterschiedliche Gebärdensprachen, also Dialekte mit regionaler Ausprägung entstanden.

Wir sprechen von 1700 Steirerinnen und Steirern, die an beiden Ohren taub sind und für die die Gebärdensprache in allererster Linie von großer Bedeutung ist. Weitere 27.000 Personen in der Steiermark – das sind gerundete Zahlen – sind an beiden Ohren schwerhörig und insgesamt sind es 65.000 Menschen, die von diesem Problem betroffen sind. Im Zuge der Erstellung dieses „Sozialplanes – Gehör“ hat sich herauskristallisiert, dass die Gebärdensprache von den meisten Schwerhörigen, also nicht Tauben, abgelehnt wird und nur wenige diese wichtige Sprache auch anwenden. Die Anerkennung der Kommunikationsform Österreichische Gebärdensprache durch das Land Steiermark auf Basis der schon zitierten Entschließung des EU-Parlaments vom Juli 1988 ist wünschenswert und unterstützenswert und manche im Antrag formulierten Forderungen beginnen schon Realität zu werden. Zum Beispiel die fundierte Ausbildung zum Gebärdensprachdolmetscher und zur Gebärdensprachdolmetscherin an der Grazer Universität am Institut für Translationswissenschaften oder eine breitere Bewusstseinsbildung mit dem Ziel der gesellschaftlichen Akzeptanz der Gebärdensprache, die eng zusammenhängt mit der Verantwortung von öffentlichen Stellen und von Rundfunkanstalten, um eine bestmögliche Information für Gehörlose zu bieten. Und nicht zuletzt haben Bestrebungen der Fachabteilung für das Sozialwesen insofern gefruchtet, als es bei einigen Sendungen bereits Teletextzuschaltung als Untertitel gibt. Der bedarfsorientierte Einsatz von GebärdensprachdolmetscherInnen, so wie heute im Publikum, soll auch in öffentlichen Dienststellen kommen. Dem „Sozialplan – Gehör“ ist zu entnehmen, dass Gebärdensprechtage geplant sind und auch bald durchgeführt werden sollen. Es sind sehr beachtliche und wertvolle Informationen dem „Sozialplan – Gehör“ zu entnehmen und es ist eine sehr, sehr spannende Lektüre, die ich Ihnen auch gerne ans Herz legen möchte. Er gibt Auskunft über Tätigkeiten, die von immerhin 9 Prozent der hörbeeinträchtigten Personen ohne Hilfe nicht mehr durchgeführt werden können, zum Beispiel um das für uns so selbstverständliche tagtägliche Einkaufen. Er gibt Auskunft über Bildungsdefizite, die eng mit dem Spracherwerb zusammenhängen. Auf diesem Feld geht es darum, die Entwicklungspotenziale des hörgeschädigten oder tauben Kindes richtig zu nutzen und das ist wohl eine der schwierigsten pädagogischen Herausforderungen. Er gibt Auskunft über die Selbsteinschätzung der sozialen Situation von Gehörlosen und Hörbeeinträchtigten und die ist überwiegend als weniger gut oder ungenügend in diesem Plan festgehalten. Er gibt auch Auskunft über die gesamte Lebenssituation der Betroffenen und daraus folgend auch über Forderungen und Maßnahmen. Einige möchte ich jetzt zum Schluss anführen. Die Forderung, mehr Gebärdensprachdolmetscher und -dolmetscherinnen einzusetzen, mehr Gebärdensprachunterricht zur Verfügung zu stellen. Es soll mehr GebärdensprachdolmetscherInnen bei Ärzten, bei öffentlichen Veranstaltungen, bei Schulungen geben. Es muss einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Information geben. Es geht um den Wunsch nach Fremdsprachenunterricht, um die Einrichtung einer Gehörlosenambulanz und zum Beispiel ein Laufschriftservice an öffentlichen Plätzen und SMS-Service durch Rettungsorganisationen beispielsweise.

Es geht auch um den Ausbau und um den unbedingten Erhalt des Förderzentrums am Rosenberggürtel. Es geht um die Einrichtung eines Relay-Centers: das heißt um Büros, wo Bildtelefone vorhanden sind und Personen, die der Gebärdensprache mächtig sind, jenen zur Verfügung gestellt werden, die auch um Lösungen ihrer Fragen oder Probleme bemüht sind. Und es geht letztlich um die Integration dieser Zielgruppe.

Das Sozialressort des Landes hat mit diesem „Sozialplan – Gehör“ ein Zeichen gesetzt, damit die Gesellschaft diesen Betroffenen ein Ohr leiht. Ein Zeichen dafür, dass die Rechte der Gehörlosen noch stärker in den Vordergrund gerückt werden müssen und dass wir alle – das soziale Umfeld – zuhören und verstehen lernen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei all jenen bedanken, die an diesem Plan gearbeitet haben und ich ersuche auch gleichzeitig um die Unterstützung, wenn es um die Umsetzung weiterer notwendiger Maßnahmen im Sinne der Betroffenen geht. (Beifall bei der SPÖ. – 11.16 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (11.17 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, werte Zuschauerinnen und Zuschauer!

Ich möchte meine KollegInnen hier im Landtag zu einem kleinen Gedankenexperiment auffordern. Wenn Sie bei Ihrer Geburt gehörlos gewesen wären, wo wären Sie heute? Wenn Sie zum Beispiel vor zehn Jahren durch eine Krankheit gehörlos geworden wären, wo wären Sie heute? Es gibt viele mögliche Antworten. Niemand von uns weiß es genau. Aber eines kann man mit Sicherheit behaupten. Sie würden heute nicht hier sitzen und Landtagsabgeordnete oder Landtagsabgeordneter sein. Was sagt uns das? Das sagt uns, dass, wenn man Probleme mit dem Gehör hat, und zwar massive Probleme, einem nicht alles offen steht, was allen anderen Menschen offen steht. Ein klarer Fall von Diskriminierung.

Die Nichtanerkennung von Gebärdensprache ist in diesem Zusammenhang gleichzusetzen mit der Ausgrenzung einer Personengruppe aus dem gesellschaftlichen Leben und sie bedeutet de facto auch die Abkennung von Bürger- und Bürgerinnenrechten. Das müssen wir uns bewusst machen.

Ich habe es von dieser Stelle aus schon mehrmals gesagt, die Österreichische Verfassung verpflichtet uns – seit 1997 – alles dafür zu tun, Diskriminierungen, die auf Grund von Behinderung existieren, abzubauen. Das ist ein Appell an die Bundesebene, das ist ein Appell an Landtage, also auch an diesen und das ist auch ein

Appell an Gemeinden, aktive Schritte zu setzen. Diesen Antrag, den ich heute noch einbringen werde, zu unterstützen, kann ein Schritt in diese Richtung sein.

Die Argumentation, die wir heute schon gehört haben, dass manche gehörlose Menschen sich nicht vertreten fühlen, wenn es darum geht, Gebärdensprache durchzusetzen, Gebärdensprache anzuerkennen ist für mich kein Argument gegen die Anerkennung von Gebärdensprache. Die Diskussion, welche Maßnahme die richtige ist, um ein Ziel zu erreichen, soll ja sicher nicht dazu führen, dass man die Zielerreichung aufgibt oder so lange aufschiebt, bis man sich geeinigt hat. Ich denke, es ist alles zu tun, um Menschen mit einer Einschränkung im akustischen Bereich die volle Teilhabe zu ermöglichen im Bereich der Bildung und Ausbildung, im Bereich der beruflichen Möglichkeiten, im Bereich der aktiven Mitgestaltung demokratischer Prozesse. Dazu gehört zum Beispiel auch, dass es Induktionsanlagen braucht in öffentlichen Einrichtungen, eines von vielen anderen Beispielen, von vielen anderen Möglichkeiten, die Situation der betroffenen Personengruppe zu verbessern.

Ich freue mich darüber, dass es die Ausbildung zum Gebärdensprachdolmetsch in Graz gibt und ich würde im Übrigen gebeten, zwei kleine Korrekturen am Regierungsbericht anzufügen. Man spricht heute nicht mehr vom Gebärdendolmetsch, sondern vom Gebärdensprachdolmetsch und es handelt sich dabei nicht um eine taktile Kommunikationsform, da ist offensichtlich eine Verwechslung mit der Sprache der Taubblinden passiert, sondern um eine vollwertige Sprache mit einer eigenen Struktur.

Der „Sozialplan – Gehör“ – wir haben es heute schon gehört – führt eine Fülle von Maßnahmen für Menschen mit Einschränkungen im akustischen Bereich an. Wir werden sehen, wie ernst es der ÖVP und FPÖ mit der Debatte ist. Ich denke, es ist auch eine Sorge da, dass viele dieser Maßnahmen natürlich Geld kosten. Die Grünen werden sich mit Sicherheit dafür einsetzen, dass hier entscheidende Schritte erfolgen.

Es geht – sagte mir ein Betroffener – nicht um ein Mittel zur Kommunikation, sondern es geht um eine Identität, die sich darauf aufbaut.

In diesem Zusammenhang möchte ich den Antrag der Grünen und der Kollegen Wicher und Tschernko einbringen betreffend Anerkennung der Gebärdensprache.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, die Anerkennung der Gebärdensprache umzusetzen und im eigenen Bereich Vorkehrungen für die Anerkennung der Gebärdensprache zu treffen. Ich bitte um Annahme. Danke! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 11.21 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung von Herrn Bundesrat Weilharter. Bei diesem Tagesordnungspunkt besteht nämlich für die Mitglieder des Bundesrates gemäß Paragraph 14 der Geschäftsordnung das Rederecht.

Herr Bundesrat ist am Wort.

Bundesrat Weilharter (11.21 Uhr): Herr Präsident, werte Damen und Herren!

Ich begrüße namens meiner Fraktion die Initiative, dass die Gebärdensprache anerkannt werden soll. Ebenso freuen wir uns darüber, dass es bereits eine Ausbildungsmöglichkeit zum Gebärdensprachdolmetsch gibt. Und, meine Damen und Herren, gerade auf diesem Gebiet ist Österreich wesentlich weiter als vergleichbare Staaten. Es wird die Ausbildung zum Gebärdensprachdolmetsch bereits an der Grazer Universität angeboten und ermöglicht. Es wurde schon gesagt, ebenso werden teilweise Sendungen im Fernsehen, aber vor allem Teletextbeiträge mit Untertiteln gebracht, damit unsere gehörlosen Mitbürger auch an diesem Medium ihre Freude haben können und vor allem, dass sie auch den Zugang zu diesen Informationsmöglichkeiten haben.

Meine Damen und Herren, es wurden schon mehrere Projekte von Seiten der Bundesregierung durch das Bundessozialamt finanziert und gefördert. Hier ist Österreich weiter als es die Europäische Union fordert und das ist gut so und stellt unserem Land auch ein sehr positives Zeugnis aus.

Meine Damen und Herren, es ist mir daher aber auch unverständlich, warum gerade die vereinigten Linken von SPÖ und Grünen im Bund alle Sozialrechtsnovellen in Frage stellen und ablehnen, obwohl dadurch die Rechtslage für die Versicherten, für alle Versicherten transparenter und sicherer wird. Zum Beispiel durch die Vermeidung von Doppelgleisigkeiten im Steuerrecht und im Sozialversicherungsrecht. Es gibt natürlich durch diese Vereinheitlichung und Gleichschaltung Vorteile für alle Versicherten.

Hier, meine Damen und Herren, werde ich den Eindruck nicht los, dass Sie von der SPÖ und den Grünen gegen die Menschen sind, weil die Regierungsparteien für die Menschen sind.

Hier, meine Damen und Herren von der SPÖ und den Grünen, sind Sie nicht dafür, dass Verwaltungskosten eingespart werden im Sozialversicherungsbereich, bei gleich bleibenden Leistungen natürlich. Sie stimmen ja auch deshalb dagegen. Wiederum, meine Damen und Herren, und das muss man auch, wenn man ein umfassendes soziales Gewissen hat, sagen, hier waren es wiederum die Regierungsparteien von ÖVP und FPÖ, die durch Zusammenlegungen von Pensionsversicherungsanstalten, wie jene der Arbeiter und Angestellten, Synergien nützen und Verwaltungskosten sparen. (Abg. Stöhrmann: „Ein Prozent Pensionsanpassung, auch FPÖ und ÖVP!“) Herr Kollege, Sparen ist natürlich für Sie vermutlich ein Reizbegriff.

Und dadurch werden Verwaltungskosten gespart bei gleich bleibenden Leistungen. Hier spricht man sogar davon, dass diese Maßnahmen der Zusammenlegung von Pensionsversicherungsanstalten im Bereich der Arbeiter und Angestellten eine Einsparung ohne Leistungsreduktion von 10 Prozent bringen.

Meine Damen und Herren, Sie von der SPÖ und den Grünen sind gegen den Einsatz des modernen Datentransfers im Sozialbereich und deshalb sprechen Sie sich auch immer wieder gegen den Einsatz der so genannten Chipkarte aus. Sie sind wahrscheinlich deswegen dagegen, weil dadurch Vorteile für die Versicherten entstehen, obwohl die Einführung dieser Chipkarte freiwillig ist. (Abg. Mag. Lackner: „Was hat das mit dem Thema zu tun?“) Aber diese Chipkarte ermöglicht natürlich einen effizienteren Einsatz und vor allem also eine effizientere und raschere Behandlung im Bereich der Gesundheit. Hier, meine Damen und Herren, muss man auch sagen, ist Ihnen der Mensch kein Anliegen mehr. (Beifall bei der FPÖ.) Und wenn Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ und von den Grünen, sich als Vertreter jener Menschen, deren Schicksal ein bedauerliches ist, aufspielen, dann, Herr Kollege, ist das mehr als doppelbödig. Meine Damen und Herren von der SPÖ und den Grünen, mit Ihrer Verhaltensweise haben Sie sich entlarvt. Entlarvt deshalb, weil Sie generell gegen alle Sozialrechtsreformen, gegen zeitgemäße Adaptierungen sind. Sie haben – und das passt zu dieser Jahreszeit – Ihr soziales Gewissen auf Eis gelegt, weil Ihnen das Schicksal der Betroffenen (Abg. Gross: „Das sagt gerade ihr? Was fällt Ihnen ein, dass Sie das da sagen dürfen überhaupt? Sie sind ja auf der falschen Veranstaltung!“) kein Anliegen ist. Sie lehnen alle Sozialrechtsreformen ab, weil Sie mit dem Bürger und den Betroffenen bereits gebrochen haben. (Beifall bei der FPÖ.)

Frau Kollegin Gross, es ist auch eine Form von Janusköpfigkeit, das Sozialbudget im Land wie auch im Bund abzulehnen und gleichzeitig Sozialeinrichtungen, wie (Abg. Gross: „Herr Kollege, wie Sie da drüben als Abgeordneter gesessen sind, was haben denn Sie da mit dem Budget gemacht? Was haben denn Sie mit dem Budget gemacht?“) diese Translationswissenschaft goutieren. Das ist janusköpfig, Frau Kollegin, Ihre Vorgangsweise. (Präsident: „Am Wort ist der Kollege Weilharter!“) Frau Kollegin Gross, es grenzt an einen nicht überbietbaren Hohn, Sozialrechtsreformen abzulehnen und andererseits sich als Partei mit sozialem Gewissen zu verkaufen. (Abg. Stöhrmann: „Dass sich einer von eurer Partei hinausstellt und so etwas sagt!“) Die Glaubwürdigkeit, Herr Kollege, ist in diesem Bereich, die ist Ihnen abhanden gekommen. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, es ist auch skandalös, wenn in der vorliegenden Regierungsvorlage das Schicksal der gehörlosen Menschen relativiert wird, indem die Zahl der Betroffenen mit einem lapidaren Begriff, ungefähr 200 bis 300, abgetan wird. Das ist ein Skandal, Herr Landesrat Flecker. Ich sage noch einmal, Sie von der SPÖ und den Grünen sind entlarvt durch Ihr Stimmverhalten im Landtag und im Nationalrat, ebenso im Bundesrat. Wir, meine Damen und Herren, von den Bundesregierungsparteien geben durch ausgewogene Sozialpolitik allen Bürgern eine soziale Sicherheit. Uns von ÖVP und FPÖ ist das Schicksal der Gehörlosen sowie aller Menschen ein zentrales Anliegen. Deshalb sorgen wir für ein Budget und eine Sozialrechtsreform, damit niemand durch den Rost fällt und jeder sich in einem sozial ausgewogenen System berücksichtigt findet.

Meine Damen und Herren, wenn das Schicksal jener Menschen, die aus eigener Kraft oft nicht können, Ihnen ein Anliegen ist, gerade von der SPÖ und den Grünen, dann müssten Sie Ihr Verhalten ändern und durchaus den Sozialrechtsreformen und Budgets zustimmen.

Aber, Herr Präsident, erlauben Sie mir auch eine Bemerkung, ohne dass ich mit der Geschäftsordnung und den Usancen dieses Hauses breche. Es hat heute in der Aktuellen Stunde der Klubobmann der SPÖ, Abgeordneter Schrittwieser, darauf hingewiesen, dass die Volkszählung zu Tage gebracht hat, dass es massive und gravierende Abwanderung in den Ballungsräumen gibt. Das ist leider auch ein Faktum. Faktum ist aber auch, Herr Kollege Schrittwieser und vor allem meine Damen und Herren von der SPÖ, das sollten Sie sich in den nächsten Tagen auch zu Gemüte führen, Faktum ist, dass die Ballungsräume von der SPÖ dominiert sind, Sie jahrelang dort auch die soziale Kompetenz hatten und vor allem, dass dort die größten Abwanderungen sind. Hier hat der Sozialismus versagt. Dort flüchteten die Menschen vor Ihrer Politik, hier gibt es die Abwanderung und die Flucht vor dem Sozialismus. Das sollten Sie sich in den nächsten Tagen in Ihr Gewissen prägen. (Beifall bei der FPÖ. – 11.30 Uhr.)

Präsident: Ich freue mich die Schülerinnen und Schüler des zweiten Jahrganges für ländliche Hauswirtschaft Großlobming unter der Leitung von Frau Ing. Edith Reumüller und Frau Fachoberlehrerin Anna Arch und der 7. Klassen des BG/BRG Knittelfeld unter der Leitung von Frau Prof. Gilda Gordon begrüßen zu dürfen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich erteile Herrn Landesrat Dr. Flecker das Wort.

Landesrat Dr. Flecker (11.31 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Eigentlich sollte und wollte ich mich für die niveauevolle Debatte bedanken, aber das Haus besteht ja nicht aus manchen Bundesräten, darum kann es auch so bleiben, weil das Wort Niveau offenbar mit manchen Auftritten nicht vereinbar ist. Es scheint halt eine grundsätzliche Desorientierung zu sein, die es nicht erkennen lässt, dass man mit einer Wortmeldung voll daneben liegt und dass man eigentlich mehr peinlich als anders wirkt. Ich glaube, mehr ist die Wortmeldung des Kollegen Weilharter nicht wert zu kommentieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Lassen Sie mich zuerst einmal, weil ich einige Damen und Herren in der Zuschauerbank sehe, die am „Sozialplan – Gehör“ mitgearbeitet haben, dafür danken, dass Sie das getan haben und dass dadurch letztlich ein sehr umfassendes Werk entstanden ist mit vielen Anregungen, die Maßnahmen in Regierung sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene nach sich ziehen sollten. Ich bedaure zwar, dass der „Sozialplan – Gehör“, der in der Regierung einstimmig verabschiedet wurde, noch nicht diesem Haus zur Debatte vorliegt. Es ist aber letztlich keine Verzögerung, weil es ein Regierungsprogramm ist und wenn die Damen und Herren von ÖVP und FPÖ im Unterausschuss ein Regierungsprogramm genauer lesen wollen, so sei ihnen das unbenommen.

Ich wollte noch auf eines zu sprechen kommen, was nämlich die Frau Abgeordnete Lechner Sonnek angesprochen hat und das scheint mir das Wesentliche in jeder Sozialdebatte zu sein. Meine Damen und Herren, wenn wir nicht aktiv dafür sorgen, dass Beeinträchtigungen, soweit es uns als Gesellschaft möglich ist, kompensiert werden, dann begehen wir bewusst Diskriminierung. Es geht nicht darum zu beklagen, dass Menschen mit irgendwelchen Behinderungen diskriminiert sind, sondern es ist unsere Aufgabe, unsere gesellschaftliche, ja unsere rechtliche Pflicht, diese Diskriminierungen bestmöglich aufzuheben und wenn wir es nicht tun, begehen wir Diskriminierung. Und ich glaube, dieses Denken müsste uns bewusst sein, weil ich es schon nicht mehr hören kann, dass mancherorts die Argumentation im Sozialwesen, insbesondere im Behindertenwesen immer wieder so kommt, dass man sagt, wir leisten uns für das Behindertenwesen das, was wir uns leisten können. Meine Damen und Herren, wir sind kein caritativer Verein, sondern wir sind gesellschaftspolitisch Tätige und in diesem Sinne haben wir zu handeln und haben Diskriminierungen soweit es geht aufzuheben (Beifall bei der SPÖ.) im Sinne der Demokratie und auch im Sinne unseres gesellschaftlichen Selbstverständnisses.

Ich danke Ihnen noch einmal sehr herzlich für die Debatte. Ich bitte Sie, vor allem die Damen und Herren in der Zuschauerbank, die Peinlichkeit des Kollegen Weilharter zu entschuldigen und danke fürs Zuhören! (Beifall bei der SPÖ. – 11.36 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich komme damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Anerkennung der Gebärdensprache, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

3. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 110/1, Beilage Nr. 6, Gesetz über den Landessanitätsrat.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Wolfgang Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (11.37 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 110/1, Beilage Nr. 6, Gesetz über den Landessanitätsrat zur Kenntnis.

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler hat in seinen Sitzungen am 6. Februar 2001 und am 4. Dezember 2001 über obgenannte Regierungsvorlage die Beratungen durchgeführt.

Die Regierungsvorlage über den Landessanitätsrat wird wie folgt geändert:

Paragraf 2 Absatz 1 litera b lautet:

„b) aus zwölf bestellten Mitgliedern, welche die zur aktiven selbstständigen Ausübung des ärztlichen Berufes oder zum selbstständigen Betrieb einer öffentlichen Apotheke erforderlichen Voraussetzungen erfüllen müssen.“

Paragraf 3 Absatz 2 lautet:

„(2) Je ein Mitglied wird auf Vorschlag des Geschäftsausschusses der Steiermärkischen Krankenversicherungsträger, der Ärztekammer für Steiermark und der Apothekerkammer bestellt. Die übrigen Mitglieder werden nach dem Stärkeverhältnis der in der Landesregierung vertretenen politischen Parteien bestellt, wobei den jeweiligen Regierungsfractionen ein Vorschlagsrecht zukommt.“

In der Ausschusssitzung am 4. Dezember 2001 wurde darüber hinaus ein Minderheitsantrag der Abgeordneten Mag. Erlitz, Lechner-Sonnek, Gennaro und Mag. Lackner gestellt. Und ich darf den Antrag dieses Minderheitsberichtes zur Kenntnis bringen.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Regierungsvorlage „Gesetz über den Landessanitätsrat“, Einl.-Zahl 110/1, wird mit folgenden Änderungen beschlossen:

Der Paragraf 2 Absatz 1 litera a soll wie folgt lauten:

„a) aus den Vorständen der für die fachlichen und rechtlichen Angelegenheiten des Gesundheitswesens zuständigen Abteilungen des Amtes der Landesregierung, dem/der Leiter/Leiterin der steirischen Patientenvertretung und“.

Der Paragraf 2 Absatz 1 litera b soll wie folgt lauten:

„b) aus 14 bestellten Mitgliedern, welche die zur aktiven selbstständigen Ausübung eines Sanitätsberufes oder zum selbstständigen Betreiben einer öffentlichen Apotheke erforderlichen Voraussetzungen erfüllen müssen.“

Der Paragraph 3 Absatz 2 soll wie folgt lauten:

„(2) Je ein Mitglied wird auf Vorschlag des Geschäftsausschusses der Steiermärkischen Krankenversicherungsträger, der Medizinischen Fakultät der Universität Graz, der Ärztekammer für Steiermark, des Österreichischen Städtebundes, Landesgruppe Steiermark sowie des Steiermärkischen Gemeindebundes bestellt. Die übrigen Mitglieder werden nach dem Stärkeverhältnis der in der Landesregierung vertretenen politischen Parteien bestellt, wobei den jeweiligen Regierungsfraktionen ein Vorschlagsrecht zukommt.“

Dieser Antrag wurde vom Ausschuss für Gesundheit und Spitäler nicht angenommen. Er ist jetzt hiermit wiederholt worden.

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der nachstehende Entwurf – liegt Ihnen vor – eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über den Landes-sanitätsrat geändert wird, wird zum Beschluss erhoben.

Soweit mein Bericht! (11.40 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Mag. Erlitz. Ich erteile dem Abgeordneten das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (11.40 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn es sich beim vorliegenden Landessanitätsratsgesetz auch um kein eminent wichtiges und folgenreicheres Gesetz handelt, das eine umfassende Diskussion und Behandlung hier im Haus mit Nachdruck einfordert, so entwickelt sich aber das Procedere zu dieser Novelle zu einer Groteske der Sonderklasse, die meiner Meinung nach hier schon geschildert und beschrieben werden muss.

In der ersten Unterausschusssitzung am 9. Mai dieses Jahres wurde nach ausführlicher Diskussion einstimmig, das heißt mit Stimmen der ÖVP, der SPÖ, der Freiheitlichen und der Grünen, vereinbart, dass sinnvollerweise als Interessenvertretung sowohl die Ärztekammer, als Vertreter der Ärzteschaft, als auch die Patientenombudsfrau, als Vertreterin der Patientinnen und Patienten, der Städte- und der Gemeindebund im Sanitätsrat vertreten sollen. Einstimmige Annahme!

Bereits 14 Tage später, am 23. Mai – diese zweite Unterausschusssitzung sollte eigentlich nur mehr eine reine Formsache sein, um die einstimmig beschlossenen Änderungen in den entsprechenden Gesetzespassagen nochmals zu überprüfen –, wusste die ÖVP auf einmal nichts mehr von diesem gemeinsamen einstimmigen Beschluss, oder sie wollte nichts mehr davon wissen. Das heißt, alle diese einstimmig in den Landessanitätsrat hineinreklamierten Personen und Institutionen wurden, bis auf die Ärztekammer, von der ÖVP und der FPÖ wieder in Frage gestellt. Und begründet wurde diese Kehrtwendung der ÖVP damit, dass ihre Vertreter, also ihre Verhandler, für die zweite Unterausschusssitzung ausgewechselt wurden und nichts über die Zusage ihrer Kollegen der ersten Unterausschusssitzung gewusst hätten, obwohl – und jetzt wird diese Groteske eine der Extraklasse – das Protokoll über die erste Unterausschusssitzung auch von den ausgewechselten ÖVP-Verhandlern angenommen wurde. Das heißt, das Protokoll wurde auch von den ausgewechselten ÖVP-Verhandlern einstimmig zur Kenntnis genommen, nur die Beschlüsse, die darin gefasst wurden, offensichtlich nicht.

Das ist ein Verhaltensmuster, das, wie ich meine, mit Logik oder Vernunft nichts mehr zu tun hat, sondern wirklich nur aus einem Zustand kommt, den ich halt mit Überheblichkeit, manche sagen Machtrausch oder Hybris, beschreiben würde. (Abg. Bacher: „Das war anders!“) Anders nicht! Also logisch ist das Ganze nicht mehr. Ich stimme dem Protokoll zu – einstimmig –, nehme aber die Beschlüsse nicht zur Kenntnis und sage, das gilt nicht. Das musst du mir erklären, was das ist. Aber vielleicht kannst du mir das nachher erklären.

Die Freiheitlichen haben diese völlig unfassbare und sachlich nicht, ja schon parteipolitisch, begründbare ÖVP-Pirouette mitgedreht oder sie wurden ganz einfach, auf Grund ihrer Selbstfesselung mit der ÖVP, da mit herumgeschleudert.

Die nächsten beiden Unterausschusssitzungen haben dann zu keinen weiteren Ergebnissen mehr geführt. ÖVP und FPÖ haben darin festgehalten, dass nur eine Interessenvertretung, nämlich die Ärzteschaft, durch die Ärztekammer beziehungsweise jetzt in der Folge dann die Apothekerkammer im Landessanitätsrat mit Sitz und Stimme implementiert sein soll. Und damit sind ÖVP und FPÖ ihrer konservativen, ich würde meinen fortschrittsfeindlichen und rückwärts gewandten Gesinnung insofern wieder voll und ganz gerecht geworden, als wir uns nun mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf wieder im Jahre 1870 finden, denn auf dieses Jahr 1870 geht das Reichssanitätsgesetz zurück, das die Belange und eben auch die Zusammensetzung des Landessanitätsrates regelt. Und wir hätten die Aufgabe und ich meine auch die Chance gehabt, dieses Gesetz endlich aus dem Dunstkreis monarchischer, autoritativer Grundhaltung herauszuführen und in eine moderne, zeitgemäße, sprich demokratische Form zu bringen. Die Erläuterungen unterstreichen ja auch diesen Auftrag, den wir gehabt hätten, denn da steht, die Einrichtung des Sanitätsrates soll den Anforderungen und Gegebenheiten eines modernen Gesundheitssystems entsprechen. Und das bedeutet – modernes Gesundheitssystem – zumindest für die SPÖ und ich glaube auch für die Grünen, das bedeutet, dass natürlich auch jene Gruppe im Sanitätsrat vertreten sein muss, um die es letztlich in einem Gesundheitssystem geht, nämlich die Patientinnen und die Patienten, vertreten durch die Patientenombudsfrau, und zwar mit Sitz und Stimme.

Es gibt überhaupt kein stimmiges und einsichtiges Argument dafür, dass unsere Patientenombudsfrau, deren überparteiliches Auftreten und deren fachliche Kompetenz, würde ich meinen, auch hier in diesem Haus unbestritten sind, aus diesem Fachgremium hinauszureklamieren, dafür aber gleichzeitig die Apothekerkammer

drinnen zu verankern. Der Hinweis von der ÖVP und Hans Bacher hat das immer gesagt, ja, es bestehe ja ohnehin die Möglichkeit und ich zitiere jetzt aus den Erläuterungen, „ausnahmsweise“ steht drinnen, ausnahmsweise auch Gutachten auch externer Sachverständiger beizuziehen, unterstreicht ja genau die wahre Absicht der Mehrheit hier im Landtag, nämlich den Patienten und Patientinnen Sitz und Stimme im Landessanitätsrat mit aller Beharrlichkeit zu verweigern. ÖVP und FPÖ demaskieren sich als reine Lobbyisten der Ärzteschaft, Patienteninteressen sind ihnen offensichtlich überhaupt kein Anliegen. Und wir meinen und das glaube ich wohl mit Fug und Recht, dass eben beide Interessenvertretungen mit Sitz und Stimme im Sanitätsrat integriert sein müssen, nämlich die Ärzteschaft über die Ärztekammer, aber auch die Patientinnen und Patienten über die Patientenombudsfrau. Ob die Apothekerkammer drinnen sein muss, lasse ich einmal offen. Und da die Gemeinden jetzt schon viel zur Finanzierung des steirischen Gesundheitssystems beitragen müssen, meinen wir, dass auch sie in diesem Gremium vertreten sein sollen, nämlich durch den Gemeinde- und durch den Städtebund. (Beifall bei der SPÖ.)

Und beide Institutionen haben durch ihre Repräsentanten auch entsprechendes Interesse nachhaltig bekundet und ich appelliere hier an dieser Stelle noch einmal an die ÖVP, an die FPÖ, vielleicht durch einen vernünftigen Schwenk doch noch eine vernünftige und zeitgemäße, fortschrittliche, in die Zukunft gerichtete Novellierung dieses Landessanitätsratsgesetz gemeinsam zu Wege zu bringen. Dazu lade ich Sie noch einmal ein. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.47 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung vom Herrn Klubobmann Abgeordneten Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (11.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Wir stehen heute hier an, ein neues Gesetz zu beschließen, und zwar, Herr Kollege Erlitz hat ja schon darauf hingewiesen, dass es sich um ein Gesetz aus dem Jahre 1870 handelt. Es ist unbedingt notwendig und erforderlich, eben dieses Gesetz einmal zu novellieren, da hier noch Inhalte enthalten sind, die vollkommen absolut sind, wie zum Beispiel die Organisation des öffentlichen Sanitätsdienstes. Da steht unter anderem noch die Oberaufsicht über alle Kranken, Irren, Gebär-, Findel- und Ammenanstalten, über Impfinstitute, Siechenhäuser und andere Anstalten drinnen. Also, da sind Begriffe enthalten, die heute Gott sei Dank nicht mehr in dieser Form gehandhabt oder überhaupt ausgesprochen werden. Unter anderem finden wir auch die Überwachung der Aasplätze und Wasenmeistereien. Also, es sind hier Begriffe enthalten, die heute in unserem umgangssprachlichen Gebrauch nicht mehr verwendet werden und die keiner versteht.

Im Bezug auf dieses Gesetz muss ich sagen, dass es gelungen ist, ein sehr gutes Gesetz zu schaffen, wo genau und detailliert die Zuständigkeit des Landessanitätsrates enthalten ist. Wenn hier von den Kollegen der SPÖ beziehungsweise vom Kollegen Erlitz von Überheblichkeit und von anderem mehr gesprochen wird, so möchte ich das entschieden zurückweisen. Entschieden zurückweisen deshalb, weil wir uns bewusst geworden sind, dass wir dabei ein Gremium errichten, das arbeitsfähig sein soll und nicht durch zusätzliche Bereiche aufgebläht wird. In dem Gesetz ist unter anderem auch enthalten und mich wundert, dass der Herr Kollege Erlitz das noch nicht angeschnitten hat, im Paragraph 3 Absatz 2, dass jederzeit die Möglichkeit besteht, auch andere Personen mit einzubinden. Das heißt, eine Patientenombudsfrau, Vertreter des Städte- und Gemeindebundes sind nicht ausgeschlossen, sondern können jederzeit zu jedem Tagesordnungspunkt eingeladen werden.

Entschuldigung, wenn man sagt müssen, dann kommen sie eh nicht, wenn man sagt können, dann kommen sie vielleicht. So ist es.

Die Möglichkeit der Teilnahme genau in jenen Bereichen, wo sie auch zuständig sind, ist gegeben. Wir müssen aber auch danach trachten, dass wir im Bereich des Landessanitätsratsgesetzes auch auf neue Maßstäbe eines modernen Gesundheitssystems eingehen und das werden wir in der nächsten Zeit genau definieren. Mit aller Beharrlichkeit verweigern, dieser Ausdruck ist ebenfalls gefallen. Ich glaube, das trifft eher auf die Fraktion der SPÖ zu, denn wenn Sie es gewollt hätten, dass wir hier ein arbeitsfähiges Gremium schaffen, dann hätten Sie diesem Gesetz auch Ihre Zustimmung erteilt. In diesem Fall bin ich dankbar, dass es uns auch mit der ÖVP gelungen ist, hier ein sehr sinnvolles Gesetz zu schaffen. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 11.51 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort. Nächste Wortmeldung Abgeordneter Bacher, in Vorbereitung.

Abg. Lechner-Sonnek (11.51 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das Gremium, um das es hier geht, heißt Landessanitätsrat. Wir haben im Ausschuss erfragt, was versteht man eigentlich unter dem Sanitätsbereich und haben die klare Antwort bekommen, nicht nur den medizinischen Bereich im engeren Sinne, der von Ärzten und Ärztinnen abgedeckt wird, sondern natürlich auch Pflegeberufe, therapeutische Berufe und so weiter. Dem haben sich ÖVP und FPÖ verschlossen, daraus Konsequenzen zu ziehen und Vertreter, Vertreterinnen dieser Berufe einzubeziehen, ebenso und das wundert mich besonders für Parteien, die immer so stolz sind auf ihre Wirtschaftskompetenz, sie haben sich dem verweigert, dass es heutzutage auch um die Kunden- und Kundinneninteressen und Bedürfnislagen und auch um ihre Zufriedenheit geht, das wäre der Sinn der Sache gewesen, die Patientenombudsfrau in dieses Gremium einzubinden. Es wird immer damit argumentiert, dass ein Gremium arbeitsfähig sein muss, das hätte wesentlich Besseres und mehr leisten

können, diese zwei bis drei Personen hätten das sicher nicht gekippt, hätten sicher dieses Gremium nicht in die Lage gebracht, nicht mehr arbeiten zu können, im Gegenteil und auch das Argument vom Kollegen Lafer von vorhin, man kann ja ohnehin Leute einladen, natürlich, aber wer entscheidet, wann das notwendig ist? Ein Gremium, das so konstruiert ist, ist offensichtlich eher darauf ausgerichtet, den Sanitätsbereich aus ärztlicher Hinsicht gesehen zu durchleuchten und ihn als eigenen Verantwortungsbereich anzusehen. Ich glaube nicht oder ich traue diesem Gremium in dieser Besetzung nicht zu, dass es von vornherein immer die genannten Personen kooptieren, zur Mitarbeit einladen wird, das wäre unsere Aufgabe gewesen. ÖVP und FPÖ verweigern sich dem. Ich hätte einen Vorschlag an ÖVP und FPÖ, wie Ihre konsequente Haltung weitergehen könnte. Es kann jetzt eigentlich nur mehr einen Schritt geben, den Landessanitätsrat in Landesärzterat umzubenennen. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 11.54 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Bacher. Er ist am Wort.

Abg. Bacher (11.54 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist schon spannend, dieses Landessanitätsratsgesetz. Monatelange Verhandlungen führen dazu, dass wir jetzt, heute, ein Gesetz beschließen, das ständig kritisiert wird, weil wir nicht auf alle Wünsche eingegangen sind. Und in Wahrheit haben wir nur eine Vorlage behandelt und beschließen heute eine Vorlage, die, glaube ich, von der Rechtsabteilung 12 vorbereitet wurde aus dem Büro vom Landesrat Dörflinger und wo es um die Einrichtung und Aufgaben des Landessanitätsrates geht. Dieses Gesetz, es ist ja heute schon mehrmals angeschnitten worden, stammt aus dem Jahre 1870. Es war damals schon ein Gremium, ein Fachgremium zur Beratung der Landesregierung, des zuständigen Landesrates und zuständig auch für Gutachten, Begutachtungen und dergleichen mehr. Und nichts anderes haben wir heute vorliegen, nichts anderes. Es ist in der Vorlage vorgesehen, das Gremium soll möglichst klein sein, es soll aus elf Personen bestehen, aus elf bestellten Mitgliedern.

Es ist auch definiert und ausgeführt, wofür dieser Landessanitätsrat zuständig ist. Und nichts anderes haben wir getan als heute zu sagen, okay, das wollen wir beschließen. Jetzt sind natürlich in den verschiedenen Diskussionen – (Landesrat Dörflinger: „Gilt das ab jetzt für immer?“) Bitte? (Landesrat Dörflinger: „Du stimmst überall zu, wenn du die Vorlage bekommst?“) Warum? Was meinst du? Es wird ja sehr heftig kritisiert, dass wir das alles missverstehen, ablehnen. Was ist da gesagt worden? Machtausch und ich weiß nicht, was sonst noch alles.

Es ist eine Vorlage von deinem Ressort in den Landtag gekommen und wir haben nichts anderes gemacht, als dass wir gesagt haben, wir hätten nur einen Wunsch, dass auch festgelegt wird, dass die Ärztekammer vertreten ist, weil bekanntlich im Gesundheitswesen die Ärzte eine wesentliche Rolle spielen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wirklich?“)

Ja, wirklich, Herr Landeshauptmannstellvertreter, das ist ein ganz entscheidender Punkt. Wir sind auch erst jetzt draufgekommen. Das war in der Zwölfer und beim Landesrat Dörflinger nicht bekannt. Das haben wir hineinreklamiert. Und wir haben auch gesagt, die Apothekerkammer, weil diese, wenn man sich die Protokolle anschaut, ständig auch mit Neuerrichtung von Apotheken und dergleichen befasst wurde.

Daher verstehe ich diese Aufregung nicht. Ich verstehe diese Aufregung nicht. Wir sind froh, dass wir endlich ein Gesetz wegräumen, das seit 1870 in Kraft ist. Und dass man jetzt hergeht und sagt, dieses Gesetz lässt nicht zu, eine moderne Gesundheitspolitik in der Steiermark zu machen, also ich verstehe nicht, wie man zu der Argumentation kommt.

Und ich verstehe weiters nicht und ich habe das auch schon im Ausschuss gesagt und auch bei den Unterausschusssitzungen, warum wurde bisher bei den Sanitätsratssitzungen nicht weiteres Personal hinzugezogen? Warum wurde kein einziges Mal die Frau Patientenombudsfrau hinzugezogen? Es wurde kein einziges Mal nur irgendjemand vom Gemeinde- oder Städtebund hinzugezogen, geschweige erst andere Teilnehmer, obwohl drinnen steht, den Sitzungen sind weitere fachkundige Personen beizuziehen, wenn der Landessanitätsrat es beschließt oder die Landesregierung beziehungsweise der Landeshauptmann oder das für das Gesundheitswesen zuständige Regierungsmitglied anordnen. Es wurde bisher nie gemacht. Und jetzt ist der große Aufschrei, warum man das alles nicht hineinnimmt.

Es ist in den Erläuterungen – und das hat der Kollege Erlitz nicht ausgeführt – auch angeführt, auch in der Vorlage der Rechtsabteilung 12, um eine besondere Effizienz des Landessanitätsrates zu garantieren, soll dieser eine überschaubare Anzahl von Mitgliedern, Ersatzmitgliedern haben, die ein flexibles Agieren zulässt. Zusätzlich zu den vorgesehenen zwölf Mitgliedern gehören dem Sanitätsrat als Organ des öffentlichen Gesundheitswesens auch die Vorstände an.

Also, wir haben in Wahrheit nichts verändert. Wir haben nichts verändert bis auf den Zusatz, wir wollen auch verbindlich die Ärztekammer drinnen haben. Bisher war es so, dass ein Vertreter der Sozialversicherungen drinnen war, aber die Ärztekammer de facto nicht angeführt war. Die restlichen Mitglieder kann jetzt die Landesregierung bestellen. Und ich denke nicht, dass das ein Hinderungsgrund ist, eine gute Gesundheitspolitik im Sinne dieses Landessanitätsratsgesetzes in der Steiermark zu machen.

Ich sage abschließend noch, wir haben uns das auch ein bisschen angeschaut, wie es in den anderen Bundesländern aussieht. Das ist ganz interessant, wenn man so ein Gesetz heute beschließt. In Niederösterreich, Oberösterreich, Wien, Burgenland und in Tirol ist das im Krankenanstaltengesetz geregelt. In Kärnten gibt es ein Landessanitätsratsgesetz mit elf Mitgliedern. In Salzburg gibt es ein Gesetz mit zwölf Mitgliedern. Also, wir liegen eigentlich ganz klar im Trend der Bundesländer, ein kleines effizientes Gremium zur Beratung

unserer Landesregierung, unseres Spitalslandesrates. Und das war unser Ausgangspunkt. Deshalb wollen wir, dass diese Reform heute auch beschlossen wird. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 11.59 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, wir kommen zur vorläufig letzten Wortmeldung des Herrn Landesrates Dörflinger.

Landesrat Dörflinger (11.59 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich auf ein paar Polemiken, die da gekommen sind, nicht sehr einlassen, ein bisschen dann aber doch. Lieber Hans Bacher, wenn du als Hauptargument für die Tatsache, dass die Patientenombudsfrau nicht im zukünftigen Landessanitätsrat vertreten ist, anführst, dass es in der Vorlage der Rechtsabteilung 12 nicht vorgesehen war, dann würde ich sagen, ist das eine gute Idee. Ich würde dich nur bitten, künftighin bei allen Vorlagen, die aus den Ressorts von uns kommen, mit der gleichen Argumentation zu argumentieren. Dann müsstest du nämlich wahnsinnig oft anders abstimmen. (Abg. Bacher: „Herr Landesrat, darf ich etwas fragen?“) Es ist in Wirklichkeit ein Vorwand, weil du dich inhaltlich bei all dem – (Abg. Bacher: „Ich gehe davon aus, dass dir diese Vorlage vorher zur Kenntnis gebracht wurde.“) Hans, ich habe dir auch zugehört. (Abg. Bacher: „Ich gehe davon aus, dass dir das damals schon ein Anliegen war, dass das hineinkommt. Warum wurde das in der Vorlage nicht gleich mit berücksichtigt?“ – Präsident: „Am Wort ist der Herr Landesrat Dörflinger, bitte!“)

Hans, ich kann dir das sehr einfach beantworten. Lieber Hans, hörst du mir zu? Hans, hörst du mir zu? (Abg. Bacher: „Ja, ich höre dir immer zu!“) Danke!

Ich kann dir das sehr einfach beantworten. Weil ich zu jener komischen Spezies von Menschen gehöre, die weniger auf den Formalismus Wert legen, sondern der eher schaut, dass man das dann richtig hinbringt. Und wenn ich weiß, dass wir in einen Unterausschuss gehen, ist es völlig Wurst, ob die vier Zeilen in der Vorlage drinnen stehen oder nicht. Das hätte sonst wieder zurückgehen müssen in die entsprechende Fachabteilung, hätte dann in Wirklichkeit dort geändert gehört und wir wären drei Monate später in diese Geschichte hineingekommen. Deshalb war es nicht drinnen.

Was ich euch nicht ersparen kann und das gilt für dich, Hans Bacher, wie für den Klubobmann Lafer, dass ihr jetzt da insgesamt 20 Minuten geredet habt, aber kein einziges Argument gebracht habt, warum die Patientenombudsfrau nicht im Landessanitätsrat vertreten sein soll. Man hätte es ja ganz einfach sagen können.

Okay, genauso wie du richtig feststellst, dass Ärzte ein wesentlicher Teil des Gesundheitswesens sind, stelle ich fest, dass Patienten auch irgendetwas mit dem Gesundheitswesen zu tun haben. Aus meiner Sicht haben sie viel zu wenig damit zu tun.

Ich sehe eigentlich nicht ein, wenn zehn, zwölf Ärzte wo beieinander sitzen, dass nicht ein kleiner Vertreter von Patienten dabeisitzen darf. Ich sehe auch nicht ein und da ist mir jetzt wieder Wurst, ob Rot oder Schwarz, dass die Gemeinden im Landessanitätsrat nichts zum Reden haben sollen. Die Gemeinden werden tagtäglich, in der Finanzierung, in der Organisation, in der Versorgung, bei jeder Diskussion eingebunden. Jeden Tag ist ein Bürgermeister bei irgendjemandem in der Landesregierung um zu erklären, wir brauchen einen Facharzt, wir brauchen das, wir brauchen das, aber dort, wo das beschlossen wird, darüber wird nichts geredet und wird nichts gesagt. Also, ich stehe nach wie vor dazu, dass die Patientenombudsfrau und dass der Gemeindebund und der Städtebund in Wirklichkeit dort hineingehört hätten und hineingehören würden.

Zur Frage der Nichtvertretung der Ärztekammer: Bitte nicht böse sein und das bitte auch nicht persönlich zu nehmen, ich glaube schon, dass der Herr Routil ein Vertreter der Ärztekammer ist. Der Herr Routil, Präsident der Ärztekammer, war von 1996 bis 1999 Mitglied des Landessanitätsrates. Und jetzt sagt man, man muss ihn unbedingt drinnen haben. Was mich schon ein bisschen stört – und der Wolfgang möge mir nicht böse sein, aber du hast damit angefangen –, von 1996 bis 1999 war der Präsident der Ärztekammer als Mitglied des Landessanitätsrates genau zweimal anwesend bei den Sitzungen – von 1996 bis 1999. Ich denke mir, in der Diskussion, ich wäre froh gewesen, wenn ihr ein Argument gebracht hättet, wo es geheißen hätte, okay, ich will aus den und den Gründen die Patientenvertreter nicht drinnen haben.

Ich glaube, das Gesetz, das sehr gut geworden ist, das wir nach 130 Jahren novelliert haben – wir haben es gut novelliert –, es wäre noch besser gewesen, wenn wir die Vertreter der Patienten und wenn wir die Vertreter der Gemeinden und der Städte mit hineingenommen hätten. Ich hätte keine Angst gehabt, dass das eine Aufblähung gewesen wäre, weil ob dort elf, zwölf oder 13 oder 14 sitzen, ist völlig Wurst. Ich glaube, dass die Diskussion eine breitere gewesen wäre. Und es wäre aus meiner Sicht – und deswegen tut es mir Leid – es schreit keiner wie ein Esel, es plärrt keiner, es regt sich keiner wahnsinnig auf, ich sage nur, auch im Namen meiner Fraktion, es ist schade, dass wir mehrheitlich in diesem Haus ablehnen, dass Patienten mit dem Gesundheitswesen etwas zu tun haben. Mir wäre es lieber gewesen, wir hätten gesagt, die Patientenombudsfrau sitzt dabei, dann ist einer mehr dort und das wäre, glaube ich, auch ein gutes Signal für die Entwicklung des Gesundheitswesens insgesamt gewesen.

So ist es eine gute Geschichte, aber wir hätten es noch besser machen können. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 12.05 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich habe nun zwei Abstimmungen vorzunehmen. Zum Einen zuerst über den Minderheitsbericht und dann über den Bericht des Berichterstatters.

Die Damen und Herren, die dem Minderheitsbericht der SPÖ, betreffend Gesetz über den Landessanitätsrat, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Minderheitsbericht hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 36 sowie 4 bis 7 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese fünf Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

36. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 492/1, Beilage Nr. 63, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Kinderbetreuungsgesetz geändert wird.

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Michaela Halper. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Halper (12.06 Uhr): Hohes Haus!

Ich darf zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 492/1, Beilage Nr. 63, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Kinderbetreuungsförderungsgesetz geändert wird, Folgendes berichten:

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten hat in seinen Sitzungen am 9. Oktober 2001 und 11. Dezember 2001 über die oben genannte Regierungsvorlage die Beratungen durchgeführt.

Nachstehender Gesetzesvorschlag, der mit den betroffenen Trägern „Hilfswerk Steiermark“, „Verein Tagesmütter“ sowie „Volkshilfe Steiermark“ akkordiert ist, wurde gemeinsam mit der Rechtsabteilung 13 erarbeitet und ist das Ergebnis des Unterausschusses „Novellierung des Steiermärkischen Kinderbetreuungsgesetzes“.

Das Steiermärkische Kinderbetreuungsförderungsgesetz wird wie folgt geändert:

Erstens: Paragraph 2 lautet:

(1) Arbeitgeber von Tagesmüttern erhalten monatliche Landesbeiträge, sofern die Tagesmutter zumindest 100 Stunden pro Kalendermonat nachweislich eine Betreuungstätigkeit ausgeübt hat.

(2) Der monatliche Landesbeitrag beläuft sich auf 2,37 Euro pro voller Betreuungsstunde. Dieser Stundensatz ist jährlich ab dem Jahr 2003 um jenen Hundertsatz zu erhöhen, um den der Mindestlohn für Tagesmütter, die von Vereinen beschäftigt werden und im eigenen Haushalt Kinder betreuen, erhöht wird. Die genaue Anzahl der Betreuungsstunden ergibt sich aus der zwischen dem Arbeitgeber der Tagesmutter und den Eltern vertraglich vereinbarten Betreuungszeit.

(3) Förderungen werden ausschließlich für jene Tagesmütter gewährt, die gemäß Paragraph 42 Absatz 2 litera b Steiermärkisches Kinderbetreuungsgesetz, LGBL. Nr. 22/2000, bei einem öffentlichen oder privaten Erhalter tätig sind.

(4) Die Bestimmung des Paragraphen 1 Absatz 1 gilt sinngemäß auch für Tagesmütter. Die Auszahlung der Monatsbeiträge des Landes erfolgt jeweils auf das Förderungsjahr bezogen, welches für Tagesmütter mit dem 1. September jeden Jahres beginnt. Es sind jährlich zumindest zwei Auszahlungstermine vorgesehen, wobei auch Akontierungen zulässig sind.

Zweitens: Paragraph 4 zweiter Absatz lautet:

Kinderkrippen: drei, Kindergärten: zehn, Horte: acht, Kinderhäuser: 16 (drei Kinder vom vollendeten 18. Lebensmonat bis zum vollendeten dritten Lebensjahr, zehn Kindergartenkinder und drei schulpflichtige Kinder).

Drittens: Paragraph 5 Absatz 1 erster Satz lautet:

(1) Die tägliche Mindestöffnungszeit hat – ausgenommen bei Tagesmüttern, für die die im Paragraphen 2 angeführte monatliche Mindestbetreuungszeit gilt – in Kinderbetreuungsgruppen zu betragen:

Viertens: Dem Paragraphen 26 wird folgender Paragraph 26 a angefügt:

„Paragraph 26 a: Die Änderung der Paragraphen 2, 4 und 5 Absatz 1 durch die Novelle LGBL. Nr. .../... tritt mit dem der Kundmachung folgenden Monatsersten, das ist der, in Kraft.“

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Dieser Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Steiermärkische Kinderbetreuungsförderungsgesetz geändert wird, wird zum Beschluss erhoben. Danke! (12.09 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/1, betreffend Sozialbericht 1999/2000.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (12.10 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das komplexe Netz des steirischen Sozialwesens darzustellen ist eine Aufgabe dieses Sozialberichtes. Er kann nicht alles, aber doch die wesentlichen Schwerpunkte aufzeigen, die eingerichtet worden sind, um den am Rande stehenden Mitgliedern unserer Gesellschaft ein menschenwürdiges Leben und die Chance zur Teilnahme am Wohlstand unseres Landes zu sichern.

Eine andere Aufgabe besteht darin, allen Akteuren ein Nachschlagewerk in die Hand zu geben, das im Überblick mögliche Wechselwirkungen darstellt und auf Partner verweist, deren Bogen sich von ehrenamtlich Tätigen über Institutionen und Trägerorganisationen sowie die Landespolitik bis zur Bundespolitik spannt.

Dieser Sozialbericht 1999/2000 umfasst 280 Seiten und ist in zehn Kapitel eingeteilt.

Namens des Sozial-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung betreffend Sozialbericht 1999/2000 wird zur Kenntnis genommen. (12.11 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit zu

5. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 607/1, der Abgeordneten Bacher, Beutl, Mag. Drexler, Gangl, Mag. Koller, Dr. Lopatka und Pußwald, betreffend Vaterschaftsurlaub.

Berichterstatteerin ist Frau Abgeordnete Walburga Beutl. Ich erteile ihr das Wort. Ist nicht anwesend, Ersatz ist Drexler. Berichterstattung Drexler bitte, Tagesordnungspunkt 5, betreffend Vaterschaftsurlaub. Meine Damen und Herren, die Präsenz lässt zu wünschen übrig. Ich appelliere an die Klubobleute, für die entsprechende Präsenz Sorge zu tragen.

Abg. Mag. Drexler (12.12 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte Ihnen über den Antrag der Abgeordneten Bacher, Beutl, Mag. Drexler, Gangl, Mag. Koller, Dr. Lopatka und Pußwald, betreffend Vaterschaftsurlaub.

Wie Sie bereits dem Titel entnehmen geht es darum, dass eine zeitgemäße Familienpolitik auch eine möglichst umfangreiche Gleichstellung beziehungsweise Rollenverteilung von Mann und Frau und den größtmöglichen Schutz des Instituts der Familie umfasst.

In einigen europäischen Ländern gibt es bereits einen Vaterschaftsurlaub. Dieser ermöglicht es den Vätern, das Ereignis der Geburt voll miterleben zu können und ihre Rolle als Vater schon direkt nach der Geburt zu erlernen.

Kürzlich wurde in Frankreich der bezahlte Vaterschaftsurlaub im Ausmaß von zwei Wochen beschlossen. In den skandinavischen Ländern gibt es diesen schon seit längerem. Vater und Mutter sollen ein solches Ereignis gemeinsam erleben und sich in der ersten Zeit nach der Geburt besser um ihr Neugeborenes kümmern können.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub einzuführen. Ich bitte um Annahme. (12.13 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 628/1, der Abgeordneten Mag. Dr. Bleckmann und Lafer, betreffend Pflegeheime beziehungsweise Pflegeplätze und Sachwalterschaft.

Berichterstatteerin ist Frau Landtagsabgeordnete Dr. Magda Bleckmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Dr. Bleckmann (12.13 Uhr): Danke schön. Der Antrag liegt Ihnen vor.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen folgenden Antrag:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob es rechtlich möglich ist, im Steiermärkischen Pflegeheimgesetz ausdrücklich festzuschreiben, dass es den Betreibern und deren Angehörigen sowie den Mitarbeitern von Pflegeheimen beziehungsweise Pflegeplätzen untersagt ist, Sachwalterschaften für Heimbewohner zu übernehmen.

Sollte eine solche Regelung nicht möglich sein, so ist an die Bundesregierung heranzutreten, damit das Sachwalterrecht so geändert wird, dass eine Übernahme der Sachwalterschaft für Heimbewohner durch die Betreiber, deren Angehörige sowie den Mitarbeitern von Pflegeheimen beziehungsweise Pflegeplätzen nicht möglich ist. Ich stelle den Antrag auf Annahme. (12.14 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 614/1, der Abgeordneten Gross und Mag. Lackner, betreffend die Novellierung des Einkommensteuergesetzes für BetreiberInnen von Privatkinderärten.

Berichterstatteerin ist Frau Landtagsabgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (12.14 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es geht um die Novellierung des Einkommensteuergesetzes für Betreiberinnen und Betreiber von Privatkindergärten.

Namens des Sozial-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund heranzutreten, die Novellierung des Einkommensteuergesetzes 1988, Bundesgesetzblatt Nr. 400/1988 in der geltenden Fassung zugunsten von BetreiberInnen von Privatkindergärten zu prüfen. (12.15 Uhr.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordnetem Hammerl das Wort.

Abg. Hammerl (12.15 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Herr Landtagspräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Steirische Sozialbericht 1999/2000, 270 Seiten, wurde schon erwähnt, zeigt die Vielfalt der Aufgaben im Sozialen auf. Zugleich wird aber auch sichtbar, dass wir neue Akzente setzen müssen, um die Zukunft unseres Sozialsystems in unserem Land auf sichere Beine zu stellen.

Zum umfassenden, sehr guten Sozialbericht ein großes Danke namens des ÖVP-Landtagsklubs an den Abteilungsvorstand, Frau Mag. Ulrike Buchacher, mit ihren Mitarbeitern. Hier steckt sehr viel Arbeit dahinter. Ich darf auch um Applaus bitten. (Allgemeiner Beifall.)

Trotzdem, meine sehr geehrten Damen und Herren, es fällt uns kein Stein aus der Krone, wenn wir zugeben, dass im Sozialen viel geschehen ist, zumal wir von der ÖVP, auch wenn es vom politischen Gegner herunterzuspielen oder gar zu leugnen versucht wird, die soziale Sicherheit im Wesentlichen mitbestimmt und auch führend in unserem Land gestaltet haben. Es ist unbestritten, dass hier in gemeinsamer Arbeit viel geschehen ist, eine gemeinsame Arbeit, die aber auch in letzter Zeit zu unterlaufen versucht wird.

Es kann nicht sein, meine Damen und Herren, dass man, um von eigenen Problemen abzulenken, die lange Zeit, trotz aller Unterschiede, konstruktiver Zusammenarbeit aufgibt, um aus der Abqualifizierung des politischen Gegners Profil zu gewinnen. Dass man dadurch die Menschen, besonders die, die am ärmsten sind, verunsichert, das ist das Skandalöse an einem solchen Vorgehen.

Gerade anhand des vorliegenden Sozialberichtes zeigt sich ja deutlich, wo die Herausforderungen liegen, die nur gemeinsam bewältigt werden können. Wenn man die Notwendigkeit einer Novellierung des Sozialhilfegesetzes betrachtet, wird man sehen, dass diese Sozialarbeit eine wichtige Basis neben anderen Zugängen sein kann, um eine Novellierung zum Wohl aller Bedürftigen vornehmen zu können.

Wir werden uns gemeinsam sehr genau die Entwicklungen anschauen müssen, die sich in den Tabellen und Grafiken dieses Berichtes abbilden, damit wir eine Grundlage für Veränderungen gewinnen können. Die Herausforderungen sind vielfältig und es wird einer intensiven Zusammenarbeit bedürfen, ich erwähne eine intensive Zusammenarbeit, um das Beste herauszuholen.

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Herausforderung ist es umso bedauerlicher, dass in letzter Zeit mit Unterstellungen und faulen Tricks gearbeitet wird.

Ich erwähne, wenn das Soziale so leicht zu finanzieren wäre, wie die Sozialdemokratische Partei vorgibt, die uns Sozialabbau vorwirft, dann nimmt sie etwa nicht wahr, was der Grazer Bürgermeister Alfred Stingl vor kurzem in die Wege leitete, als er eine Petition an den Steiermärkischen Landtag richtete, in der er in seiner Funktion als Sozialreferent forderte, dass die Stadt Graz „im Rahmen ihrer sozialen Zuständigkeit als Träger der Sozialhilfe in Bewilligungsverfahren für Einrichtungen nach Paragraph 37 Behindertengesetz einzubinden“ ist, dass die Verfahren zur Bewilligung von Tagsätzen so rasch wie möglich durchzuführen seien, „so dass rückwirkende Belastungen nicht eintreten können“, dass das Steiermärkische Behindertengesetz erst dann in Kraft zu setzen ist, „wenn auch die gemäß Paragraph 51 Absatz 2 vorgesehene Leistungs- und Entgeltverordnung der Steiermärkischen Landesregierung zur Beschlussfassung vorliegt oder die freie Heimwahl insofern relativiert werden sollte, „dass Anspruch auf Kosten jene Personen haben, die auf Grund ihrer Pflege- oder Betreuungsbedürftigkeit ihren Lebensbedarf sonst nicht in zumutbarer Weise ausreichend decken können und dieser auch durch mobile Pflege im Sinne des Paragraphen 9 Sozialhilfegesetz nach den jeweils gültigen Standards nicht gedeckt werden kann.“

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, wird man überlegen müssen, ob nicht Heimplätze im Allgemeinen erst ab der Pflegestufe drei bei einer Zuzahlung der öffentlichen Hand in Anspruch genommen werden können, damit für die Bedürftigen wirklich genügend Plätze vorhanden sind.

Und ich zitiere Bürgermeister Stingl, einen Mann, der auf dem Feld des Sozialen sehr viel geleistet hat. Er ist im Hinblick auf Sozialabbau sicherlich ein unverdächtig Zeuge. Aber auch er muss wie viele andere Bürgermeister, mit denen ich im Gespräch bin, erkennen, dass in unserem Sozialsystem in vielen Punkten für die Gemeinden nicht mehr alles finanzierbar ist. Es bedeutet Wirklichkeitsverweigerung, wenn man glaubt, alle sozialen Leistungen bedecken zu können. Das gilt schon für die Gegenwart und noch mehr, meine Damen und Herren, für die Zukunft.

Wenn wir zur Sparsamkeit heute auffordern, so ist das nicht Sozialabbau, wie die Sozialisten nicht müde werden zu behaupten – diese Behauptung wird durch gebetsmühlenartige Wiederholungen, auch in diesem Haus, immer wieder wiederholt –, vielmehr ist es Verantwortung für die wahrhaft Bedürftigen, für die Bedürftigen der Zukunft, die uns heute nach Sparsamkeit rufen lässt.

Und Bürgermeister Stingl, ich erwähne ihn noch einmal – ich war zwölf Jahre bei ihm Sozialsprecher in Graz –, ist ein wichtiger Zeuge dafür, wie bedeutsam diese Sparsamkeit ist. Damit wir morgen noch etwas unterstützen können, meine Damen und Herren, müssen wir heute ein bisschen mehr sparen. Alles andere wäre Unrecht an den kommenden Generationen und an den Bedürftigen von heute und wir würden uns nur gegenseitig anlügen.

Gerade auch deswegen – und das möchte ich erwähnen – ist es umso unverständlicher, dass die SPÖ Graz dem Grazer Budget die Zustimmung verweigert, denn auch hier geht es um viel Soziales.

Und wenn ich hier hineinschaue, bezüglich der Schuldenentwicklung der Stadt Graz, dann muss ich schon eine Zahl erwähnen – 1997 Rechnungsabschluss 5,041 Milliarden Schilling Gesamtschulden. Diesen Schuldenstand hat Finanzreferent Dr. Messner übergeben. Nicht zu vergessen, dass er noch, bevor er gegangen ist, die Projekte Bad zur Sonne, Geriatrie, Pensionistenheim Rosenhain bei einem Wohnbauträger bestellt hat. Und da hat er gesagt, wir fangen erst an, 2003 zurückzuzahlen und der übernächste Gemeinderat soll hier sozusagen auch das Budget fressen bezüglich der Mehrbelastungen.

Und wenn wir jetzt 2000 beim Rechnungsabschluss 5,8 Milliarden haben, meine Damen und Herren, die auch von Stadtrat Sigi Nagl verantwortet werden, da muss man auch erwähnen, dass es in dieser Stadt nun Projekte gibt, die im europäischen Interesse sind, die unter anderem auch dieses Haus hier unterstützt.

Es kann, meine Damen und Herren, nicht aus sozialen Gründen sein, sondern muss vielmehr nur auf der Sucht einiger Politiker beruhen, die sich in der Öffentlichkeit darstellen sowie auf parteitaktische Gründe zurückzuführen sein, dass sie dem Budget auch von Finanzrat Nagl ihre Zustimmung verweigern.

Ich nehme hier dieses Blatt: „SPÖ: Nein zum Budget, keine Schuldenpolitik!“ Und der Herr Bürgermeister Stingl sagt hier hinten: „Ein erfolgreiches Jahr für Graz!“ Sie können sich vorstellen, was wirklich dann hier dahinter ist.

Wir alle wissen, meine Damen und Herren, auch im Sozialen, die Stadt Graz zahlt im Sozialbereich einschließlich der Jugendwohlfahrt 100 Prozent an Kosten. Natürlich müssen auch wir – das Land – 60 Prozent zurückzahlen.

Das Soziale und insbesondere unser Sozialhilfegesetz sind eine zu komplexe Angelegenheit, als dass man sie in gegenseitiger Verdächtigung, wie es gemacht wird, bewältigen könnte. Aus diesem Grund ist es umso bedauerlicher, dass sich das Klima für eine gemeinsame Arbeit leider verschlechtert hat.

In meiner letzten Stellungnahme hier an diesem Ort habe ich angedeutet, was ich damals mangels an Zeit und wegen der Abwesenheit der betroffenen Personen nicht ausführen konnte und auch nicht wollte. Das will ich heute nachholen, weil es eklatant die Probleme des Stils aufzeigt.

Ich finde es bedauerlich und der sozialen Sache nicht dienlich, meine Damen und Herren, wenn sich unser Soziallandesrat Dr. Flecker bemüht, in einem kirchlichen Presseorgan, und zwar dem „Sonntagsblatt“ vom 11. November, sich als Experte für den Begriff christlich-sozial aufspielen zu müssen und uns Nachhilfe geben will, was christlich-sozial bedeutet.

Auf die Frage im Sonntagsblatt, „Was erwarten Sie sich als Sozialpolitiker von der Kirche?“, antwortete Flecker: „Manche Politiker, die sich selbst christlichsozial nennen, vergessen allzu gerne das Christlichsoziale in der täglichen Praxis.“ Weiter wörtlich: „Den bisherigen Gipfel stellen die unlängst erfolgten Denunziationen gegen Menschen, die Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen, dar. Ich hoffe, dass die Kirchen diesen Tendenzen eine Absage erteilen und sich dem Standpunkt anschließen, allen Menschen mit Rechtsansprüchen die bestmögliche Integration und Teilhabe an der Wohlstandsgesellschaft zu ermöglichen.“

Das Feld der Sozialhilfe ist zu differenziert, um darüber zu fahren.

Dieses undifferenzierte Denken, meine Damen und Herren, zeigt sich auch in anderen Presseaussendungen der SPÖ.

Und jetzt kommt es noch einmal ganz dick hier bezüglich dieses Blattes und dieses Blatt ist in der ganzen Steiermark auch plakatiert. Da sieht man, mit welchen Untergriffen hier gearbeitet wird. (Abg. Prattes: „Stimmt ja gar nicht!“)

Unter den Überschriften „Volkspartei, Freiheitliche Partei im Zusperrwahn“ und „Selten so gelacht“, mit manipuliertem Foto, das heißt mit Untertiteln, wird der ÖVP vorgeworfen, sie würde sich über das Zusperrern von Postämtern, Gendarmerieposten und Sozialeinrichtungen freuen.

Da ist einmal zu hinterfragen, meine Damen und Herren, warum ein Teil dieser Organisationen im Strukturwandel verändert werden muss, ob nicht zum Beispiel auch eine Misswirtschaft, die von der SPÖ mit verschuldet wurde, zur Notwendigkeit der Schließung geführt hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich erinnere, Dr. Koren hat, immer wieder erwähnt, 1970 47 Milliarden Schilling Staatsschulden hinterlassen und Herr Finanzminister Edlinger vor kurzem 2200 Milliarden Staatsschulden. Wir wissen auch bezüglich der Einsparung was wir tun müssen. Zu Ihrem manipulierten Inserat „Selten so gelacht“ könnte jetzt die Steirische Volkspartei über ihre Situation in der Partei lachen und das mit Inseraten, glaube ich, recht lustig darstellen. Nur, meine Damen und Herren, das ist nicht unser Stil. Die Situation der Führungsspitze der Sozialdemokratischen Partei ist traurig genug. Und ich möchte auch bitten, dass Sozialeinrichtungen, wenn wir sie überprüfen, dass wir das in Zukunft ehrlich überprüfen und nicht mit solchen Untergriffen. (Beifall bei der ÖVP.)

Einen wichtigen Satz: Es könnte ja auch sein, dass bei der Durchsicht der Projekte, die jetzt nicht mehr gefördert werden, der berechtigte Verdacht aufkommt, dass es parteinahe Projekte sind, deren Effizienz nicht die größte war und ist und die nicht weiter ausgebaut werden sollten und auch nicht weiter ausgebaut werden müssen und das, meine Damen und Herren, zu Recht!

Zuletzt muss auch noch die Verantwortung vor der Zukunft eingefordert werden. Es ist zu einfach, auf Kosten zukünftiger Generationen zu leben, so nach der Devise: „Schauen wir, wie es heute geht, es wird schon gut gehen und nach uns die Sintflut!“

Herr Landesrat Flecker, es wäre Ihre Aufgabe, dem Landtag ein Modell vorzulegen, das fähig ist, nicht nur die jetzigen Bedürfnisse der Menschen abzudecken, sondern auch die zukünftigen und die Bedürfnisse der zukünftigen Generationen.

Selbstverständlich auch – nicht, dass wir immer hier diskutieren und nach außen den Medien falsche Zahlen sagen – mit einem Kostenschlüssel, den wir uns auch budgetär in unserem Land leisten können. Wir sollten also gerade mit dem Sozialen in Zukunft, vor allem im nächsten Jahr 2002, meine Damen und Herren, ein bisschen verantwortungsvoller umgehen.

Es ist notwendig, dass das Soziale von möglichst vielen Menschen in unserem Land getragen wird. Es kann aber nicht sein, dass man mit Pauschalierungen und Verkürzungen nur für sich Kapital herauschlagen möchte. Das ist eine unverantwortungsvolle Sozialpolitik. Gott sei Dank aber, meine Damen und Herren, kann man die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land nicht mehr für blöd verkaufen.

Und zum Schluss möchte ich trotzdem erwähnen, obwohl Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Schachner-Blazizek heute nicht hier ist, ich hätte ihm Folgendes gesagt:

Meine Wenigkeit, meine Damen und Herren, und viele Bürger in unserem Land fragen sich, ob er es notwendig hat, dass er mit so einer miesen Werbung kommt. Ein alter Politiker in diesem Hause hätte Folgendes gesagt: Ihm wurde wirklich alles in die Wiege gelegt vom Vater, der ein ausgezeichneter, ehrlicher und konstruktiver Mitarbeiter in unserem Land war, von dem man noch nach 50 Jahren sprechen wird, eine große Persönlichkeit der Sozialistischen Partei und der Herr Professor, der Herr Doktor hatte sicher auch bezüglich seiner Ausbildung keine Schwierigkeiten, er brauchte sich keine Sorgen zu machen. Er hat möglicherweise ein Kindermädchen gehabt, wahrscheinlich auch eine Privatschule besuchen können. Er war Generaldirektor der Stadtwerke, ich frage mich auch, hat er eine Abfertigung bekommen, bekommt er eine Pension? Das heißt, wenn er heute oder morgen dieses Haus verlässt, ist er sicherlich diesbezüglich abgesichert. Ich sage aber nur eines: Lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter, machen Sie das in Zukunft im Jahre 2002 in diesem Haus in der Steiermark mit diesen Plakaten und mit diesen Medieninhalten nicht mehr. Das ist nicht unser Stil! (Beifall bei der ÖVP. – 12.29 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort. Nach Barbara Gross Abgeordnete Bleckmann.

Abg. Gross (12.29 Uhr): Lieber Gregor, darf ich dich daran erinnern, dass du nicht mehr im Gemeinderat, sondern inzwischen im Landtag bist. So viel zu deinen Anwürfen nach Graz. (Abg. Hammer: „Ich mag aber den Stingl sehr gerne!“)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit Jahren läuft in Europa mit dem Hinweis auf wirtschaftliche Zwänge, mit dem Hinweis auf Maastricht, mit dem Hinweis auf den Euro und was für Hinweise es sonst noch alles gibt eine Offensive zur Schwächung des Sozialstaates. Die schwarz-blaue Bundesregierung kürzt Leistungen, schwächt Institutionen und untergräbt den Grundsatz der Solidarität. Dort sollte Herr Bundesrat Weilharther seine Einwendungen und seine Aufmerksamkeit hinlenken, weil dort hat er die Möglichkeit. Und dort sollte er nachschauen, was janusköpfig wirklich bedeutet. Und dann sollte er sich ganz schnell selbst in den Spiegel schauen. (Beifall bei der SPÖ.)

Propagiert wird von dieser Bundesregierung die Eigenvorsorge im Falle von Krankheit, von Unfall, Arbeitslosigkeit oder auch Alter. Der Antrag der ÖVP betreffend die Neuregelung des Steiermärkischen Sozialhilfegesetzes bei mangelnder Bereitschaft zum Einsatz der eigenen Arbeitskraft zeigt mir aber, dass die Nivellierungsgedanken bei uns in der Steiermark ante portas stehen. Wir werden uns ja im Unterausschuss noch darüber unterhalten. (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist genau das Wiener Gesetz Ihres erfolgreichsten Politikers. Das ist genau das Gesetz von Herrn Häupl, nur damit Sie es wissen!“) Lieber Herr Klubobmann, ich werde dich auch nicht unterbrechen, so schwer es mir fallen wird, aber lasse mich jetzt zuerst reden. Ich möchte trotzdem etwas sagen. Du beziehungsweise der Kollege Hammerl kreidet uns unseren hohen sozialen Standard im Sozialbereich an. (Abg. Dr. Lopatka: „Nein, das stimmt ja nicht!“) Andere Bundesländer schauen mit Respekt auf das soziale Niveau, das wir inzwischen in der Steiermark haben. Viele Sozialsprecher rufen nicht nur bei mir, sondern auch bei anderen Sozialsprechern, bei den Sozialsprechern von den anderen Parteien an und erkundigen sich, wie wir es geschafft haben und fragen auch, wie wir es schaffen wollen, dass wir es erhalten. Und Sie sind nur dagegen! (Beifall bei der SPÖ.)

Vor gar nicht langer Zeit, meine Damen und Herren, haben wir gemeinsam für Verbesserungen im Bildungswesen, in der Jugendwohlfahrt, bei der Kinderbetreuung und bei den sozialen Diensten für Pflegebedürftige gekämpft. Sie behaupten, diese Novellierungen sind ein Zeichen der Zeit, das wir wahrnehmen

müssen. Ich sage nein, meine Damen und Herren, es sind Zeichen der veränderten Macht in diesem Haus und der veränderten Machtverhältnisse. Und auch wenn Sie es jetzt nicht mehr hören wollen, erreichen konnten wir, auch die sozialdemokratische Fraktion in diesem Haus das nur, weil die Mehrheitsverhältnisse von SPÖ, ÖVP und manchmal sogar mit der FPÖ das ermöglicht haben.

Der soziale Status der Menschen in der Steiermark hat sich aber in diesem letzten Jahr keineswegs so zum Positiven verändert, dass man jetzt nur noch an das Reduzieren des gemeinsam Erreichten denken könnte, wie Sie es in vielen Fällen vorhaben und auch durchführen. Denn, meine Damen und Herren, frei nach Wolfgang Borchert, wir finden immer mehr Menschen draußen vor der Tür.

Meine Damen und Herren, ein Blick in den vorliegenden Sozialbericht macht deutlich, dass in der Steiermark eine Vielfalt an Leistungen geboten wird, die eines gemeinsam haben: Menschen vor Notsituationen zu bewahren und Menschen in Notsituationen zu helfen. Ich möchte mich namens unserer Fraktion auch bei allen Beteiligten für das Zustandekommen dieses umfassenden Sozialberichtes 1999 und 2000 bedanken. Meine Damen und Herren, neue Probleme, wie zum Beispiel die soziale Absicherung atypischer Beschäftigungsverhältnisse, die Integration von Zuwanderern oder auch eine Grundsicherung im Notfall werden von Ihnen ganz einfach nicht mehr als Herausforderung an einen modernen Sozialstaat begriffen. Im Gegenteil, in Österreich wird zurzeit die Politik gegen den Sozialstaat verschärft. Unter der Devise „Sozialstaat schlank“ wird die Spaltung der Gesellschaft vertieft. Ausgrenzung und Verarmung werden damit gefördert. Ist Ihnen das eigentlich überhaupt klar? Auch in diesem Landtag verspüre ich bei jeder Sitzung, wie diese Leistungen und Ansprüche auch für die Steiererinnen und Steierer zugunsten privater Marktlösungen verändert werden. Ihre Anträge lauten immer auf Novellierung, in Wahrheit sind sie aber immer mehr auf Nivellierung aus. Diese unsoziale Politik richtet sich gegen die Mehrheit der Menschen und sie begünstigt zugleich die Vermögenden.

Meine Damen und Herren, ich kämpfe jedes Mal mit einem eigenartigen negativen Gefühl, wenn ich jährlich um die Advent- und Weihnachtszeit nach den Nachrichten bei den unterschiedlichsten so genannten Benefizveranstaltungen diese durchsichtigen Sammelschatullen sehe, wo Leute, die Champagner trinken, dicke Zigarren rauchen, vor laufender Kamera einen Blauen in diese Schatulle hinein tun. (Abg. Dr. Lopatka: „Meinst du den Gusenbauer?“)

Und da geht es mir wie der Anne Marie Wicher, die auch gesagt hat, dass sie diese Spendenaktionen eher negativ betreffen. Almosen für die Not leidenden Bedürftigen, die diese Menschen nie zu Gesicht bekommen wollen. Almosen, aber keine für sie nennenswerten Beträge für das Gemeinwesen.

Natürlich muss man für diese Aktionen dankbar sein, wenn ich an die Millionen, die „Licht ins Dunkel“ sammelt, denke. Wenn diese Millionen nicht da wären, täten sich die Behindertenorganisationen, denen dieses Geld zugute kommt, noch um vieles schwerer.

Meine Damen und Herren, das Volksbegehren „Sozialstaat Österreich“ zeigt auf, dass der Sozialstaat zu besseren sozialen Chancen der in unserem Land lebenden Menschen beiträgt. Er stellt ein dynamisches Element angesichts der großen sozialen Herausforderungen im 21. Jahrhundert, der Alterung der Bevölkerung, dem Wandel der Erwerbsarbeit, der Emigration, der Gleichstellung der Geschlechter und auch einem Produktiven für die Wirtschaft dar. In Zeiten der Globalisierung, des weltweiten Wettbewerbes ist eine dynamische Sozialpolitik aktueller denn je. Obwohl der Sozialstaat, wie ihn die Zweite Republik bisher kannte, einem schleichenden Verfall ausgesetzt ist, sind sozialpolitische Themen leider so unmodern wie nie zuvor. Ich brauche nur auch in die Reihen unseres Landtages schauen. Wenn es um soziale Themen geht, sind die Sitze meist leer. (Abg. Bittmann: „Von der SPÖ!“)

Auch die heutige Sozialdebatte bestätigt meine Wahrnehmung.

Schaut euch das an und zählt einmal durch. (Abg. Wiedner: „Du sollst dir keine Reden vorschreiben!“ Sowohl bei uns in der Steiermark, wie auch in Österreich und in anderen EU-Ländern verlangt der Zeitgeist dem Sozialnetz viel ab. Meine Damen und Herren, (Abg. Wiedner: „Ad hoc sprechen, nicht vorgeschriebene Reden lesen!“) seit diese rot-blaue, seit diese schwarz-blaue – du hast mich jetzt irritiert – (Heiterkeit bei der ÖVP und FPÖ.) nur mehr den Fetisch „Nulldefizit“ im Sinn hat, handelt es sich bei uns in Österreich nicht nur mehr um kleine Schritte, sondern es wird an den Grundpfeilern des gesamten Sozialsystems gerüttelt. Es ist eigentlich unverantwortlich, unter dem Schlagwort „schlanker Staat“ Altersversorgungen nur mehr an Finanz- und Spekulantenmärkte zu binden, so dass kaum jemand noch wirklich weiß oder sich verlassen kann, was er am Ende herausbekommt, in welchem Umfeld und mit welchem Niveau der Lebensabend verbracht werden kann.

Meine Damen und Herren, in der Steiermark gibt es derzeit 30.809 gemeldete Arbeitslose. Das bedeutet eine Quote von 6,6 Prozent, wobei die Frauenarbeitslosigkeit bei 7,4 Prozent liegt. Die österreichweite Frauenarbeitslosenquote liegt bei 7,9 Prozent, wobei die Gesamtarbeitslosenquote Österreichs 6,7 beträgt. Das sind um fast 3000 arbeitslose Menschen mehr als vor einem Jahr. Gleichzeitig ist die Zahl der freien Stellen um ein Fünftel gesunken.

Die Bundesregierung zieht allein in ihren ersten drei Jahren 35 Milliarden Schilling an AMS-Mitteln für ihre Budgetkonsolidierung ab. So viel nochmals zu den Janusköpfen.

Darum dürfen laufende Arbeitsmarktprojekte nicht mit der Ausrede des Geldmangels untergehen. Vor allem integrative Wiedereinsteigerinnenprojekte von Frauen müssen bevorzugt behandelt werden, die Änderungen im Bereich der so genannten Zumutbarkeit. Wir werden uns, wie Sie es mehrheitlich im Sozial-Ausschuss beschlossen haben, ja in einem Unterausschuss darüber unterhalten und dann hier im Landtag. Aber diese Änderungen im Bereich der so genannten Zumutbarkeit, die entbehren jeder Menschlichkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Sozialstaat, meine Damen und Herren, ist nicht allein die finanzielle Absicherung der Menschen in unserem Land. Der Sozialstaat ist eine Solidargemeinschaft, in der jeder seine Pflichten in Form von Beiträgen hat, jedoch genauso seine Rechte in Form eines tatsächlichen Rechtsanspruches gültig machen können muss.

Den Weg in Richtung Almosenstaat, der von dieser Bundesregierung beschlossen wird, den sollten wir mit Besorgnis beobachten. Spenden ja, teilen nein, das ist die Quintessenz dieser neuen neoliberalen Bundessozialpolitik.

Meine Damen und Herren, das Volksbegehren „Sozialstaat Österreich“ ist auch deshalb zu begrüßen, weil es das Thema Sozialstaat ganz einfach wieder auf die Tagesordnung der Öffentlichkeit bringt. Wir Sozialdemokraten werden weiterhin bei den anstehenden Diskussionen, auch wenn der Gregor Hammerl es als gebetsmühlenmäßig empfindet, aufzeigen, wie die verschiedenen Problembereiche und die angesprochenen Personengruppen vom vergangenen und in Zukunft drohenden Sozialabbau betroffen werden. Wir werden aufzeigen, was die Erneuerung und die Verteidigung des Sozialstaates konkret für die einzelnen Lebensbereiche bedeutet. Und wir werden nicht müde werden, den Menschen aufzuzeigen, warum es sich für die meisten Menschen lohnt, das Volksbegehren zu unterstützen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich hoffe, diese Diskussion macht vielen Menschen klar, dass sozialstaatliche Politik für die meisten Menschen in unserer Gesellschaft ganz einfach unverzichtbar ist.

Darum werden wir, meine Damen und Herren, auf Grund der Geschäftsordnung gegen den Ausschussbericht beim Tagesordnungspunkt 24 stimmen, weil ja bekanntlich ÖVP und FPÖ den Antrag der Grünen, betreffend die Unterstützung des Volksbegehrens „Sozialstaat Österreich“, im Ausschuss abgelehnt haben. Das heißt, zur Erklärung für die anwesenden Gäste, dass die SPÖ-Abgeordneten natürlich das Volksbegehren „Sozialstaat Österreich“ unterstützen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Zum Kinderbetreuungsgesetz werde ich mich extra noch einmal melden. (Beifall bei der SPÖ. – 12.42 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Bleckmann. Ich erteile das Wort.

Abg. Mag. Dr. Bleckmann (12.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ja, wo soll ich jetzt beginnen, die Kollegin Gross hat so viel gesagt. (Abg. Stöhrmann: „Bei der Wahrheit!“) Ah, die Wahrheit, beginnen wir bei der Wahrheit. Wer hat das hineingerufen? Ich danke.

Nulldefizit, die Wahrheit, liebe Kollegin Gross, ich muss erinnern, Nulldefizit heißt, keine Neuverschuldung mehr und für die bisherige Verschuldung waren, soweit ich mich erinnern kann, die Freiheitlichen nicht zuständig, sondern Ihr Kollege im Nationalrat beziehungsweise Ihr Kollege Minister Edlinger hat die Verschuldung der letzten Jahre zustande gebracht. Und ich erinnere, bezüglich Wahrheit, was haben wir denn für Schulden? 100 Milliarden Rückzahlung müssen wir seitens des Bundes leisten an Zinsen, ein Siebentel des Budgets ist das. Wenn wir diese Schulden, die Ihre Regierung gemacht hat, nicht hätten, dann hätte jeder einzelne Erwerbstätige – und das ist die Wahrheit – 7000 Schilling mehr im Sackerl. Und damit könnten sicherlich alle recht nett leben. Das ist die Wahrheit! (Beifall bei der FPÖ.)

Das ist die Wahrheit, liebe Kollegin. Und wenn Sie sagen, dass das, was hier seitens der jetzigen Regierung an Politik betrieben wird, eine Offensive zur Schwächung des Sozialstaates ist, dann ist das eine miese, infame Unterstellung, die hier von Ihrer Seite gemacht wird. Denn ich würde keinem Einzigen – auch Ihnen nicht – unterstellen, dass er eine Schwächung des Sozialstaates oder vielleicht einzelner Menschen aus der Bevölkerung im Schilde führt. Denn ich bin davon überzeugt, jeder Einzelne von uns, der hier im Haus sitzt, möchte für die Bevölkerung das Beste und möchte auch dem einzelnen Menschen helfen und möchte hier sehr wohl auch im sozialen Bereich helfen und mittun.

Das ist eine miese, gemeine Unterstellung, die gemacht wird. Und wissen Sie, warum Sie es machen? Weil wir eine neue Politik machen und diese Politik heißt, die Menschen wieder mehr in Richtung Selbstständigkeit zu bringen und nicht abhängig zu machen von den Institutionen, die Sie sich geschaffen haben, damit Sie die Almosen von Ihnen nämlich bekommen, von Ihrer SPÖ-Regierung, wo die einzelnen Vereine immer geschaffen wurden. (Beifall bei der FPÖ.)

Das ist es nämlich. Das ist Ihre eigene Angst, der Sozialisten, um nicht zu sagen Sozialdemokraten, das ist Ihre Angst davor, dass Ihnen jetzt die Bürger davonlaufen, denen Sie jetzt nicht mehr Ihre Gelder verteilen können, wo Sie nicht mehr Ihre eigenen Institutionen versorgen können. Das kann unserem Sozialminister sicherlich niemand vorwerfen, dass er nur im eigenen Bereich etwas tut, denn bei uns gibt es keine freiheitlichen Institutionen, die in Sozialbereichen tätig sind. Deshalb betrachten wir diese Bereiche alle sehr objektiv. Dient die Institution nur dazu, um eigenen Genossen Hilfestellungen zu geben und eigenen Genossen zu helfen oder dient sie dem Allgemeinwohl wirklich? Und das ist der Unterschied und das ist es, wovor Sie Angst haben. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Gross: „Ich glaube, das glaubst du selber nicht!“) Das glaube ich wohl, weil das ist das, was wir in den Jahren erlebt haben. Wenn irgendwo Privatinitiative war, ist sie seitens der Sozialdemokratie nicht unterstützt und nicht nur nicht unterstützt, sondern auch boykottiert worden. Alleine wenn wir in unserem Bereich die kleinen sozialen Netze anschauen. Es war nicht möglich, in diesem Bereich als privater Träger hier wirklich aktiv auch mitzutun, auch mitzuhelfen. Man musste sich anderen Trägern anschließen, weil es nicht gewollt war, dass es so eine soziale Initiative aus dem privaten Bereich heraus gibt. Es war nicht gewollt. Und in der Steiermark ist es halt so, dass sich nach wie vor alles noch in Schwarz und Rot aufteilt. Jetzt entsteht die Angst

seitens der Sozialdemokratie, dass es nicht mehr Schwarz und Rot ist, sondern nur mehr in den schwarzen Bereich übertrifft. Halte ich auch nicht für richtig. Uns wäre es am liebsten, wenn wirklich alles objektiv wäre und eben nicht irgendwelchen ideologischen Bereichen zugeordnet wird. Das ist der feine Unterschied. Und Sie verschließen schlicht und einfach die Augen vor den Auswirkungen Ihrer eigenen Politik, denn diese Politik hat die Schulden gemacht und deshalb betreiben Sie jetzt Verunsicherung bei der Bevölkerung und das ist das, was Ihnen anzukreiden ist. Wenn Sie nämlich durch die Lande reisen und sagen, der Sozialstaat ist gefährdet, der Sozialstaat ist geschwächt und es wird uns allen so furchtbar gehen, dann betreiben Sie Schwarzmalerei und machen den Menschen Angst. Das ist das, was zu einer massiven Verunsicherung führt und wo Sie vielleicht teilweise Ihr Ziel erreichen werden. Aber im Endeffekt werden Sie Ihr Ziel wohl doch nicht erreichen, denn die Menschen werden dann sehen, wie es wirklich ist und was wirklich wahr ist, wenn man von der Wahrheit spricht.

Und wenn Sie auch die Sozialhilfe angesprochen haben, darum geht es ja auch jetzt in diesem Sozialbericht, ist dieses Gesetz natürlich novellierungsbedürftig und warum? Weil sich auch einiges geändert hat und wir werden uns hier diese komplexe Materie natürlich anschauen. Nur, man hätte hier schon viel früher auch auf neue Anforderungen und neue Gegebenheiten reagieren müssen. Und es ist halt nichts passiert, denn die Sozialisten waren eben etwas zu bequem. Man hätte eben auch schon früher genauer hinsehen müssen und es ist nun einmal wichtig, wenn ich mir betrachte, dass Kärnten die niedrigste Sozialhilfe hat und Steiermark die höchste, dass man sich das sehr wohl anschaut. Es wäre natürlich schön, wenn jetzt alle auf das steirische Niveau angehoben werden könnten. Nur, wir müssen schon am Boden bleiben und uns anschauen, wie wirkt es sich in dem einen Bundesland aus und wie wirkt es sich bei uns aus und ist wirklich alles sinnvoll und notwendig. Das müssen wir uns als verantwortungsvolle Politiker auch anschauen. Darum ist es wichtig, wenn es hier so viele unterschiedlichste Gesetze gibt, dass die Vergleichbarkeit auch betrachtet wird und bundesweit einheitliche Qualitätsstandards herbeiführt.

Wenn wir auch über die Zukunft sprechen, einer der Kollegen hat über die Zukunft gesprochen. Reagiert wird jetzt schon viel zu spät auf das, was wir schon seit Jahren, seit ich in der Politik bin und das ist jetzt auch schon länger, wissen, dass sich die Altersstrukturen ändern werden, steht auch im Sozialbericht drinnen, dass es mehr Pensionisten geben wird. Wir wissen es alle, aber es passiert im Endeffekt nichts. Die Pflegeheime wachsen wie Schwammerln aus dem Boden, weil jeder sieht darin auch den künftigen Markt, die Überalterung wird kommen. Es sind große Probleme, die auf uns zukommen, aber es wird nicht reagiert und nichts gemacht. Wir werden uns jetzt wieder in langen Verhandlungen zusammensetzen, um jetzt auch das Pflegeheimgesetz zu novellieren. Es dauert in meinen Augen alles etwas zu lang, weil immer viel zu spät auf die Dinge reagiert wird. Wir würden uns auch wünschen, dass im Pflegeheimgesetz – der Kollege hat es auch angesprochen – nach den Wünschen der Stadt Graz – du bist ja selbst Abgeordnete aus Graz, wird ja für dich schon auch wichtig sein – und Graz ist nun einmal die Gemeinde, die am meisten Geld in diesem Bereich ausgibt. Insofern ist das sehr wohl wichtig, sich auch die Stadt Graz anzuschauen, dass hier bei den Einweisungen etwas geändert wird und nicht schon ab Pflegestufe zwei jeder ins Heim kommt. Halte ich für eine gute Idee und sollte auf jeden Fall gemacht werden.

Aber was auch wichtig ist im Pflegebereich ist die Kontrolle. Und ich sage, jeden von uns kann es irgendwann einmal treffen, dass wir in ein Pflegeheim kommen. Und wenn es jetzt noch nicht wir sind, dann sind es vielleicht die Eltern oder andere Angehörige, die in ein Pflegeheim kommen und deswegen ist hier die Kontrolle wichtig und die passiert derzeit nicht in dem Maße, wie wir sie uns vorstellen würden. Auch die Bezirksverwaltungsbehörden sind einfach zu nahe an den Pflegeheimen und deshalb würde ich mir vor allem bei den Pflegeplätzen eine wirkliche Kontrolle wünschen und eben auch eine nicht angekündigte mit einer verpflichtenden Checkliste und dazu gehören eben viele andere Bereiche auch, zum Beispiel dass die Pflegeplätze bewilligungspflichtig gemacht werden müssen. Ich glaube, da finden wir uns aber auch mit der SPÖ, weil das ist ein wichtiger Bereich, wo Menschen in einer Grauzone leben, gepflegt werden und niemand weiß, wie es ihnen wirklich geht, wenn sich die Angehörigen nicht genug kümmern. Und das passiert nun einmal leider heute in unserer Gesellschaft auch, dass sich die Angehörigen nicht immer kümmern. Es sind hier ungefähr 300 nicht bewilligungspflichtige Pflegeorte, das können bis zu 1200 Personen sein, die ohne irgendeine Kontrolle im ungeschützten Bereich sind.

Ich glaube, das ist wichtig, dass hier in diesem Bereich etwas unternommen wird, wie auch genauso unser Antrag, der heute auch zur Diskussion steht, bezüglich Sachwalterschaft, denn da ist auch an uns herangetragen worden, dass in einem Heim eine Sachwalterschaft übernommen worden ist für einen Kunden und somit dort einiges an Missbrauch auch betrieben worden ist, wo die Angehörigen draufgekommen sind. Das sind Dinge, die dürften eigentlich nicht sein in einem Sozialsystem, das doch ach so gut ist, wie wir gehört haben. Es machen auch nicht alle Heime, aber es gibt einige schwarze Schafe und hier muss etwas unternommen und getan werden um dem vorzubeugen. Insofern ist hier einiges an Arbeit für uns im Sozialhilfegesetz und im Pflegeheimgesetz, aber wir dürfen nicht die Augen verschließen vor den Dingen, wie sie tatsächlich sind und dass die Probleme für uns jetzt vorliegen, weil jahrelang nichts passiert, über den Verhältnissen gelebt worden ist. Ich sehe es jetzt schon fast als Drohung, wenn die Frau Kollegin Gross sagt, Sie werden nicht müde, es immer wieder und weiter zu sagen, wie schlecht und wie schlimm das jetzt alles ist. Also Sie werden nicht müde, die Menschen zu verunsichern, Sie werden nicht müde hier draußen herumzurennen. Ich finde das schon sehr bezeichnend, dass gerade von denen, die immer wieder die Toleranz fordern, dass gerade die, wenn es dann darum geht, neue Wege und andere Wege zu beschreiten, gerade die dann die Intolerantesten sind. Insofern hoffe ich und bin mir aber auch sicher, dass die Menschen schon sehen werden, wer wirklich Recht hat und wo die Wahrheit liegt. Ich halte es für den richtigeren Weg, wenn man den Menschen Hoffnung gibt, wenn man sich für sie einsetzt, aber nicht, indem man sie verunsichert. (Beifall bei der FPÖ. – 12.53 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort. In Vorbereitung Dr. Lopatka.

Abg. Lechner-Sonnek (12.53 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir leben in einem Land, in dem es notwendig ist, dass eine engagierte Personengruppe ein Volksbegehren zur Erhaltung des Sozialstaates vorbereitet. Ich denke, das spricht für sich. Einige der Wortmeldungen heute haben argumentiert, warum das notwendig ist – vielleicht nicht ganz freiwillig – und haben ein Bild vom Sozialbereich gezeichnet, das sehr bezeichnend ist für die Personengruppen, die derzeit entscheiden, wo es langgeht. Wir haben heute schon gehört, dass der Herr Bundesrat in Sachen Abwanderung gemeint hat, warum Menschen aus Regionen abwandern, dass hier Menschen vor der Politik der SPÖ flüchten. Da hat er einen sehr kreativen oder doch eigenartigen Ansatz der Erklärung gefunden. Ich möchte ihm auch noch nachrufen, denn er hat ja den Landtag schon wieder verlassen, er hat gesagt, dass die Grünen und die SPÖ sich gegen die Änderungen der Sozialrechtsgrundlagen wehren, dass sie die Bürgerinnen- und Bürgerinteressen nicht mehr vor Augen haben. Ganz im Gegenteil, sehr geehrter Herr Bundesrat, weil wir diejenigen sind, die die Bürgerinnen- und Bürgerinteressen noch vor Augen haben, wehren wir uns gegen diese grundlegenden Veränderungen des Sozialrechtes.

Herr Kollege Hammerl von der ÖVP hat heute versucht, die Sozialisierung des Herrn Landeshauptfraustellvertreters Schachner zur Sprache zu bringen und daraus zu entwickeln, warum die Politik der SPÖ so ausschaut oder nicht ausschaut, auch sehr kreativ, auch sehr erstaunlich.

Und was Sie wieder gemacht haben, Herr Kollege – ich erkenne oder erlebe das von der ÖVP öfter mal –, die ÖVP hat hier offensichtlich das Gefühl, das Monopol auf einige verschiedene Dinge zu haben, oft einmal auf die Interessen der Steiermark. Heute war es auf den Begriff christlich-sozial.

Von der FPÖ haben wir heute gehört, dass Sozialbereich gleichgesetzt wird, von der Frau Kollegin Bleckmann, mit der Versorgung von Genossen. Sie hat auch darauf hingewiesen, dass in der Steiermark die Sozialhilfe am höchsten ist. Sie haben aber vergessen zu erwähnen oder wissen es nicht, dass es hier einfach eine Frage der Staffelung ist, dass es sich hier nicht um Sätze, sondern um Höchstgrenzen handelt und dass diese Höchstgrenzen so gut wie nie erreicht werden und wenn, dann von und für Frauen ohne eigene Pensionsabsicherung. Etwas, was nicht notwendig wäre, wenn Sie sich neueren Modellen im Sozialbereich nicht verschließen würden, zum Beispiel dem Modell einer bedarfsorientierten Grundsicherung, wie es die Grünen entwickelt haben.

Nun zum Sozialplan: Ich freue mich sehr, dass dieser Sozialplan vorliegt. Er ist auf eine Initiative der Grünen zurückzuführen, die diesen Bedarf, diesen Wunsch in die Gesetzesänderung im Jahr 1997 eingebracht haben. Und ich möchte mich auch bedanken für die gute und übersichtliche Arbeit. Es war wirklich eine Freude, diesen Bericht zu studieren.

Ich möchte mich auf einige Punkte beziehen, die mir sehr wichtig sind und dazu auch Anträge einbringen – der Bereich der Heime. Heute hat Frau Bleckmann schon angesprochen, dass die Kontrolle in den Heimen verbessert gehört. Das kann ich nur unterstreichen. Auch der Rechnungshof hat einen Hinweis gemacht, dass die Kontrolle jetzt durch die BH's erfolgt, was bedenklich oder schwierig ist ob der Nähe zu den Sozialhilfverbänden, die ja in einigen Fällen auch eigene Heime betreiben.

Es hat in der Zwischenzeit eine Ausbildung von Sachverständigen gegeben, so höre ich, ein Spezialkurs für Krankenpfleger und -pflegerinnen wurde durchgeführt und ist abgeschlossen.

Noch nicht geklärt ist – und das wäre meine Bitte an den Herrn Landesrat –, wie kann die Inanspruchnahme dieser Sachverständigen geschehen? Bei den BH's ist, so viel ich weiß, noch kein Wissen darüber, wie sie anzufordern sind.

Im Kapitel Pflegeheim ist nach Befragung der betroffenen Personen, der Personen, die dort in diesem Bereich tätig sind, auch ein Zielkatalog angeführt, den ich unterstützen möchte. Ich möchte daraus nur ein paar Punkte nennen, wie zum Beispiel die Standardverbesserungen in Alten- und Pflegeheimen, die dringend notwendig sind, die Sicherstellung und Verbesserung der Betreuungsqualität in Alten- und Pflegeheimen, KlientInnenschutz oder die Verbesserung der Schnittstelle zwischen Krankenhaus und Heim. Dafür ist eine Voraussetzung, bevor man noch weiter geht, dass unsere Alten- und Pflegeheime überhaupt in der Lage sind, ihre derzeitigen Aufgaben zu erfüllen. Dafür ist wiederum Voraussetzung, dass sie für ihre Leistung auch angemessen bezahlt werden, zumindest so, dass sie ihre Arbeit tun können.

Ich würde noch immer beharren auf „angemessen“, aber wir haben derzeit die Situation, dass eine Grenze erreicht ist und die Betreiber und Betreiberinnen der Pflegeheime deutlich darauf hinweisen, dass es seit Jahren nicht zu einer Valorisierung der Tagsatzobergrenzen gekommen ist. Trotz eines Landtagsbeschlusses im Jahr 2000 ist in diesem Bereich nichts passiert. Das Land schreibt im Pflegeheimgesetz einen Personalschlüssel vor, überprüft und sanktioniert, lässt jedoch die Sätze, die ohnehin knapp kalkuliert waren, seit Jahren unverändert. Ich werde danach einen Antrag der Grünen dazu einbringen.

Zu den Sprengeln, integrierte Sozial- und Gesundheitssprengel: Ich freue mich darüber, dass eine erste schriftliche Analyse und Darstellung der Entwicklung der Sprengel vorliegt. Sie war sehr umfassend und spannend zu lesen. Zu den Sprengeln, zur Konstruktion an sich muss ich freilich sagen, das Konstrukt ist eine sehr alte Geschichte. Diesen Entwurf habe ich schon gesehen, als noch Landesrat Tschernitz in Amt und Würden war. Ich habe damals die Ehre gehabt, einer Expertengruppe anzugehören, die sozusagen eine erste Präsentation bekommen hat. Das ist deckungsgleich. Schon damals habe ich darauf hingewiesen, dass es notwendig ist sicherzustellen, dass die Mehrkosten, die durch Sprengelgründungen entstehen, wenn sie überhaupt einen Sinn haben

sollen, abzudecken sind. Man erwartet sich von Sprengeln, dass sie planen, dass sie dem Bedarf der Personen in ihrer Region, in ihrem Sprengelgebiet Rechnung tragen und neue Dienstleistungen entwickeln und konzipieren. Man erwartet von ihnen auch Koordinationsleistungen. Es ist überhaupt nicht daran gedacht worden zu klären, wer das erbringen soll und es ist auch bei der Gesetzeswerdung überhaupt nicht daran gedacht worden, an Durchführungsrichtlinien zum Beispiel der Gemeinden, ihnen in diesen Fragen zur Hand zu gehen. Ich war, als das damals Gesetz wurde, noch Mitarbeiterin eines sozialen Vereines und ich bin einem Bürgermeister gegenübergesessen, der mit so einem Stoß Unterlagen in mein Büro gekommen ist und gesagt hat: „Suchen Sie mir heraus, welchen Vertrag ich unterschreiben soll, ich kenne mich nicht mehr aus!“

Vor diesem Hintergrund halte ich es für nicht richtig heute zu sagen, es ist nicht ganz gut gegangen. Die integrierten Sozial- und Gesundheitssprengel sind nicht in der Lage, die Sozialhilfeverbände abzulösen. Wenn man das gewollt hätte, dann hätte man auch entsprechende Richtlinien erlassen müssen, dann hätte man auch die Entstehung der ISGS unterstützen müssen.

Es sind also, ich denke aus heutiger Sicht, wenn man weiterhin nachdenkt, Sozialhilfeverbände zugunsten der ISGS mittelfristig aufzulösen, die Ziele der Sprengel neu zu klären. Es wird auch im Bericht angeführt, dass es kein Leitbild dafür gibt. Die Schnittstellen sind zu verbessern und die Non-Profit-Organisationen sind vermehrt einzubinden, aber, und das möchte ich klar und deutlich sagen, nicht mit dem Ziel, an sie Tätigkeiten und Aufgaben auszulagern, für die sie nachher nicht bezahlt werden. Pflichtleistungen können ehrenamtlich nicht erfüllt werden. Das muss ganz klar werden.

Und, ein Wichtiges, es ist das Procedere für die Zuerkennung von Familienhilfe zu ändern. Es geht nicht an – und das ist jetzt keine Erfindung der Grünen, sondern das ist mehrfach belegt –, dass in Gemeinden die Daten über eine Hilfe suchende Familie dann zirkulieren in Gemeinderats- oder Sozial-Ausschusssitzungen und dass in den Gemeinden Druck auf die betroffenen Personen gemacht wird, die Hilfe nicht in Anspruch zu nehmen. Besonders bei Alkoholikern, Familien mit Alkoholikern kommt es immer wieder zu Ablehnung in der Gemeinde. Ich zitiere den Bericht.

Ein dritter Punkt – Sozialarbeit in den BH's: Es fällt ganz deutlich auf, dass die Ressourcen hier offensichtlich ungerecht verteilt sind. Wenn man vergleicht die Zahl der Planstellen der Diplomsozialarbeiterinnen für die Sprengelsozialarbeit zu den Einwohnern, kommt man bei den beiden Polen Leibnitz zu einer Zahl von 10.700 Einwohnerinnen und Einwohnern, für die eine Sprengelsozialarbeiterin grundsätzlich zuständig ist. Sie müssen sich das vorstellen, das ist völlig unmöglich. Ich möchte nicht Sprengelsozialarbeiterin sein in einer solchen Situation. Ganz bestimmt nicht! In Knittelfeld ist diese Zahl halb so hoch – 5400.

Es ist für mich nicht erklärbar und auch für die Personen nicht, die ich in den BH's befragt habe, wie es zu diesem Unterschied kommt. Eine BH-Mitarbeiterin aus einem Bezirk, in dem die Zahl der EinwohnerInnen, für die sie zuständig ist, sehr hoch ist, hat mir gesagt, sie ist an der Grenze, an der sie ihre Handlungen und ihre Tätigkeit beziehungsweise Nichttätigkeit nicht mehr verantworten kann. Ich möchte fragen, wie kommt die Bevölkerung dazu, so ungleich behandelt zu werden? Warum hat man es besser, wenn man im Bezirk Knittelfeld lebt, als wenn man im Bezirk Leibnitz lebt? Das kann es nicht sein und ich denke, das ist zu verändern. Wir haben auch einen diesbezüglichen Antrag erarbeitet.

Natürlich muss man auch noch in Rechnung stellen, dass zum Beispiel im Zentralraum Graz, aber auch in anderen Zentralräumen, es noch andere Einrichtungen gibt, die Dinge abdecken können, Beratungs-, Unterstützungsleistungen, die auch noch von den Sprengelsozialarbeiterinnen abzudecken sind, wenn es sich um einen Bezirk handelt, der weit weg von Graz ist oder wo es keine große Stadt gibt mit Streetwork, Jugendberatungsstelle, Schuldnerberatung und so weiter und so fort.

Ich möchte zum Abschluss die drei Anträge der Grünen, die zum Teil von anderen Parteien unterstützt werden, einbringen:

Der erste Antrag betrifft die Valorisierung der Tagsatzobergrenzen im Pflegeheimbereich, die seit Jahren ausständig ist. Sie ist dringend notwendig, um die weitere Versorgung über Alten- und Pflegeheime sicherzustellen.

Ich stelle daher im Namen meiner KollegInnen und in meinem Namen den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Valorisierung der Tagsatzobergrenzen im Pflegeheimbereich jährlich vorzunehmen.

Der nächste Antrag ist ein Entschließungsantrag wieder der drei grünen Abgeordneten, betreffend Angleichung des Verhältnisses der DSA-Planstellen zur Einwohnerzahl. Hier haben wir auch die Unterstützung der SPÖ gefunden.

Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, unter Einbeziehung aller regionalen Unterschiede, nämlich Anreisezeiten, Industriegebiet, ländliches Gebiet sowie unter Beachtung auf das unterschiedlich stark ausgeprägte Beratungs- und Betreuungsangebot in den Bezirken ein möglichst ausgewogenes Angebot an Planstellen für Diplomsozialarbeiterinnen aufzuweisen.

Zweitens bei der Angleichung des Verhältnisses der DSA-Planstellen zur Einwohnerzahl die Betreuungskapazitäten nicht nach unten zu nivellieren und drittens die Nachbesetzung aller Planstellen, wenn Bewerbungen vorliegen, sicherzustellen.

Der dritte Antrag hat seine Ursache in der Tatsache, dass das Frauenhaus in keiner Weise im Sozialbericht Erwähnung findet. Es findet in vielen anderen Papieren Erwähnung. Zum Beispiel im Arbeitsprogramm der Regierung. Das hat noch keine Auswirkung gehabt. Ich finde es schade und es stimmt mich auch nachdenklich, ebenso meine Kollegin Edith Zitz, dass im Sozialbericht überhaupt kein Wörtchen zu diesem so wichtigen Thema verloren wird. Deshalb auch unser Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Sozialbericht regelmäßig über Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen sowie über die Tätigkeit des Frauenhauses beziehungsweise in Hinkunft der Frauenhäuser in der Steiermark zu berichten. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 13.07 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (13.07 Uhr): Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf vielleicht, bevor ich auf einige neue Punkte eingehe, ganz kurz auf Barbara Gross replizieren. Ich glaube, es werden uns hier bewusst oder unbewusst seitens der sozialdemokratischen Fraktion Verhaltensweisen unterstellt, die einfach nicht stimmen. Wir wollen nicht reduzieren im Sozialbereich, sondern wir wollen reformieren. Wir wollen nicht abbauen, sondern wir wollen umbauen, weil es in vielen Bereichen notwendig ist und Stillstand ist auch in der Sozialpolitik kein Fortschritt und das gilt auch für die Bundesregierung. Schwarz-Blau hat Österreich vor dem roten Finanzchaos bewahrt, das müssen Sie zur Kenntnis nehmen, wenn das auch manchmal schmerzlich ist für die jetzige Bundesregierung das aufzuräumen, was von SPÖ-Finanzreferenten und SPÖ-Finanzministern hinterlassen worden ist. Das haben Sie zur Kenntnis zu nehmen. (Abg. Gross: „Dass ihr dabei wart, ist schon klar!“) Ich sage es Ihnen nur.

Und was die Steiermark betrifft, so freut es mich, dass endlich auch Sie gesagt haben, dass wir eigentlich einen sehr hohen Standard haben, damit sehe ich mich nur bestätigt, denn wenn ich das von hier aus behauptet habe, ist das in Abrede gestellt worden. Im Übrigen bestätigen uns das auch externe Experten, ob das die Pfeil-Studie über die Sozialsysteme der österreichischen Bundesländer ist, wo es heißt, dass die Steiermark bei den Richtsätzen auf hohem beziehungsweise sogar höchstem Niveau aller Bundesländer liegt. Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen und nicht immer so tun, als ob bei uns alles so furchtbar und schlecht wäre. (Abg. Gross: „Die Vergleiche hinken!“)

Ich werde noch darauf zurückkommen, wie auch der zuständige Soziallandesrat hier versucht Stimmung zu machen. Ich sage Ihnen auch eines deutlich, weil Sie den Antrag von uns angesprochen haben, was die mangelnde Arbeitswilligkeit betrifft. Ich habe hier ganz bewusst von unserer Seite her, ganz bewusst die Wiener Lösung, was hier Sozialhilfeempfänger betrifft eins zu eins in diesen Antrag übernommen, der von Ihnen massiv kritisiert wird. Und wollen Sie jetzt sagen, Häupl ist ein schlechter Sozialdemokrat? Wollen Sie das sagen? Im anderen Bereich hat Kollege Gregor Hammerl nur das gesagt, was Ihr Bürgermeister Stingl in Graz vertritt. Nur, hier gilt das alles nicht, was erfolgreiche Sozialdemokraten woanders praktizieren. Nehmen Sie das zur Kenntnis! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gross: „Schauen Sie sich das Sozialhilfegesetz einmal genau an!“)

Wirtschaftsexperten bescheinigen der Steiermark in den letzten Jahren eine Entwicklung am Arbeitsmarkt, die besser ist als die gesamtösterreichische Entwicklung. Es ist so, ob Sie es wollen oder nicht, trotz der Probleme und ich war ja am Vormittag auch kurz dabei, als wir von Gewerkschaftsvertretern deren Sorgen gehört haben. Ich sage Ihnen eines, trotz dieser Entwicklung am Arbeitsmarkt sind in den letzten fünf Jahren bei uns im Verhältnis zu allen anderen Bundesländern die Sozialausgaben weit höher gestiegen. 1997 – im Sozialbericht nachzulesen – hatten wir für diesen Bereich 2,5 Milliarden aufzuwenden. Wir liegen jetzt über 4 Milliarden. Das macht uns schon Kopfzerbrechen. Auch hier bin ich wieder bei der Resolution der Stadtgemeinde Graz, die hier die größte Explosion hat und meine Ansicht deckt sich 100-prozentig mit der Ansicht von Bürgermeister Alfred Stingl. Auch das bitte sei Ihnen gesagt und wenn Sie es nicht kennen, schicke ich Ihnen gerne die Unterlagen vom Bürgermeister Stingl. Und hier stört es mich dann sehr, wenn wir auf diesem Niveau sind, dass Landesrat Kurt Flecker – und ich sage es bewusst – so in altmarxistischer Tradition versucht, die Straße zu mobilisieren, wenn er am Südtiroler Platz im Gewerkschaftshaus dann Träger dazu aufruft, ermuntert zu demonstrieren und Druck zu machen, damit er dann die Chance hat, hier im Hause mehr zu erreichen, bei diesen schwarz-blauen Kollegen, die hier sitzen, so wie er das darstellt, dann halte ich das schon für bedenklich. Mich würde er hier einen wild gewordenen Abgeordneten nennen, das ist ja seine Lieblingsdiktion. Er agiert aber hier für mich wie ein Fundamentaloppositioneller, nämlich wie einer, der von einer außerparlamentarischen Gruppe kommt, weil dort ist die Straße das Mittel, das man einsetzt. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber das soll nicht Aufgabe eines Regierungsmitgliedes sein und das ist ja das grundsätzliche Dilemma der Sozialdemokraten. Sie sitzen gerne in der Regierung, aber was sie seit der letzten Landtagswahl machen, ist in ganz weiten Bereichen, soweit sie dazu im Stande sind auf Grund ihres allgemeinen Zustandes, das ist Fundamentalopposition. Und das stört mich schon sehr. Auch die Aufrufe vom Soziallandesrat zum zivilen Widerstand gegen diese Regierung. Ich meine, wo bleibt hier die Verantwortung, die ein Regierungsmitglied auch übernommen hat, die Straße mobilisieren, zu Demonstrationen aufrufen, quasi den Druck auf der Straße erhöhen, weil alles so schlecht ist? Andererseits muss aber die Sozialsprecherin hier von diesem Rednerpult aus zugeben, dass doch nicht alles so schlecht ist in der Sozialpolitik und dass aus anderen Bundesländern angerufen wird um

zu sehen, wie gut das bei uns funktioniert. (Abg. Gross: „Habe ich nie gesagt. Wer hat denn die Verantwortung in diesem Bereich seit vielen Jahren?“) Nur, Kurt Flecker stellt das alles viel anders dar, viel negativer, das habe ich ja gerade herauszuarbeiten versucht. Er stellt das alles viel, viel schlechter dar. (Abg. Gennaro: „Schuldenpolitik!“)

Und ich sage Ihnen noch eines, mich stört es auch, wenn der Soziallandesrat sich bei einzelnen Trägern deren Wohlverhalten mit Millionensubventionen, die andere nicht erhalten, sichert. Solche willfähigen Funktionsträger werden dann damit belohnt, dass sie einfach über das hinaus, was durch Tagsätze abgerechnet wird, in Millionenhöhe zusätzlich Mittel bekommen. Dann agiert natürlich der Obmann des Dachverbandes der steirischen Behindertenhilfe anders, nämlich Flecker-freundlich. Andere Träger, die nicht auch in solchen Funktionen mit deren Spitzenleuten sind, bekommen dann diese Millionen Zusatzsubventionen nicht. Hier ist auch ein Wildwuchs, den es in anderen Bereichen natürlich nicht gibt! Wenn wir das aufzeigen, wobei ich mich dagegen wehre, dass diese freihändige Vergabe im mehrfachen Sinn des Wortes im Sozialbereich gang und gäbe ist, gibt es Aufregung.

Ein letzter Punkt, den Klubobfrau Lechner bereits hier angesprochen hat. Für mich ist die Tatsache schon fragwürdig, wenn Landesrat Flecker bei Petitionen, die sogar aus seinem Bezirk kommen, wie vom Sozialverband von Liezen, dann einfach, wenn hier Kritik geübt wird, was Bedarfsplanung und Bedarfsprüfung betrifft und die Bewilligung von neuen Pflegeheimen, dass er einfach sagt, hier kann ich nichts machen. Er soll sich andere Bundesländer anschauen, da hat man sehr wohl Wege gefunden, dass nur jene Pflegeheime dann in den Genuss öffentlicher Mittel kommen, wenn tatsächlich ein Bedarf gegeben ist und dort wird auch ein entsprechendes Qualitätsmanagement eingesetzt, was es ja bei uns von der Fachabteilung her, die hinunterwirken soll in die einzelnen Pflegeanstalten, vielleicht am Papier gibt, wenn überhaupt, aber überhaupt nicht in der Praxis. Daher sage ich Ihnen eines, dieser Bereich ist bei uns explodiert. Schauen Sie sich den Sozialbericht an, hier werden Sie das nachlesen können in einem Ausmaß, das nicht nur von der Stadtgemeinde Graz, sondern ich habe jetzt eine Umfrage bei allen Sozialhilfeverbänden gemacht, hier die Sozialhilfeverbände große Probleme haben. Und es sind auch die SPÖ-Bürgermeister, die draußen in den Sozialhilfeverbänden die Budgets, die jetzt vorliegen, die Voranschläge für das nächste Jahr nicht mehr mit beschließen wollen, weil sie sagen, sie können dieser Entwicklung nicht mehr tatenlos zusehen.

Daher sage ich Ihnen, wir haben hier großen Handlungsbedarf, ob Sie es so sehen wollen oder nicht. Wir wollen nicht reduzieren, wir wollen reformieren, wir wollen nicht abbauen, wir wollen umbauen, denn dieser Umbau ist notwendig und Reformen sind auch notwendig. Wenn Sie dabei mitmachen, umso besser, wenn nicht, dann müssen wir es auch gegen Sie machen. Aber ich hoffe, Sie sind bereit mitzutun. (Beifall bei der ÖVP. – 13.15 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung, Frau Abgeordnete Hermine Pußwald. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Pußwald (13.16 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

30 Jahre ist die Sozialpolitik auf Bundesebene in sozialdemokratischer Hand gewesen, 30 Jahre hat die Sozialpolitik diese Handschrift und knapp zwei Jahre gibt es jetzt eine neue Bundesregierung. Und in diesen zwei Jahren scheint so viel zu verändern gewesen zu sein, dass der Sozialstaat gefährdet ist? Das kann ich mir nicht vorstellen. Die Angstmache, die damit betrieben wird, ist grenzenlos und ich denke mir, dass wir einfach neue Herausforderungen haben. Die Zeit ist fortgeschritten und es gibt ganz andere Dimensionen, die wir zu bewältigen haben. Ich bin sehr froh und ich glaube auch, dass das gut gehen wird, dass diese neuen Herausforderungen mit neuen Antworten versehen werden.

Was ist eine der neuen Antworten? Dass die Menschen zu Selbstständigkeit begleitet werden, damit sie selbst ihr Leben in die Hand nehmen mit Veränderungen, aber auch mit Problemlösungsansätzen. Die öffentliche Hand soll dabei unterstützen und begleiten. Das ja, aber nicht, dass man alle Herausforderungen abnimmt!

Ich möchte mich auch bedanken für die Vorlage des Sozialplanes. Das ist ein gutes Werk mit vielen Daten, mit interessanten Ausführungen.

Frau Kollegin Sonnek hat darauf hingewiesen, das Frauenhaus oder die Problematik der Frauen in Gewaltsituationen ist nicht angesprochen. Dazu einige Daten: Wir haben seit 1999 ein neues Frauenhaus. Im letzten Jahr – im Jahr 2000 – sind 147 Frauen und 152 Kinder im Frauenhaus in Betreuung gewesen. Die Frauen, die Mehrheit der Frauen, flüchten vor ihren aggressiven Lebensgefährten oder vor ihren aggressiven Ehemännern und rund ein Viertel dieser Frauen geht nach drei Tagen wieder zurück in die Familie. Wenn sozusagen darüber geschlafen wurde und die Emotionen abgekühlt sind, wird unter Begleitung von Therapeutinnen und Therapeuten versucht, das Familienleben wieder einzurenken. 80 Prozent aller anwesenden oder dort Schutz suchenden Frauen kommen ein einziges Mal – auch signifikant. Es ist ein Zufluchts-, ein Asylort.

Was nicht so angenehm ist, ist, dass mehr als 72 Prozent aller Frauen zwischen 21 und 40 Jahre alt sind, also eine große Gruppe, die im aktiven Leben steht und 46 Prozent der dort anwesenden Frauen sind Frauen, die keine oder kaum eine berufliche Qualifikation haben.

Und das, was im Sozialbericht auch angesprochen ist und wurde, manifestiert sich hier: Die Armut ist weiblich, die Armut hat wenig Bildungschancen beziehungsweise Verbesserungschancen. Das möchte ich hier klar ansprechen.

Ich möchte auch Dank sagen für den Vorschlag, der von Landesrat Schützenhöfer gekommen ist, nämlich in Judenburg, im jetzigen noch Landesjugendheim eine Möglichkeit für Frauen zu schaffen, die eine Unterkunft brauchen. Verantwortliche des Frauenhauses sagen, dass mit etwa 15 Plätzen in der Obersteiermark eine wesentliche Verbesserung auch in Graz zustande kommen würde. Wesentliche Verbesserung heißt, das Selbstwertgefühl der Frauen zu stärken und ihnen in Krisensituationen Schutz und Sicherheit zu bieten. Danke, Herr Landesrat, für diesen Vorschlag. Er soll diskutiert werden.

Eine zweite Sache, die ich positiv vermerken möchte, ist, dass das Kinderbetreuungsförderungsgesetz novelliert wurde, ein Vierparteienübereinkommen. Ganz großartig die Zusammenarbeit der Trägerorganisationen untereinander, das möchte ich herausstreichen. Sie haben es zuwege gebracht, dass es nur Gewinner gibt. Die Tagesmütter, die einen Vollstundenvertrag über 100 Stunden mit einem Trägerverein abschließen, sind diejenigen, die dann sozialversichert sind und damit auch Anspruch auf alle Sozialleistungen haben. Die Trägervereine haben die Overheadkosten hineingebracht, die Ausbildung und Weiterbildung hineingebracht und dem Land kann damit ein Planungsbereich zugesprochen werden, der überschaubar und berechenbar ist, weil das Land keine Mehrkosten hat, außer die Mindestlohntarifkosten, die sich einfach jährlich ergeben.

Positiv ist noch etwas, was sich in der jüngsten Vergangenheit ereignet hat. Frau Landeshauptmann Klasnic hat das Thema „Kind erleben und Kinderleben“ für die Steiermark ausgerufen. Das heißt nicht nur, dass wir finanzielle und soziale Unterstützung geben. Auch die ist wichtig und das geschieht auch im neuen Kinderbetreuungsgeld des Landes beziehungsweise im Kinderzuschuss des Landes, dort, wo es punktgenau darum geht, dass die sozial Schwachen, nämlich Familien und Alleinerzieherinnen, die ein Monatsgehalt bis zu 8440 Schilling haben, dass die dann eine tatsächliche monatliche Unterstützung bekommen. Ich glaube, wir alle, die da herinnen sitzen, können uns nicht vorstellen, wie man mit 8440 Schilling leben, wohnen und auch natürlich Ausbildung und die Bedürfnisse des Lebens abdecken kann. Das ist eine wirklich soziale Tat, die ich absolut als positiv herausstreichen und ein Danke sagen möchte. (Beifall bei der ÖVP. – 13.22 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Lackner. Ich darf es dir erteilen.

Abg. Mag. Lackner (13.23 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen und Kolleginnen!

Ich melde mich zum Antrag Novellierung beziehungsweise Überprüfung des Einkommensteuergesetzes für Betreiber und Betreiberinnen von Privatkindergärten.

Dieser Antrag wurde von uns eingebracht und es gab eben zwei Anlassfälle, das ist dazuzusagen, die uns auf den Umstand aufmerksam gemacht haben, dass diese Einrichtungen im Vergleich zu anderen ungleich behandelt werden. Deswegen liegt dieser Antrag heute vor.

Kurz umrissen ist es so, dass Betreiber und Betreiberinnen von Privatkindergärten Geld- oder Sachleistung für die Errichtung von Kinderbetreuungseinrichtungen nicht als Zuwendungen aus dem Betriebsvermögen zur Minderung der Bemessungsgrundlage laut Einkommensteuergesetz aus dem Jahr 1988 geltend machen können.

Wer kann das sehr wohl? Per Gesetz sind dazu ermächtigt: Einrichtungen mit Forschungsaufgaben oder Lehraufgaben der Erwachsenenbildung, welche die wissenschaftliche und künstlerische Lehre betreffen.

Unserer Meinung nach ist es sachlich nicht einzusehen, dass unserer Gesellschaft Kinder weniger wichtig sind als Forschung und Wissenschaft und dass wir deswegen in diesem Bereich eine Gleichbehandlung dieser Institutionen beantragen.

In der Ausschusssitzung wurde die Formulierung, „Novellierung“ abgeändert hin zu „Überprüfung“. Also der Antrag lautet jetzt so, dass die Landesregierung an den Bund herantreten möge, diesen Passus im Einkommensteuergesetz zugunsten von Betreibern und Betreiberinnen von Privatkindergärten zu überprüfen und nicht zu novellieren, im ersten Schritt.

Wir haben guten Grund, auf eine positive Erledigung zu hoffen, weil ja nicht nur uns Kinder ein Anliegen sind, sondern auch, wie wir immer hören, der Bundesregierung und der Landesregierung. Ich bitte auch in dieser Sache weiterhin um die Unterstützung des Landtages! (Beifall bei der SPÖ. – 13.25 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Tschernko (13.25 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte auf Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek kurz antworten. Wir werden bei dem Entschließungsantrag, Valorisierung der Tagsatzobergrenzen, nicht mitgehen, zumal wir – VP – am 11. Juni und Kollegen ja den Antrag gestellt haben, das Pflegeheimgesetz zu novellieren, wo hier genau diese Punkte auch enthalten sind. Der Punkt der Qualitätssicherung, der Punkt einheitliche Heimverträge und auch die Tagsatzobergrenzen. (Abg. Lechner-Sonnek: „Das wäre eine Möglichkeit!“) Es wäre eine Möglichkeit, aber wir sollten doch dieses Konvolut als Gesamtes sehen und daher auch der Punkt der Tagsatzobergrenzen in unserem Antrag.

Zum Zweiten, liebe Barbara Gross, ich habe in deiner Rede einen sehr großen Widerspruch entdeckt. Ich habe den Sozialbericht sehr genau gelesen. Er wird sehr gut dargestellt von der Fachabteilung für Sozialwesen und du hast die Frau Mag. Buchacher zitiert, die von einer Vielfalt an Leistungen hier spricht und auch, ich

zitiere: „Menschen vor Notsituationen zu bewahren und Menschen in Notsituationen zu helfen“, auch von dir zitiert. Auch für mich stellt sich der Sozialbericht so dar, dass wir – und ich kann sagen – das Bundesland Nummer eins sind oder zu den Bundesländern in Österreich gehören, die im Sozialbereich großartig sind. Du hast es selbst gesagt und daher verstehe ich dann deine Aussage in mehreren Bereichen nicht, dass wir Sozialabbau betreiben, seitdem die schwarz-blaue Regierung regiert. Das kann ich nicht ganz verstehen. (Abg. Gross: „Schau bitte eure Anträge an, die bestätigen meine Aussage. Ich rede nicht von der Sonne, wenn ich die Sonne nicht kenne!“) Die Sonne scheint heute nicht, aber in Österreich können wir behaupten, dass gerade im Sozialbereich in der Steiermark sie sehr wohl scheint. Wir können die Anträge einmal vergleichen.

In diesem Bericht möchte ich jetzt nur auf zwei Teilbereiche eingehen und habe diese näher betrachtet, insbesondere die Kostenentwicklung in den ISGS und im extramuralen Bereich beziehungsweise der Pflegeheime. Im Bericht der ISGS wird berichtet über den fundamentalen Wandel im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben, der zweifelsohne in der demografischen Entwicklung Spuren hinterlässt. Es gibt einen rasanten Rückgang der Geburtenzahlen und eine Zunahme der Überalterung in den nächsten zehn Jahren. Die Personen, die älter als 60 Jahre sind, werden bis zum Jahre 2005 um 11 Prozent noch ansteigen und bis zum Jahre 2010 um weitere 5 Prozent ansteigen. Das hat natürlich massive Auswirkungen auf die Pflegebetreuung der älteren steirischen Bevölkerung im Bereich der mobilen Dienste und auch im Bereich der stationären Pflege. Den Bericht über die ISG-Sprengel kann ich sehr gut nachvollziehen, nur ist für mich hier die Struktur klar dargestellt, aber die Finanzierung ist nicht dargestellt. Es stimmt, dass wir in der Steiermark eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung in der mobilen Betreuung haben. Es stimmt, dass viele Gemeinden schon vor dieser Einrichtung der ISGS die mobilen Dienste durchgeführt haben. Es stimmt, dass jetzt professionelle Betreuungseinrichtungen und -organisationen stärker vor Ort arbeiten und es stimmt auch, dass das Problembewusstsein vor Ort gestärkt worden ist mit der Gründung dieser ISGS, insbesondere in den Gemeinden. Und nachdem die Kollegin Lechner-Sonnek es bedauert hat, dass hier die ISGS noch nicht zur Gänze ausgegliedert sind, die Arbeiten abdecken, die der Sozialhilfeverband zum Teil noch macht, muss ich noch einmal zum Verständnis sagen, dass diese ISG-Sprengel sich noch in der Startphase befinden. Daher auch noch diese Problematik und die Bewusstseinsbildung aufgearbeitet werden muss beziehungsweise dieser Bewusstseinsprozess noch weiter fortgesetzt werden muss. Das ist richtig und daher stimme ich auch zu, wie es im Bericht steht, dass der Prozess der Organisationsentwicklung und der qualitativen Angebotsstrukturen in den Sprengeln noch einzuleiten ist, aber im Sinne einer Leistungssicherheit.

Und nun zu den Nachteilen, die auch hier beleuchtet werden, die insbesondere und für mich jetzt nicht mehr im Bericht vorkommen, die Gemeinden stark belasten. Das ist die Finanzierung und das sind die Mehrkosten, die von den Gemeinden getragen werden. Das hat natürlich mehrere Gründe und zwei davon möchte ich jetzt hier aufzeigen. Zum Einen ist es die demographische Entwicklung der Bevölkerung und zum anderen die Übertragung der Kosten durch Entlastung von stationären Einrichtungen, auch heute schon angesprochen, auf den ambulanten Bereich. Und das heißt, die Patienten werden immer früher aus den Krankenhäusern entlassen, die Belegstage im stationären Bereich logischerweise immer kürzer, die Patienten müssen daher im ambulanten und mobilen Bereich übernommen werden. Vereinfacht gesagt, werden hier die Kosten auch auf die Gemeinden überwälzt. Der Gemeindeanteil an den Kosten liegt bekanntlicherweise bei 30 Prozent und dieser Anteil wird bei steigendem Bedarf bald nicht mehr abgedeckt werden können, siehe die Budgets der Gemeinden. Daher fordere ich von der Fachabteilung für Sozialwesen – das fehlt mir auch in dem Bericht – wie sieht die Bedarfsplanung in Zukunft aus? Die Schnittstelle rasche Entlassung aus dem stationären Bereich und die Übernahme in den ambulanten mobilen Bereich im Hinblick auf die demographische Entwicklung.

Ein zweiter Punkt, den ich noch betrachten möchte und der mir im Bericht fehlt, ist der Bericht über die extramurale Betreuung. In der Steiermark gibt es derzeit 12.000 psychisch Kranke vom Kleinkind bis zu gerontopsychiatrischen Fällen, die in die Planung noch nicht einbezogen wurden. Dieser soziale Aspekt im extramuralen Bereich wird nur dem Gesundheitsbereich überlassen. Für mich ist hier kein einheitliches Konzept ersichtlich, wo jetzt eben flächendeckend Maßnahmen getroffen werden könnten oder vielleicht die Schnittstellen zusammengeführt werden könnten. Wer ist hier für die Planung zuständig? Und hier fehlt mir die Planungskompetenz! Das sind brennende Fragen und ich hoffe, dass wir bald eine Antwort darauf bekommen.

Es wird immer wieder proklamiert und ich habe es eingangs schon gesagt, der Sozialabbau von schwarz-blau und ich möchte jetzt mit einem Beispiel diesen Vorwurf zurückweisen. Denn das kann sich das Land nicht bieten lassen, bundesweit werden für die Betreuung unserer hoch betagten Menschen rund 21 Milliarden Schilling an Pflegegeldern eingesetzt. Die Problematik liegt vielleicht darin oder ist darin zu sehen, dass diese Mittel, die zur Verfügung stehen, meist als Einkommen von den Bezieherinnen und Beziehern gesehen werden und diese Mittel zum Teil auch zweckentfremdet eingesetzt werden. Konkret heißt das aber, wir sollten immer wieder überlegen, ob wir nicht aus dem Gesichtspunkt der demografischen Entwicklung, denn es benötigen ja immer mehr Menschen eine Pflege und der Entwicklung der Gemeindebudgets, das heißt den Gemeinden stehen immer weniger Mittel zur Verfügung, diese Pflegegelder doch zweckgebunden einzusetzen. Einerseits könnten im professionellen Pflegebereich mehr Arbeitsstellen geschaffen werden und andererseits könnten Familien, wenn es notwendig und erforderlich ist, auch entlastet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben in den letzten Monaten eine Fülle an Petitionen betreffend die Belastungen im sozialen Bereich aus den Gemeinden der Steiermark erhalten, wo auch die Stadt Graz und sie wurde heute schon x-mal zitiert in ihrer Petition einleitet und ich zitiere: „Um den Erfordernissen einer zeitgemäßen Sozialpolitik ebenso gerecht werden zu können, wie auch den dabei zu beachtenden Grundsätzen zur Führung öffentlicher Haushalte, hat der Gemeinderat der Stadt Graz und auch viele Gemeinden der Steiermark

diese Petition beschlossen!“ Zitatende. Das heißt, wir müssen überlegen, wo wir im Sozialbereich umbauen können, ohne die Ärmsten der Armen zu treffen. Wir müssen aber auch überlegen, wie wir die öffentlichen Haushalte stärker entlasten und nicht belasten dürfen und können.

Und nachdem Weihnachten vor der Tür steht möchte ich jetzt als Bürgermeister den Wunsch aussprechen, dass rasch konkrete Maßnahmen gefunden und auch getroffen werden, damit Gemeinden stärker entlastet und nicht belastet werden, damit sie auch in die Mitgestaltung stärker eingebunden werden, in den Umbau im Sozialbereich, dann diese Situation mittragen und unterstützen können. Danke sehr! (Beifall bei der ÖVP. – 13.35 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stöhrmann. Ich darf es dir erteilen.

Abg. Stöhrmann (13.35 Uhr): Sehr verehrte Frau Präsident, werter Vertreter der Steiermärkischen Landesregierung, Herr Landesrat Kurt Flecker!

Ich wähle diese Formulierung deswegen, weil ich mich nicht mokiere, so wie manche Sprecher der ÖVP, dass sich bei der Sozialdebatte niemand hier auf der Regierungsbank befindet. (Abg. Gennaro: „Landesmutti!“)

Ich hätte mir nämlich schon vorstellen können, dass auch der Herr Finanzlandesrat oder vielleicht sogar die Frau Landeshauptmann an dieser Debatte teilnimmt. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ich darf mich für die Erstellung dieses sehr umfangreichen Sozialberichtes sehr herzlich bedanken. Nicht umsonst steht in dieser Vorlage gleich am Anfang: „Er kann nicht alles, aber doch die wesentlichen Schwerpunkte aufzeigen, die eingerichtet worden sind, um den am Rand stehenden Mitgliedern unserer Gesellschaft ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen!“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang verwundert mich doch eines sehr stark, nämlich das, dass es noch immer viele – um mit den Worten der Frau Kollegin Wicher zu sprechen –, zu viele Menschen gibt, die meinen, dass alles, was in diesem Sozialbericht steht, nicht notwendig und nicht oder fast nicht zu finanzieren ist. Auch in diesem Haus gibt es, leider Gottes, wie uns diese Debatte gezeigt hat, solche Zeitgenossen, die glauben, dass das nicht so ist.

Aber auch noch andere Töne mischen sich in diese vorweihnachtliche, wie manche meinen, so friedliche Zeit. Ich meine da nicht nur die Wortmeldung des Herrn Bundesrates der blauen Fraktion, der sich da blauäugig hier herausgestellt hat und von Dingen gesprochen hat, die nicht einmal Sache waren. Ich meine auch nicht die lebenswürdige Weise des Kollegen Hammerl, der auch hier herausgegangen ist und dieses Hohe Haus mit dem Rathaussitzungssaal der Gemeinde Graz verwechselt hat und gesagt hat, dass es skandalös ist, wie die Sozialpolitik der Sozialdemokraten abgeführt wird. Und das sagt gerade ausgerechnet ein Vertreter einer Partei, die nichts dabei findet, dass man den Pensionisten als so genannte Pensionsabgeltung rund einen Prozent gewährt, obwohl die Inflation fast 3 Prozent beträgt. (Abg. Hammerl: „Es ist einfach aufzuheizen und nicht die Wahrheit zu sagen!“) Wo waren Sie denn, Herr Kollege Hammerl, als diese Dinge beschlossen wurden? Wo haben Sie denn da Ihre Stimme erhoben, wenn Sie so für diejenigen eintreten, die es notwendig haben?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt auch noch anderes in dieser vorweihnachtlichen Zeit zu hören. Ich lese da in den Medien, dass die Arbeitslosigkeit explosiv um über 13 Prozent angestiegen ist. Ich darf Ihnen dazu eines sagen, als Rohr Krieglach im heurigen Jahr geschlossen wurde und über 100 Familienväter ihre Arbeit verloren haben, habe ich in der Zeitung gelesen, dass der Kollege Straßberger gemeint hat: „Wir haben ja nur 5,1 Prozent Arbeitslose im Bezirk!“ (Abg. Straßberger: „Über 10 Prozent haben wir gesagt!“) Also ich würde mir nicht unterstehen, bei 5,1 Prozent Arbeitslosen von nur 5,1 Prozent zu sprechen. (Beifall bei der SPÖ.)

In der Zwischenzeit, Kollege Straßberger, nur um dir ein bisschen an Information zu geben (Abg. Straßberger: „Danke!“), ist diese Arbeitslosigkeit in unserem Bezirk auf über 7 Prozent gestiegen und das noch ohne Einrechnung der jüngsten Freisetzungen im Bereich der Elektronik in Kindberg, die mehrere 100 Arbeitnehmer betroffen hat.

Das sind alles Dinge, die in dieser vorweihnachtlichen Zeit doch sehr eigenartig anmuten.

Wir alle wissen und wir haben es im Laufe dieser Debatte schon gehört, wie es der Bauwirtschaft geht, da mit eingeschlossen das Baunebengewerbe. Wir wissen, dass auch dort mit einer explosionsartigen Vermehrung von Arbeitslosen zu rechnen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muss es schon sehr eindringlich sagen und noch einmal darauf zurückkommen, in dieser angeblich so friedvollen und vorweihnachtlichen Zeit würden sich die Menschen lieber wünschen, sie könnten zu Hause sitzen in ihren warmen Stuben und könnten sich auf das Weihnachtsfest freuen, aber nicht, dass sie Angst haben müssen, mit was und womit sie nächstes Jahr ihre Miete bezahlen werden. Denn in dem Zusammenhang mit Bau und Bauwirtschaft fallen mir auch die Maßnahmen dieser Landesregierung und dieser Koalition im Lande ein, nämlich jene, dass man am Bau spart und dass man die Wohnbeihilfen massiv kürzt. Und wenn der eine oder andere vielleicht meint, das ist ein alter Hut, dann werde ich Ihnen einen kurzen Artikel eines freiheitlichen Blattes in meinem Bezirk hier noch einmal zu Gemüte führen. Unter dem Titel „ÖVP kürzt Wohnbeihilfe“ schreiben die Freiheitlichen: „Mit leeren Versprechungen und der herzerreißenden Lebensgeschichte ‚Magnolienbaum‘ von Waltraud Klasnic – Sie erinnern sich, passt jetzt in die Weihnachtszeit – „hat die ÖVP die Landtagswahlen fulminant gewonnen. Damit haben die Freiheitlichen das Wohnbauressort an die ÖVP abgeben müssen!“ Und als Quintessenz dieses Artikels heißt es hier: „Die ÖVP, kaltschnäuzig, ist immerhin der Partner in diesem Lande der stärksten Fraktion, die ÖVP, kaltschnäuzig. Damit sich

die Leute darauf einstellen können. Jetzt geht vielen getäuschten Wählern ein Licht auf und Landesmutter Klasnic hat sich selbst zweifelsfrei als Rabenmutter entlarvt!" (Abg. Gennaro: „So etwas schreiben die Blauen?“) Ich würde diesen Ausdruck nie in den Mund nehmen, denn der Begriff Mutter ist mir in diesem Zusammenhang zu heilig, (Abg. Dr. Lopatka: „Aber scheinheilig bist du nie, gelt?“) um in der Politik diesbezüglich Platz zu greifen.

Aber ich sage eines ganz bewusst dazu: Wenn man schon innerhalb einer De-facto-Koalition, wie sie hier besteht, so miteinander umgeht, dann darf man sich nicht wundern, (Abg. Dr. Lopatka: „Wartest auf eine Scheidung?“) wenn in diesem Hause Maßnahmen beschlossen werden, die für die Menschen dieses Landes nicht tragbar sind.

Der Herr Klubobmann Lopatka kann es noch so oft formulieren, dass nicht gekürzt sondern nur umstrukturiert wird, wir wissen in Wirklichkeit, wohin dieser Weg geht, nämlich jenen etwas wegzunehmen, die es am deutlichsten bedürfen. (Abg. Dr. Lopatka: „Wir sind nicht vom Konsum!“) Und wenn ich mir die Finanzpolitik in diesem Lande anschau, da werden Millionenerlöse erzielt durch Verscherbelung des Volksvermögens der Steirerinnen und Steirer. Aber nicht vielleicht dazu, um Dinge, die notwendig sind, zu erledigen, sondern nur dazu, (Abg. Dr. Lopatka: „Zu welchem Thema sprichst du?“) um dieser heiligen Kuh Nulldefizit zu frönen und 3500 Millionen Schilling nach Wien abzuliefern. (Beifall bei der SPÖ.)

Dieser arme Herr Landesrat, ich darf ihm ja gar nicht allein diese Schuld geben, denn letzten Endes hat ihn ja seine Chefin mit diesem Rucksack ausgestattet, indem sie die Erste war (Abg. Dr. Lopatka: „Die Landesmutter!“), die diesen unseligen Stabilitätspakt unterschrieben hat. Er bemüht sich ja redlich, aber wenn man 3,5 Milliarden Schilling mit auf die Reise kriegt, 3,5 Milliarden Schilling an Steuergeldern der Steirerinnen und Steirer abzuliefern, dann ist es eben nicht so einfach.

Und deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich wieder in Erinnerung darauf, dass wir uns kurz vor Weihnachten befinden, die Frau Landeshauptmann, die leider nicht hier ist (Abg. Dr. Lopatka: „Das hätten wir vergessen!“), eindringlichst hier auffordern, dass sie endlich damit aufhört, die Politik der Macht zu spielen, die Politik des Drüberfahrens zu spielen, dass sie sich endlich darauf besinnt, dass soziale Kompetenz gefragt ist, nämlich dazu, dass die soziale Kälte, die in diesem Lande Einzug gehalten hat, nicht noch mehr zunimmt. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 13.44 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dietrich – bereits am Rednerpult.

Abg. Dietrich (13.44 Uhr): Geschätzte Frau Präsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Ein wesentlicher Teil im Sozialbereich ist die Behindertenhilfe.

Als die Vereinten Nationen im Jahre 1981 zum Internationalen Jahr behinderter Personen ausgerufen haben, so geschah dies auf Grund eines Antrages von Libyen, die bis dato noch niemals einen Antrag angenommen bekommen haben. Aber dieses Jahr, glaube ich rückwirkend betrachtet, hat sehr viel bewirkt, nämlich die Behindertenarbeit der 20 Jahre, die davor waren, die immer mit dem Terminus „Sonder“ behaftet waren – Sonderkindergärten, Sonderschulen – und die damit die Behinderten ausgesondert haben aus der Gesellschaft, hat ein Ende gefunden.

Ein neuer Weg wurde beschritten, die Behinderten wurden integriert, ganz normal in die Gesellschaft aufgenommen. So steht auch die heutige Sozialpolitik unter dem Motto integrieren statt isolieren. Der Sozialbericht 2000 umfasst das komplexe Netz des Sozialwesens in der Steiermark und selbstverständlich ist die Sozialpolitik im Spannungsfeld zwischen Ökonomisierung auf der einen Seite und Qualitätsanforderungen auf der anderen Seite. Und wie wir alle wissen, Qualität kostet Geld. In diesem Zusammenhang die Aussage von Almosenpolitik halte ich für absolut verfehlt, denn wenn wir wiederum die Behindertenhilfe herausnehmen und uns die Zahlen anschauen, so sehen wir, dass von 1999 gegenüber 2000 eine ständige Steigerung in allen Bereichen zu vermerken war. Beispiel Eingliederungshilfe von 360 Millionen im Jahr 1999 auf 403 Millionen im Jahr 2000 oder bei der Beschäftigungstherapie von 472 Millionen auf 522 Millionen und die Summe der Ausgaben ist von 2 Milliarden auf 2 Milliarden 169 Millionen gestiegen. Also durchaus eine Steigerung und nicht ein Kaputtsparen, wie es manche ständig vor sich her reden, in der Hoffnung, dass andere ihnen dieses Märchen abnehmen.

Meine geschätzten Damen und Herren, es sind unzählige Maßnahmen in den letzten Jahren erfolgt, die die Integration fördern und die auch Verständnis bei der Bevölkerung hervorrufen. Viel ist geschehen und wenn man nur kurz vergleicht, die vor 30, 40 oder 50 Jahren mit einer Behinderung in Familien aufgewachsen sind, so haben sie meist nicht das Glück gehabt, dass jemand, der qualifiziert war, sich ihrer angenommen hat, dass sie eine besondere Förderung erhalten haben, sondern sie haben ohne besondere Beachtung, so wie es sich ergeben hat, dahingelebt. Und heute sind wir doch gemeinsam stolz darauf, es gibt die Frühförderung, mobil und ambulant, es gibt heilpädagogische Kindergärten, integrative heilpädagogische Kindergärten, Integration in den Regelkindergärten, die integrative Zusatzbetreuung und vieles andere mehr. Der Sozialbericht ist ein umfassendes Zeugnis der sozialen Verantwortung in unserem Land und die Sozialleistungen sind keine Almosen, sondern echte Hilfestellungen. (Beifall bei der FPÖ. – 13.48 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Drexler. Ich darf es Ihnen erteilen.

Abg. Mag. Drexler (13.49 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn wir hier heute eine Debatte zu sozialen Fragen, eine Sozialdebatte, führen, ist natürlich klar, dass der rot-grüne Gassenhauer des letzten Jahres „Schwarz-Blau – Sozialabbau“ nicht fehlen darf. Wenn auch in zum Teil salbungsvollen Worten vorgetragen, erleben wir das, was wir seit 4. Februar letzten Jahres erleben (Abg. Stöhrmann: „Ein Prozent, ist das kein Sozialabbau?“), nämlich dass behauptet wird, die neue Bundesregierung betreibe Sozialabbau, alles gerate aus den Fugen, die bewährten Systeme werden umgebaut, autoritäre und totalitäre Züge gibt es und dergleichen mehr und es muss ein weiteres Mal zurückgewiesen werden, dass das so ist. Und wenn die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek gesagt hat, wie grauenhaft und wie furchtbar, in welcher Zeit wir leben, dass sogar engagierte Damen und Herren ein Volksbegehren in diesem Zusammenhang – wir haben heute noch einen Tagesordnungspunkt dazu – initiieren müssen, muss ich Ihnen leider sagen, dass dieses Volksbegehren nichts, aber sicherlich gar nichts mit der sozialen Lage in Österreich und der Steiermark zu tun hat. Man könnte beinahe den Eindruck bekommen, dass es sich bei diesem Volksbegehren um eine Fortsetzung der Donnerstagsdemonstrationen mit anderen Mitteln handelt. (Abg. Mag. Zitz: „Die Gewerkschaft unterstützt das!“) Ich brauche keine Hinweise, wer das alles unterstützt. Ich weiß, der Alpenrebell aus Tirol und einige andere unterstützen das auch. Ich bin mir nur nicht sicher, ob alle genau durchgelesen haben, was sie da unterstützen.

Man könnte beinahe den Eindruck haben, dass es sich um eine lediglich scheinbar intellektuelle Variante desselben Themas Widerstand dreht. Warum komme ich zu diesem Ergebnis und warum ist dieses ewige „Schwarz-Blau – Sozialabbau“-Gejeiere entschieden zurückzuweisen? Schauen wir uns einmal an, was tatsächlich passiert ist. Wenn behauptet wird, hier wird mit totalitären Mitteln irgendein System umgebaut, so muss man zurückgeben, in die Sozialversicherung ist im Grunde genommen die Demokratie erst gerade eingezogen. Denn wie Sie wissen, gibt es erst seit über einem Jahr die Regelung, dass endlich einmal nachvollziehbar ist, wer warum auf Grund welcher Wahlergebnisse in den Selbstverwaltungskörpern drinnen sitzt und es ist nicht so, dass die Demokratie hier abgeschafft wurde, sondern im Gegenteil, eben eingeführt wurde. Denn früher war es eine reine Mauschlerei, wer diese so genannten Versicherungsvertreter in den Selbstverwaltungskörpern waren. Offensichtlich habt ihr die Regelungen nicht durchgeschaut. Es hat früher keine Regelung gegeben, dass die Interessenvertretungswahlen nach dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz eben in diesen Verwaltungskörpern ausgedrückt werden sollen. Das ist neu und das ist Demokratie. Und wenn da immer von Macht und Drüberfahren und dergleichen die Rede ist, so sollten jene, die in den sozialdemokratisch dominierten Bereichen in den letzten 50 Jahren Verantwortung getragen haben, da immer sehr vorsichtig sein, denn wir wissen ja aus verschiedensten Beispielen, gerade aus der Obersteiermark, wie es mit dem Drüberfahren in manchen Bereichen, dass zum Teil sogar die Gerichte einschreiten mussten, um Betriebsratswahlen aufzuheben, weil dort immer gemauschelt und geschwindelt und dergleichen mehr geworden ist. (Abg. Stöhrmann: „Und das Wahlergebnis in Mühlen?“)

Das Wahlergebnis in Mühlen, na, das ist ein toller Hinweis. Da ging es um Interpretationen der dortigen Wahlbehörde, wenn ich das recht in Erinnerung habe, aber gefälschte Stimmzettel sind dort nicht hineingeworfen worden und noch dazu so blöd, dass man die falsche Papierfarbe erwischt hat. Das sind sozialdemokratische Wahlmanipulationen gewesen. (Abg. Stöhrmann: „Abgeordneter Drexler!“ – Abg. Gross: „Der Oberste Gerichtshof hat so entschieden!“)

Die Ignoranz, die in diesem Sozialstaatsthema in dem letzten Jahr seitens der Sozialdemokratie zur Schau getragen wird, ist wirklich bemerkenswert. Es heißt überall Stopp, ich habe mir das ohnedies alles aufbehalten. Das war der erste Fall. Stopp, da ist drinnen gestanden, wenn man Kreuzschmerzen hat, zahlt man auf Grund der neuen Bundesregierung in Hinkunft 4700 Schilling. Meines Wissens noch nicht eingetreten. Dann ist das Kinderbetreuungsgeld eingeführt worden. Ich glaube schon, dass das ein sozialpolitischer Meilenstein war. Was ist der Sozialdemokratie eingefallen? Stop, in diesem Fall aber nach der alten Rechtschreibung, in den anderen nach der neuen, aber da bin ich auch nicht immer ganz sicher, also insofern soll das kein Vorwurf sein.

Aber jedenfalls ist das eigentliche Problem das, dass die Themenstellung verkannt wird. Es wird behauptet, es soll alles bleiben, wie es ist, das ist super und dann geht alles klass weiter. Genau das findet aber nicht statt und es ist natürlich so, dass wir gerade im Bereich der Pensionsvorsorge und gerade eben im Bereich der Generationengerechtigkeit erheblichen Handlungsbedarf haben und da ist es mir zu billig, wenn man dann sagt, es muss alles bleiben, wie es ist. Auch in diesem Volksbegehren, das ja im Grunde nur eine Staats-Ziel-Bestimmung will, von der sich keiner etwas herunterbeißen kann, aber im Diskussionsprozess zu diesem Volksbegehren wird auch negiert, dass wir im Pensionssystem einfach reformieren müssen, um auch künftigen Generationen jenes Maß an sozialer Sicherheit zu bieten, das wir Gott sei Dank in diesem Land erworben haben. Und es wird bewusst von der Sozialdemokratie und da wird bewusst in Wahrheit ein schäbiges Spiel der Verunsicherung getrieben, weil wenn man den Leuten jeden Tag sagt, alles ist aus, der Vorhang muss herunter und wir lassen das jetzt, dann werden sie natürlich mit der Zeit verunsichert. Das ist in Wahrheit ein schäbiges Spiel mit jenen, die den Sozialstaat brauchen und die auf die Solidarität der Gesellschaft angewiesen sind. (Abg. Schrittwieser: „Ihr kümmerst euch um die schon lange nicht mehr!“)

Aber das ist offensichtlich nicht so tragisch, als dass es ernst genommen werden müsste. Und deswegen sage ich abschließend: Wir bekennen uns in der Sozialpolitik zu nachhaltiger Sicherheit und das ist besser als wohl-erworbene Fahrlässigkeit. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 13.55 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek. Ich darf Ihnen dieses erteilen.

Abg. Lechner-Sonnek (13.55 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Drexler, Sie haben gerade eine Kompetenzeinschätzung der Fraktion der christlichen Gewerkschafter abgegeben. Ich bin mir sicher, die werden keine Freude damit haben zu hören, dass sie nicht wissen, was sie unterschreiben, dass sie vorher nicht lesen, was sie unterschreiben.

Was mir aber noch wichtig ist zu ergänzen: Ich habe die ganze Zeit das Gefühl, dass der Sozialbereich gesehen wird wie eine Entsorgungsmaschine für viel Geld, als würde man das alles in ein großes schwarzes Loch hineinstopfen und dahinter wäre es dann halt weg, nicht mehr zur Verfügung.

Ich möchte in Erinnerung rufen, dass Sozialbereich auch Arbeitsplatz ist und dass Sozialbereich ein Wirtschaftsbereich ist. Und ich möchte auch in Erinnerung rufen, dass sicher auch von ÖVP und FPÖ auf Bundesebene in den jeweiligen nationalen Aktionsplänen als das große Erweiterungspotenzial noch immer drinnen steht, Sozial- und Gesundheitsbereich Dienstleistungen. Dort werden wir die vielen Jobs schaffen. Das verspricht Österreich auf EU-Ebene. Da muss man aber schon die Konsequenzen ziehen und sagen, gut, dann tun wir es auch und dann wertschätzen wir auch, was dort passiert.

Was in den Sozial- und Gesundheitsbereich – das betrifft auch den Gesundheitsbereich, aber vorwiegend den Sozialbereich – investiert wird, das sind vorwiegend Personalkosten. Das heißt, wir haben es mit viel Beschäftigung zu tun. Und ich möchte nicht, dass die ganze Zeit so in den Raum gestellt wird, dass das hinausgeworfenes Geld ist, dass das Geld ist, das verloren ist. Das ist genauso eine beschäftigungspolitische Maßnahme, in den Sozialbereich zu investieren, als wenn man irgendetwas anders tun würde. Das muss man sich bewusst machen. In Wirklichkeit ist es eine sehr nachhaltige Maßnahme. Insofern besser als vieles andere, denn es sichert zugleich auch die Personen ab, die die Hilfe der Solidargemeinschaft brauchen – zwei Effekte. Ich bitte auch, den wirtschaftlichen Aspekt nicht immer auszugrenzen.

Eines noch zum Herrn Klubobmann Lopatka: Sie haben gesagt, der Präsident des Dachverbandes der Behindertenhilfe agiert Flecker-freundlicher als andere Trägervertreter, die nicht so viel Subventionen bekommen. Es ist Ihr Stil, dass Sie dann, wenn Ihnen entweder inhaltliche Informationen fehlen oder Sie nicht mehr weiter darüber nachdenken wollen, diffamieren und unterstellen. Franz Wolfmayr, ich will ihn durchaus mit dem Namen nennen, ist gewählter Vertreter, gewählter Präsident des Dachverbandes der Behindertenhilfe und in dieser Funktion sicher sehr gut besetzt. Er macht seine Arbeit gut. Er hat auch viel zu tun in Zeiten wie diesen. Und er ist Geschäftsführer und Gründer eines Sozialvereines, bei dem die ÖVP-Politiker erstaunlicherweise schon auftreten, wenn es um Preisverleihungen, Eröffnungen und andere Angelegenheiten geht. So, wie Sie heute agieren, brüskieren Sie auch die Privatpersonen, die seit Beginn dieses Vereines mit ihrem Privatvermögen dafür haften, dass dieser Verein überhaupt existieren kann. Da sehe ich keine ÖVP, da sehe ich keinen Klubobmann Lopatka, der hier beispringt. (Abg. Dr. Lopatka: „Aber Ihre Abfertigung hat schon die öffentliche Hand bezahlen dürfen!“)

Ich denke, diese Anwürfe sagen mehr über Sie als über die Personen, auf die Sie schießen, Herr Klubobmann. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Das ist Ihr Stil, wenn Ihnen nichts mehr einfällt. (13.59 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Graf. Ich darf es Ihnen erteilen.

Abg. Graf (13.59 Uhr): Frau Präsident, Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren!

Für diesen Sozialbericht wurde schon mehrmals gedankt, für die Erstellung dieses Berichtes. Auch ich bedanke mich.

Mit einer sehr kurzen Anmerkung bedacht wird in diesem Sozialbericht die Ehrenamtlichkeit. Wortwörtlich: „Der Ausbau von ehrenamtlichen Diensten kann zu einer Verringerung der Kosten bei den professionellen Diensten führen!“

Ich muss und möchte hier ergänzen, Ehrenamtlichkeit beschränkt sich nicht auf Besuchsdienst und Hospiz. Gerade im Sozialbereich geht er so viel weiter. Und diese Ehrenamtlichen verringern die Kosten bereits jetzt. Aber es geht nicht nur um die Verringerung der Kosten, es geht um das Miteinander, um die Hilfe, um die Teilnahme all dieser Helfer ohne Bezahlung. Sie erleben täglich das Miteinander von so verschiedenen Menschen und so verschiedenen sozialen Bereichen.

Ich erinnere noch einmal daran, dass wir heuer das „Jahr des Ehrenamts“ feiern. Und in diesem Sozialbericht nur so kurz erwähnt und leider nicht genügend bedankt, möchte ich hier allen Freiwilligen danken, die für uns einen so wichtigen Beitrag leisten. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 14.00 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Letztes zu Wort gemeldet hat sich der zuständige Referent. Herr Landesrat, ich darf dir das Wort geben.

Landesrat Dr. Flecker (14.00 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ein Dank und eine Entschuldigung zum Anfang. Zuerst ein Dank an meine Vorgängerin, Frau Präsidentin, die letztlich für die Zeit dieses Berichtes steht, für die Leistungen, die darin aufscheinen, die auf sie zurückzuführen sind. Zum Zweiten eine Entschuldigung an Sie, dass dieser Bericht relativ spät kommt. Ich bedanke mich dafür, dass Sie das nicht moniert haben.

In der Zukunft wünsche ich mir von einem Sozialbericht, nämlich vom nächsten, dass die wichtigsten Ziele, die zurzeit zu verfolgen sind, dann dort als abgehakt aufscheinen. Ich hoffe, dass beim nächsten Sozialbericht das Behindertengesetz beschlossen ist. Das Pflegeheimgesetz, das in Anhörung ist, könnte, wenn ich mir die Wortmeldungen so anhöre, durchaus einstimmig baldigst beschlossen werden. Das Normkostenmodell ist bis auf die Ziffern fertig. Und eine Planungsverordnung zur Abstimmung der verschiedenen Einrichtungen, hoffe ich auch im nächsten Jahr fertig zu bekommen.

Lassen Sie mich aber auf einige Diskussionsbeiträge eingehen. Herr Kollege Hammerl, Sie haben faule Tricks unterstellt und trotzdem weitergelesen, aber ich will nicht weiter eingehen auf das, was Sie zur Grazer Gemeinderatsdebatte gesagt haben – ich bin aus einem anderen Bezirk, ich verfolge das immer mit Erstaunen – und ich sage Ihnen, Sie können mich damit nicht treffen. Ich bin in dieser Frage, was die Sozialresolution des Gemeinderates Graz anlangt, absolut nicht einer Meinung mit dem Herrn Bürgermeister Stingl. Seine Hauptmotivation dürfte wohl gewesen sein, das Budget des Herrn Nagl zu retten und diese Hilfsmittel (Abg. Dr. Lopatka: „Ist ein gescheiter Mann der Herr Stingl!“) durch den Herrn Bürgermeister sind mir völlig unverständlich.

Sie haben eine Kritik am christlich-sozialen Verständnis der ÖVP angesprochen. Es stimmt, aus meiner Sicht hat die ÖVP schon längst ihr christlich-soziales Gedankengut verloren. Was ist es denn, wenn heute ein Herr Landesrat Hirschmann hergeht, die Wohnbeihilfen kürzt und das dann damit begründet, dass er sagt, dass 70 Prozent der Wohnbeihilfenbezieher ohnehin Schwindler sind? Das ist Denunzierung. Oder was heißt es denn, wenn der gleiche Landesrat Hirschmann dazusagt, diese Verordnung, die eine Kürzung nach sich zieht, tritt ohnehin erst Mitte 2002 in Kraft, damit sich diejenigen, die in größeren Wohnungen wohnen, kleinere Wohnungen suchen können. (Abg. Gennaro: „Das ist ein Skandal!“) Ich sage, das ist Zynismus, das hat mit christlich-sozialem Denken überhaupt nichts zu tun und es gibt nicht einen aus der Riege der ÖVP, der sich getraut hat, das an den Pranger zu stellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und das ist ein Armutzeugnis. So gehen Sie nämlich mit Menschen um, die die Leistungen dieses Sozialstaates brauchen. Und darum verstehe ich auch, warum Sie den Sozialstaat verfassungsrechtlich nicht abgesichert haben wollen.

Oder, zu Ihrem christlich-sozialen Verständnis, was ist es denn, wenn der Herr Lopatka am 1. Mai sagt, die Sozialhilferichtsätze in der Steiermark sind zu kürzen, wenn er dann im Oktober das wiederholt und zugleich sagt, ja, die Leute dort sind ja arbeitsscheu? Ja, meine Damen und Herren, was ist denn das (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist unwahr!“), als ein Herunterdrücken auf die Ärmsten der Armen und ein Denunzieren dieser Menschen und dieser Schicksale. Und das bezeichnen Sie noch als christlich-sozial? Das ist eine Schande für Ihre Partei. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage Ihnen noch eines dazu, weil die Kollegin Gross vom hohen sozialen Niveau gesprochen hat, auf das wir einmal stolz waren, dass wir es gemeinsam gehalten haben. Sie wollen es ja senken. (Abg. Dr. Lopatka: „Wir wollen es nicht senken!“)

Hast gesagt.

Aber, meine Damen und Herren, man kann nie von einem hohen sozialen Niveau in einem Land reden, wo 170.000 Menschen armutsgefährdet sind und das sind nicht so genannte Arbeitsscheue, wie du sie denunzierst, das sind alleinerziehende Frauen, das sind Menschen, die in Berufen arbeiten, wo sie keine Vollbeschäftigung bekommen, das sind Kleinbauern, das sind Hilfsarbeiter, das sind keine, wie man so lieb sagt, Arbeitsscheue. Schau einmal nach und denke nach, welche Regime es waren, wo über Arbeitsscheue so diskutiert wurde. Das waren Regime, die wir gemeinsam einmal überwunden haben, aber du bist der gleiche Rechtspopulist wie die Herrschaften, die links von dir sitzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber, meine Damen und Herren, zur Kollegin Bleckmann. Ich glaube, es ist eine langsam langweilige Milchmädchenrechnung, alles, was jetzt an Sozialabbau geschieht, den Schulden des Bundes zuzuschieben. Jeder weiß, dass dieses Nulldefizit, das jetzt so hochstilisiert wird, nichts anderes als ein Anfall von Eitelkeit ist. Kein Mensch verlangt ein Nulldefizit, weder die EU noch sonst irgendjemand und jeder, der volkswirtschaftlich halbwegs gebildet ist, weiß, dass die Nettoneuverschuldung sich durchaus im Rahmen des BIP abzüglich der Inflationsrate bewegen kann. Und jeder weiß, dass man das vertreten kann. Alles andere sind Fleißaufgaben, die letztlich gerade in Zeiten wie diesen, wo wir konjunkturell eine Abwärtsphase haben, nichts anderes bewirken als Sozialabbau oder noch mehr Menschen, die dem Sozialwesen dann letztlich zur Last fallen. Und dass die Strategie des Sparens letztlich bewirkt, dass sich die Starken stärker bewegen können und ihre Machtposition stärker ausleben können, das ist wohl klar und insofern ist das schwarz-blaue Kaputtsparen eine Strategie zugunsten der Starken, das ist ganz klar. (Beifall bei der SPÖ.) Sie wollen Ihre Lobbys stärken und wenn die Frau Bleckmann sagt, man hat über die Verhältnisse gelebt. Die, von denen wir reden, die Sozialhilfeempfänger, die Behinderten, diejenigen, die in die Jugendwohlfahrt fallen, die haben sicher nicht über ihre Verhältnisse gelebt und werden jetzt dafür bestraft, dass andere angeblich über die Verhältnisse gelebt haben.

Zur Sache selbst, was das Pflegeheimgesetz anlangt. Es ist in Anhörung. Wir sind im Großen und Ganzen einer Meinung, Frau Dr. Bleckmann, die Kontrolle ist eine Schwachstelle, das gebe ich zu. Es ist aber auch eine Frage der Personalbesetzungen, ich rede mich nicht darauf hinaus, aber wir werden es einfach nicht schaffen können, jeden Fall, wo das nicht in Ordnung geht, aufdecken zu können. Es ist leider so, die Kontrolle wird das nicht schaffen, wir werden schauen müssen, irgendein System zu finden, wo sich die Heime jährlich irgendwelche Zertifikate wieder holen müssen oder so einen Weg. Aber zu glauben, dass man über Kontrolleure der Bezirkshauptmannschaften in den Pflegeheimen jeden Missstand aufdecken kann, ist eine Illusion.

Ich bin mit Ihnen einer Meinung und das ist im Entwurf so drinnen, dass bei den Pflegeplätzen in Hinkunft eine Genehmigung notwendig sein wird und wir werden von vier auf drei reduzieren, weil das, was dort oft passiert, ist nicht angenehm. Wir werden auch Qualitätsvorgaben geben, die auf jeden Fall dazu führen, dass diese Pflegebetten qualitativ besser vorgehalten werden.

Frau Kollegin Lechner zu den Tagsatzobergrenzen ein kurzes Wort. Ich habe dem Kollegen Paierl im Oktober mitgeteilt, dass ich mir über budgetäre Maßnahmen eine Erhöhung von nur 3,5 Prozent, aber mehr als nichts, vorstellen kann, weil sonst können wir nämlich die Qualität nicht halten. Ich bin letzten Montag damit in die Regierung gegangen, nachdem ich ein zaghaftes Ja vom Kollegen Paierl gehört habe. Die ÖVP hat es zurückstellen lassen, der Herr Kollege Lopatka will mit mir darüber reden, höre ich. Ich hoffe, er redet mit mir darüber, ich gehe jedenfalls am kommenden Montag mit dieser Erhöhung wieder hinein, weil es sonst einfach nicht durchzuhalten ist, sowohl für die Pflegeheimbetreiber, aber auch nicht für das Personal, das ja schon ausgelastet ist bis über den Kopf.

Was die sozialen Dienste anlangt, so muss ich zuerst einmal sagen, dass die Finanzierung einzig und allein bei der Frau Landeshauptmann liegt, dass ich einen Vorschlag in einer Novelle zum Sozialhilfegesetz gebracht habe, die eine Fondslösung im Großen und Ganzen vorgesehen hat. Wir werden sehen, ob diese Fondslösung die Rechtsansprüche für die Gemeinden auf die Finanzierung in einem bestimmten Schlüssel statuiert, ob diese Fondslösung überhaupt verhandelt wird. Momentan hat man sich einmal darauf geeinigt, bis 2003 die alte Lösung weiterlaufen zu lassen. Ich erinnere nur daran, dass ich rechtzeitig einen Gesetzesentwurf eingebracht habe.

Dass das Frauenhaus im Bericht nicht vorkommt, tut mir leid. Es wird das nächste Mal vorkommen und ich schaffe jetzt gleich die Querverbindung zur Frau Kollegin Pußwald, die sich beim Kollegen Schützenhöfer bedankt hat, dass er den Vorschlag mit dem Landesschülerheim Judenburg gemacht hat. Ich war oben, ich habe es mir am Donnerstag angeschaut. Es war wirklich ein netter Vorschlag, es ist aber nicht realisierbar, ich habe Damen vom Frauenhaus oben gehabt. Es ist erstens dieses Hauses in der Konstruktion nicht brauchbar, zweitens umgibt dieses Heim, das völlig isoliert dasteht, ein riesiger Park und wenn Sie wissen, mit welchem Sicherheitsrisiko das für die Frauen, die dort hingehen, verbunden ist, dann werden Sie mit mir einer Meinung sein, dass dieses Haus dafür nicht geeignet ist.

Zum Kollegen Lopatka. Du redest die ganze Zeit, du willst nur umbauen und nicht reduzieren. Du widersprichst dir selbst. Du wolltest den Sozialhilferichtsatz senken, du wolltest gemeinsam mit deinem Klub im Landesvoranschlag Gelder im Pflichtbereich vorsehen, die zu niedrig waren, weil wenn sie ausgereicht hätten, hätten wir nicht die 135 Millionen Schilling nachbedecken müssen. Gib es doch zu, dass ihr falsch gelegen seid und dass ihr die Presse ansetzen wolltet, um den Sozialstandard zu senken. (Abg. Dr. Lopatka: „Wir haben falsche Hoffnungen in dich gesetzt, dass du besser wirtschaften kannst!“)

Und das, was mich an dem ärgert, ist nicht das, dass jemand sagt, wir haben in der Steiermark ein hohes soziales Niveau, sondern das Ärgerliche ist, wie du darauf reagierst, indem du es als zu hoch bezeichnest und das ist ein ganz, ganz großer Unterschied. Oder das nächste Mal meldest du dich nicht in der Presse, sondern bist lieber still, das täte dir übrigens in manchen Fällen sehr gut. (Beifall bei der SPÖ.)

Was die Novelle des Sozialhilfegesetzes bezüglich jener, die Arbeitsangebote ablehnen anlangt, so erkläre mir den Unterschied. Die Wiener Lösung sieht vor, dass bei mehrmaligem Ablehnen bis auf 50 Prozent des Richtsatzes hinuntergegangen werden kann, aber der Lebensunterhalt muss weiterhin gesichert werden. In unserem Gesetz steht, dass jene, die mehrmals ein Arbeitsangebot ablehnen, den Richtsatz gekürzt bekommen, aber der Lebensunterhalt muss erhalten bleiben. Nur die 50 Prozent sind der Unterschied, aber auch zwischen 100 und 50 Prozent ist die ganze Spanne. Das ist nichts anderes als ein populistisches Heischen um irgendwelche rechten Stimmen, damit man sagen kann, na, denen zupfen wir die Hälfte. Ob die daneben krepieren, ist euch Wurscht. (Abg. Dr. Lopatka: „Du bist wirklich ein Linker, ein Altmarxist!“)

Reinhold, ich sage dir eines, ich bin lieber ein Marxist als ein biegsamer Opportunist wie du. (Beifall bei der SPÖ.) Ich weiß auch nicht, lieber Reinhold, weil du heute die Chance B und den Herrn Wolfmayr denunziert hast (Abg. Dr. Lopatka: „Denunziert, also!“), wie soll ich mich verhalten, wenn Abgeordnete deines Klubs kommen und für irgendwelche Förderungen, irgendwelche Einrichtungen intervenieren, denen ich meistens nachkomme? Oder soll ich dem nachkommen so wie du, als du das letzte Mal bei mir warst und eine Einrichtung denunzierst hast?

Da kommst du mit so einem Ordner, denunzierst Menschen, denunzierst Einrichtungen, bietest mir die Zusammenarbeit an und am nächsten Tag gehst du in die Presse.

Das ist ein Zeichen einer sehr hohen Charakterfestigkeit. Du hast es noch bei jedem Sozialreferenten versucht und dir wird es auch bei mir nicht gelingen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Lopatka: „Was denn?“) Was? Dich wichtiger zu machen als du tatsächlich bist. (Abg. Dr. Lopatka: „Da kann ich nur lachen!“)

Was den Bedarf der Pflegeheime anlangt, meine Damen und Herren, so glaube ich, dass wir im neuen Pflegeheimgesetz eine Lösung anpeilen, die durchaus vertretbar erscheint, dass wir nämlich die freie Heimwahl tatsächlich auf solche Heime einschränken, die sich, egal ob Selbstzahler oder Gestütztzer, Bezuschusster, an die Tagsatzobergrenzen halten. Das heißt, dass wir mit etwas aufräumen, dass sich Luxusresidenzen, wie sie sich meistens nennen, die Grundaustattung über die Bezuschussten holen und dann die Jagd auf Millionärswitwen machen. Das wird es nicht mehr sein können. Aber ich glaube, dass im Rahmen der Tagsatzobergrenzen, wenn man sie auch ordentlich valorisiert, durchaus hoch qualitative Heimplätze und Pflegeplätze erhalten bleiben können.

Zum Kollegen Tschernko wollte ich nur noch anmerken, dass für die Finanzierung der ISGS die Zuständigkeit einzig und allein bei der Frau Landeshauptmann ist und du somit die Frau Landeshauptmann angesprochen hast und nicht mich, obwohl du mich ansprechen wolltest. Aber ich nehme es gerne zur Kenntnis.

Zum Schluss, Herr Kollege Drexler, Sie treten halt mit besonderer Freude als Feigenblatt der ÖVP auf und verbreiten Allgemeinplätze. Aber ich verstehe eines nicht, wenn Sie so für den Sozialstaat eintreten (Abg. Dr. Lopatka: „Sehr sachlich!“), wie Sie das in solchen Fällen zu tun pflegen, warum sind Sie dann gegen die verfassungsrechtliche Verankerung des Sozialstaates? Also ich glaube, wenn ich nichts Böses im Schilde führe, dann brauche ich nicht gegen etwas auftreten, was mir da den Riegel verschieben würde. Ich glaube, wir sollten uns dazu bekennen, denn es ist doch so, dass Österreich eines der wenigen Länder ist, das den Sozialstaatsgedanken nicht in der Verfassung verankert hat. Warum, bitte, wollen Sie es nicht? Und es ist doch nicht von ungefähr, dass gerade jetzt der Wunsch auftritt. Es ist nicht von ungefähr und nicht vom Himmel heruntergeholt. Und wenn Sie großartig von Demokratie reden im Bereich des Hauptverbandes, der ja eine Selbstverwaltung hat, der ein eigener Verwaltungskörper ist, Herr Drexler, dann frage ich Sie schon, wie demokratisch ist es denn, wenn man in diesem Hauptverbandsvorstand ein Funktionsverbot erlässt? Was heißt denn das letztlich? Dass diejenigen, die gewisse Leute vertreten, nicht in einen Vertretungskörper kommen dürfen, wo sie diese Leute vertreten können. Und das, behaupten Sie, sei demokratisch? Das ist alles andere als demokratisch. Das ist undemokratisch. Das ist typisch schwarz-blau, wenn Sie mich fragen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage Ihnen schon eines, das Dreisäulensystem in der Pensionsversicherung, in den Pensionen, ist kein System, das denjenigen dient, die nicht gut verdienen, denn das Dreisäulensystem – weil die dritte Säule kann sich ohnehin nur der leisten, der viel Marie hat –, das Sie verfolgen, ist ein System zugunsten der Reichen und der Besserverdienenden. (Abg. Mag. Drexler: „Wann habe ich das verfolgt?“)

Das Gleiche ist ein zweiklassiges Gesundheitssystem, das von Ihnen angedacht wird, durch Leistungskürzungen und auf der anderen Seite durch Verweigerungen geringer Beitragserhöhungen.

Sie wollen nichts anderes als hier Sozialabbau betreiben und dem gehört der Riegel vorgeschoben, indem wir das verfassungsrechtlich verankern, dass solche Sachen nicht geschehen können. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage zum Abschluss, Frau Kollegin Graf, ich bin Ihnen dankbar für den Hinweis, dass die Ehrenamtlichkeit vielleicht zu wenig hervorkommt in dem Bericht. Ich sage Ihnen etwas, ich habe großen und aufrichtigen Respekt vor allen, die ehrenamtlich im Sozialbereich tätig sind. Aber ich glaube, wir dürfen nur eines nicht, wir dürfen nicht die Verbindung herstellen, dass wir sagen, nehmen wir mehr Ehrenamtliche, dann ersparen wir uns etwas an Professionalität. Ich glaube, Ehrenamtliche sind nicht in der Lage, professionelle Betreuung zu ersetzen. Es ist gut, dass es Ehrenamtliche gibt, aber die Professionalität im Sozialwesen ist unbedingt notwendig und unerlässlich. Danke! Beifall bei der SPÖ. – 14.21 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zur tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Klubobmann Lopatka ad hoc zu Wort gemeldet.

Abg. Dr. Lopatka (14.21 Uhr): Kollege Schrittwieser, ich glaube, auch du würdest dich melden, wenn man dir vorwirft, dass du denunzierst. Weil das ein so schwerer Vorwurf ist, lasse ich ihn nicht auf mir sitzen. Ich möchte Folgendes tatsächlich berichtigen:

Wenn ich hier bei der Budgetdebatte gesagt habe, dass es von uns nicht hingenommen wird, dass jemand für eine Nebenbeschäftigung als Erziehungshelfer im Jahr mehr als eine Million kassiert, dann ist das ein Missstand und kein Denunzieren. Wenn ich hier sage, dass Sozialhilfeträger, Behindertenträger, Träger, die im Bereich der Jugendwohlfahrt tätig sind und da mache ich dann keinen Unterschied, ob es Behindertenhilfe, Sozialhilfe oder Jugendwohlfahrt ist, wenn dann dort jemand Abfertigungen bekommt, die er nicht bekommen müsste, dann zeige ich das auf und denunziere nicht.

Und dritter Punkt (Abg. Lechner-Sonnek: „Nachhilfe für Juristen!“): Ja, aber wenn man einmal ein Dienstverhältnis gekündigt hat, hat man keinen Rechtsanspruch. Ich bin Jurist, Sie nicht, daher verzeihe ich Ihnen diesen Denkfehler.

Dritter Punkt: Was nichts mit Denunzierung zu tun hat, Kollege Flecker, du stehst unter meiner genauen Beobachtung. Das ist auch keine Denunzierung, das ist nur eine Feststellung, so wie ich deinen Noch-Vorsitzenden genau beobachte, was seine Arbeitsleistung betrifft. Und ich beobachte genau, was deine Leistungen betrifft an Förderungen für einzelne Träger. Der Tag ist noch nicht gekommen, wo ich es hier präsentieren werde. Auch das ist dann keine Denunzierung, sondern ich werde hier Fakten auf den Tisch legen, die die Ungleichbehandlung durch dich dokumentieren werden. Das sei hier tatsächlich richtiggestellt. (Beifall bei der ÖVP. – 14.23 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Zitz. Ich darf es Ihnen erteilen.

Abg. Mag. Zitz (14.23 Uhr): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen!

Reinhold Lopatka, wir kennen uns seit 15 oder 20 Jahren, nämlich aus der Zeit – und ich hoffe, dir ist das jetzt sehr unangenehm – wo du noch im katholischen Bereich aktiv warst und wo ich viel entwicklungspolitisch gearbeitet habe. Und ich habe dich damals kennen gelernt als jemand, wo ich mir gedacht habe, das ist jemand innerhalb der ÖVP neben dem damaligen Herrn Vizebundeskanzler Riegler, da finde ich eine inhaltliche Übereinstimmung. So wie du dich jetzt, seit du Klubobmann bist, inhaltlich verändert hast und auf die Art, wie

du Sozialpolitik machst, bin ich teilweise sehr froh, dass ich mit dir auf der klubobfraulichen- männlichen Ebene nichts zu tun haben muss, weil du da einen Stil an den Tag legst, der den ganzen Klub, den du vertrittst, kompromittiert. Es ist sehr schwer mit dir zusammenzuarbeiten und ich glaube auch, dass die Klubobleute von den anderen Klubs sich da teilweise sehr schwer tun.

Und der zweite Punkt ist, weil du das angesprochen hast, die Frage der Abfertigung von meiner Kollegin Ingrid Lechner-Sonnek. Als diese Debatte aufgekommen ist, sind wir hergegangen und sind mit dem Thema sofort an die Öffentlichkeit gegangen und auch an dich herangetreten und auch an die Medien.

Wir sind dann als Landtagsklub, und zwar gemeinsam, sofort an die ganzen Sozial- und Arbeitsmarktvereine und Behindertenorganisationen herangetreten, die in der Steiermark in dem Bereich berufstätig sind, professionell, Herr Landesrat, wie Sie gesagt haben. Viele Leute, die Sie ehrenamtlich unterstützen, haben Sie darauf aufmerksam gemacht, wie der Klubobmann der ÖVP mit Arbeitnehmerrechten im sozialen Bereich umgeht. Das, was du vorgeschlagen hast, würde heißen, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Kollegin Gross, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Kollegen Hammerl, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von der Hospizbewegung, von Streetwork, von Jugendförderungsprojekten, von der Babyklappe und wie sie alle heißen mögen und ich habe sie jetzt parteipolitisch sicher nicht gefärbt aufgezählt, kein Recht haben für ihre berufliche Tätigkeit eine Abfertigung zu bekommen. Das ist ein Stil, den du so intensiv und kontinuierlich an den Tag legst, dass ich mir endlich einmal wünsche, dass sich irgendjemand von der SPÖ wegen dieser Ausritte von dir distanziert. (Landesrat Dr. Flecker: „ÖVP, bitte!“) Von der ÖVP, Entschuldigung. Ich war sehr überrascht, dass zu deinen Ausritten auch die Frau Landeshauptfrau nichts gesagt hat, wie du das Thema sowohl Umgang mit gewerkschaftlichen Rechten in Bereichen, wo die Leute ohnehin nicht gut verdienen, nämlich im Sozialbereich, behandelst, als auch wie du vorher mit einer ehrenamtlich in seiner Funktion als Behindertenpräsident arbeitenden Person umgegangen bist. Ich denke, dass es an der Zeit wäre, dass sich die ÖVP einmal überlegt, ob du in deiner Funktion wirklich der geeignete Vertreter für soziale Anliegen bist. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 14.28 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zu den Abstimmungen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 492/1, Beilage Nr. 63, Tagesordnungspunkt 36, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 657/1, Tagesordnungspunkt 4, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf auch hier die Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen und der SPÖ, betreffend Valorisierung der Tagsatzobergrenzen im Pflegeheimbereich, zu Tagesordnungspunkt 4, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Angleichung des Verhältnisses der Diplomsozialarbeiterplanstellen zur EinwohnerInnenzahl, zu Tagesordnungspunkt 4, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat auch nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Gewalt gegen Frauen und Mädchen, im Sozialbereich zu Tagesordnungspunkt 4, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 607/1, Tagesordnungspunkt 5, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 628/1, Tagesordnungspunkt 6, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 614/1, Tagesordnungspunkt 7, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf auch hier die Einstimmigkeit feststellen.

Bei den Tagesordnungspunkten 8 und 9 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

8. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Landesrechnungshofbericht, Einl.-Zahl 705/1, betreffend stichprobenweise Prüfung eines von der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft VA TECH ELIN Ges.m.b.H., 8160 Weiz, Kapruner-Generator-Straße 38 errichteten Wohnanlage.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (14.32 Uhr): Frau Präsidentin!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 4. Dezember 2001 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nr. 34, betreffend stichprobenweise Prüfung eines von der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft VA TECH ELIN Ges.m.b.H., 8160 Weiz, Kapruner-Generator-Straße 38 errichteten Wohnanlage beraten. Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend stichprobenweise Prüfung eines von der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft VA TECH ELIN Ges.m.b.H., 8160 Weiz, Kapruner-Generator-Straße 38 errichteten Wohnanlage, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (14.33 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichtersteller.

9. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Landesrechnungshofbericht, Einl.-Zahl 706/1, betreffend stichprobenweise Prüfung eines von der Gemeinnützigen Wohn- und Siedlungsgenossenschaft SCHÖNERE ZUKUNFT STEIERMARK Ges.m.b.H., 8041 Graz, Liebenauer Hauptstraße 289 errichteten Wohnanlage.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Friedrich Kreisl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kreisl (14.33 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 4. Dezember 2001 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nr. 35, betreffend stichprobenweise Prüfung eines von der Gemeinnützigen Wohn- und Siedlungsgenossenschaft SCHÖNERE ZUKUNFT STEIERMARK Ges.m.b.H., 8041 Graz, Liebenauer Hauptstraße 289 errichteten Wohnanlage, Einl.-Zahl 706/1, beraten. Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend stichprobenweise Prüfung eines von der Gemeinnützigen Wohn- und Siedlungsgenossenschaft SCHÖNERE ZUKUNFT STEIERMARK Ges.m.b.H., 8041 Graz, Liebenauer Hauptstraße 289 errichteten Wohnanlage, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (14.34 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichtersteller. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ferstl. Ich erteile es ihm.

Abg. Ferstl (14.34 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Rechnungshof hat über die Siedlungsgesellschaft der VA TECH einen umfangreichen Bauprüfungsbericht abgelegt. Obwohl in der Stellungnahme des Herrn Landesrates Dr. Gerhard Hirschmann Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit festgestellt wurden, gibt es doch einige Anmerkungen, die der Rechnungshof aufgedeckt hat. Ich möchte mit den Preisverhandlungen beginnen. Gegen das absolute Verbot gemäß Önorm A 2050 lässt die Durchführungsverordnung zum Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetz ein Preisverhandeln mit dem erst-, zweit- und drittgerihten Bieter zu, wobei die abschließenden Verhandlungen allerdings mit dem erstgerihten Bieter zu führen sind. Die von der beauftragten Firma geführten und von der örtlichen Bauaufsicht gegengezeichneten Bautageberichte sind von geringer Aussagekraft. Der Landesrechnungshof legt, wie schon so oft hier erwähnt, großen Wert auf die genaue Führung des Bautagebuches und des Bautagegeschehens, so dass ein lückenloses Dokument des Baugeschehens gewährleistet ist.

Die örtliche Bauaufsicht wurde mit der mangelhaften Bautagebuchführung und den wenigen Kontroll-eintragungen konfrontiert und gab dazu folgende Stellungnahme ab:

Die Baustellenbesuche des Organs der örtlichen Bauaufsicht, Herrn Ing. Hutter, wurde vom Generalunternehmen nur sehr unvollständig vom Bauwerk unterrichtet. Auf Grund der Nähe der Baustelle und unserem im Büro wohnenden Ingenieur Hutter wurde kein Baudokument, sondern eine lückenlose Fotodokumentation dieses Vorhabens gebracht, das auch vom Rechnungshof sehr positiv vermerkt wurde.

Der Landesrechnungshof führt hiezu an, dass die Firma Liebbau, Weiz, als Generalunternehmer tätig war und als solcher auch das Bautagebuch für Subunternehmer hätte führen müssen, wie überhaupt die gesamte Haftung gegenüber dem Auftraggeber vom Generalunternehmer zu tragen war, und nicht von den Subunternehmen. Und trotz intensiver Bemühungen der Bauaufsicht wurde die Fertigstellung, mit 12. August 1999 geplant, nicht eingehalten. Obwohl der Bauvertrag eine Pönale in der Höhe von 0,1 Prozent der Auftragssumme je Kalendertag der verzögerten Fertigstellung vorsieht, erfolgte keine Pönalforderung an den Generalunternehmer.

Die Punkte, die zum Schluss dieses Protokolls aufgezeichnet wurden, sind wirklich die ausführliche Dokumentation der Bilder, die als positiv bezeichnet worden sind, aber Minuspunkte sind, die festgelegten Zuschlagsfristen von drei Monaten wurden nicht eingehalten, keine Angabe von Subunternehmen, keine Önormgemäße Öffnung der Angebote, Fehlen einer Begründung über die geführten Preisverhandlungen, Überschreiten der Bauzeit und, wie gesagt, keine Pönalforderungen an den Generalunternehmer.

Ich bitte aber doch, diesen Bericht zur Kenntnis zunehmen. (Beifall bei der FPÖ. – 14.38 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 705/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 706/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 10 und 11 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

10. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 655/1, betreffend den Verkauf von 22 landeseigenen Liegenschaften zu einem Verkaufspreis von insgesamt 974,200.000 Schilling (das sind 70,797.875 Euro) an die Landes-Immobilien-gesellschaft m.b.H. und die Ermächtigung der Landesregierung zur Übernahme von Haftungen des Landes als Bürge und Zahler gemäß Paragraf 1357 ABGB für von der Landes-Immobilien-gesellschaft m.b.H. aufzunehmende Darlehen von insgesamt maximal 4.128,090.000 Schilling (das sind 300 Millionen Euro).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Benedikt Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (14.39 Uhr): Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 19. November 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen.

Erstens: Der Verkauf folgender landeseigener Liegenschaften, alle Gerichtsbezirk Bezirksgericht für Zivilrechtssachen Graz, an die Landes-Immobilien-gesellschaft m.b.H. wird wie folgt genehmigt: Es folgt eine Auflistung von 22 Objekten, die Liste liegt Ihnen vor, wobei zugunsten des Landes Steiermark jeweils ein Vorkaufsrecht und Wiederkaufsrecht, Letzteres zum Buchwert auf Basis des Verkaufspreises unter Berücksichtigung der bis zum Wiederkauf vorgenommenen Abschreibung, einzuverleiben ist.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung wird ermächtigt, Haftungen des Landes Steiermark als Bürge und Zahler gemäß Paragraf 1357 ABGB für von der Landes-Immobilien-gesellschaft m.b.H. aufzunehmende Darlehen von insgesamt maximal 4.128,090.000 Schilling, das sind 300 Millionen Euro, unter der Bedingung zu übernehmen, dass die Fremdmittel ausschließlich zur Finanzierung des Kaufpreises samt Nebenkosten sowie von über die normale Instandhaltung hinausgehenden und vom Land Steiermark bestellten Investitionsmaßnahmen verwendet werden und für den Fall einer Inanspruchnahme des Landes aus der übernommenen Haftung auf den einzelnen Liegenschaften zugunsten des Landes ein grundbücherliches Pfandrecht einverleibt wird. Ich bitte um Annahme. (14.41 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Ich komme zum Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 653/1, betreffend die Bedeckung überplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2001 (achter Bericht für das Rechnungsjahr 2001).

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Christine Koller. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Koller (14.41 Uhr): Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung überplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2001, achter Bericht für das Rechnungsjahr 2001.

In der Zeit vom 10. September bis 29. Oktober 2001 wurden dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene überplanmäßige Ausgaben von insgesamt 6,636.120,97 Schilling durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt. Diese Ausgaben betreffen unter anderem die Elektronische Datenverarbeitung mit 1,2 Millionen Schilling, Musikpflege mit 1,4 Millionen Schilling, Landesaltenpflegeheim Knittelfeld mit einer Million Schilling, Beitrag an das Forum Stadtpark mit 860.000 Schilling, Gesundheitsvorsorge mit 950.000 Schilling und Errichtung und Instandhaltung von Touren- und Sportplätzen mit 400.000 Schilling.

Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt:

Im ordentlichen Haushalt mit erstens Bindung von Ausgabenersparungen in der Höhe von 6,059.120,97 Schilling und zweitens mit Mehreinnahmen in der Höhe von 177.000 Schilling und im außerordentlichen Haushalt durch Bindung von Ausgabenersparungen in der Höhe von 400.000 Schilling.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 12. November 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der achte Bericht für das Rechnungsjahr 2001 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten überplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 6,636.120,97 Schilling wird gemäß Paragraf 32 Absatz 2 des L-VG 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich bitte um Kenntnisnahme und Genehmigung. (14.43 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Klubobfrau Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (14.43 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Voraussetzung für die Wirksamkeit der Landes-Immobilien-Gesellschaft in der Form, in der sie im Budget schon Berücksichtigung findet, ist die Anerkennung der Bundes-Immobilien-Gesellschaft durch EUROSTAT. Ich möchte Ihnen zitieren aus einer schriftlichen Anfrage meines Kollegen Johannes Voggenhuber auf EU-Ebene an die Kommission. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Blödsinn!“) Der Herr Landesrat Paierl stellt jetzt schon fest, dass ich schon mit einem Blödsinn anfangen. Ich möchte Ihnen das nur zur Kenntnis bringen, nicht nur ich möchte in den zweifelhaften Genuss dieser Zwischenrufe kommen.

Voggenhuber fragt die Kommission im Zuge der Budgetkonsolidierung: Zur Erreichung eines ausgeglichenen Staatshaushaltes in Österreich planen einige Bundesländer eine Umstellung der Krankenanstaltenfinanzierung, die Gründung von Landes-Immobilien-Gesellschaften und so weiter. Manche Länder planen analog dazu die Errichtung von eigenen Landes-Immobilien-Gesellschaften, die zu 100 Prozent im Besitz des Landes stehen. Diesen Gesellschaften sollen Liegenschaften des jeweiligen Landes entgeltlich übertragen werden. Wie beeinflussen diese Einnahmen den Finanzierungssaldo des jeweiligen Landes? Und es hat am 18. September 2001 Herr Solbes Mira im Namen der Kommission geantwortet und geschrieben: Für die Übertragung von Liegenschaften – und das betrifft jetzt die Bundes-Immobilien-Gesellschaft – gilt Folgendes: Erbringt die Bundes-Immobilien-Gesellschaft überwiegend Dienstleistungen für staatliche Einheiten, sollte sie dem Sektor Staat zugerechnet werden. Vermietet beziehungsweise least die Bundes-Immobilien-Gesellschaft hauptsächlich außerhalb des Sektors Staat, sollte sie als nicht finanzielle Kapitalgesellschaft behandelt werden. Die Presse meldet Ende November, dass EUROSTAT die Ausgliederung der Bundes-Immobilien-Gesellschaft nicht anerkennt, womit der Abbau von 50 Milliarden an Verbindlichkeiten scheitert, auch die Ländertransaktionen seien betroffen. Herr Walter Stübler von der Statistik Austria sagt, die Kommission sehe in der Konstruktion keine wirkliche Ausgliederung. Ausschlaggebend war dafür die Tatsache, dass die Bundesimmobilienflächen, das gilt im Übrigen dann auch für unsere Landesimmobilienflächen, fast zur Gänze wieder von öffentlichen Einrichtungen gemietet werden. Eine autonome Betriebsführung als eines der wichtigen Kriterien unter privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten sei damit nicht erkennbar – so EUROSTAT. Die Presse meldet, dass der endgültige Bescheid im Jänner erwartet wird. Mein Kollege Werner Kogler, grüner Nationalrat für die Steiermark, hat mir nach einem Gespräch mit einem Sektionschef erzählt, dass nach dem Besuch von EUROSTAT eine Krisengruppe im Finanzministerium eingerichtet worden ist. Machen Sie sich selber ein Bild, was das heißen kann. Machen Sie sich selber einen Reim darauf. Die Grünen nehmen an, dass die Landesimmobilien-Gesellschaften kräftig mitwackeln. Aus diesen Gründen und weil wir darin grundsätzlich eine Verschlechterung der demokratiepolitischen Möglichkeiten sehen, werden wir der Vorlage nicht zustimmen. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 14.47 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (14.47 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Freund Lopatka ist noch da. Ich möchte vorweg etwas sagen, weil er permanent jedes Mal bei seiner Wortmeldung die Schuldenpolitik zitiert. Lieber Reinhold Lopatka, ich darf dir das neue Parteimaskottchen der ÖVP präsentieren: „Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts!“

Regierungsbeteiligung von 1986 bis 2000: Ihr glaubt es ja nur dann, wenn man euch irgendwelche Dokumente zeigt. Hier ist der Schuldenstand, wie er sich entwickelt hat. Von da weg war, außer zuerst kurz die FPÖ, die ÖVP mit dabei. Wie Sie alle wissen, war die ÖVP überhaupt nicht zimperlich, Anträge zu stellen. Wir wissen alle, dass die Verschuldung immer nur mit einstimmigen Beschlüssen in der Regierung passiert ist. (Abg. Straßberger: „Wer war denn Finanzminister?“) So viel zur Klarstellung, lieber Freund Straßberger. Lasst euch eine neue Platte einfallen, weil diese ist schon abgedroschen. Du musst dir sonst unterstellen lassen, dass du die Alzheimer hast. Du weißt offenbar nicht, was in der Vergangenheit passiert ist. Zum zweiten Punkt, meine Damen und Herren, zur Diskussion um den Verkauf und die Landesimmobilien-Gesellschaft: Frau Kollegin Lechner-Sonnek als Vorrednerin hat bereits darauf hingewiesen. (Unruhe bei der ÖVP.) Werdet nicht nervös, sondern hört zu. Es wäre für euch ganz gut, weil ihr werdet es letztendlich verantworten müssen. (Unverständlicher Zwischenruf.) Ein Glück habe ich, lieber Freund Wiedner, ich kann mich wenigstens um diese Geschichten bewerben, weil ich ernst genommen werde. Du hast ein Glück gehabt, dass du noch da bist, weil dich wollten sie auch schon lange weg tun. Aber bei euch gehen die Uhren anders. Wenn bei euch einer sagt, du musst gehen, dann musst du gehen. Sei froh, dass du da bist. Verhalte dich daher ruhig und lasse die Probleme die SPÖ lösen. Und dazu brauchen wir euch nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn ich so ernst genommen werde wie du, dann bin ich hier im Haus schön ruhig. Meine Damen und Herren, jetzt zum Eigentlichen: (Abg. Dr. Lopatka: „Warum seid ihr immer so beleidigend, so persönlich beleidigend?“) Von beleidigend sein darfst du überhaupt nichts sagen, weil du greifst unter die Gürtellinie. Du hast schon Ordnungsrufe im Haus bekommen, erinnere dich. Du hast mich einmal einen albanischen Agenten genannt. Dann hast du dich entschuldigen müssen. Du bist der Letzte, der im Haus aufstehen und sagen kann, andere agieren unter der Gürtellinie. Du bist der Letzte, Freund Lopatka. (Beifall bei der SPÖ.) Ich muss meine Zeit nützen, um zur Sache zu kommen. Du kannst mich auch nicht aus dem Konzept bringen. Herr Landesrat

Paierl, es gab am Beginn der Landtagssitzung eine Situation, wo auf der Zuschauertribüne viele Bauarbeiter gegessen sind und davon viele Arbeitslose. Wir haben dann im Rittersaal mit ihnen gesprochen. In diesem Saal ist die Öffentlichkeit nicht zugelassen und dann schaut die Welt immer anders aus. Sie haben gesagt, wir haben kein Problem. Wir verkaufen nur etwas und sichern damit die Arbeitsplätze, weil das Investitionen sind. Sie haben von einer Liste gesprochen. Aus dieser Vorlage geht jedoch keine Liste hervor, wo zweckgebundenes Geld drinnen wäre. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Als Mitglied des Beirates der Berufsschulen wissen Sie das!“) Ich will das nur klarstellen. In dieser Vorlage steht klipp und klar drinnen, dass 22 landeseigene Liegenschaften zu einem Preis von 974 Millionen Schilling verkauft werden sollen und zusätzlich die Landesimmobilien-gesellschaft Darlehen in der Höhe von 4,1 Milliarden Schilling aufnehmen kann, was letztendlich nichts anderes als ein Budgettrick ist. Wir wissen, dass das eine Belastung des Landes bedeutet. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Herr Gennaro ...!“) Herr Landesrat, ich habe nur 6 Minuten Zeit für meine Ausführungen. Sie können unendlich lange reden. Ich bin so fair, dass ich alles aufzähle. Es stehen weiters drinnen, welche Amtsgebäude, jetzt nur einmal von Graz, dann nehmen wir die Berufsschulen her. Diese verkaufen wir auch und letztlich die Amtsgebäude in der gesamten Steiermark, wobei noch immer nicht fixiert ist und das ist ja die große Sorge, ob das von EUROSTAT überhaupt genehmigt wird. Wir laufen Gefahr, dass das unter dem Strich wie ein Kartenhaus zusammenbricht. Es kommt noch etwas dazu: Wir verkaufen es und dann bezahlen wir Miete. Wer garantiert Ihnen, dass die Mieten in der Form erschwinglich bleiben? Wer garantiert Ihnen, dass wir auch die Objekte sichern können? Wenn irgendein anderer kommt und sagt, jetzt machen wir kein Amtsgebäude, da passiert etwas anderes, dann würde ich mir gerne anschauen, wie Ihre Aussage lautet. Ein weiterer Punkt zur Landesdruckerei: Sie haben großmächtig gesagt, der Gennaro und Kollegin Gross haben im Jahr 1986 einmal dafür gestimmt, dass das privatisiert wird. Ich stehe dazu. Ich habe auch mit den Damen und Herren gesprochen. Ich hoffe, Herr Landesrat, Sie stehen auch zu Ihrem Wort. Sie haben in der Öffentlichkeit erklärt, dass Sie kein Problem damit haben, wenn Mitarbeiter sich aus Eigeninitiative diese Landesdruckerei holen. Wir müssen sie nur unterstützen, dass das dort oben bleibt, dass die Liegenschaft bleibt und dass sie das übernehmen. Diese Landesdruckerei hat sich bis jetzt als ein positiver Betrieb herausgemauert und das ohne Zuschüsse. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Mit Subventionen!“) Nein, sie hat keine Subvention bekommen, weil dann stimmt das nicht, was drinnen steht. Sie haben erklärt, Sie werden das unterstützen. Ich nehme an, die Damen und Herren waren heute bei Ihnen und haben eine positive Zusage von Ihnen bekommen. Die Damen und Herren waren auch bei mir. Ich nehme an, dass Sie zu dem stehen, was Sie öffentlich gesagt haben. Nochmals: Mich hat geärgert, Herr Landesrat, dass Sie uns Polemik unterstellen. Selbst polemisieren Sie so, dass Sie drüben dann sagen, die Roten stimmen beim Verkauf der Projekte nicht mit. Wir haben eine Linie gefunden: Wir sind gegen den Verkauf des Familiensilbers. Ich kann nur einmal verkaufen und nicht öfter, weil dann habe ich nichts mehr. Wir schädigen die nächsten Generationen. (Beifall bei der SPÖ.) Es klingt gut, wenn man eine Auflistung hat, um wie viele Millionen alles verscherbelt, verhackt wird. Dann sehen wir, dass sogar die Leute, die damit zu tun haben von der Landesholding, die Hände zusammenschlagen und sagen, um Gottes willen, jetzt werden wir verkauft. Bitte schaut, dass das im Besitz des Landes bleibt. Bei Beteiligungen haben wir kein Problem, auch als Sozialdemokraten nicht. Aber wenn es hart auf hart geht und man Thermen oder alles andere verkauft, wenn dann ein Privater sagt, interessiert mich nicht mehr, dann haben wir wieder vom Land die regionale Verantwortung und es kommt wieder zurück. Die Gewinne streifen die anderen ein. Da können wir nicht mitgehen. Ich kann nur einmal etwas verkaufen, Herr Landesrat. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir werden nicht müde werden aufzuzeigen, dass wir sagen, diese Politik werden wir in der Form einfach nicht mittragen. Ich bin froh, dass die Gemeinden sich jetzt gemeldet haben, dass sie bei den Thermen Interesse gezeigt haben, weil dann habe ich wenigstens einen Garanten, dass sie sich mit dem identifizieren und sagen, jawohl, wir wollen. Ich bin aber dagegen, dass dort jetzt Private zum Zug kommen, auch wenn sie aus der Stronach-Geschichte sind. Beteiligen können sie sich. Wir sollten immer in Verantwortung des Landes schauen, dass das Mehrheitseigentum im Land verbleibt. Dann werden wir dabei sein, aber sonst in der Form nicht. (Beifall bei der PÖ.)

Herr Landesrat, nachdem wir keine Liste für die Projekte haben, die Sie mit dem Geld, was Sie da jetzt angeben aus der Liegenschaft für die Landesimmobiliengesellschaft zu kriegen, diese Milliarde, werden wir diesem Stück sicherlich nicht zustimmen. Aber ich darf gleichzeitig einen Unselbstständigen Entschlie- bungsantrag der Abgeordneten Schrittwieser, Lechner-Sonnek und Gennaro einbringen:

Der Verkauf von Liegenschaften des Landes an eine 100-prozentige Tochtergesellschaft des Landes ist ein Scheinverkauf mit dem Ziel, eine Milliarde Schilling für das Landesbudget zu lukrieren, in Wahrheit ist es eine Auslagerung und Verschleierung von Schulden des Landes. Diese Maßnahmen sind Einmaleffekte, nicht wiederholbar und daher abzulehnen.

Die restriktive Budgetpolitik der schwarz-blauen Bundesregierung sowie der schwarz-blauen Koalition auf Landesebene haben dazu beigetragen, die Arbeitslosenraten teilweise massiv und vor allem im Baugewerbe in die Höhe zu treiben.

Statt Landesvermögen zu verscherbeln und Budgets zu beschönigen wäre es dringend notwendig, in Beschäftigungsprojekte zu investieren. Sehr gute Erfahrungen hat das Land – und das haben Sie heute zu- gegeben – mit den bisherigen Bauinitiativen des Landes gemacht. Mit ihnen konnte die Arbeitsplatzsituation stark verbessert werden, mit 300 Millionen Schilling, 1,3 Milliarden Investitionsauslöse.

Die jetzige Arbeitsmarktsituation macht das dringend erforderlich, diesen bewährten Weg zu wiederholen und eine BAU-Initiative NEU, die wir bekommen haben, heute ins Leben zu rufen. Sie kennen es schon 14 Tage, ich habe es erst heute bekommen. Mit einem Betrag von 40 Millionen Schilling kann nach dem Modell der

bisherigen Bauinitiativen ein Investitionsvolumen vom zirka 400 Millionen Schilling ausgelöst werden. Die Finanzierung von Bauprojekten dient nicht nur der jetzigen Generation, sondern ist eine Investition in die Zukunft und eine Investition für zukünftige Generationen. Im Sinne der Arbeitsplatzhaltung und -schaffung und mit dem Ziel, die Arbeitsmarktsituation im Baugewerbe in der Steiermark im nächsten Frühjahr zu verbessern, ist eine BAU-Initiative NEU dringend notwendig, zu der sich auch die Sozialpartner bekannt haben und Ihnen schriftlich überreichen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens eine „BAU-Initiative NEU“ nach dem bewährten Modell der bisherigen Bauinitiativen zu beschließen und zweitens dafür 40 Millionen Schilling als 10-prozentigen Anteil des Landes entweder durch Umschichtungen im Budget oder durch zusätzliche Darlehensaufnahmen bereitzustellen. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 14.57 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Paierl. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (14.57 Uhr): Verehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Meine Damen und Herren!

Damit diese Legendenbildung – und Sie waren ja tatsächlich nicht dabei bei der Vorsprache der Bauwerkschaffer, nur einige Kollegen aus dem Haus – da ein bisschen zurechtgerückt wird. Ich verstehe schon, Sie versuchen jetzt – Herr Kollege Gennaro – ein bisschen die Kurve zu kratzen, weil es ist Ihnen dabei nicht gut gegangen. (Abg. Gennaro: „Ist kein Problem!“) Wenn ein SPÖ-Gewerkschafter nämlich sagt: „Genosse Gennaro, es ist halt einmal so, wenn man ein Geld braucht und wir brauchen jetzt ein Geld (Abg. Gennaro: „Legen Sie die Liste vor!“), dann muss man auch etwas verkaufen!“, und von dem Zeitpunkt an haben Sie natürlich gemerkt, dass diese Verschleierungs- und Vernebelungstaktik nicht gut ist, denn ich lese Ihnen jetzt etwas vor – und das tun Sie natürlich nicht und das ist ärgerlich – aus der Vorlage, aus der Sie zitiert haben. Sie zitieren nur immer das, was Ihnen gerade in Ihren parteitaktischen Kram passt. Und da bin ich eigentlich vom Gewerkschafter sehr, sehr enttäuscht. Da steht nämlich auf der Seite 5, wo Sie aufgehört haben zu lesen, „unter Berücksichtigung vorzunehmender Investitionen von einer Milliarde Schilling“. Das haben Sie nicht vorgelesen. Das ist eine Bauoffensive. Und ich sage Ihnen immer wieder und das werden Sie auch immer wieder in der Öffentlichkeit hören. Wenn Sie mit den Grünen zusammen gegen diese Geschichte jetzt stimmen, dann stimmen Sie auch gegen die größte Bauoffensive, die wir in den letzten Jahren in diesem Hause hier und im Land gehabt haben. Und dann stimmen Sie auch gegen Ihre Doktrin, nämlich Schulden zu machen. Wir folgen dem ohnedies. Wir nehmen eine Milliarde Schilling auf und investieren da dieses Geld in Bauvorhaben, die Sie als Mitglied, als langjähriges Mitglied des Beirates für die Berufsschulen ja kennen müssten. (Abg. Gennaro: „Sie haben gesagt, Sie haben eine Liste mit Bauprojekten. Legen Sie sie vor!“) Wir beschließen das immer wieder. Sie kennen die Landesberufsschule Mureck, Landesberufsschule Gleinstätten, Landesberufsschule Murau, Landesberufsschule Eibiswald, dagegen stimmen Sie. Und das werden Sie den Bauarbeitern, den Bauunternehmungen und das werden Sie auch in diesen Standorten erklären müssen. Und das ist unverständlich und da werden Sie aus dieser Ecke nicht mehr rauskommen. (Abg. Gennaro: „Halten wir aus!“)

Ich sage Ihnen ein Weiteres: Es gibt auch hinsichtlich der Investitionen im Bereich der Amtsgebäude, Alte Universität, wissen Sie auch, wenn Sie sich ein bisschen informieren würden, 100 Millionen stehen an, haben wir bisher nicht machen können, können wir jetzt mit der Bauoffensive über die Landes-Immobilien-Gesellschaft machen. Die Landhausgasse 7, die Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung, also es gibt die Liste. Wenn Sie sich ein bisschen informieren würden beziehungsweise willig wären hier aktiv mitzuwirken im Interesse der Bauarbeitslosen, dann könnten Sie das tun. Also bitte nehmen Sie zur Kenntnis, Sie wollen hier nicht und wollen nicht oder dürfen nicht. Ich weiß nicht, was Sie als Gewerkschafter hier für ein Doppelleben spielen. (Abg. Gennaro: „Ich habe kein Doppelleben. 40 Millionen brauchen wir für die Bauarbeiter!“)

Meine Damen und Herren! Ich wiederhole, wenn wir diese Bekenntnisse zu einer Offensive im Baubereich, wenn wir die auch ernst nehmen, und zwar auch rasch und wirkungsvoll, das ist das, was die Bauarbeiter auch brauchen und wollen, dann müssen wir möglichst unkompliziert und möglichst unbürokratisch solche Dinge umsetzen. Und die setzen wir um und Sie müssen mit Ihrer Position, nämlich hier einerseits dagegen zu sein und gleichzeitig einen Entschließungsantrag einzubringen, noch ein Geld aufzutreiben, zu sagen, irgendwoher durch Umschichtungen, das ist Polemik.

Ein prominentes Mitglied des Wirtschaftsförderungsbeirates sagt jetzt Wirtschaftsförderung. Die Wirtschaftsförderung setzt seit Jahren ihre Mittel dafür ein, dass solche Projekte umgesetzt werden und bei uns bleibt kein Geld liegen. Also nochmals, meine Damen und Herren, Hohes Haus, ich bitte all jene, vor allen die, die heute dabei waren bei der Vorsprache der Bauarbeiter, dass Sie sich, vor allem von der SPÖ und von der grünen Seite, die Frau Zitz war ja dabei, nochmals das überlegen, sachlich in die Unterlage und in die Vorlage hineinschauen und dann werden Sie wissen, dass das die von Ihnen geforderte Bauoffensive ist. Danke sehr! (Beifall bei der ÖVP. – 15.02 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster hat sich der Herr Abgeordnete Bittmann zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Bittmann: Ich ziehe zurück!

Präsident Ing. Kinsky: Der Herr Abgeordnete Bittmann verzichtet auf seine Wortmeldung. Als Nächster hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Wiedner (15.02 Uhr): Frau Landeshauptmann! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zur LIG haben – ich tue mir jetzt schwer, weil die Landesräte sagen schon fast immer alles, so dass fast nichts mehr übrig bleibt zu dem Thema – aber die LIG ist meiner Meinung nach eine Sache, wo wir zwei Fliegen mit einem Schlag treffen. Erstens schaffen wir es, damit maastrichtkonform Geld in das Budget zu bekommen und Geld in die Wirtschaft zu bekommen und wir schaffen es zweitens, dass die Verwaltung um einiges billiger wird. Denn jetzt sind es 21 Stellen, die mit der Verwaltung unserer Liegenschaften beschäftigt sind, das wird sich dann auf eine Stelle konzentrieren und es wird dadurch ein billigeres Werk werden. Maastricht-konform, es ist früher schon alles gesagt worden, das ist nicht direkt der Verkauf, sondern eine Möglichkeit über die LIG sich Geld zu beschaffen und damit in die Infrastruktur zu investieren. Und ich war auch heute mit dabei bei den Baugewerkschaftern, zwar nicht die gesamte Zeit und ich habe mir jetzt auch den Antrag angeschaut, den die SPÖ gestellt hat. Ich frage mich nur, die schönen Erträge sind sehr gut, nur, woher nehmen wenn nicht stehlen? Es ist heute schon gesagt worden, Geld drücken dürfen wir nicht, kopieren bringt nichts, also woher nehmen? Alles fordern, keine Bedeckung dabei, keine Möglichkeiten dabei, wie wir diese notwendigen Maßnahmen auch abdecken sollten. Darum sind wir für diese Möglichkeit, diese LIG zu schaffen, um Geld zu bekommen. Ich habe aber zwei Punkte zu dieser Konstruktion, die wir mit einem Unselbstständigen Entschließungsantrag unterlegen. Für uns geht jetzt der Bereich der LIG noch zu wenig weit, wir möchten hier wirklich alle Objekte hineinbringen und ein besonderes Anliegen, Herr Landesrat, ist es – und du weißt es –, dass wir auch die landwirtschaftlichen Berufsschulen natürlich in diese LIG aufnehmen, um hier die Möglichkeit zu schaffen, mehr Investitionen tätigen zu können.

Und der zweite Bereich, der mit der LIG nur insofern zusammenhängt, wenn es wirklich um Verkäufe geht, wir möchten auch haben, dass in Zukunft jeder Verkauf von Landesvermögen durch den Landtag zu gehen hat, weil es kann nicht sein, dass wir oft kleine Bereiche, kleine Dinge, langwierig im Landtag diskutieren, jedoch große, wichtige Sachen nicht im Landtag haben. Daher stellt unsere Fraktion den Unselbstständigen Entschließungsantrag betreffend der Landes-Immobilien-gesellschaft. Die Landes-Immobilien-gesellschaft ist ein Verwaltungsreformprojekt, durch das die bisher auf 24 Abteilungen aufgeteilte Verwaltung der Liegenschaften des Landes Steiermark einer Gesellschaft übertragen wird. Ziel sollte es sein, auch die übrigen – ich hoffe, die SPÖ hat bald fertig diskutiert –, nicht in der Regierungsvorlage angeführten Liegenschaften des Landes in die LIG einzubringen. Hier sind besonders die landwirtschaftlichen Schulen und die dazugehörigen Liegenschaften anzuführen. Da durch die Landes-Immobilien-gesellschaft auch nicht mehr benötigte Liegenschaften veräußert werden sollen, muss der Landtag über die weitere Vorgangsweise bei der Errichtung der LIG sowie über die weitere Tätigkeit der LIG informiert werden. Weiters sollte in Zukunft gewährleistet werden, dass der Landtag bei Veräußerungen von Anteilen an Gesellschaften, an denen das Land beteiligt ist, jedenfalls – unabhängig vom Wert der Anteile – befasst wird. Beim Verkauf der Anteile an der Kreischberg Seilbahnen GmbH. & Co. KG. ist das infolge des durch die Verschuldung der Gesellschaft gegebenen Wertes von null nicht geschehen. Durch Beteiligung des Landes an regionalen Tourismus- und Freizeitgesellschaften werden für die Regionen entscheidende Rahmenbedingungen geschaffen, weshalb auch der Landtag mit diesen Beteiligungen befasst werden soll. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens bis längstens 31. Dezember 2002 alle Liegenschaften des Landes Steiermark, insbesondere die landwirtschaftlichen Berufsschulen und die dazugehörigen Liegenschaften in die Landes-Immobilien-gesellschaft (LIG) einzubringen; zweitens dem Landtag über die weiteren Umsetzungsschritte bezüglich der LIG sowie in weiterer Folge jährlich über die Tätigkeit der LIG zu berichten; drittens dem Landtag eine Regierungsvorlage zur Novellierung von Paragraph 15 Landes-Verfassungsgesetz (L-VG) vorzulegen, wonach die Veräußerung von Anteilen an Gesellschaften, an denen das Land beteiligt ist, jedenfalls – unabhängig vom Wert der Beteiligung – der Beschlussfassung des Landtages vorbehalten ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich ersuche Sie um Annahme dieses unseres Antrages. (Beifall bei der FPÖ. – 15.08 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile es ihm.

Abg. Schleich (15.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Bekannte Namen: beim Bund BIG, beim Land LIG. Wie wir vorher schon gehört haben, sind die Sozialdemokraten die Bösen, weil sie dem nicht zustimmen, weil dann kann keine Bauinitiative Neu gestartet werden, dann gibt es kein Geld dazu. Es ist schon ein bisschen verwerflich, liebe Kollegen, dass man auf diese Art versucht, draußen Angst zu schüren und einen Verkauf durchzubringen, was in Wirklichkeit kein Unternehmen, kein Privater machen würde. Das Land macht es aber. In Wirklichkeit ist das das Mogelbudget Nummer eins. Herr Landesrat, damit machen Sie es auch kund, weil versprochen ist es anscheinend schon dreimal, nicht nur, dass es zur Bauinitiative kommt, sondern dass man sagt, für dort braucht man das Geld. Man hört, dass es für den

Ö-Ring gebraucht wird und man hört, dass es für die Budgetlöcher gebraucht wird. Das Geld wird so oft gebraucht und man mogelt sich so einfach um das Budget. Fragen Sie einmal einen Bürger oder Sie sind wahrscheinlich Hausbesitzer. Verkaufen Sie Ihr Haus an Ihre eigene Gesellschaft und nehmen Sie dann das Geld, um etwas anderes zu investieren und dann bezahlen Sie Miete oder Verwaltungsgebühr dafür? Das macht kein Einziger. Im Land machen wir es anscheinend. Da hat man kein Problem damit, dass man das mit allen Tricks umgeht. Dann macht man noch Druck auf jene, die besorgt heute im Landtag oder beim Landesrat waren, weil sie im Frühjahr keine Arbeit haben, weil in Wirklichkeit die Bauwirtschaft – und Sie wissen das – eingebrochen ist. Gerade jetzt sind sehr viele Bürgermeister und Gemeindefunktionäre dabei, die Budgets zu erstellen. Sie wissen aber, dass keiner mehr Geld hat und dieses Geld direkt Richtung Bund geht und nur die Hälfte zurückkommt – um nur ein Beispiel zu nennen. Das Geld fehlt aber für die Investitionen. Die Bedarfsrichtlinien sind in einer Art ja noch immer geblieben. Das heißt, auch dort gibt es das Problem, dass die Gemeinden verpflichtet sind zu verschulden oder KEG oder mit Leasing zu finanzieren. Das wissen Sie alles. Was heißt das? Das heißt, dass das Budget in Wirklichkeit langfristig belastet wird. Man hört aus Brüssel, dass es mit der BIG schon Probleme geben soll. Ich hoffe nur, dass die LIG hält, wenn Sie sie heute beschließen und Brüssel das akzeptiert. In Wirklichkeit ist das ein Umgehen. Ihr sagt immer, die Sozialdemokraten verschulden alles. Was machen Sie, ÖVP und FPÖ, heute? Ist das eine Zukunft für die Jugend, wenn ich sage, ich gebe meine Eigentümer in eine Gesellschaft? Sind das keine Schulden? (Beifall bei der SPÖ.) Ihr seid mir wirklich Wirtschaftler. Was würde euch daran hindern, außer der Budgettrick, zu sagen, ich nehme das Geld auf? Das, was ich damit baue oder saniere, belaste ich damit und ich zahle es ganz normal zurück und es ist transparent, wie es jeder Bürger ganz normal macht. Ich weiß, ihr könnt nicht, weil es natürlich nicht budgetkonform ist. So wird es ausgegliedert, so schaut es aus und wir haben keine Schulden. In Wirklichkeit haben wir genau das gleiche Geld verbraucht und wir stehen auf dem gleichen Punkt. Oder wollt ihr sagen, ihr habt bei uns etwas gelernt und ihr habt den Faktor mal 1000 verwendet? (Beifall bei der SPÖ.) Das versteht auch der normale Bürger, wenn man etwas verkauft, dann Miete und Verwaltungskosten bezahlt, dass das nicht gut sein kann. Das verstehen auch eure Bürgermeister. Jetzt hört genau zu, liebe Freunde der ÖVP: Was glaubt ihr, warum in Loipersdorf die Bürgermeister sagen, wir wollen uns beteiligen, weil sie inzwischen wissen, dass ihr alles verscherbelt? Ihr seid nicht mehr die Unternehmerpartei, wie ihr euch nennt, sondern ihr seid die Verscherblerpartei. In Wirklichkeit verkauft ihr alles, was nicht niet- und nagelfest ist. Eure eigenen Bürgermeister trauen euch nimmer mehr. Diese haben sich zusammengesetzt und sagen, wenn das so ist, dass die Therme verkauft wird, weil sie haben dort Gott sei Dank das Kopfstimmrecht, dann kaufen wir Anteile, damit wir die Mehrheitsanteile haben. Sie wissen, dass die öffentliche Hand draußen einfach der bessere Unternehmer ist und weil man diese Struktur, die man vor Ort hat, aufrechterhalten muss. Ich komme damit auch zurück zu Bad Gleichenberg (Abg. Ing. Ober: „Zehn Jahre!“): Es freut mich, lieber Sepp Ober, dass du zehn Jahre schreist. Ich bin froh, dass du vor zehn Jahren noch nicht da warst, denn sonst hättest du einen besseren Wissensstand und du würdest nicht so einen Blödsinn sagen wie jetzt. Ich kann dir leider nicht helfen. Zehn Jahre und du hast mich auf den Punkt gebracht, bin ich in diesem Haus und ich habe gekämpft dafür, dass sich das Land beteiligt, weil es dort Interessenten gab, die in Wirklichkeit Bad Gleichenberg nicht zu dem Erfolg geführt haben, den es gebraucht hätte, weil es Private waren. Fast zehn Jahre hat es gedauert, bis es dann zur Beteiligung des Landes gekommen ist. Weißt du, was ich einmal machen musste? Ich habe rausnehmen müssen, „muss gekauft werden“, weil sonst hättet ihr gar nicht mitgestimmt bei den Verhandlungen. So schwer ist es euch gefallen, dass sich das Land in Bad Gleichenberg einmal beteiligt hat. Die Wahrheit ist dann gekommen, und sie ist sofort gekommen: Als wir das Ressort nicht mehr inne hatten, war der erste Akt, den die ÖVP gesetzt hat, sie ist wieder zur Verscherblerpartei geworden und hat sofort gesagt, verkaufen, wir investieren nicht. Das ist ja klar, weil sie mit dem Budget 3,2 Milliarden nach Wien, 10 Millionen pro Tag, da geht sich nichts aus und da kann ich nichts investieren. (Abg. Ing. Ober: „Herr Kollege ...!“) Du kannst dich zu Wort melden. Dann ist es natürlich dazu gekommen und ich stehe auch dazu, wenn eine Partei, die die Mehrheit hat, sagt, ich will dort nicht investieren, ich will es verkaufen. Wir müssen froh sein, wenn es Investoren gibt. Es hat Gott sei Dank viele Investoren gegeben. Mich freut es ganz besonders und ich möchte es von dieser Stelle aus sagen, dass sich die Gruppe von Siegfried Wolf um Bad Gleichenberg bemüht. Ich kenne ihn persönlich sehr gut und ich schätze ihn sehr, weil er aus der Region kommt. Ich glaube, das ist auch eine gute Sache, weil die ÖVP nicht investiert hat. Mir wäre natürlich lieber, die ÖVP wäre die Unternehmerpartei, so wie sie sich immer nennt und jetzt investiert sie selbst, so wie in Radkersburg und Loipersdorf. Sie hätten zeigen können, dass man eigentlich auch als Land und als öffentliche Hand erfolgreich sein kann, weil in deiner Gemeinde baust du auch als Gemeinde eine Halle und machst etwas. Du sagst ja auch nicht, das muss ein anderer machen, wir verkaufen es einem Fremden. In Wirklichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf sich das Land nicht in den Regionen zurückziehen und sagen, dort tun wir nichts mehr. Wer wird denn dann das Vertrauen haben, dort etwas zu machen? Das ist dann genauso wie heute alle Postämter, alle Institutionen zusperrten, weil mit Verordnung in Wien gesagt wird, Leute, ihr müsst sparen. Das Vertrauen in die Regionen kann ich in Wirklichkeit nur setzen, wenn das Land auch selbst das Zepter in die Hand nimmt. Sehr geehrter Herr Landesrat, deshalb glaube ich, dass diese intransparente Verkaufspolitik nicht das sein kann, was in Wirklichkeit von dem Landtag erwartet wird. Ich bitte Sie, sich das noch einmal zu überlegen, transparente Investitionen zu setzen, damit die Bauarbeiter auch wissen, dass investiert wird. Das Geld muss da sein und nicht mit Verschleierungspolitik oder zu behaupten, wir müssen alles verkaufen, damit wir dort etwas investieren können. Jedes Unternehmen oder fast jedes, das heute baut, nimmt dazu Kredite auf um zu investieren und zahlt sie mit dem, was er baut, zurück. Bleiben wir transparent und versuchen es vernünftig. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.16 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren! Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 655/1, Tagesordnungspunkt 10, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Ich danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Landes-Immobilien-gesellschaft, zum Tagesordnungspunkt 10 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, es liegt hier ein Unselbstständiger Entschließungsantrag der SPÖ vor. Ich stelle fest, dass dieser Entschließungsantrag in keinem sachlichen Zusammenhang wie es auch nach der Geschäftsordnung gefordert wird, steht. Bei der im Tagesordnungspunkt 10 behandelten Vorlage geht es um den Verkauf landeseigener Liegenschaften an die Landes-Immobilien-gesellschaft. Damit steht die Einrichtung der BAU-Initiative NEU in keinem Zusammenhang. Aus diesem Grund kann ich nach der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages diesen Unselbstständigen Entschließungsantrag nicht zur Abstimmung bringen.

Meine Damen und Herren, ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 653/1 zu Tagesordnungspunkt 11 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. (Unruhe bei der SPÖ. – Abg. Schrittwieser: „Herr Präsident, bitte zur Geschäftsordnung!“) Bitte, zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Schrittwieser. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrittwieser (15.18 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir sind heute zusammengesessen mit den Bauarbeitern, die Sorge um ihren Arbeitsplatz haben und sprachen über die Bauinitiative. Der Herr Landesrat war mit dabei und hat gemeint, gut, wir werden uns sehr bemühen und hat viele Erklärungen abgegeben, nur, es war unter dem Strich noch nichts zur Verfügung, was zur Bauinitiative führt. Es ist unsere Grundhaltung, dass wir gegen den Verkauf des Familiensilbers sind, weil das kann ich nur einmal. Und das gilt auch bei der LIG, meine Damen und Herren, da werden wir unsere Haltung nicht verändern. Aber wenn ich sage, dass die LIG eine Sache ist, die ohnedies – das weißt du, Herr Landesrat – so wie die BIG nicht halten wird. Wir werden auch dieser Transaktion nicht zustimmen. Aber wenn ich bei dem Tagesordnungspunkt sage (Abg. Mag. Dr. Bleckmann: „Ist das zur Geschäftsordnung?“), die LIG, die werden wir ablehnen, aber wir wollen, weil der Herr Landesrat hat bei dieser Besprechung von einer Bauinitiative gesprochen, wissen, was er mit dieser LIG alles tun wird. Und wir, indem wir die LIG nicht wollen, haben hier in diesem Entschließungsantrag beantragt, dass wir entweder eine Umschichtung im Budget für die Bauinitiative wollen oder durch Kreditaufnahme diese Bauinitiative initiieren wollen, weil wir uns einig waren darüber, dass wir das brauchen. Und hier diesen Antrag nicht zuzulassen, nur weil ihr Angst habt dagegengustimmen, das ist ein Missbrauch der Geschäftsordnung. Ich werde verfassungsmäßig prüfen lassen, ob es hier einen Zusammenhang gibt oder nicht, denn es hat nämlich schon einmal beim Landesrechnungshofdirektor auch der Herr Landtagsdirektor und Präsident gesagt, das ist nicht so, das ist verfassungswidrig. Und dann haben wir aber über Verfassungsrechtler Recht bekommen. Und wir werden auch hier Recht bekommen, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ. – 15.20 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Abgeordneter Dr. Lopatka.

Abg. Dr. Lopatka (15.20 Uhr): Zur Geschäftsordnung zwei Punkte: Das eine ist rechtlich fixiert, mit Zwei-Drittel-Mehrheit hier beschlossen. Die Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, wo ganz klar geregelt ist, dass Entschlüsse über die Ausübung der Vollziehung des Landes und darüber hinaus zur Wahrung des allgemeinen Landesinteresses auch im Zuge der Wechselrede über einen Gegenstand der Verhandlung im Landtag beantragt werden können, soweit sie mit diesem Tagesordnungspunkt inhaltlich im Zusammenhang stehen. Es ist hier eindeutig festgehalten worden vom Präsidenten, dass dieser Zusammenhang nicht gegeben ist.

Zweiter Punkt: Wir haben uns immer an das gehalten, was in der Präsidiale alle vier Klubobleute gemeinsam mit dem Präsidenten vereinbart haben. Und dort haben wir eine Vereinbarung, dass wir Entschließungsanträge am Montag spätestens 17.00 Uhr abgeben. Dieser Entschließungsantrag, das ist nicht Geschäftsordnung, sondern Usance, wie es so schön heißt, dieser Entschließungsantrag ist jetzt erst bei diesem Punkt eingereicht worden und somit hat die SPÖ das, was bisher immer gehalten hat, hier auch gebrochen. Um das ganz deutlich zu sagen, also es ist weder von der Geschäftsordnung her zulässig, noch hat sich die SPÖ an das gehalten, was bisher die vier Klubobleute eingehalten haben. (Abg. Gennaro: „Das ist Scheinheiligkeit!“ – Abg. Schrittwieser: „Das andere ist eine Vereinbarung, aber die Geschäftsordnung lässt zu, dass ich diesen Antrag einbringe!“) Ja, nur wenn ihr die Vereinbarungen auch nicht mehr einhaltet – (Abg. Gennaro: „Die hast du schon lange nicht mehr eingehalten, erinnere dich im Ausschuss, was da die ÖVP im Machtrausch geboten hat und du stellst dich da her, das ist ja scheinheilig, was du machst!“) Ich will nicht für unnötige Aufregung sorgen, nur, das ist nicht scheinheilig, das ist eine Vereinbarung in der Präsidiale. Ich nehme es zur Kenntnis und hoffe, dass ab kommenden Samstag die SPÖ wieder in einem anderen Zustand ist und dass dann wieder Vereinbarungen halten. (Beifall bei der SPÖ. – 15.22 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, ich stelle fest: das, was der Klubobmann Lopatka hier in seiner Rede letztlich gesagt hat, ist eine Vereinbarung, hat aber letztlich mit der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages nicht direkt was zu tun. Ich nehme zur Kenntnis, dass die Fraktion der SPÖ beim Verfassungsdienst Erkundigungen einholen wird, ob meine Ablehnung rechtmäßig ist oder nicht. Damit ist aber der Tagesordnungspunkt 10 abgeschlossen und ich komme zum Tagesordnungspunkt 11.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 653/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest und komme zum Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 641/1, betreffend Arbeitsförderungsbericht 1999/2000.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (15.23 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Das Steiermärkische Arbeitsförderungsgesetz, das mit 1. Jänner 1999 in Kraft getreten ist, sieht alle zwei Jahre die Vorlage eines Arbeitsförderungsberichtes durch die Landesregierung an den Landtag vor. Dieser Arbeitsförderungsbericht liegt nun vor und enthält folgende Punkte: erstens eine aktuelle Darstellung der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation in der Steiermark, zweitens den vom Wirtschaftsressort in Auftrag gegebenen Bericht über Förderungen im Rahmen des „Steirischen beziehungsweise Wirtschaftspolitischen Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramms“ in den Jahren 1999 und 2000, drittens die vom Sozialressort in Auftrag gegebene Evaluierung des „Sozialpolitischen Beschäftigungsprogramms“.

Damit wurden die wesentlichsten vom Land Steiermark unterstützten Initiativen und Projekte dokumentiert.

Ich stelle daher den Antrag:

Der Arbeitsförderungsbericht 1999/2000 wird zur Kenntnis genommen. (15.24 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Klubobfrau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (15.24 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Dem Arbeitsförderungsbericht 1999/2000 liegt ein Endbericht über das sozialpolitische Beschäftigungsprogramm als Beispiel für kooperative Arbeitsmarktpolitik bei. Insgesamt möchte ich gleich vorausschicken, dass ich sehr froh bin über diesen Arbeitsförderungsbericht und dass ich auch die IFA-Studie über dieses sozialpolitische Beschäftigungsprogramm als sehr informativ und umfassend erlebt habe. Ein Satz war sehr wichtig für mich, nachdem es im letzten Jahr eigentlich einen sehr großen Aufwärtstrend in Sachen Beschäftigung gegeben hat. Die Leiterin einer Regionalgeschäftsstelle eines AMS hat gesagt, es gibt eine Trendwende am Arbeitsmarkt, aber diese Trendwende gibt es nicht für Personen mit irgendwelchen Defiziten. Und das – denke ich – muss uns immer bewusst sein, wenn man so das Gefühl hat, die Welt ist ohnehin in Ordnung. Mittlerweile sind auch die Arbeitslosenzahlen wieder gestiegen. Es gibt aber Personengruppen, für die die Situation – einfach ausgedrückt – immer gleich schlecht ist, manchmal noch ein bisschen schlechter. Dieser Bericht evaluiert die sozialökonomischen Betriebe, Beschäftigungsgesellschaften, die Arbeitsassistenten und die Tagesmütter. Was dieser Bericht auch enthält ist etwas, was ich sehr spannend gefunden habe und mir schon lange wünsche, nämlich eine Kosten-Nutzen-Analyse. Es sind einerseits die Ausgaben der öffentlichen Hand für diese Beschäftigungsprojekte und andererseits die Rückflüsse an die Öffentlichkeit gegenübergestellt worden, in weiterer Folge auch die Be- und Entlastung unterschiedlicher Fördergeber und Körperschaften. Nicht einbezogen wurden weitere Faktoren oder Effekte, wie zum Beispiel die Multiplikatorenwirkung der Tätigkeit der geförderten Maßnahmen für andere Betriebe, die Aufträge durchführen, bei denen eingekauft wurde und so weiter. Der Effekt, dass diese Betriebe auch als Wirtschaftsbetrieb agieren, wurde gar nicht in Rechnung gestellt. Es wurden exemplarische Berechnungen für 1999 angestellt und die Ergebnisse kann man wirklich mit Fug und Recht, so wie es das IFA auch getan hat, als überraschend positiv bezeichnen, und zwar die Nettokosten für die öffentliche Hand betragen in diesem Bereich im ersten Förderjahr bereits nur 30 Prozent aller Förderungen. Das heißt, von den Förderungen, die hier investiert werden und das kann man – so denke ich – mit Fug und Recht als Investition bezeichnen, bleiben nur wirklich 30 Prozent über, die anderen 70 Prozent kommen über Rückflüsse aus der Sozialversicherung, Lohnsteuer, Dienstgeberbeitrag und Ersparnisse bei Arbeitslosengeld und Notstandshilfe zurück. Weitere Effekte im Jahr danach sind natürlich Reduzierungen der Kosten beim AMS für Transferleistungen und auf der anderen Seite von den Personen, die erfolgreich vermittelt worden sind, höhere Beiträge bei Sozialversicherung und Finanzamt. Die Probleme, die im Bereich dieser Projekte aufgezeigt werden und man kann wirklich zu dem Erfolg gratulieren, dass im Verhältnis ein so hoher Wirkungsgrad einerseits da ist und andererseits auch eine so hohe Quote an Rückfluss, das Problem in diesem Bereich, auf das die Projektträger hinweisen und auch Personen aus dem AMS, dass in den Jahren 1999 und 2000 die inhaltliche Auseinandersetzung des Landes mit diesen Maßnahmen gefehlt hat. Diese ist abgegangen und wurde vom Projektverantwortlichen konstatiert. Es war auch die Hoffnung, dass das Land und die eigenen untergeordneten Stellen zum Beispiel an die BH's, Gemeinden und so weiter sozusagen einen Impuls weitergeben hätte können. Es hätte die Werbewirksamkeit erhöht, wenn das Land dahintersteht und sich inhaltlich damit auseinandersetzt. Das sind auch die Erwartungen, die von den betroffenen und involvierten Personen formuliert wurden, dass das Land sich auch inhaltlich mehr beteiligen möge,

dass es von Seiten des Landes auch Formulierungen für den Bedarf geben möge durch Einbindung relevanter Verwaltungsstellen, wie zum Beispiel der Sozialhilfeverbände, dass das Land eine Unterstützung geben soll für verstärkte Einbindung der Träger in arbeitsmarktpolitische Entscheidungen und etwas, was man leider immer wieder verlangen muss, weil es leider noch immer nicht da ist, langfristige Fördervereinbarungen. Wir alle wissen, dass – ich denke, Sie wissen es auch – wir derzeit und besonders die Menschen, die ohne Arbeit sind, einen hohen Preis für das Nulldefizit zahlen, das Bundesminister Grasser schon abgefeiert hat. Der Arbeitslosentopf wird seit Jahren ausgeleert. Das ist das Geld, wo die berufstätige Bevölkerung sozusagen und einfach ausgedrückt Rücklagen für schlechte Zeiten bildet, um dann Arbeitslose bekommen zu können, um dann Notstandshilfe bekommen zu können oder eine Unterstützung für Qualifizierung, Schulung und Wiedereinstieg in den Beruf. Dieser Topf wird seit Jahren massiv ausgeleert und heuer mehr denn je. Das ist das Geld, das jetzt diesen Personen nicht zugute kommt. Wir haben die Situation, dass wir bei steigenden Arbeitslosenzahlen eine Kürzung der Mittel des AMS haben, besonders für beschäftigungspolitische Maßnahmen, also Arbeitsmarktpolitik von der aktiven Sorte, so dass man Schulungen anbieten kann, Vermittlung auf den Arbeitsmarkt wird zurückgefahren. Das heißt konkret, 12 Prozent der Mittel werden vom AMS gekürzt. Das heißt allein bei den sozialökonomischen Betrieben, dass 60 Personen ihren Job verlieren werden, davon sind 13 Personen Schlüsselkräfte, also Kräfte, die ausbilden, die schulen und in der Lage sind, jemanden auch auf den Arbeitsmarkt zu vermitteln. Das ist eine Entwicklung, die ist nicht einfach reversibel. Man kann nicht sagen, schalten wir im nächsten Jahr bei den sozialökonomischen Betrieben ein Stückerl weg und im Jahr danach haben wir vielleicht wieder mehr Geld. Dann schalten wir es wieder ein. Das geht nicht. Das ist ein Strukturabbau. Da wird etwas kaputt gemacht, was sehr mühsam und auch auf Kosten privater Träger aufgebaut worden ist. Es ist sehr schade darum. (Abg. Wiedner: „Selbstverwirklichung!“) „Selbstverwirklichung“ sagt Kollege Wiedner. Ich weiß nicht, warum Sie das als Selbstverwirklichung bezeichnen, wenn behinderte Menschen durch Schulung in die Lage versetzt werden, vom Sozialhilfeempfänger zum Steuerzahler zu werden. Ich kenne Ihre Philosophie nicht. Mich freut das. Ich finde das lässig, dass jemand nicht Sozialhilfe annehmen muss. Das ist nämlich gar nicht so lustig, wie vielleicht alle hier herinnen glauben, sondern dass jemand in der Lage ist, sich selbst zu erhalten und Steuern zu entrichten. Das – so denke ich – ist nicht Selbstverwirklichung von irgendwem, sondern das muss unserer aller Ziel sein. Das ist mein Verständnis von Politik im beschäftigungspolitischen Bereich. Noch einmal: Der Rückzug des Landes als Partner bei den Projekten geht offensichtlich weiter. Mir wurde von einer Projektmitarbeiterin gesagt, wir wollen, dass das Land nicht nur mitfinanziert bei unseren Projekten, sondern auch Verhandlungspartner ist, der profitiert und uns im Falle einer Krise auch unterstützt, weil er unsere Arbeit schätzt. Das Land geht jetzt einen neuen Weg, sagt in den bis jetzt gelaufenen Verhandlungen, es will Partner bleiben. Es wird aber in Zukunft nur mehr beim AMS anzuschauen sein, wenn man so eine beschäftigungspolitische Maßnahme machen will. Das heißt dann aber im Endeffekt auch, dass man nur mehr mit dem AMS zu verhandeln hat und dass das Land dem AMS die Entscheidung überlässt, was gefördert werden soll und was nicht. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Vertrauen Sie dem AMS nicht mehr?“) Ich vertraue dem AMS. Ich freue mich aber, wenn es mehr Partner gibt, die kompetent sind und mitreden, Herr Landesrat Paierl. Er hat mich nämlich gefragt, seit wann ich dem AMS nicht mehr vertraue. Ich würde es schätzen, wenn auch das Land sich in diesem Bereich nicht nur darauf beschränkt, Mittel zur Verfügung zu stellen. Das ist nämlich auch gegenläufig gegen etwas, was wir ja im Aufbau begriffen sind – so hoffe ich doch stark –, und zwar den Beschäftigungspakt betreffend. Der ist dadurch gekennzeichnet, dass alle relevanten Akteure in Entscheidungen eingebunden werden. Wir haben Pakte auf der Ebene der Regionen. Gerade der oststeirische Pakt – Kollege Majcen ist Vorsitzender – ist ein Beispiel und wird auch aus dem Ausland schon angefordert. Zum territorialen Beschäftigungspakt werde ich anschließend noch einen Antrag einbringen. Ein Wort noch zur Konjunkturbelebung: Es sind kurzfristig umsetzbare Maßnahmen für Beschäftigte angesagt und bei öffentlichen Investitionen – wir hatten das heute schon – ist die Frage nicht nur legitim, sondern zu stellen, wie viele Arbeitsplätze pro eingesetzter Million wirklich geschaffen werden können. Besser als der Tunnelbau zum Beispiel, der in diesem Bereich schlecht abschneidet, wäre in dieser Hinsicht aus Sicht der Grünen in Althausanierung zu investieren, in andere Formen der Alternativenergie, Wärmedämmung, wo es zum Beispiel auch einen hohen Kostenanteil von Privaten gibt, der auch in die Wirtschaft fließt, der auch wieder einen beschäftigungsrelevanten Effekt erzielen kann. Holzcluster, Holzbau. Alles ist angesagt an Investition, wo auch die Energiebilanz – auch hier haben wir uns verpflichtet – sich verbessern lässt. Wenn es um Verkehrsinfrastruktur als beschäftigungspolitische Maßnahme geht, so muss ich sagen, ich bin Leserin und Fan von Fritz von Herzmanovsky-Orlando. Ich habe mich immer amüsiert über seine Aussagen über die Österreichische Bundesbahn. Zitat: „Der Zug, der über Leoben drüber ist, hat das Schlimmste schon hinter sich!“ Mittlerweile erstirbt mir das Lachen im Hals. Er ist unglaublich zeitgemäß – Herzmanovsky-Orlando. Bevor also in der Steiermark zu viel satte Zufriedenheit über die positiven Entwicklungen im Beschäftigungsbereich entsteht, muss man gedanklich auch jene mit einbeziehen, die das Bundesland schon verlassen haben, weil sie hier keine Chance gesehen haben, beruflich Fuß zu fassen und man muss wirklich dringend Maßnahmen setzen, die unmittelbar beschäftigungspolitisch wirksam sind. In diesem Sinne möchte ich auch noch zum wiederholten Mal den Antrag der Grünen betreffend den territorialen Beschäftigungspakt einbringen, weil er noch immer nicht umgesetzt ist.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich die Errichtung eines steirischen territorialen Beschäftigungspaktes in die Wege zu leiten, wobei alle relevanten Akteure der Beschäftigungspolitik einzubeziehen sind und insbesondere in der Steuergruppe die Trägerorganisationen beschäftigungspolitischer Maßnahmen mit Sitz und Stimme vertreten sein müssen. Ich bitte um Annahme. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 15.36 Uhr.)

Präsident Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Paierl. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (15.36 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren, insbesondere Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek!

Zu Ihrem letzten Punkt zu Ihrer Information: Der territoriale Beschäftigungspakt, der an sich, wie Sie ja wissen, als Expertin in dem Bereich, in der Steiermark schon längst gelebt wird – und das ist wesentlich für die Betroffenen in dem Bereich –, wird am Montag in der Regierung sein. Ich gehe mit Ihnen davon aus, ich hoffe, dass es im Interesse der Sache auch am Montag beschlossen werden kann. Auf der regionalen Ebene haben Sie ohnedies gesagt funktioniert das sehr gut, das haben wir auch so organisiert, dass es eben von unten nach oben geht, weil ja die Betroffenheit vor allem in den Regionen zu finden ist und deswegen sage ich nochmals, entscheidend ist ja nicht irgendeine Unterschrift und irgendein Formalakt, sondern entscheidend ist – hier zitiere ich vor allem unsere Partner im AMS Kaiser und Faschingbauer –, wie es gelebt wird. Und dass es in der Steiermark beispielhaft, modellhaft gelebt wird, das zeigen ja nicht nur dieser sehr umfangreiche Arbeitsförderungsbericht, sondern auch viele positive Antworten und Signale und modellhafte Beteiligungen aus Brüssel. Wir sind ein europäischer Modellfall geworden für gerade innovative Projekte auf dem Sektor. Meine Damen und Herren, ich weiß schon und ich möchte da nicht hier von meiner Seite, was ja sehr oft hier ja leider geschieht, zu kurz fassen und schwarz-weiß malen, aber dass das irgendwo schon auch mitverantwortlich ist, diese offensive und innovative partnerschaftliche Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik hat auch dazu geführt, dass wir – und es ist leider in der Öffentlichkeit bisher völlig ungewürdigt geblieben – trotz aller Probleme, die es jetzt am Arbeitsmarkt auf Grund der internationalen Konjunkturabschwächung gibt, wo wir auch betroffen sind davon, die Steiermark historisch das erste Mal und seit ich mich erinnern kann, es gibt gerade Forschungen der Historiker, wann das das letzte Mal war, in der Frage der Arbeitslosenquote laut AMS-Aussendung per Ende November 2001 unter dem Österreichschnitt liegt. In diesem Fall etwas Gutes, wenn wir unter dem Österreichschnitt liegen. Das erste Mal, seit ich mich – und ich bin auch schon über 20 Jahre in dem Geschäft – erinnern kann. Nicht das alleinige Verdienst der Politik, vor allem das Verdienst der sehr flexiblen und sehr anpassungsfähigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betrieben, der Unternehmungen, die sich mit Ihnen zusammen auf die Märkte schnell einstellen können. Das heißt, diese Gesundung, dieser Wandel ist es letztlich und das wird da hier auch ein bisschen gewürdigt – Gott sei Dank!

Und ich bitte nochmals bei all der Schwierigkeit, die wir schon haben und noch zu erwarten haben, doch auch sich zu besinnen, wir haben ja wahnsinnig viel mitgemacht, gelernt und haben letztlich ein Ergebnis, das sich gerade in dieser schwierigen Situation so besonders positiv herausstreichen lässt. Wir haben auch zum Beispiel – ich habe mir das noch einmal angeschaut – im Moment einen Beschäftigtenstand laut Gebietskrankenkassa beziehungsweise Sozialversicherungsträgermitteilung per Ende November, den wir vergleichen können mit August 1999. 434.338 Beschäftigungsfälle, das ist im Vergleich zum November, Vorjahr 2000, ein deutliches Plus, ein erfreuliches Plus. Auch das sollte angemerkt werden.

Es ist zwar nicht angesprochen worden, zumindest nicht in dem einen Debattenbeitrag der Frau Klubobfrau, aber ich möchte es, weil es am Rande – glaube ich – diskutiert wurde, heute schon ansprechen: Lehrstellenproblematik. Es gibt bewiesen sowie am Arbeitsmarkt auch auf der einen Seite steigende Arbeitslosigkeit, auf der anderen Seite Facharbeitermangel. Und das gibt es natürlich jetzt im Nachwuchsbereich auch. Wir haben auf der einen Seite Mangel noch an Lehrlingen da oder dort in gewissen Branchen, in gewissen Regionen, auf der anderen Seite aber ein Mehrandrang an Arbeit und Lehrstellen suchenden Jugendlichen. Wir werden deswegen – es ist schon vereinbart und abgesprochen mit dem zuständigen Minister Bartenstein in Wien – per Jänner 2002 diesen ausgelaufenen NAP, den nationalen Ausbildungsplan, uns als Steiermark erstmalig – das war bisher nicht notwendig, weil das hat der Bund gemacht, aber das wird jetzt gefordert – mit 10 Millionen Schilling an solchen Programmen mit der Wirtschaft zusammen, weil hier wird dann bedarfsorientiert ausgebildet, beteiligen. Auch das eine Mitteilung und Information, die wir zwar schon einmal kommuniziert haben, aber da oder dort vielleicht in der Menge der Informationen untergegangen ist.

Ich möchte zum Schluss, nicht weil ich jetzt Schönwetter herbeireden will, das ist überhaupt kein Grund dafür, aber trotzdem einen wichtigen Punkt auch für die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungs- und Qualifizierungspolitik im Lande ansprechen. Wenn wir schon Probleme haben, die zum Teil ja zum Großteil von außen kommen, dann bitte nicht von der Politik her diese Probleme noch verstärken. Notwendig wird sein als eine wesentliche Führungsaufgabe im Lande, dass wir hier auch einen realistischen Optimismus, einen positiven Zugang und Problemlösungen anbieten. So werden wir auch – es ist vereinbart mit den Sozialpartnern und das gilt auch für den Bau im Übrigen, das wissen auch die Baugewerkschafter – gemeinsam mit den Sozialpartnern für den Fall, dass da oder dort branchenweise branchenorientierte Hänger drinnen sind, wo man schon weiß, aber wenn die Konjunktur wieder anspringt, wird man wieder die Facharbeiter brauchen, werden wir gemeinsam Qualifizierungsprogramme vorbereiten und auch entsprechend durchführen in den Einrichtungen, die es schon gibt, oder wenn es sie nicht geben würde, auch zusätzlich welche noch zu schaffen sein werden. Auch das bitte aus der aktuellen Situation neben dem sehr erfreulichen Bericht über die Jahre 1999 und 2000, Ende 2001, auch mit dem Ausblick, dass wir laut Konjunkturforschung – wir werden morgen wieder das WIFO hier haben bei der traditionellen Debatte über die Konjunkturpolitik im Lande Steiermark – werden wir hier einen auch noch einmal über dem Österreichschnitt liegenden Vorcast, eine Perspektive, eine Prognose haben, die die Steiermark besser ausweist als der österreichische Schnitt. In diesem Sinne nochmals herzlichen Dank. Ich danke vor allem den Mitarbeitern in meinem Ressort, im AMS für die Partnerschaft und danke auch dem Hohen Haus für die Beteiligung. (Beifall bei der ÖVP. – 15.43 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 12 liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest und ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen betreffend territorialer Beschäftigungspakt ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit bekommen.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 627/1, der Abgeordneten Wiedner und Mag. Dr. Bleckmann, betreffend Erweiterung und Schaffung bestehender beziehungsweise neuer Berufsbilder um den Bereich erneuerbarer Energie.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (15.44 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zum Antrag, Einl.-Zahl 627/1, der Abgeordneten Wiedner und Dr. Bleckmann, betreffend Erweiterung und Schaffung beziehungsweise neuer Berufsbilder um den Bereich erneuerbarer Energie.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung bei der Wirtschaftskammer dafür einzutreten, dass diese eine Überprüfung vornimmt, inwieweit bei bestehenden Berufsbildern, wie beispielsweise Elektroinstallationstechnik, Dachdecker, Fertigteilhausbauer, Sanitär- und Klimatechniker, Heizungsinstallation, die Bereiche „Einsparung von Energie“ und „Einsatz erneuerbarer Energien“ verstärkt werden sollten. Weiters soll auch geprüft werden, inwieweit neue Berufsbilder in diesen Bereichen von der Wirtschaft benötigt werden. Ich ersuche um Annahme des Antrages. (15.44 Uhr.)

Präsident Purr: Ich danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung dazu liegt mir nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest und komme zum Tagesordnungspunkt

14. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Antrag, Einl.-Zahl 540/1, der Abgeordneten Dietrich, List, Ferstl und Graf, betreffend Überprüfung der SÖBSA-Sozial-Öko- und Beschäftigungsservice GmbH.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (15.45 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Der gegenständliche Antrag mit der Einl.-Zahl 540/1 stammt von den freiheitlichen Abgeordneten Dietrich und Kollegen und verlangt in der Begründung, dass die SÖBSA – Sozial-, Öko- und Beschäftigungsservice GmbH., ein Unternehmen mit gemeinnütziger Aufgabenstellung, zu überprüfen ist. Die Gesellschafter der SÖBSA werden in der Begründung dargestellt, ebenso die Aufgaben und der Auftrag der SÖBSA. Des Weiteren wird in dieser Antragsbegründung dargelegt, dass in der letzten Zeit einige negative Vorfälle aufgetreten sind. Hier scheint einiges nicht in Ordnung zu sein. Nachdem die SÖBSA Sozial-, Öko- und Beschäftigungsservice GmbH. durch Mittel der öffentlichen Hand gefördert wurde, wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Der Landesrechnungshof wird aufgefordert, die SÖBSA GmbH. zu überprüfen. In der letzten Kontroll-Ausschusssitzung wurde darüber beraten und dieser Antrag mehrheitlich angenommen. Ich bitte daher auch um die Zustimmung des Steiermärkischen Landtages. (15.45 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 15 und 16 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

15. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 610/1, der Abgeordneten Riebenbauer, Dietrich und Gangl, betreffend Ernteausfallsversicherung.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (15.48 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Ich darf über den Antrag, Einl.-Zahl 610/1, der Abgeordneten Riebenbauer und Gangl betreffend Ernteausfallsversicherung berichten. Die Dürreperiode im Jahr 2001 bedeutet für viele Landwirte in der Steiermark vehemente Ertragseinbußen. Wenngleich nun der Bund Mittel aus dem Katastrophenfonds frei gibt, kann es nicht eine Dauerlösung sein, dass die Bauern zu Bittstellern degradiert werden, wenn sie in so einem Fall aus der öffentlichen Hand eine finanzielle Unterstützung erhalten wollen. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, damit diese erstens mit Versicherungsunternehmen Verhandlungen über den Abschluss einer Versicherung für Landwirte gegen Elementarereignisse und Ernteaufälle – sowohl im Ackerbau- als auch im Grünlandbereich – aufnimmt und zweitens die Prämien ähnlich fördert, wie dies bereits bei der Hagelversicherung geschieht. Ich ersuche um Zustimmung. (15.48 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Zahl 278/2, zum Beschluss Nr. 77 des Steiermärkischen Landtages vom 20. März 2001 über den Entschliessungsantrag der Abgeordneten Mag. Zitz und Lechner-Sonnek, betreffend Lebensmittelsicherheit.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz.

Abg. Mag. Zitz (15.49 Uhr): Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um im Rahmen von drei Maßnahmen die Sicherstellung der Lebensmittelsicherheit einzufordern. In dieser Regierungsvorlage wird ein Schreiben des Bundeskanzleramtes ausführlich zitiert, wo unter anderem auf die Etablierung der Österreichischen Agentur für Ernährungssicherheit hingewiesen wird sowie auf die EU-Richtlinie zur Kennzeichnung von Lebensmitteln. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 77 des Steiermärkischen Landtages vom 20. März 2001, betreffend die Lebensmittelsicherheit, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme. (15.49 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort. Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Dietrich in Vorbereitung.

Abg. Riebenbauer (15.50 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine geschätzten Damen und Herren!

Bäuerin und Bauer sein heißt nichts anderes als mit der Natur zu arbeiten und von der Natur abhängig zu sein. Das haben viele steirische Bäuerinnen und Bauern heuer mit aller Brutalität zur Kenntnis nehmen müssen. Ich bringe nur einen Niederschlagsmengenvergleich: Im Durchschnitt der Jahre von 1991 bis 2000 hat es zum Beispiel über das Pöllauer Tal 757 Millimeter Niederschläge gegeben. Von Jänner bis November 2001 haben wir in diesem gleichen Bereich 438 Millimeter Niederschläge gehabt. Das heißt, das ist nur die Hälfte des Durchschnittes an Niederschlägen der letzten Jahre. Die Ernteverluste wurden mit mehr als 1,2 Milliarden Schilling in der Steiermark geschätzt. Wir wissen, dass alle Kulturen betroffen waren. Besonders betroffen waren unsere Grünlandbetriebe, nachdem sie schon vorher durch die BSE-Einkommensverluste sehr arge Einkommenseinbußen hinnehmen mussten. Viele waren verzweifelt und haben um Hilfe gerufen. Die Bauern konnten und können auch heute noch nicht verstehen, dass Dürre nicht als Katastrophe angesehen wird und dass eine Entschädigung aus dem Katastrophenfonds vorerst nicht möglich war. Nach langen und zähen Verhandlungen ist es unseren Vertretern gelungen, dass es Mittel für eine Futterankaufunterstützung gibt. Ich bedanke mich bei dir, Herr Landesrat Pörtl, aber auch bei Herrn Minister Molterer für den intensiven Einsatz. In der Öffentlichkeit entsteht bei manchen uns vielleicht nicht so positiv Gesinnten der Eindruck, die Bauern haben sich wieder etwas erjammert. Kollege Gennaro erzählt immer gerne Witze über die Bauern mit den 28 Tagen, Februar und so weiter. Er bringt das dann aber auf den Punkt, was so manche über uns denken. Genau das ist eigentlich der Grund unseres Antrages. Wir steirischen Bauern und Bäuerinnen wollen nicht als Bittsteller dastehen, wir wollen auch niemandem auf den Knien nachrutschen. Wir wollen eine vernünftige Regelung für alle Produktionssparten. Wir wollen eine Katastrophenvorsorge. Deshalb sollen Verhandlungen mit Versicherungen aufgenommen werden, damit es ermöglicht wird, in Zukunft Ernteverversicherungen abzuschließen. Zu den Prämien müsste es dann Zuschüsse geben, wie das schon seit Jahren bei der Hagelversicherung üblich ist. Dann ist jedem Bauern bewusst, welches Risiko er eingeht mit oder ohne Versicherung. Das wäre aus unserer und aus meiner persönlichen Sicht auch die fairste und hoffentlich auch gerechteste Lösung, wobei mir bewusst ist, dass es in diesem Bereich keine ganz gerechte Lösung gibt. Wir Bauern wissen nicht, wann die nächste Trockenheit kommt – hoffentlich lange nicht. Wir wissen nicht, wann die nächste Katastrophe kommt. Wir wollen nichts anderes als eine vernünftige Regelung, die uns bei solchen Katastrophen hilft. Wir brauchen keine Almosen, sondern wir brauchen, wenn es notwendig ist, eine Hilfe zum Überleben. Wir brauchen Unterstützung in Katastrophenfällen, für die wir alle gemeinsam nichts können. Die Bauern spüren die Trockenheit und haben sie gespürt. Leider Gottes spüren die Trockenheit jetzt auch schon andere. Wir wissen, dass in diesen Trockengebieten tagtäglich unsere Feuerwehren

im Einsatz sind, um den Menschen das Wasser zu bringen, das sie Tag für Tag brauchen. Ich möchte mich von dieser Stelle aus bei den steirischen Feuerwehren, die tagtäglich im Einsatz sind, bedanken, dass sie sich zur Verfügung stellen und jenen Menschen das Wasser bringen, die in Not sind. Einen herzlichen Dank den Feuerwehren. Ich denke, sie haben sich einen Applaus verdient. (Beifall bei der ÖVP, FPÖ und SPÖ.)

Abschließend, meine geschätzten Damen und Herren, noch eine Anmerkung: Wir haben leider auch in Österreich BSE. Es wäre sinnlos, jetzt irgendjemandem die Schuld zuzuweisen. Es hat niemand eine Freude damit. Jeder, der sich damit beschäftigt, wird Vorsorge treffen und nimmt das sehr ernst. Herr Hofrat Köfer, der sich in der Zuschauertribüne befindet, ist auch davon betroffen und wird Vorsorge treffen, dass es so lange wie möglich in der Steiermark keinen BSE-Fall gibt und es zu keinen Verwechslungen kommt. Das Einzige, was wir in dieser Situation machen können, ist, dass wir draußen klar und deutlich sagen, unser steirisches Rindfleisch ist gesund. Es wird so streng kontrolliert wie nie zuvor. Machen wir daher keine Angst vor dem Rindfleisch, sondern machen wir Appetit auf Rindfleisch, damit zu Weihnachten möglichst viele unser gesundes Rindfleisch essen. In diesem Sinne herzlichen Dank fürs Zuhören. (Beifall bei der ÖVP. – 15.55 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (15.55 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Das Klima unterliegt in den letzten Jahren immer größer werdenden Schwankungen. Es gibt Stürme, vermehrt Stürme, vermehrt Trockenheit. Und sogar bei uns oben in der Obersteiermark ist der eine oder andere Brunnen trocken und erstmals seit Menschengedenken in unserem Raum muss auch da die Feuerwehr nachhelfen und mit Wasser die Brunnen wieder auffüllen. Aber damit diese Klimakatastrophe nicht zu einer finanziellen Katastrophe für die Landwirte wird, ist es sinnvoll, wenn es eine Versicherung in diesem Bereich gibt. Und ich glaube, das ist auch der effizienteste Weg, den wir selbstverständlich mittragen.

Zum Tagesordnungspunkt 16, Lebensmittelsicherheit, glaube ich, dass die Aktualität des letzten oder des ersten BSE-Falles, vor allem jenes, der uns als Österreicher am meisten betroffen macht, uns eingeholt hat. Und da müssen wir dankbar sein, dass Minister Haupt entgegen Forderungen, aus Kostengründen nur mehr stichprobenartig Untersuchungen durchzuführen, doch bei dem ursprünglichen System der flächendeckenden Untersuchung geblieben ist. Und ich glaube nicht, dass das für die Konsumenten ein Problem ist, wenn wir einen BSE-Fall haben, wenn man gut dokumentieren kann, Rindfleisch ist das sicherste Lebensmittel, das es überhaupt am Markt gibt. Jedes einzelne Rind ist untersucht und Fleisch von den Rindern ist absolut von BSE-freien Tieren. Und egal, wenn sich auch noch ein Fall dazureiht oder ein dritter, egal, was herauskommt, es ist so minimal bei mehr als 200.000 Untersuchungen ein BSE-Fall, aber der Konsument hat auf Grund dieser flächendeckenden Untersuchung, auf Grund der Transparenz in diesem Untersuchungsbereich die absolute Sicherheit, nur gesundes Fleisch zu bekommen. In diesem Sinne bedanke ich mich noch einmal auch bei der Veterinärbehörde, die so genau und gründlich die Untersuchungen durchführt. Und ich bin froh, dass wir in diesem Fall einen Veterinär als Gesundheitsminister haben. (Beifall bei der FPÖ. – 15.57 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung die Frau Abgeordnete Halper. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Halper (15.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Werter Herr Landesrat! Hohes Haus!

Ich möchte nur ganz kurz ein paar Anmerkungen machen zum Antrag der Grünen betreffend Lebensmittelsicherheit. Und zwar geht es da eigentlich um diese Stellungnahme, die hier liegt. Ich meine, wenn das eine Prüfungsfrage in der Schule ist, dann gibt es auf diese Antwort ein Nichtgenügend. Man kann es aber anders werten, indem man sagt, das Thema hat anscheinend nicht den Stellenwert, den Lebensmittelsicherheit in der heutigen Zeit eigentlich haben sollte. Denn im Antrag steht ganz klar betreffend Lebensmittelsicherheit. Und, Herr Landesrat Pörtl, ich würde Sie schon bitten zuzuhören, weil es betrifft immerhin Ihr Ressort. Weil das, was da drinnen ist, ist für mich wirklich eine Frechheit sondergleichen. Da geht es um die Lebensmittelsicherheit, in der Stellungnahme kommt dann irgendwie die Agentur für Ernährungssicherheit. Jetzt frage ich mich, ist anscheinend der Unterschied zwischen Lebensmittelsicherheit und Ernährungssicherheit nicht klar in Ihrem Ressort oder was ist da passiert?

Zweitens steht da drinnen: „Dieser Entwurf wird daher im Herbst 2001 parlamentarisch behandelt!“ Man erklärt uns, das Parlament in Wien behandelt den Ministerialratsentwurf, der hier nicht einmal in dieser Stellungnahme vermerkt worden ist. Der ist am 10. Juli diesen Jahres beschlossen worden. Das steht aber da nicht einmal drinnen, dass der im Herbst 2001 im Parlament behandelt wird. Ja, eingebracht ins Parlament ist die Ernährungssicherheitsagentur schon, nur behandelt ist sie dort nicht. Und Tatsache ist, dass in dieser Stellungnahme uns auch vorenthalten wird, dass diese Ernährungssicherheitsagentur eigentlich mit 1. Jänner 2002 existieren soll. Und das ist Plan Ihrer Bundesregierung. Nur, wir lesen da drinnen nichts. Und ich frage mich jetzt ehrlich schon, wird uns Abgeordneten da wirklich etwas vorgegaukelt mit einer Beabsichtigung, dass es etwas geben sollte, was die Kolleginnen und Kollegen der Grünen haben wollten oder ist es ein Fehler, was hier passiert ist? Nur, so kann man grundsätzlich, ich meine nicht wirklich mit gutem Gewissen diesem Antrag zustimmen. Es fehlt die Hälfte. Und wenn ich jetzt wieder zurückschaue, dass man in den letzten Tagen einen BSE-Fall in Österreich hat, dann muss eines auch klar sein, diese Agentur, von der hier die Rede ist und das ist auch wieder nicht in der Stellungnahme drinnen, die ist höchst fragwürdig. Die budgetäre Deckung ist noch nicht abgesichert und gerade in Zeiten mit BSE-Krisen, Schweinemastskandal sollte das sehr wohl der Fall sein. Und,

Herr Landesrat Pörtl, ich erwarte mir in Zukunft schon, dass Ihre Hausaufgaben in Ihrem Ressort ordentlich gemacht werden, weil diese Wischiwaschiantworten sind glaube ich nicht für alle sehr dienlich. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.01 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Peter Rieser. Ich erteile Ihnen das Wort. Weitere Wortmeldungen habe ich vorläufig dazu nicht.

Abg. Rieser (16.01 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Werte Kolleginnen und liebe Kollegen!

Die österreichische Land- und Forstwirtschaft ist in erster Linie von Klein- und Mittelbetrieben strukturiert. 80 Prozent der Bundesfläche wird gerade von diesen kleinen und mittleren Betrieben bewirtschaftet und bearbeitet. Und wenn du, liebe Frau Kollegin Halper, von dieser Sicherheits- und Ernährungsagentur sprichst, so glaube ich, dass wir das Gesamte hier in diesem Zusammenhang sehen müssen. Der Konsument hat ein Recht in einer arbeitsteilig gewerteten großen Lebensmittelproduktion Lebensmittel zu erhalten, die seinen Vorstellungen entsprechen. Seinen Ansprüchen, Sicherheit, Qualität und Geschmack und Information ist zu entsprechen. Die Lebensmittelkette ist auf ein Ziel und auf Bedingungen hin zu überprüfen. Und wenn der Konsument etwas kauft, soll er auch das Gefühl haben und auch sachlich richtig davon ausgehen, dass das, was oben steht, auch drinnen ist. Und Ziel dieser Lebensmittelagentur ist es, was einzigartig in Europa ist – und es ist richtig, dass es noch nicht beschlossen ist, es wird im ersten Quartal im kommenden Jahr im Nationalrat beschlossen werden. Beide Ministerien, das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft wie auch das Bundesministerium für Gesundheit, haben sich geeinigt, dass dieses Gesetz mit 1. Juli 2002 in Kraft treten soll. (Abg. Halper: „Mit 1. Jänner 2002 soll es schon in Kraft treten!“) Es ist ein Vorbild für Europa, weil der Konsument – und um das geht es – natürlich auch die notwendige Sicherheit haben soll. Gerade in einer Zeit, wo diese Diskussionen wie BSE, Tierseuchen und so weiter laufen – und das ist ja von meinen Vorrednern schon angesprochen worden –, die Unsicherheit in der Bevölkerung ist sehr groß. Ich verstehe nicht ganz, warum gerade die SPÖ und die Grünen auf Wiener Ebene diese Sicherheit ablehnen. Es wird von euch keine Zustimmung in dieser Frage signalisiert. Ziel ist die Sicherheit über die Herkunft unserer Lebensmittel. Wichtige Entscheidungshilfe – liebe Frau Kollegin Halper – für den Konsumenten ist die Voraussetzung, ist nach wie vor der Erhalt der Vielfalt unserer Lebensmittel, auch unter Berücksichtigung der regionalen Spezialitäten und Ziel ist die Qualitätsführerschaft auf breiter Basis. Das neue Lebensmittelmodell ist eine Brücke vom Produzenten zum Konsumenten und ich glaube, auch eine große Chance für die Zukunft. (Beifall bei der ÖVP. – 16.04 Uhr.)

Präsident Purr: Eine weitere Wortmeldung kommt nun von der Frau Abgeordneten Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (16.04 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte auf die Wortmeldung von der Frau Kollegin Dietrich eingehen, weil die Art, wie in einem Nachbarbundesland der BSE-Fall behandelt wurde, der ist für mich schlichtweg katastrophal. Man hat zuerst einmal den falschen Bauernhof gesperrt, man hat massiv zeitverzögert begonnen zu recherchieren. Und das Resultat ist, dass auch der Minister Haupt zum Glück zugegeben hat, dass man da absolut unprofessionell mit dem ersten BSE-Fall umgegangen ist. Und das, was für mich so irritierend ist, ist, dass wir vor einem halben Jahr Entschließungsanträge und Landtagsdebatten und Anfragen zuhauf gehabt haben in allen Bundesländern. Wenn dann in einem Bundesland tatsächlich das eintritt, was alle befürchtet, aber jetzt über den Sommer verdrängt haben, dass ein entsprechendes Rind identifiziert wird, so habe ich nicht das Gefühl gehabt, dass man von Seiten der zuständigen Behörde mit dieser Situation wirklich gut umgehen hat können – Punkt eins.

Beim zweiten Punkt möchte ich noch zu der Regierungsvorlage, zu unserem Antrag kommen: Ich bin mit den inhaltlichen Ausführungen, genau wie du, Michaela Halper, auch nicht zufrieden. Wir haben im Ausschuss einen anderen Antrag bezüglich der Struktur des Agrarwesens beziehungsweise den Monitoringbereichen gehabt, die auf der Landesebene entwickelt wurden. Das habe ich dort toll gefunden. Der Antrag ist für mich auch nicht zufrieden stellend. Ich glaube, es ist nicht ausreichend, wenn man in diesem Antrag ausschließlich ein Schreiben vom Bundeskanzleramt zitiert und bitte lesen Sie das, noch dazu, wenn Zahlen drinnenstehen oder in dem Fall Terminangaben, die inzwischen gar nicht mehr haltbar sind. Ich möchte daher deine Argumentation unterstützen. Danke schön! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 16.07 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Stöhrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Stöhrmann (16.07 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Kollege Riebenbauer hat gerade in seiner bekannt emotionalen Art für die Bauern gesprochen. In der Frage, Kollege Riebenbauer, gehe ich wirklich mit dir mit, wengleich der Punkt Ernteausfallversicherung doch Anlass für Diskussionen geben könnte. Mit gleichem Recht könnte auch die eine oder andere Gruppe kommen und ebenso diesbezüglich einen Zuschuss verlangen. Wir gehen mit dem Antrag mit, und zwar deswegen mit, weil

auch die große Gruppe der Bauern letzten Endes unter dieser schwarz-blauen Regierung zu leiden hat und genauso an den Rand gedrängt wird und weil es einfach notwendig ist, dieser Gruppe zu helfen. (Beifall bei der SPÖ.)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehen wir mit. Noch ein Zweites: Frau Kollegin Dietrich hat hier Worte gebraucht, die ich vor wenigen Tagen auch im Fernsehen gehört habe. Als diese traurige Nachricht von BSE über die Schirme gekommen ist, war einer der Ersten, der dazu Stellung genommen hat, der Landesveterinärdirektor aus Niederösterreich. Ich habe mich schon sehr gewundert, als er zwar ursprünglich nicht zu dem BSE-Fall Stellung genommen hat, sondern eingangs seiner Rede gesagt hat, Gott sei Dank, dass wir einen Minister haben, der Tierarzt ist und der die Sache in der Hand hat und das letzten Endes auch funktioniert. Das „Gott sei Dank“ möchte ich nicht so vorbehaltlos unterstreichen. Denn ob es gut ist, ob ein Tierarzt Sozialminister ist, das möge an anderer Stelle diskutiert werden. Dass der gleiche Minister aber einen Tag später zugeben hat müssen, dass man den falschen Bauernhof gesperrt hat, wirft ein bezeichnendes Licht darauf. Man muss sich vorstellen, was das für diese Familie und für diese bäuerliche Struktur auf diesem Hof bedeutet, wenn man einen Hof sperrt und genau weiß, dass man nicht schuldig ist. Der gleiche Minister hat einen Tag später zugeben müssen, dass man nicht einmal die Ohrmarke von dem Kalb gefunden hat beziehungsweise von der Kuh, die letzten Endes der Auslöser war. So schaut es tatsächlich aus. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fehler können überall passieren. Überall dort, wo gearbeitet wird, können auch Fehler passieren. Aber man soll sich doch nicht hinstellen und sagen, alles ist in Butter, alles ist okay, alles ist paletti. So ist es nämlich wirklich nicht. Wenn ich, so wie es Kollege Riebenbauer empfohlen hat, zu Weihnachten meinen Rindsbraten esse, dann deshalb, weil ich zu den Bauern Vertrauen habe, aber nicht zu der Kontrolle in diesem Land. (Beifall bei der SPÖ. – 16.09 Uhr.)

Präsident: Herr Landesrat Pörtl hat um das Schlusswort gebeten. Ich bitte, Herr Landesrat.

Landesrat Pörtl (16.10 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Vorweg zu den ersten angesprochenen Dingen des Kollegen Riebenbauer: Ich möchte unterstreichen, dass uns erst beim Zustand der Fakten bewusst wird, was es bedeutet, wenn Klimaveränderungen tatsächlich passieren. Als mein Vorgänger und ich fast zehn Jahre lang mit dem Klimabündnis, mit den Klimabündnisgemeinden und all den Dingen aktiv waren, hat man uns im Grunde vielfach nicht ernst genommen. Jetzt spüren wir die Konsequenz der Dürre mit einer schwierigen Wasserversorgung. Wir haben bereits jetzt meterhohe Schneelagen in den oberen Gebieten, aber nach wie vor im Süden und im Mittelbereich kaum Niederschläge. Ich will aber keinesfalls jemandem die Weihnachten verderben, glaube aber, dass das kommende Frühjahr, wenn der Boden zu ist, in der Wasserversorgung in vielen Bereichen der Steiermark sehr spannend werden wird. Das muss uns sehr bewusst sein. Ich bin daher auch sehr dankbar, dass wir eine interne Notwasserversorgung durch den Plabutsch, die Vernetzung der Verbände und all diese Voraussetzungen schaffen, auch die Nutzung des Grundwassers, damit diese Wasserversorgung garantiert wird. Zur Aussage, dass die schwarz-blaue Regierung die Bauern anwandelt, muss ich mich schon äußern: Natürlich hätten wir gerne im Rahmen dieser Dürreentschädigung die totale Öffnung des Katastrophenfonds gehabt. In der Zwischenzeit haben wir das Faktum, dass versicherbare Sparten nicht mehr eine solche Entschädigung bekommen. Daher ist es nur für den Teil im Grünlandbereich gekommen. Zugleich war die Begleitmusik dieser Bundesregierung, auch des Landes, dass wir für jene Gebiete, Grünland- und Rindergebiete, im Rahmen von ÖPUL und AZ zusätzliche Beträge in einigen 100 Millionen für diesen Ausgleich ganz konkret in Anweisung haben. Jetzt komme ich zum konkreten Bereich, zur Diskussion um diese BSE-Situation in Österreich. Ich sage nach wie vor, zum Glück haben wir Bundesminister Haupt, der in der Sache und speziell in dieser Frage in Wahrheit eine tolle Leistung hingelegt hat. Ich sage das auch ganz offen im Haus, weil solche Krisenszenarien – ich habe all diese auch mitmachen müssen – sind nicht leicht zu händeln. Dass diese flächendeckende Untersuchung bei 112.000 Untersuchungen einen Tierkörper herauspickt und tatsächlich dokumentiert, dass wir jedes Tier über 30 Monate wirklich kontrollieren, das ist ein echter Beitrag zur Lebensmittelsicherheit. Es wurde kritisch bemerkt, dass die Vorlage sehr mager ausgefallen ist. Dem möchte ich nicht widersprechen, vom Volumen und auch vom Inhalt her. Wir haben am 25. Mai den Brief an den Bund zur Beantwortung dieser Fragen geschickt. Am 27. August war diese Antwort da. Es war beim Ausschuss nicht bekannt, dass wir die gesetzlichen Maßnahmen für diese Ernährungsagentur für die Lebensmittelsicherheit auch ausschussmäßig und parlamentarisch gegen die Mehrheit der rot-grünen Fraktion im Parlament durchbringen. Seit 25 Jahren hat zum Beispiel mein Kollege Landesrat Dörflinger am Schluss der Ernährungskette feststellen können, ob etwas passiert ist. Jetzt haben wir Strafbestimmungen, eine Positivliste, genau nachvollziehbare Partnerschaften zwischen dem Tierhalter, dem Tierarzt und der Kontrolle. (Abg. Kaufmann: „Und wo sind die Futtermittelhersteller?“) Selbstverständlich sind die Futtermittelhersteller mit dieser Überprüfung auch in den Fragen, was Beimischung betrifft, konfrontiert, nur mit Rezepturen konkret klargestellt. Wir haben bisher, wenn wir Kontrollen gemacht haben und derzeit haben wir insgesamt zwölf Anzeigen gerichtlich im Verfahren laufen, keine Möglichkeit gehabt, bei Medikamentenmissbrauch konsequent auch Strafen und Verfahren durchzusetzen und direkt erfolgreich einzugreifen. Das hat der Staatsanwalt bei diesem Verfahren kritisch angemerkt, dass das ein gesetzliches Vakuum war. Ich glaube daher, dass vor allem mit diesen Tiergesundheitsdiensten, mit dem Tierarzneimittelkontrollgesetz, übrigens abgesprochen bundesweit und wir haben bereits unsere Vorschläge für einen Tiergesundheitsdienst in den Ministerien und es wird einheitlich die

Voraussetzung geschaffen, auch Qualität und Logistik, als Partner für den Konsumenten vom Ursprung der Tierhaltung bis zur Tierbetreuung, zur Schlachtung, zur Kühlung bis in die Vitrine einen geschlossenen Kreislauf vorzulegen. Das ist in Wahrheit die Alternative, nicht das Endprodukt zu kontrollieren und zu kritisieren, sondern in der begleitenden Kontrolle die Voraussetzungen zu schaffen.

Abschließend möchte ich noch feststellen, dass in der Steiermark, um sich eben gegen solche Pannen, die getroffen sind, die kann man nicht wegdiskutieren, abzusichern, Vorkehrungen unsere Grundlagen für die Untersuchungen nehmen nur Amtstierärzte und Bezirkstierärzte vor, die auch nachvollziehbar über Disziplinarbereiche im Grunde auch belangt werden können, wenn fehlerhaftes Verhalten vorliegt. Wir haben zusätzlich außer dem Bereich derzeit eine Überprüfung laufen, um eben solche Schwachstellen zu erkennen, damit so eine peinliche Situation im Grunde nicht passiert. Das war selbstverständlich der Kritik ausgesetzt, auch mit Recht der Kritik ausgesetzt. Der entscheidende Bereich ist vor allem, dass wir in Zukunft solche Sicherheitsvoraussetzungen schaffen, damit vor allem die tierische Veredelung und damit eine hochwertige Ernährungsbasis im Grunde gesichert bleibt. Das aus meiner Sicht zu diesem gesamten Bereich. Ich darf nur ankündigen, diese kritisierte Position damals im Ausschuss, warum dieser Bereich so lange gedauert hat. Wir haben gestern in der Regierung diesen großen Bericht über diese Medikamenten- und Arzneimittelfrage in der Regierung gehabt und der wird in Kürze auch dem Ausschuss zugeführt werden auf Grund dieser Bemerkung, weil das im Unterausschuss die Grundlage ist für die Diskussion in dieser gesamten Causa, vor allem auf die Zukunft bezogen. (Beifall bei der ÖVP. – 16.16 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 610/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 278/2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

17. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 70/1, der Abgeordneten Kaufmann, Schrittwieser, Margarethe Gruber und Stöhrmann, betreffend die verfassungsrechtliche Absicherung der Steiermärkischen Landesforste.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Monika Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (16.18 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Antrag wurde am 11. September 2001 der Landesregierung zur Stellungnahme zugewiesen. Die Stellungnahme kommt von der Landesfinanzabteilung, die derzeit noch für die Angelegenheiten der Steiermärkischen Landesforste zuständig ist.

Zur Situation im Bereich des Wirtschaftsbetriebes Steiermärkische Landesforste ist auszuführen, dass es neben dem geschlossenen Liegenschaftskernbesitz der Landesforste noch zahlreiche nicht betriebsnotwendige Liegenschaften gibt, die in diversen Streu- und Insellagen liegen. Derzeit hat die Direktion der Steiermärkischen Landesforste rund 78 solche Liegenschaften im gesamten Flächenausmaß von rund 264.881 Quadratmeter erfasst und erfolgen laufende Abverkäufe, sofern eine Verwertung zu vertretbaren Preisen möglich ist.

Völlig unabhängig davon ist jedoch aus der Sicht der Landesfinanzabteilung grundsätzlich festzustellen, dass durch jede Form der Selbstbeschränkung der wirtschaftlichen Dispositionsmöglichkeit eine Wertminderung des Landesvermögens eintritt und daher solche Maßnahmen unter dem Blickpunkt der Vermögensverwaltung des Landes Steiermark abzulehnen sind.

Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform zum Antrag, Einl.-Zahl 70/1, der Abgeordneten Kaufmann, Schrittwieser, Margarethe Gruber und Stöhrmann, betreffend die verfassungsrechtliche Absicherung der Steiermärkischen Landesforste, wird zur Kenntnis genommen. (16.20 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort. Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Gruber, in Vorbereitung, bitte.

Abg. Kaufmann (16.20 Uhr): Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben heute schon einmal über den Verkauf von Familiensilber gesprochen und wir sind wieder bei einem Tagesordnungspunkt angekommen, bei dem es um Verkauf von Familiensilber geht, spricht die Landesforste. Wir haben vor ziemlich genau einem Jahr hier einen Antrag gestellt, die Steiermärkischen Landesforste verfassungsrechtlich abzusichern. Und ich rede jetzt gar nicht darüber, dass es scheinbar so der Brauch ist, dass unsere Anträge einfach liegen gelassen werden. Damals wurde unser Antrag mit einer Dreimonatsfrist versehen, jetzt kommt er auf die Tagesordnung. Das ist um ungefähr zwei Monate länger als die gesetzliche Frist ist. Davon spreche ich gar nicht. Aber warum es im Ausschuss nicht möglich war, dieses Stück dem Unterausschuss für die Demokratiereform zuzuweisen, damit man darüber noch einmal sprechen kann und über die Landesforste noch

einmal diskutieren kann, warum sie nicht in den verfassungsrechtlichen Rang erhoben wurden, das war nicht möglich und wurde von ÖVP und FPÖ abgelehnt und es ist für mich völlig unverständlich und ich stelle hier die Frage speziell an dich, Herr Landesrat, und an den Herrn Finanzlandesrat, was haben Sie mit den Landesforsten vor? Warum war es nicht möglich darüber zu diskutieren? Ich glaube, Sie haben hier bestimmt Ihre Gründe. Ich weiß einen Grund zumindest, warum wir die Landesforste in den verfassungsrechtlichen Rang erheben wollen, nämlich um dem Verscherbelungstrieb der derzeit agierenden Regierung einen Riegel vorzuschieben. Wir haben im letzten Landtag über die Schlossbesitzer gesprochen und heute werden wir wahrscheinlich über die Jagdbarone der ÖVP reden. Wir wissen, dass es sehr viele Freunde von ÖVP und FPÖ gibt, die großes Interesse und auch Geld haben um sich vor allem jagdlich interessante Gebiete aus diesen Landesforsten herauszukaufen. 1998 haben wir hier schon einmal einen Antrag gestellt, um einem damaligen Verkauf entgegenzuwirken, diesen zu verhindern. Damals gab es eine Vierparteieneinigung darüber, jetzt ist der Antrag ÖVP und FPÖ im Ausschuss abgelehnt. Das lässt bei mir natürlich alle Alarmglocken klingeln. Wahrscheinlich haben Sie jetzt schon genaue Pläne, wer was bekommen soll. Meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP und FPÖ, die steirischen Landesforste sind nicht Ihr Privatbesitz, sondern er gehört allen Steirerinnen und Steirern. Er hat den Steirerinnen und Steirern vor eurer Regierung gehört und wenn es nach uns geht und wir werden uns dafür einsetzen, dann wird er ihnen auch nach Ihrer Zeit gehören. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Betrieb der Steiermärkischen Landesforste, der noch im Alleineigentum des Landes Steiermark steht, umfasst eine Fläche von über 27.500 Hektar. Das Land Steiermark ist somit der drittgrößte Waldbesitzer in der Steiermark. Ich war daher mehr als verwundert, als in der Stellungnahme der Landesregierung zu lesen ist, man könne unserem Antrag nicht zustimmen, weil es einige nicht betriebsnotwendige Liegenschaften in Streu- und Insellagen im Ausmaß von 264.881 Quadratmeter – und da ist die Betonung auf Quadratmeter – geben soll. Ich darf noch einmal erinnern, 27.500 Hektar gehören dem Land und wegen 264.000 Quadratmeter, das sind 26,5 Hektar, wegen 26,5 Hektar in Streulagen kann man die gesamten Landesforste von 27.500 Hektar nicht in den Verfassungsrang erheben. Was heißt Verfassungsrang? Verfassungsrang heißt, dass die Steiermärkischen Landesforste im Besitz des Landes Steiermark bleiben sollen und dass es zu einer Substanzerhaltungsverpflichtung kommt. Und wenn man hier genau nachgelesen hätte, dann wäre man darauf gekommen, dass bei einer Substanzerhaltungsverpflichtung immer notwendige kleine Arrondierungen erlaubt sind. Und diese 26 Hektar, gegenübergestellt den 27.500 Hektar, sind nur eine kleine Arrondierung, das sind 0,1 Prozent und deswegen unseren Antrag abzulehnen, dass die steirischen Landesforste diesen Verfassungsrang nicht bekommen, das empfinde ich eben als Pflanzerei. Die Landesfinanzabteilung schreibt, dass es zu einer Wertminderung des Landesvermögens kommt, wenn man diese 26 Hektar nicht verkaufen kann. Dieser Betrieb der steirischen Landesforste wurde in den letzten Jahrzehnten sowohl in wirtschaftlicher als auch in ökologischer Hinsicht ausgezeichnet geführt. Zum einen konnten Gewinne erzielt werden, die entweder an das Land abgeführt oder in den Betrieb reinvestiert wurden, zum anderen wurden die natürlichen Ressourcen Wald, Wasser, Wild und Almen fachgerecht gepflegt. Es wäre sehr schön, wenn die FPÖ ihre Party vielleicht draußen machen könnte. (Abg. Gennaro: „Ist das hier ein Jahrmarkt?“ – Präsident: „Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit. Am Wort ist die Frau Abgeordnete Kaufmann!“) Es wäre schön, wenn Sie auch darauf achten würden. Es geht nämlich um sehr viel. Es geht um 27.500 Hektar, die man verscherbeln will. Nur so viel dazu, damit Sie im Bilde sind, über was ich gerade spreche. Zirka 80 bestens ausgebildete Menschen haben in diesem Betrieb Arbeit und diese Arbeitsplätze sehe ich in Gefahr. Dieser vorsichtigen nachhaltigen Bewirtschaftung durch diese Fachleute ist es zu verdanken, dass die Machbarkeitsstudie zum Projekt „Nationalpark Gesäuse“ das Gebiet für nationalparkwürdig hält. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme jetzt zum nächsten Punkt: Das Projekt „Nationalpark Gesäuse“ wird ausschließlich auf den Flächen der steirischen Landesforste realisiert. Sie alle wissen, wie wichtig der Schutz dieses Gebietes ist, wie wichtig für Flora und Fauna, aber auch für die Erholungszwecke der Steirerinnen und Steirer. Jetzt stellen Sie sich vor, dieses Projekt „Nationalpark Gesäuse“ wird mit enormen finanziellen Mitteln vom Bund und Land realisiert und dann kommt ein Privater und kauft für irgendein Disneyland-Projekt Gründe aus diesen Landesforsten, die vorher mit finanziellen Mitteln als Nationalpark realisiert wurden. Auch das, meine sehr geehrten Damen und Herren, wollen wir mit unserem Antrag verhindern und auch das können wir nur mit diesem Antrag verhindern. Grund und Boden sind nicht vermehrbare Güter. Unsere Wälder mit ihren wertvollen Wasserressourcen kann man nur einmal verkaufen und bringen so nur einmal Geld. Eine Absicherung der Steiermärkischen Landesforste im Verfassungsrang bedeutet die Erhaltung von betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich wichtigen Substanzen. Ich stelle daher den Entschließungsantrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens den Wirtschaftsbetrieb „Steiermärkische Landesforste“ weiterhin ausschließlich durch die öffentliche Hand zu betreiben; zweitens dafür Sorge zu tragen, dass keine Verkäufe von Flächen des Betriebes „Steiermärkische Landesforste“, mit Ausnahme von kleineren notwendigen Arrondierungen in diversen Streu- und Insellagen, erfolgen; drittens binnen sechs Monaten dem Landtag einen Gesetzesentwurf betreffend die Novellierung der Bestimmung des Paragraphen 32 L-VG vorzulegen, aus dem dezidiert hervorgeht, dass die Steiermärkischen Landesforste als Betrieb des Landes und jedenfalls in seiner derzeitigen Fläche (Substanzerhaltungspflicht) zu erhalten ist; viertens das Projekt „Nationalpark Gesäuse“ ausschließlich auf den Flächen der Steiermärkischen Landesforste zu errichten und fünftens für den zukünftigen Betrieb des Projektes „Nationalpark Gesäuse“ (einschließlich der Nationalparkverwaltung) mehrheitlich die fachlich hoch qualifizierten Mitarbeiter der Steiermärkischen Landesforste heranzuziehen.

Ich ersuche Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 16.28 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Margarethe Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (16.29 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben diese Welt nur von unseren Kindern geliehen. Ich denke, wir haben alle eine gute Kinderstube und wir wissen, wie man mit Leihgaben umgeht, nämlich sehr sorgfältig. Unter diesem Aspekt ersuche ich, diesen Tagesordnungspunkt auch zu betrachten. Wir haben gehört, dass Grund und Boden keine vermehrbaren Güter sind. Ich denke, wir haben die Möglichkeit, Grund und Boden zu vermehren. Die BVA wird von der Bundesregierung gezwungen, ihre Gründe im Bezirk Bruck an der Mur in Aflenz zu verkaufen. Hier gäbe es für die Landesregierung die Möglichkeit, eine Vermehrung des Grundes und Bodens hervorzubringen, so dass es uns gestattet ist, unseren Kindern nicht nur das Bestehende, sondern darüber hinaus auch noch mehr zu hinterlassen. Gehen wir mit dem, was wir haben, sorgfältig um. Wir bitten Sie daher, unseren Antrag zu unterstützen. (Beifall bei der SPÖ. – 16.30 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gangl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gangl (16.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es wurde wieder einmal sehr stark in der Wahrscheinlichkeitsform gesprochen. Ich habe bei der Wortmeldung der Kollegin Kaufmann sehr oft das Wort „wahrscheinlich“ gehört: Wahrscheinlich kommen die Jagdbarone, wahrscheinlich kommt das Disneyland und wahrscheinlich kommen auch andere Dinge. (Abg. Kaufmann: „Wahrscheinlich hast du nicht zugehört!“) Ich habe schon zugehört und das wird im Protokoll nachzulesen sein, wie oft das Wort „wahrscheinlich“ gesagt wurde. Die Stellungnahme der Landesregierung sagt eindeutig, dass die Landesfinanzabteilung auch für die Angelegenheiten der Landesforste zuständig ist und dass es neben den geschlossenen Kernliegenschaftsbesitzen auch noch zahlreiche Flächen gibt, die als nicht betriebsnotwendige Liegenschaften zu bezeichnen sind. Das sind die so genannten Streu- und Insellagen, zirka 26,5 Hektar aufgeteilt auf 78 Liegenschaften, also sehr kleine Flächen. Natürlich wird aus wirtschaftlicher Sicht das eine oder andere abzugeben sein. Das heißt aber, dass man auf der anderen Seite wieder einen Mehrwert schaffen kann. Ich glaube, Naturschutz, Wasserschutz und all diese Dinge können bewältigt werden, wenn man auch ein gewisses wirtschaftliches Denken hat und nicht nur eine unbewegliche und starre Haltung einnimmt. (Abg. Kaufmann: „Es geht nicht um wirtschaftliches Denken!“) Der Inhalt Ihres Antrages würde solche nicht betriebsbezogenen Liegenschaften unter einen Veräußerungsschutz stellen. Es würden keine Dispositionen möglich sein beziehungsweise würden diese erschwert. Völlig unabhängig davon hat auch die Landesfinanzabteilung festgestellt, dass jede Form der Selbstbeschränkung eine Wertminderung des Landesvermögens eintreten würde und solche Maßnahmen unter dem Blickpunkt der Vermögensverwaltung des Landes abzulehnen sind. Wenn wir uns die Zahlen anschauen und sie wurden schon genannt, um welche Größenordnungen es hier geht, so haben die Landesforste 27.584 Hektar gegenübergestellt der Steiermark 994.000 Hektar Wald. Das sind insgesamt 2,8 Prozent der steirischen Waldfläche. Mit diesen Einnahmen und das wurde von mir auch schon angesprochen, ist es auch möglich, den Liegenschaftskernbesitz aufzuwerten. Man kann das Projekt „Nationalpark Gesäuse“ als ein positives Beispiel nennen. Es ist nicht gesagt, dass sich das nur auf die Landesforste zu beschränken hat. Wenn wir wissen, dass es einen jährlichen Zuwachs von netto zirka 500 Hektar Wald in der Steiermark gibt und man davon ausgeht, dass es nur beabsichtigt sein wird, die 26,5 Hektar oder vielleicht ein bisschen darüber hinaus zu verkaufen, dann sehen wir, von welcher Relation wir hier sprechen. Sie können Ihren Antrag wieder sehr gut dafür einsetzen, um ein Schreckgespenst an die Wand zu malen. Viele Dinge sind im Österreichischen Bundesforstgesetz verankert. Ich nenne hier den Schutz der Seen, den Schutz des Trinkwassers, den Schutz der Naturräume, der Verkauf an Kleinbauern, die Sicherstellung der freien Betretbarkeit für den Erholungsuchenden. Hier gibt es genug Argumente für die Stellungnahme der Landesregierung. Ich stelle daher den Antrag auf Beschlussfassung des Ausschussantrages. (Beifall bei der ÖVP. – 16.34 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Wöhry. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (16.35 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Meine Damen und Herren!

Die SPÖ hat hier einen Entschließungsantrag eingebracht, der aus meiner Sicht Äpfel mit Birnen verwechselt und der aus fachlicher Sicht grundsätzlich deshalb abzulehnen ist, weil er eigentlich nur von Allgemeinplätzen bestimmt ist. Frau Kollegin Kaufmann hat in ihren Ausführungen festgestellt, dass es eine Verscherbelungstaktik gibt, dass Familiensilber verkauft werden soll und dergleichen. Ich stelle hier fest, dass niemand in der ÖVP und niemand in der FPÖ und hoffentlich niemand hier im Hohen Haus die Absicht hat, Familiensilber in Form von Landesforsten zu verscherbeln. Sie stellen am Ende Ihres Entschließungsantrages fünf Punkte als Forderung auf, die ich wie folgt beantworten möchte. (Abg. Kaufmann: „Ich brauche keine Antwort von Ihnen!“) Die Punkte eins bis drei beziehen sich auf die Landesforste insgesamt und es ist festzustellen, dass wir – (Abg. Kaufmann: „Ich brauche keine Antwort von Ihnen. Wie kommen Sie darauf, dass ich fünf Fragen stellte?“) Wollen Sie rauskommen, Frau Kollegin? (Abg. Kaufmann: „Nein, aber eine Meinung wird man wohl noch sagen

dürfen!“) Wollen Sie rauskommen? (Abg. Kaufmann: „Aber das gilt schon für uns auch, oder?“) Und ich habe schon gesagt, die ÖVP und nicht die FPÖ wird hier irgendetwas verschern. Ich möchte nur einen Aspekt näher beleuchten. Sie führen an, dass der Nationalpark Gesäuse ausschließlich auf Landesforstgrund zu errichten ist. Das ist im Prinzip richtig und es gibt dafür die geltenden Beschlüsse, dass zurzeit auf Landesforstgrund dieser Nationalpark errichtet werden soll. Dem Nationalparkgedanken und der Nationalparkidee Gesäuse liegt jedoch zugrunde, dass Vertragsnaturschutz gilt. Das bedeutet, dass, wenn wir diesen Antrag beschließen würden, jeder private Grundeigentümer davon ausgenommen wäre, seine Grundstücke aus eigenem Willen und freien Stücken in den Nationalpark einzubringen. Und es gibt durchaus Gespräche mit Grundeigentümern, die bereits jetzt sagen, sie können sich vorstellen, auch im Sinne des Vertragsnaturschutzes zu diesem Nationalpark zu gehen. Aus diesem Grund können wir diesem Entschließungsantrag nicht zustimmen.

Ein weiterer Punkt, der Punkt fünf, hier wird gefordert, dass Mitarbeiter der Landesforste und so weiter. Fest steht, dass bereits jetzt Mitarbeiter der Landesforste an den Managementplänen mitarbeiten. Das heißt, die Forderung ist zu 100 Prozent erfüllt. Und wir haben immer gesagt, wir wollen einen Nationalpark aus der Region und für die Region und einen Nationalpark, wo jene wirtschaften, die das Wirtschaften in der Region verstehen.

Ich verstehe nicht ganz die Verquickung Nationalparkidee mit Verfassungsschutz. Mir ist das nicht ganz klar, weil der sachliche Zusammenhang für mich einfach nicht gegeben ist. Ich bin auch dagegen, dass man den Nationalparkgedanken dazu ausspielt um etwas zu verhindern. Für uns ist der Nationalpark eine Chance, ein positives Projekt und als solches wollen wir das auch realisieren. Mich freut es, dass die Sozialdemokraten offensichtlich dem Projekt Nationalpark sehr positiv gegenüberstehen und ich freue mich schon jetzt auf die Abstimmung, wenn das Nationalparkgesetz im Hohen Haus zur Abstimmung gelangen wird. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 16.38 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hagenauer. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abg. Hagenauer (16.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer!

Ich fasse mich kurz! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie, Sie berufen sich eingangs hier lobenswerterweise auf das öffentliche Eigentum an den Landesforsten und singen hier das hohe Lied gegen die Privatisierung irgendwie – wenn ich das richtig verstanden habe. Und hinten, wenn ich mir das dann anschau unter Punkt vier fordern Sie was? Das Projekt „Nationalpark Gesäuse“ ausschließlich auf den Flächen der Steiermärkischen Landesforste zu errichten. Das heißt, auf den privaten nicht. Was lernen wir daraus? Die Sozialdemokratie schützt das Privateigentum. Das passt nicht zusammen. Mehr wollte ich Ihnen eigentlich nicht sagen. Wenn ich dafür bin, dass man ein öffentliches Interesse in diesem Land hat unter Nationalpark und die Errichtung eines Nationalparks gehört zweifellos dazu, dann stehe ich auch dafür ein. Und dann kann ich nicht hinten hergehen und kann sagen, ja, aber die privaten, die lassen wir auf der Seite, weil das Privateigentum ist uns wichtiger als das öffentliche Interesse. Ich habe schon ein Verständnis für den schweren Stand nicht zuletzt auch der Sozialdemokratie in der einen oder anderen tief schwarzen Region dieses Landes. Sie können sich vorstellen, ich weiß, wovon ich rede. Trotzdem sollte man dann der Versuchung nicht erliegen und zu derartigen Vorgangsweisen greifen, weil das eine ist der Nationalpark und das andere ist wie gesagt die parteipolitische Situation, mag sie auch noch so schwierig sein. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 16.40 Uhr.)

Präsident: Die letzte Wortmeldung dazu Herr Landesrat Pörtl, bitte.

Landesrat Pörtl (16.41 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Vielleicht einige Wort zu dem angesprochenen Themenbereich. Wir haben eine sehr klare Positionierung der Abgeordneten in dem Hause erlaubt und ich möchte sagen, die Frau Abgeordnete Kaufmann möchte ich persönlich auch beruhigen, wenn die Frage gestellt wird, was haben wir vor. Alles mit freiem Auge sichtbar! Wir haben zum Glück die Landesforste, ansonsten könnten wir über das Gesäuse gar nicht diskutieren. Und daher soll man den Verantwortlichen der Landesforste sehr, sehr dankbar sein, die in einer äußerst kooperativen und intelligenten Form sich aufmachen, vor allem die Mitarbeiter, die Führung, die Leitung, dass wir diese Regionen, 75 Prozent dieses zukünftigen Nationalparks ist Felsenregion, herrliche Natur- und Kulturlandschaft und Schutzwald. Der andere Bereich ist intensiver und aktiver Wirtschaftswald, bisher bestens geführt, auch ökologisch bestens geführt und daher möchte ich wirklich sagen, dass im forstlichen Bereich dieser Landesbesitz insgesamt ein ganz gewaltiger Faktor in der Kreditwürdigkeit auch des Landes darstellt. Ich kann mich gut erinnern, der Kollege Ressel hat das als einen wichtigen Aspekt in den Raum gestellt, auch wenn es um öffentliche Mittel oder Mittel um Kredit gegeben hat, dass die Landesforste einen hohen Wert haben. Daher denke ich als zuständiger Referent nicht im Traum, ich werde in Zukunft dort mitreden. Das geht an mir nicht vorbei. Ich bin da – ich darf selber nicht bewerten, weil ich Berufsverbot habe – ein kleiner ordentlicher Bauer, hoffe ich zumindest, aber selber beurteilen soll man das nicht. Ich denke nicht einmal im Traum, dass wir uns sozusagen dort verausgaben, dass wir diese Landesforste veräußern. Wir sollen nur diese Teile, die im normalen Wirtschaftsleben in der Entwicklung der Region, wenn dort Veräußerungen möglich sind, beweglich bleiben und – es gibt ja sogar Gedankengänge und auch Wünsche, auch im Landtag artikulieren die Kollegen, die Damen und Herren der Grünen haben einen Antrag gestellt, dass wir auch wichtige Bereiche eventuell auch zukaufen sollten. Das ist ebenfalls eine Position, der ich mich nicht verschließe. Wenn die finanziellen Möglichkeiten da sind, ist auch

dieses Erwirtschaften eines Landesgutes für eine vernünftige Partnerschaft in einer solchen Form für wertvolle Flächen ein vernünftiger Ansatz. Ich glaube daher, dass wir ebenfalls in dieser zuletzt angesprochenen Frage im Nationalpark Gesäuse offen bleiben sollen, sollten sich private Grundbesitzer in diesen Park einbringen wollen. Es gibt ja einen Tapetenwechsel, der ist ja nicht unbekannt geblieben, dass zum Beispiel das Stift Admont, ein sehr potenter – (Abg. Kaufmann: „Bauer!“) Bitte? (Abg. Kaufmann: „Bauer!“) Unternehmer in der Region und Grundbesitzer seine Kulissen verändert hat. Und nach gewissen Voraussetzungen, wir wissen alle, um was es geht (Abg. Kaufmann: „Um Geld geht es, warum sprichst du es nicht aus?“), um die Heilige Madonna – bitte? (Abg. Kaufmann: „Warum sprichst du es nicht aus?“) Ja, ich tu immer nachher gackern, wenn die Eier gelegt sind. Ich glaube, wie jedes Lebewesen ist gerade der Nationalpark Gesäuse ein sehr sensibles Lebewesen. Das muss auch wachsen, gedeihen und sich entwickeln können. Und damit wollen wir uns einer solchen Entwicklung nicht verschließen. Ich möchte nur bitten, dass wir in dieser Frage als ordentliche Makler, als ordentliche Vertreter des Landes mit diesem Landesgut ernst genommen werden und wir in keinsten Weise die Absicht haben, sozusagen auf den Disneyland-Märkten mit dem Nationalpark Gesäuse aufzutreten. Dort wird glaube ich das große Geschäft direkt unmittelbar nicht laufen. Für die gesamte Region, für die Steiermark, hat das ein ganz gewaltiges Gewicht. Nicht nur touristisch, sondern vor allem im gesamten Ansehen unseres Landes, wo wir letzten Endes – und damit möchte ich aufhören – sagen können, das, was in Jahrtausenden geschaffen worden ist, haben wir jetzt in der Hand, nach den Gefühlen der Menschen, dass dieses für viele nicht wertvolle Gebiet, weil man nur Bäume umschneiden kann und weil man sozusagen das nicht verwerten kann, gibt es auf einmal diese emotionale Zuwendung und das Bedürfnis. Und ich glaube daher, dass dieser Nationalpark Gesäuse in den Landesforsten ein Beispiel ist, dass wir eine unternehmerische, aber hoch verantwortungsvolle Form des Wirtschaftens und vor allem der Zukunftsentwicklung in unserer Hand auch kreativ in Anspruch nehmen wollen. (Beifall bei der ÖVP. – 16.46 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Damit, meine Damen und Herren, komme ich zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend die verfassungsrechtliche Absicherung der Steiermärkischen Landesforste, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

18. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 643/1, betreffend den Verkauf der Liegenschaft in 8330 Feldbach, Raabau 10, GB. Feldbach, KG. 62147 Raabau, EZ. 164 im Grundflächenausmaß von 2575 Quadratmeter an die Gemeinde Raabau zum Preis von 4 Millionen Schilling.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erwin Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (16.47 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Verkehrserschließung des ländlichen Raumes wird von der Fachabteilung 2E durchgeführt. Auf Grund neuer Anforderungen und interner Strukturänderungen werden die Bauhöfe Feldbach und Hartberg auf einen „Betreuungsstandort Ost“ in Gleisdorf zusammengeführt. Eine Qualitätsverbesserung in der Betreuung der oben angeführten Bezirke und somit eine Verwaltungsvereinfachung ist die Folge. Diese landeseigene Liegenschaft mit einem Gesamtausmaß von 2575 Quadratmeter ist mit einem Wohn- und Bürogebäude, verbaute Fläche 160 Quadratmeter sowie Werkstätte, Halle und Schuppen bebaut. Mit 20. Juli 2001, „Grazer Zeitung“, Stück 29 sowie der „Kleinen Zeitung“, Inseratteil „Wert und Wohnen“ am 29. Juni 2001 wurde die Liegenschaft zur öffentlichen Feilbietung bekannt gemacht. Es wurden zwei Angebote gelegt. Ing. Walter Kniely, 8330 Feldbach, Grazer Straße 26 bis 28 mit einem Kaufangebot in der Höhe von 2,1 Millionen Schilling sowie die Gemeinde Raabau ein Angebot in der Höhe von 4 Millionen Schilling. Laut Schätzgutachten des Allgemein beeedeten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen für das Bauwesen und Immobilien, Baumeister Ing. Heinz Reimitz, 8010 Graz, Schörgelgasse 72 stellt die Liegenschaft einen Verkehrswert von 4,723.600 Schilling dar. Nachdem Investitionen in der Höhe von rund 700.000 Schilling für Adaptierungsarbeiten von Wasser- und Strominstallation, des Daches, der zu erneuernden Fenster und der Fassade sowie die anfallenden Erhaltungskosten in den nächsten Jahren durch die Fachabteilung 2E notwendig wären, erscheint der Angebotspreis von 4 Millionen Schilling als angemessen. Es wird vorgeschlagen, den Erlös aus dem Verkauf zu 50 Prozent dem Landesbudget zuzuführen. 25 Prozent sollen als Mietzinsvorleistung für den neuen Standort in Gleisdorf sowie 25 Prozent für die EDV-Ausrüstung im neuen Standort Verwendung finden. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 5. November 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 164, KG. 62147 Raabau im Grundflächenausmaß von 2575 Quadratmeter an die Gemeinde Raabau, 8330 Feldbach, Raabau 145 zum Preis von 4 Millionen Schilling wird genehmigt. Ich ersuche um Annahme. (16.50 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt dazu nicht vor.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 19 und 20 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

19. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 295/2 und 363/2, zum Beschluss Nr. 147 des Steiermärkischen Landtages vom 8. Mai 2001 über den Antrag, Einl.-Zahl 295/1, der Abgeordneten Wiedner und Mag. Dr. Bleckmann, betreffend Führung von IT-Klassen an AHS und zum Beschluss Nr. 148 des Steiermärkischen Landtages vom 8. Mai 2001 über den Entschließungsantrag, Einl.-Zahl 363/1, der Abgeordneten Mag. Erlitz und Kröpfl, betreffend Führung von IT-Klassen an AHS.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (16.50 Uhr): Ich darf über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 147 und zum Beschluss Nr. 148, beide betreffend Führung von IT-Klassen an AHS, berichten. Die Vorlage der Landesregierung liegt Ihnen allen vor. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 29. Oktober 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 147 des Steiermärkischen Landtages vom 8. Mai 2001 über den Antrag der Abgeordneten Wiedner und Dr. Bleckmann, betreffend Führung von IT-Klassen an AHS und zum Beschluss Nr. 148 des Steiermärkischen Landtages vom 8. Mai 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Erlitz und Kröpfl, betreffend Führung von IT-Klassen an AHS, wird zur Kenntnis genommen. (16.51 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

20. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 274/1, der Abgeordneten Mag. Dr. Bleckmann und Graf, betreffend Legasthenie.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (16.51 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Ich berichte zum Antrag, Einl.-Zahl 274/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Graf, betreffend Legasthenie. Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten hat in seinen Sitzungen am 24. April 2001 und 4. Dezember 2001 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Der Antrag der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Graf, betreffend Legasthenie, wurde am 24. April 2001 der Landesregierung zur Stellungnahme zugewiesen. Laut gegenständlichem Antrag wurde die Landesregierung aufgefordert, erstens die Zahl der in der Steiermark von Legasthenie betroffenen Schüler zu erheben, zweitens die Möglichkeit einer wirksamen Unterstützung für betroffene Kinder zu schaffen, drittens zu überprüfen, ob bereits bei Kindergartenkindern eine „Früherkennung“ möglich ist, viertens falls eine solche Früherkennung möglich ist, in Kindergärten die Möglichkeit einer Frühförderung zu schaffen.

Die Landesregierung hat eine Stellungnahme dazu abgegeben, die Ihnen vorliegt. Ich stelle namens des Ausschusses für Soziales und Kindergärten den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten zum Antrag, Einl.-Zahl 274/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Graf, betreffend Legasthenie, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (16.53 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Mir liegt eine Wortmeldung der Frau Abgeordneten Graf vor.

Abg. Graf (16.53 Uhr): Herr Präsident, werte Landesräte, meine Damen und Herren!

Legasthenie ist eine Lese- und Rechtschreibschwäche nach der älteren wissenschaftlichen Klassifizierung von Asthenienschwächen und es wird heute als Lernstörung verzeichnet. Die WHO hat sie als krankhafte Störung in die offizielle Liste der gesundheitlichen Beeinträchtigungen aufgenommen, die Krankheitswert besitzen bei völlig normal entwickelter Intelligenz. Weltweit wird unter Lese- und Rechtschreibschwäche ein spezielles Versagen beim Erlernen des Lesens und Rechtschreibens verstanden, das einer Therapie bedarf. Es kommt bei den betroffenen Eltern zu großer Verzweiflung, wenn sie beim Lernen mit ihrem Kind merken, dass weder Lob noch Strafe, keine Wutausbrüche und Tränen, aber auch keine gut gemeinten Tipps helfen. Viele Kinder resignieren und entwickeln Unlust allem Geschriebenen gegenüber. Rechtzeitige Gegenmaßnahmen sind wichtig, sich mit diesem Problem auseinander zu setzen ist wichtig, Eltern und Kinder nicht allein zu lassen ist wichtig. Bei frühzeitiger und gezielter Behandlung können Beeinträchtigungen vermieden, abgebaut und gemildert werden. Dadurch wird ein Scheitern in der Schullaufbahn und den weiteren negativen Entwicklungen entgegengewirkt. Wir wollen die künftigen Chancen unserer Kinder verbessern und wir wollen die Stresssituation in der Schule entlasten und unsere Kinder lebensstauglich machen. Wir stellen daher einen unselbstständigen Entschließungsantrag, der eine steiermarkweite und flächendeckende Untersuchung über die Graduierung der Ausprägung an Legasthenie fordert.

Wir konnten in der Stellungnahme der Landesregierung ersehen, dass es keine steiermarkweiten eigenen Untersuchungen gibt, sondern dass lediglich eine Wiener Längsschnittuntersuchung auf uns transformiert wurde. Die Legasthenie betrifft jedoch sehr viele Schüler und deshalb erachten wir eine steiermarkweite Untersuchung, die gesicherte Daten gibt, für erforderlich.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine steiermarkweite flächendeckende Untersuchung aller Sechs- bis 14-Jährigen in Auftrag zu geben, die Auskunft über die Graduierung der Ausprägung an Legasthenie – aufgeschlüsselt nach verschiedenen Altersstufen – gibt. Und ich bitte Sie dabei um Ihre Unterstützung. (Beifall bei der FPÖ. – 16.56 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesen Tagesordnungspunkten liegt mir nicht vor, womit ich zur Abstimmung komme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 295/2 und 363/2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmig Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 274/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend steiermarkweite flächendeckende Untersuchung über die Graduierung der Ausprägung an Legasthenie, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

21. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 127/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Stöhrmann und Schleich, betreffend Beschluss eines Zweitwohnsitzabgabengesetzes und Novellierung des Steiermärkischen Nächtigungs- und Ferienwohnungsabgabengesetzes.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erich Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (16.57 Uhr): Ich bringe den schriftlichen Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 127/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Stöhrmann und Schleich, betreffend den Beschluss eines Zweitwohnsitzabgabengesetzes und Novellierung des Steiermärkischen Nächtigungs- und Ferienwohnungsabgabengesetzes.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seinen Sitzungen am 6. März 2001 und am 4. Dezember ebenfalls dieses Jahres über den obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt und dabei wurde folgendes Ergebnis erzielt:

Es wurde einhellig festgestellt, dass für die Gemeinden, die durch die Aufhebung des Paragraphen 9 b Absatz 3 NFWAG (Zuschlag zur Ferienwohnungsabgabe) Einnahmeneinbußen erleiden und hohe Aufwendungen für die Tourismusinfrastruktur zu leisten haben, wieder entsprechende Einnahmemöglichkeiten geschaffen werden müssen. Unter Beachtung des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes wird eine angemessene Relation zwischen Nächtigungsabgabe und Ferienwohnungsabgabe (als Fremdenverkehrsabgabe im Sinne von Paragraph 15 Absatz 1 Ziffer 5 FAG 2001) normiert, wobei die Annahme von 300 Nächtigungen pro Jahr bei Ferienwohnungen über 100 Quadratmeter Nutzfläche zugrunde lag.

Darüber hinaus sollen die seit 1990 nicht angehobene Nächtigungsabgabe von derzeit 7 Schilling auf einen Euro und die verpflichtend einzuhebende Ferienwohnungsabgabe in Paragraph 9 b Absatz 1 erhöht werden. Zur Vereinfachung der Einhebung wird es in Hinkunft nicht mehr sechs, sondern nur mehr vier unterschiedliche Kategorien, abgestuft nach der Größe der Nutzfläche, geben.

In der Ausschusssitzung am 4. Dezember 2001 wurde darüber hinaus ein Minderheitsantrag der Abgeordneten Schleich und Margarethe Gruber gestellt und dieser Minderheitsbericht wird wie folgt beantragt:

Der als Ergebnis der Unterausschussverhandlungen zum SPÖ-Antrag, Einl.-Zahl 127/1, vorgelegte Ausschussantrag sieht unter anderem eine Erhöhung der Nächtigungsabgabe von 7 Schilling auf einen Euro vor. Da die Intention dieser Novellierung aber darin liegt, den erheblichen Einnahmementfall der Gemeinden durch die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes zu kompensieren, ist nicht einzusehen, dass das Land im Wege des gesetzlichen Verteilungsschlüssels von dieser Erhöhung ebenfalls profitieren soll.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, dass das Steiermärkische Nächtigungs- und Ferienwohnungsabgabengesetz geändert wird, nämlich im Artikel I:

Paragraph 10 Absatz 1 hat zu lauten:

„85 Prozent der Einnahmen aus der Fremdenverkehrsabgabe von Nächtigungen gebühren der Gemeinde als Anteil an der Abgabe. Die Gemeinden haben daher jeweils bis zum 15. des Monats 15 Prozent (Präsident Purr: „Ich ersuche bitte den Lärmpegel abzusenken. Herr Abgeordneter, ich bitte fortzusetzen!“) der im vergangenen Monat vereinnahmten Abgabenbeträge an das Land abzuführen. Die Gemeinden sind verpflichtet, ihren Anteil tourismusfördernden Zwecken im Gemeindebereich zu widmen.“

Dieser Antrag wurde vom Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft nicht angenommen. Er wird hiermit wiederholt.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der nachstehende Entwurf des Gesetzes – er liegt Ihnen ja vor –, mit dem das Steiermärkische Nächtigungs- und Ferienwohnungsabgabegesetz 1980 geändert wird, wird zum Beschluss erhoben. Ich bitte um Annahme. (17.02 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung liegt vor, Herr Abgeordneter Schleich. Ich darf Sie bitten, die Wortmeldungen gleich rechtzeitig zu bringen, damit ich keine Wortmeldung übersehen kann.

Abg. Schleich: Ich ziehe die Wortmeldung zurück!

Präsident: Danke, wurde zurückgezogen. Somit gibt es keine Wortmeldung dazu. Meine Damen und Herren, wir haben jetzt zwei Abstimmungsvorgänge, nämlich zum Einen über den Minderheitsbericht, der soeben zur Verlesung gebracht wurde und dann eben über den Bericht des Berichterstatters.

Die Damen und Herren, die dem Minderheitsbericht der SPÖ, betreffend Novellierung des Steiermärkischen Nächtigungs- und Ferienwohnungsabgabegesetzes, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Danke, der Minderheitsbericht hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu Punkt

22. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 285/3, zum Beschluss Nr. 105 des Steiermärkischen Landtages vom 20. März 2001 über den Entschliebungsantrag der Abgeordneten Dietrich und List, betreffend Umsetzung der Melker Vereinbarung über das AKW Temelin.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (17.03 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Der Beschluss des Landtages hatte folgenden Wortlaut:

„Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, die Melker Vereinbarung, die unter anderem Informationspflichten über das AKW Temelin, eine Umweltverträglichkeitsprüfung, die Vereinbarung einer Umweltpartnerschaft sowie ein Frühwarnsystem umfasst, ehestmöglich umzusetzen.“

Es liegt uns eine Regierungsvorlage vor, in der wird ausgeführt, dass laufend Gespräche mit der tschechischen Seite stattfinden und die Landeshauptmännerkonferenz und die Landesfinanzreferentenkonferenz bekräftigen die österreichische Antiatomkraftwerkshaltung. Alle neun österreichischen Länder unterstützen solidarisch die in Aussicht genommene Feststellungsklage der drei Länder Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg gegen das AKW Temelin.

Als sichtbarer Ausdruck dieser Solidarität werden die Kosten dieser rechtlichen Maßnahme bis zu maximal 5 Millionen Schilling von allen neun Ländern gemeinsam getragen.

Bei der Beschlussfassung wurde von der rechtlichen Situation ausgegangen, derzufolge eine Feststellungsklage nur für die Länder Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg chancenreich ist. In der Folge hat unter dem Vorsitz von Oberösterreich eine Sitzung der beamteten Länderexperten stattgefunden, in welcher von Oberösterreich ausgehend vom laufenden ÖVP-Verfahren darauf hingewiesen wurde, dass zwei gravierende Mängel in baulicher Hinsicht beim AKW Temelin vorliegen. Zu diesem Zeitpunkt wurde mitgeteilt, dass auf Grund des obzitierten Beschlusses der Landeshauptmänner- und Landesfinanzreferentenkonferenz eine Klage eingebracht wurde. Ergänzend wird, ausgehend von einer Mitteilung des Strahlenschutzbeauftragten des Landes Steiermark, mitgeteilt, dass zwischen dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft laufend bilaterale Gespräche auf Expertenebene mit Tschechien stattfinden. Auf die in den Medien in den letzten Monaten berichteten Betriebsabschaltungen auf Grund aktueller Störfälle im AKW Temelin sowie die Reaktionen auf politischer Ebene kann bei dieser Gelegenheit hingewiesen werden. Es wird demzufolge der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die vorliegende Regierungsvorlage zum Beschluss Nr. 105 betreffend Umsetzung der Melker Vereinbarung über das AKW Temelin, Einl.-Zahl 285/1, wird zur Kenntnis genommen. (17.06 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor. Doch? Ich darf Sie bitten, sich rechtzeitig zu melden, meine Damen und Herren. Ich erteile der Frau Abgeordneten Dietrich das Wort.

Abg. Dietrich (17.06 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Auch wenn die Zeit schon etwas fortgeschritten ist, glaube ich doch, dass das ein Thema ist, über das es sich lohnt, weil es uns alle betrifft, ganz kurz zu referieren. Ich glaube, Temelin ist in den letzten Wochen ein Thema geworden quer über alle Fraktionen, jeder beschäftigt sich damit, das jeden anspricht und das auch jeden betrifft. Vor allem auf Bundesebene hört man von den Oppositionsparteien, was alles nicht passt, was alles zu wenig gemacht wird. Ich stelle mir schon die Frage, was in den letzten Jahrzehnten sozialistische Bundeskanzler getan haben. Diese hätten es in der Hand gehabt, hätten die Möglichkeit besessen, die Planung und den Bau von Temelin zu verhindern. Es wird wohl jedem einleuchten, dass eine Planung leichter zu verhindern ist als eine Inbetriebnahme eines fertigen AKW. Meine Damen und Herren von der SPÖ: Wenn Sie sich nun über Temelin besonders aufregen, dann glaube ich, sollten Sie vor der eigenen Tür kehren und sich die eigenen Versäumnisse anschauen. Die österreichische Bundesregierung geht einen klaren Weg, einen nachvollziehbaren Weg, der lautet: europaweiter Ausstieg aus der Kernenergie. Das ist und bleibt unser Ziel. Es ist auch logisch, dass dieses Ziel nicht von einem Tag auf den anderen erreicht werden kann. Deshalb fordern wir im ersten Schritt, zumindest europaweit einheitliche Standards durchzusetzen. Mit dem Volksbegehren zwingen wir Tschechien, Sicherheitsstandards einzuhalten und die FPÖ als Regierungspartei behält sich weitere Schritte vor, nämlich Ende nächsten Jahres zu schauen, wie haben die Tschechen reagiert. Wenn die Versprechen nicht eingehalten werden, werden wir auch vom Veto nicht Abstand nehmen. Die österreichische Bevölkerung liegt uns am Herzen. Temelin und Kernenergie ist nicht nur ein Thema, das unsere Gesundheit betrifft, nein, darüber hinaus auch unsere Existenz und die Existenz unserer nachfolgenden Generationen. In diesem Sinn ersuche ich Sie alle, auch das Volksbegehren Temelin zu unterstützen. (Beifall bei der FPÖ. – 17.09 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Hagenauer. Er ist am Wort.

Abg. Hagenauer (17.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich fasse mich kurz, weil ich wollte mich auch nicht unbedingt zu dem Thema melden. Es ist passiert, was passieren hat müssen: Die Kollegin von der Freiheitlichen Partei marschiert im Gleichschritt ihrer Bundesorganisation und preist das Volksbegehren in Sachen Temelin an. Das kann natürlich nicht ganz unwidersprochen bleiben. Kurz gefasst ist die Äußerung Ihres Klubobmannes Westenthaler eigentlich die Bezeichnendste, wenn er jetzt hergeht und, nachdem sich herausstellt, dass bei den Verhandlungen in Sachen Temelin einfach gar nichts herausgekommen ist, erklärt, er sei kein I-Tüpfel-Reiter. Dem ist im Grunde genommen nichts hinzuzufügen. Ich habe trotzdem ein paar Probleme dabei. Erstens: Ich gebe Ihnen Recht, dass die Sünden in Sachen Temelin nicht erst jetzt begonnen haben, sondern einige Zeit zurückliegen und natürlich zu einem Zeitpunkt, als das Kraftwerk nicht gebaut wurde. Man hätte viel leichter den Ausstieg realisieren können mit einer finanziellen Unterstützung. Wo waren denn die Freiheitlichen jemals, wenn es darum gegangen ist, eine finanzielle Unterstützung in erheblicher Höhe bereitzustellen? (Abg. Dietrich: „Wir waren nicht in der Regierung!“) Sie waren nicht in der Regierung, aber Sie waren in der Politik. Es sind nicht zuletzt die Freiheitlichen, bei denen, Frau Kollegin Dietrich, wenn Sie sich an die letzte Landtagssitzung erinnern, wo wir auch Temelin auf der Tagesordnung hatten, in der selben Sitzung, wenn es um das Geld geht für die dort drüben, ob das jetzt in Slowenien ist oder ob das in der Tschechei ist, dann es sofort wieder aus ist mit der Gesundheit und aus ist mit der Antiatomgesinnung. So war das immer. Auch die Freiheitliche Partei hat eine Vergangenheit und hat sich in Sachen finanzieller Unterstützung für den Ausstieg noch nie irgendwo engagiert oder einen Haxen ausgerissen. Das ist das Eine.

Ein Zweites: Wenn Sie sagen, diese Bundesregierung fährt einen Kurs, wenn er auch langfristig sei, aber doch eindeutig ein Antiatomkurs ist, dann muss ich sagen, diese Woche hat die Bundesregierung, Ihre Bundesregierung, der Euratom-Forschung zugestimmt, das heißt, eine halbe Milliarde Schilling in die Euroatom-Forschung hineinzuzahlen. Das ist ein Proatomkurs, und kein Antiatomkurs. Und drittens sei noch erwähnt, weil wir hier in der Steiermark sind: Die Steiermark hat eine Möglichkeit, ihren Beitrag in jedem Fall zu leisten, indirekt auch gegen Temelin und andere Atomkraftwerke an unserer Grenze. Das ist der Widerstand gegen die Errichtung der 380-kV-Hochspannungsleitung. Es können sich alle Fraktionen hier im Hause auszeichnen, wenn sie dazu das Bedürfnis haben. Die Steiermark hat, genauso wie übrigens unser geschätztes Nachbarland Kärnten samt seinem nicht minder geschätzten Landeshauptmann, die Möglichkeit, Atomkonzerne am Einstieg in den dortigen Landesenergieversorger zu hindern. Es war die Steiermark, die zuerst das Türkl mit der Beteiligung der EDF aufgemacht hat. Es hat sich der Oberantiatomkämpfer Haider natürlich überhaupt nicht geschämt, den nächstgrößten Atomkonzern Europas, nämlich die RWE, hereinzuholen und beide duellieren sich jetzt um den Markt am Balkan. Die Steiermark wird durch das Engagement der RWE im selben Sektor nicht zuletzt einen geringeren Erlös bei einem Börsegang der ESTAG beziehungsweise bei einer weiteren geplanten Privatisierung der ESTAG in Kauf nehmen müssen. Einen Vorgeschmack dieses Konkurrenzkampfes, wenn auch noch im kleineren Maßstab, hat man jetzt schon in der Obersteiermark und wir können täglich davon lesen. Last but not least einmal mehr: Die Soziologiestudenten lernen das im ersten Semester, dass es zwei Arten von Volksbegehren gibt. Nämlich solche, wo das Volk wirklich etwas begehrt und solche, wo irgendwelche selbst ernannten Führer von irgendwelchen Parteien oder Bewegungen das Volk auffordern ihnen zu folgen. Ich meine daher, wir sollten auch ein bisschen vorsichtiger beim Einsatz der direkten Demokratie und deren Instrumente in diesem Lande sein. Das, was hier die Freiheitliche Partei, ohnehin nicht das erste Mal, bei Gott nicht, macht mit diesem Instrument und mit diesen kleinen zierlichen Pflänzchen der direkten Demokratie in diesem Lande, ist nicht zu verantworten. (Beifall bei den Grünen. – 17.15 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Halper. Ich erteile es ihr.

Abg. Halper (17.15 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen der FPÖ!

Einen europaweiten Ausstieg aus der Kernenergie wollen auch wir Sozialdemokraten, Sozialdemokratinnen. Und dass die Sicherheitsstandards in Temelin verbessert werden, diese sieben Sicherheitskriterien eingehalten werden, das ist auch in unserem Interesse. Was wir aber nicht vertreten können, ist die Art und Weise, wie einem Beitrittskandidaten hier vermittelt wird, entweder du tust oder sonst sind wir gegen dich. Für mich ist das kein Zugang zu einem Beitrittsland und für mich ist das auch kein Zugang, wie man untereinander arbeitet und verhandelt. Und Tatsache ist, die Regierung in Wien hat diesen Weg – und das ist auch Ihre Regierung – gewählt, aber sie sind sich da draußen nicht einig geworden. Das ist nicht unser Problem. Wir haben immer klar gesagt von Seiten der Sozialdemokraten, wir sind für den Ausstieg aus der Kernenergie und wir wollen auch diese Sicherheitsstandards. Aber wenn ihr Kindergartenpolitik in Wien betreibt, dann sollte man es auf dieser Ebene lösen.

Ich kann nur dem Kollegen Hagenauer zustimmen, denn das, was herausgekommen ist bei den Verhandlungen, das ist de facto nicht viel wert. Was mich aber schon wundert, wenn ich mir das letzte Jahr irgendwie überlege, was da alles passiert ist, es ist gekommen Krško, wir diskutieren jetzt über Temelin, aber Krško ist jetzt in letzter Zeit irgendwie so in den Erdboden versunken. Und anscheinend haben wir irgendwie schon genug Schuld getan, indem wir einen Vierparteiantrag gestellt haben, dass wir an die Bundesregierung herantreten, damit in dieser Frage noch eine Untersuchung gemacht wird. Das ist ja gut und ist auch wichtig, ja. Nur, wo sind dann die Kollegen und Kolleginnen, die sich wirklich vehement für einen Ausstieg einsetzen wollen? Wo sind die Kollegen und Kolleginnen hier in diesem Land, die wirklich die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung ernst nehmen wollen, wenn wir die Arbeitsgruppe Krško seit dem Sommer nicht mehr gehabt haben und wir nicht mehr in diesem Bundesland darüber diskutieren? Und wir sollten sehr wohl uns dieser Sache wieder annehmen, denn de facto es berührt die Menschen auch in der Steiermark. Und das sollte man hier sicherlich nicht vergessen. Deshalb hoffe ich schon sehr stark, lieber Kollege Gödl, dass du bald einmal einladen wirst. Und die Freiheitlichen werden sich hoffentlich auch ganz massiv dafür einsetzen und einbringen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.18 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, kann ich den Herrn Abgeordneten Gödl ans Rednerpult rufen. (Abg. Gross: „Ein Geburtstagsgeschenk: Happy birthday to you!“)

Abg. Gödl (17.18 Uhr): Noch nicht! Danke für die Glückwünsche, wenn man mich anschaut, weiß man nämlich meinen Geburtstag auswendig, es ist der 28. Dezember, ein unschuldiges Kind durch und durch. Aber danke für die Glückwünsche.

Ich wollte nicht reden, nur weil die Kollegin Halper mich aufgefordert hat einzuladen. Ich möchte nur in Erinnerung rufen, dass wir die Stücke, die wir im Arbeitskreis AKW Krško behandelt haben, auch im Landtag bereits abgewickelt haben und ich möchte noch dazusagen, dass gerade eure Fraktion bei diesen Verhandlungen, bei dem Arbeitskreis, immer besonders durch Abwesenheit geblüht hat. (Abg. Halper: „Was? Lieber Ernst, es hat zwei Treffen gegeben und die Kollegin Gruber und ich waren bei allen anwesend!“) Nein, nein! (Abg. Halper: „Dann will ich jetzt aber die Liste sehen. Du stellst da eine Behauptung auf, die nicht wahr ist!“ – Abg. Gennaro: „Das lassen wir uns nicht gefallen!“) Und zum Thema Temelin: Ich denke, wir sollten unseren AKW-Arbeitskreis Krško nicht dazu benutzen, wie es bezüglich Temelin passiert ist, nämlich die Leute total zu verschaukeln. Es gilt ja schon ungefähr die Devise: Wehe dem der nicht lügt. Denn was in der Hinsicht gelogen wird von vielen Seiten, ich denke, das sollten wir nicht zur Kultur des Landtages machen. Wir werden, wenn Bedarf an Sitzungen ist, Sitzungen auch in der Arbeitsgruppe Krško natürlich abhalten, aber nicht nur um Alibihandlungen zu setzen. (Beifall bei der ÖVP. – 17.19 Uhr.)

Präsident: Zur tatsächlichen Berichtigung hat sich die Frau Abgeordnete Halper gemeldet. Sie ist schon am Wort.

Abg. Halper (17.19 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus! Lieber Ernst!

Wenn du hier die Behauptung aufstellst, dass die Sozialdemokraten in der Arbeitsgruppe Krško mit Abwesenheit geblüht haben, dann hast du jetzt bis zur Beendigung dieser Sitzung Zeit, mir das schriftlich vorzulegen, denn das ist nicht wahr. (Beifall bei der SPÖ. – 17.20 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie um Ihre Aufmerksamkeit im Besonderen, wir kommen nämlich zur Abstimmung.

Wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest. Danke!

Wir kommen damit zu Punkt

23. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 647/1, betreffend Wissenschaftsbericht 2000 mit beigelegtem Geschäftsbericht der landeseigenen JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft mbH.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dr. Wolf Rauch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Dr. Rauch (17.21 Uhr): Danke vielmals, Herr Präsident!

Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 647/1, betreffend Wissenschaftsbericht 2000 mit beigelegtem Geschäftsbericht der landeseigenen JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft mbH.

Wie in den vergangenen Jahren wurden von der Abteilung für Wissenschaft und Forschung Berichte über die Wissenschafts- und Forschungsförderungen des Landes Steiermark zusammengestellt.

Der diesjährige Bericht zeichnet sich wiederum durch seinen Handbuchcharakter aus und soll verstärkt einer Servicefunktion gerecht werden. Trotzdem gliedert er sich in einen Abschnitt über die Tätigkeit der einzelnen Landesdienststellen sowie in Beiträge von Landesgesellschaften, die durch die Abteilung für Wissenschaft und Forschung verwaltet werden. Der Bericht wird durch den Geschäftsbericht 1999/2000 der JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft mbH. ergänzt.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung für das Kalenderjahr 2000 über die Wissenschafts- und Forschungsförderung des Landes Steiermark mit beigelegtem Geschäftsbericht der landeseigenen JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft mbH. wird zur Kenntnis genommen. (17.22 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Der Herr Abgeordnete Rauch ist am Wort. Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Kröpfl in Vorbereitung.

Abg. Mag. Dr. Rauch (17.22 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich bin stolz darauf, Mitglied des Steiermärkischen Landtages zu sein. Ich stelle diese Bemerkung an den Anfang, weil es mich betroffen macht, dass nur zwei Prozent der jungen Steirerinnen und Steirer zur politischen Mitarbeit bereit sind. Das hat die Jugendwertestudie 2001 ergeben, für die ich mich ausdrücklich bei Herrn Landesrat Hermann Schützenhöfer bedanken will. Diese erschreckende und gefährliche Bilanz ist nicht neu, sie war aber noch nie so deutlich. Wir können für oder gegen die eine oder andere Entwicklung in unserem Land sein. Wir müssen darüber intensiv diskutieren. Das ist unsere Aufgabe. Genauso wichtig ist es aber, dass wir gemeinsam für das Ansehen der Politik in diesem Land kämpfen. Und dazu gehört, dass wir auch auf jene Dinge, auf die wir stolz sein können, hinweisen, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Auch die Medien berichten gern über Skandale, weil das die Leserinnen und Leser offenbar gerne schätzen. Umso mehr bedanke ich mich, auch wenn die Medienvertreter jetzt nicht mehr im Raum sind, dass gerade in der letzten Woche so prominent und positiv über das gute Abschneiden Österreichs bei der OECD-Studie über den Bildungsstand einzelner Länder berichtet worden ist. Österreich hat ein ausgezeichnetes Bildungssystem, das mit Abstand beste im deutschsprachigen Raum. Das ist die Leistung unserer Schülerinnen und Schüler, unserer Eltern, unserer Lehrerinnen und Lehrer, aber auch unserer Bildungspolitik. Lesen Sie bitte deutsche und schweizerische Zeitungen der letzten Woche und Sie werden stolz auf Österreich sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben auch allen Grund, auf die steirischen Leistungen im Forschungsbereich stolz zu sein. Das zeigt der steirische Wissenschaftsbericht 2000 ebenfalls deutlich. Das Forschungsumfeld ist in Österreich und in Europa leider in den letzten Jahren nicht so gut, wie es oft dargestellt wird. In Europa und in der OECD stagnieren die Forschungs- und Entwicklungsquoten seit einigen Jahren trotz zahlreicher anders lautender Beteuerungen. Österreich liegt mit der Forschungsquote noch immer leicht unter dem EU-Schnitt und deutlich unter dem OECD-Schnitt – das ist seit vielen Jahren so. Vor diesem Hintergrund ist es im höchsten Maß zu begrüßen, dass die Bundesregierung im Juli 2000 das Ziel bekräftigt hat, eine Erhöhung der Quote in Österreich auf 2,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes bis 2005 zu erreichen. Ein solch ehrgeiziges Ziel hat es in Österreich noch nie gegeben. Die bisher budgetierten Mehrausgaben des Bundes liegen auf dem dazu notwendigen Wachstumspfad und auch die gerade jüngst beschlossenen Maßnahmen zur Konjunkturbelebung tragen dazu bei. Allein im letzten Jahr gab es eine mehr als 12-prozentige Steigerung der Forschungsausgaben des Bundes. Wir haben damit erstmals wieder den Willen, ein führendes Forschungsland zu werden, so wie wir es vor dem Zweiten Weltkrieg gewesen sind. Wir haben erstmals ein Maßnahmenpaket, das uns zu diesem Ziel auch bringen könnte. Auch wenn die Förderung von Wissenschaft und Forschung in Österreich primär Aufgabe des Bundes sind, trägt die Steiermark doch entscheidend und überdurchschnittlich dazu bei. In absoluten Zahlen nimmt die Steiermark nach Wien den zweiten Platz bei den Forschungsausgaben der Länder ein und auch bei den Forschungsprogrammen der EU liegen wir nach Wien regelmäßig auf Platz zwei. Zwar hatten wir bei den Forschungsausgaben des Landes im Jahr 2000 einen leichten Rückgang, das ist aus den Grafiken im Bericht deutlich zu sehen, dieser wurde aber 2001 wiederum in einen positiven Trend umgewandelt. Eine besondere Erfolgsstory sind die Spezialforschungsbereiche in der Steiermark. Hier sind wir nicht nur zahlenmäßig in Österreich führend, fünf der zwölf SFBs laufen in der Steiermark. Die Spezialforschungsbereiche wurden auch alle bereits teilweise mehrfach verlängert. Der Spezialforschungsbereich Biokatalyse entwickelt sich sogar derzeit zu einem eigenen Kplus-Kompetenz-Zentrum weiter. Zu dieser Entwicklung trägt wesentlich der von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und Landesrat Herbert Pailerl geschaffene Zukunftsfonds bei, den wir alle gemeinsam im Juli im Landtag beschlossen haben. Mit dieser Maßnahme wird das Familiensilber – der Begriff ist heute schon mehrfach gefallen und ich liebe ihn besonders, weil er das verstaubte biedermeierliche Bild so schön zeigt, das hinter dem Gedanken steht und das so sehr im Gegensatz zur Weltoffenheit, Zukunft und Bildungsoffensive steht – endlich in die Zukunft unserer Kinder gesteckt. Ganz große Erfolge in der Wissenschaftspolitik des Landes sind auch Joanneum Research und Technikum Joanneum. Joanneum Research ist bei

gleich bleibender Basisfinanzierung seit 1997 von 287 auf 360 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewachsen. (Abg. Gennaro: „Herr Präsident!“ – Präsident: „Ich ersuche um Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren. Am Wort ist Herr Abgeordnete Dr. Rauch. Ich bitte, den Lärmpegel abzusenken und sich auf die Ausführungen zu konzentrieren!“) Ich danke Herrn Präsidenten, vor allem Herrn Abgeordneten Gennaro für diese Unterstützung. Danke! Joanneum Research gehört mittlerweile europaweit zu den Spitzeninstituten der Auftragsforschung und wurde gemeinsam mit einer niederländischen und einer norwegischen Organisation ex aequo auf Platz eins gereiht. Technikum Joanneum ist die beste Fachhochschule Österreichs und die erste, die neben technischen und wirtschaftlichen Studiengängen auch soziale und künstlerische anbietet. Im Bereich der Wissenschaft und Forschung, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist unser Maßstab weder die Steiermark noch Österreich. Wir messen uns erfolgreich auf europäischer Ebene und werden bei der Erweiterung der Europäischen Union eine Schlüsselrolle in unserer europäischen Zukunftsregion spielen können. Danke vielmals! (Beifall bei der ÖVP. – 17.30 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfl (17.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Landesräte, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren im Zuschauerraum!

Der Wissenschaftsbericht 2000 und der Geschäftsbericht 1999/2000 der landeseigenen JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft ist wirklich sehr umfangreich, umfassend, informativ und vor allem, was bei diesen Berichten nicht immer so festzustellen war, auch sehr übersichtlich gestaltet. Dafür sage ich all jenen, die diese beiden Berichte verfasst haben, ein herzliches Danke. Diese Berichte sind nicht nur sehr gut verfasst, sondern sie geben auch sehr viel Aufschluss darüber, was in der Steiermark im Bereich der Forschung und Entwicklung passiert. Das ist wirklich sehr viel und das möchte ich anfangs herausstreichen. Mir ist beim Durchlesen des Berichtes beim Vorwort gleich etwas aufgefallen, was Frau Landeshauptmann Klasnic und Herr Landesrat Paierl schreiben – ich zitiere aus dem Bericht: Andere Verhältnisse haben auch neue Akzente bewirkt. Ende des Zitates. Ja, verehrte Damen und Herren, Sie haben viele neue Akzente gesetzt von Seiten der ÖVP. Sie haben vor allem Ihre Machtpositionen enorm ausgeweitet. Sie haben den Posten des Rechnungshofdirektors besetzt, Sie haben im Landesschulratskollegium Ihre Machtpositionen und so weiter. Zum Glück, sage ich jetzt von Seiten der SPÖ, haben Sie im Bereich Forschung und Entwicklung noch nicht das alles zerschlagen, was unter Peter Schachner initiiert, aufgebaut und umgesetzt wurde. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr erfreut war ich über das, verehrte Damen und Herren, was Herr Landesrat und Landeshauptmannstellvertreter Schögggl schreibt: Wissenschaft, Forschung und Hochschulen nehmen deshalb in der Politik und insbesondere in der Budgetpolitik einen herausragenden Stellenwert ein. Das unterstreiche ich voll, Herr Landeshauptmannstellvertreter, doppelt, dreifach. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das ist richtig!“) So sehen wir das. Dem Bericht und da müssen Sie auf der Seite 11 nachschlagen und Kollege Rauch hat es schon kurz angeschnitten, kann man leider entnehmen, dass im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt die Ausgaben für Forschung und Entwicklung nicht gerade diesen Fortschritt haben, sondern eher rückläufig sind. Wir liegen derzeit bei 1,8 Prozent. Es gilt jetzt, diese Anstrengungen zu unternehmen, von denen gesprochen wurde. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „2,5 Prozent Ziel für 2005!“) Wer bei diesem Bericht auch zwischen den Zeilen liest, merkt, dass die Ersteller sich Sorgen machen, ob es tatsächlich der Wille der Regierung ist, das Niveau, das wir im Bereich Forschung und Entwicklung erreicht haben, auch tatsächlich anheben zu wollen. Es muss nicht nur das Budget für Forschung und Entwicklung von derzeit 1,8 auf 2,5 Prozent angehoben werden, es muss auch gelingen, dass private Unternehmen mehr als bisher für Forschung und Entwicklung ausgeben. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Genau, das ist das Ziel!“) Auch an diesem Punkt sieht man aber wieder den Weitblick von Landeshauptmannstellvertreter Schachner. Er hat vor Jahren schon darauf hingewiesen, dass die Zukunft der Steiermark nur darin liegt, wenn wir mehr, einerseits von der öffentlichen Hand und andererseits von der privaten Hand, in Forschung und Entwicklung stecken. Ich freue mich darüber, dass heute jene, die damals noch auf der Bremse gestanden sind, auf diesen Zug aufspringen. Wie ich schon eingangs erwähnt habe, ist dieser vorliegende Bericht sehr umfangreich. Man kann daher auch nicht jeden Punkt erwähnen. Eines lassen Sie mich doch bitte herausstreichen, die steirischen Wissenschafts-, Umwelt- und Kulturprojekträger Ges.m.b.H. – abgekürzt StWUK: Die StWUK ist eine Erfindung und Einführung von Landeshauptmannstellvertreter Schachner und meinem ehemaligen Kollegen Dipl.-Ing. Getzinger. In dieser Gesellschaft werden Beschäftigungslose und förderbare Personen durch das AMS für einen bestimmten Zeitraum – in der Regel für ein Jahr – angestellt. Die Mitarbeiter werden in praxisnahen Projekten angestellt, dort haben sie die Chance höher qualifiziert zu werden und damit auch die Chance, wieder in den ersten Arbeitsmarkt eingegliedert zu werden. Im Jahr 2000 waren durchschnittlich 146 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Die Vermittlungsquote lag bei 60 Prozent. Damit ist die StWUK eine der Vorzeigegesellschaften und muss unbedingt in dieser Form weitergeführt werden.

Sehr verehrte Damen und Herren! Forschung und Entwicklung sind neben Bildung und Ausbildung jene Bereiche, die für die Zukunft unseres Landes besonders wichtig sind. Ganz wesentlich ist auch der weitere Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Universitäten, Fachhochschulen, dem Joanneum Research, den anderen Instituten mit Industrie und Wirtschaft. Darauf wird in Zukunft eine besondere Bedeutung gelegt werden müssen. Das Regierungsziel, die Forschungs- und Entwicklungsquote auf 2,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzuheben, ist sehr ehrgeizig. Es werden aber, wenn diese Regierung dieses Ziel tatsächlich erreichen will, noch

enorme Anstrengungen nötig sein. Bereits im nächsten Jahr werden schon zusätzliche Mittel aufgebracht werden müssen. Hoffentlich fallen diese dringend benötigten Mittel nicht auch dem Nulldefizit zum Opfer. (Beifall bei der SPÖ. – 17.36 Uhr.)

Präsident: Damit hat sich die Rednerliste erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich nun um ein Handzeichen.

Danke und ich stelle dazu die einstimmig Annahme des Antrages fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

24. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 605/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Sozialstaat Österreich.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (17.37 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der schriftliche Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform hält fest, dass der Ausschuss in seiner Sitzung am 4. Dezember 2001 über den Antrag die Beratung durchgeführt hat und dass bei der Abstimmung der gegenständliche Antrag in der Minderheit geblieben ist.

Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform zum Antrag, Einl.-Zahl 605/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Sozialstaat Österreich, wird zur Kenntnis genommen. (17.37 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (17.38 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte auch einen Entschließungsantrag einbringen der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Sozialstaat Österreich.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und dieser mitzuteilen, dass das Land Steiermark die Ziele und Inhalte des Volksbegehrens „Sozialstaat Österreich“ solidarisch begrüßt sowie zu diesem Zweck von der Bundesregierung einzufordern, eine dem Volksbegehren entsprechende Novelle zum Bundesverfassungsgesetz im Nationalrat einzubringen. Ich bitte um Annahme. (17.38 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen betreffend „Sozialstaat Österreich“ ihre Zustimmung geben, ersuche ich jetzt um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Auch dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Bei den Tagesordnungspunkten 25 und 26 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

25. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 624/1, der Abgeordneten Lafer, List und Ferstl, betreffend Abbau von Planstellen im Bereich der Kriminaldienste.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (17.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich berichte über den Antrag der Abgeordneten Lafer, List, Ferstl, betreffend Abbau von Planstellen im Bereich der Kriminaldienste.

Der Inhalt ist Ihnen bekannt.

Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung, insbesondere beim Bundesminister für Inneres dahin gehend einzuwirken, dass es zu keiner Reduktion von Planstellen im Bereich der Kriminaldienste der Bundesgendarmerie und Bundespolizei kommt. Ich bitte um Annahme. (17.41 Uhr.)

Präsident: Danke, wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

26. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 625/1, der Abgeordneten Lafer, List und Ferstl, betreffend Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (17.41 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich berichte zum Antrag 625/1 der Abgeordneten Lafer, List und Ferstl, betreffend Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung, insbesondere beim Bundesminister für Inneres dafür einzutreten, erstens dass die seit 1993 bestehenden OK-Ermittlungsgruppen in der bisher bewährten Form aufrechterhalten bleiben und nicht mit anderen Arbeitsbereichen betraut werden, zweitens eine Aufstockung des Personalstandes der OK-Gruppen durchgeführt wird und drittens die Bekämpfung der OK nach den internationalen Grundsätzen erfolgt. Ich bitte um Annahme. (17.42 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lafer. Ich darf die Damen und Herren bitten, doch auch bei der allmählich die Tagesordnung erfüllenden Sitzung nun den Lärmpegel etwas abzusenken. Herr Abgeordneter Lafer, bitte.

Abg. Lafer (17.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich bringe nur schnell einen Abänderungsantrag der Abgeordneten Lafer und Hamedl ein, und zwar zu Tagesordnungspunkt 26, da sich in den letzten Tagen einiges verändert hat.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung, insbesondere beim Bundesminister für Inneres dafür einzutreten, erstens weiterhin mit allen verfügbaren Mitteln die organisierte Kriminalität zu bekämpfen, zweitens eine Aufstockung des Personalstandes jener Gruppen im Bereich der Sicherheitsexekutive vorzunehmen, die mit der Bekämpfung der organisierten Kriminalität befasst sind und drittens die Bekämpfung der organisierten Kriminalität nach den internationalen Erfahrungsgrundsätzen vorzunehmen. Ich bitte um Annahme. (17.43 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesen beiden Tagesordnungspunkten liegt mir nicht vor. Wir kommen damit, meine Damen und Herren, zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 624/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der FPÖ und ÖVP, betreffend Bekämpfung der organisierten Kriminalität, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 625/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

27. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 650/1, betreffend den Verkauf der im Lageplan des Dipl.-Ing. Horst Rinner vom 27. Oktober 2000, GZ. 9958 dargestellten Trennstücke 1 und 2 der EZ. 132, KG. 63127 Wenisbuch im Ausmaß von 548 Quadratmeter an Dr. Ingrid Thomüller, 8010 Graz, Blümelhofweg 6 zum Preis von 1,664.000 Schilling (119.474,14 Euro).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernko (17.44 Uhr): Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Verkauf der im Lageplan des Dipl.-Ing. Horst Rinner dargestellten Trennstücke 1 und 2 der EZ. 132, KG. Wenisbuch im Ausmaß von 548 Quadratmeter an Dr. Ingrid Thomüller in Graz, Blümelhofweg 6 zum Preis von 1,664.000 Schilling.

Die Fachabteilung für das Sozialwesen hat mitgeteilt, dass Frau Dr. Ingrid Thomüller einen Teil des Grundstückes 254/19 der EZ. 132 KG. Wenisbuch erwerben möchte. Von Dipl.-Ing. Horst Rinner liegt ein Lageplan vom 27. Oktober 2000 vor. Demnach haben die beiden Trennstücke ein Ausmaß von 548 Quadratmeter. Dipl.-Ing. Dieter Eigner hat für diese Trennstücke den Quadratmeter mit 3000 Schilling bewertet. Seitens der Fachabteilung für das Sozialwesen und der Rechtsabteilung 10 bestehen gegen den Abverkauf der beiden Trennstücke keine Bedenken. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 5. November 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Verkauf der Trennstücke 1 und 2 der EZ. 132, KG. 63127 Wenisbuch auf Grund des Lageplanes des Herrn Dipl.-Ing. Horst Rinner vom 27. Oktober 2000, GZ. 9958 im Ausmaß von 548 Quadratmeter um 1,664.000 Schilling (119.474,14 Euro) an Dr. Ingrid Thomüller wird genehmigt. Ich ersuche um Annahme. (17.46 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 28 und 29 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

28. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 191/2, zum Beschluss Nr. 155 des Steiermärkischen Landtages vom 8. Mai 2001 über den Antrag der Abgeordneten Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Änderung des Bundesgesetzes betreffend das Bundesgesetzblatt.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (17.47 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In dieser Vorlage berichtet die Landesregierung: Der betreffende Gesetzesentwurf wurde mit Schreiben des Bundeskanzleramtes vom 22. Jänner 2001 den Ländern zur Begutachtung übermittelt. In der Stellungnahme der Steiermärkischen Landesregierung vom 15. Februar 2001 wurde die geplante entgeltliche Abgabe für die Benützung des Rechtsinformationssystems des Bundes scharf kritisiert. Dies mit Erfolg, weil das vom Nationalrat bereits am 27. März 2001 beschlossene und mit 1. Juli 2001 in Kraft getretene Gesetz die kostenlose Benützung des RIS regelt. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 12. November 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 155 des Steiermärkischen Landtages vom 8. Mai 2001 über den Antrag der Abgeordneten Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Änderung des Bundesgesetzes betreffend das Bundesgesetzblatt, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme. (17.47 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

29. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 418/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa und Dr. Reinprecht, betreffend Übermittlung von VfGH- und VwGH-Erkenntnissen an den Landtag.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Barbara Gross. Ich erteile es ihr.

Abg. Gross (17.48 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Hiezu darf ich den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform zur Kenntnis bringen, wo die Regierung wie folgt Stellung genommen hat.

Erstens: Der Bezug von Erkenntnissen des Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofes erfolgt durch Abonnement. Die Bestellung ist bei der jeweiligen Geschäftsstelle der Gerichtshöfe einzubringen.

Zweitens: Die Entscheidungen des Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofes sind kostenlos auch im Internet abrufbar.

Drittens: Aus den dargelegten Gründen ist die Steiermärkische Landesregierung der Auffassung, dass der Zugriff auf die Erkenntnisse der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts in einem ausreichenden Maße gewährleistet ist.

Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform wird zur Kenntnis genommen. (17.48 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht.

Abg. Dr. Reinprecht (17.49 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im Zusammenhang mit diesem Bericht bringe ich einen Unselbstständigen Entschließungsantrag, und zwar zum Tagesordnungspunkt 29, der Abgeordneten Dr. Reinprecht und Mag. Erlitz ein. Der Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, der die Stellungnahme der Landesregierung zum Antrag von SPÖ-Landtagsabgeordneten betreffend die Übermittlung von VfGH- und VwGH-Erkenntnissen an den Landtag, Einl.-Zahl 418/1, wiedergibt, kann so nicht zur Kenntnis genommen werden. Sowohl die Landtagsdirektion als auch die einzelnen Landtagsklubs verfügen über derartig beschränkte Personalressourcen, dass diesen Ebenen ein selbstständiges Recherchieren von Erkenntnissen mit Steiermarkbezug aus dem gesamten Ausstoß der Höchstgerichte nicht zugemutet werden kann. Gleichzeitig ist aber bekannt, dass innerhalb des Amtes der Landesregierung die Erkenntnisse sehr wohl gezielt an die davon betroffenen Abteilungen weitergeleitet werden. Im Sinne der ansonsten gesetzten Sparmaßnahmen innerhalb der Landesverwaltung wäre es daher also

sinnvoll, die Erkenntnisse, die Bezug zur Landesgesetzgebung haben, auf diesem Weg den Landtagsklubs und auch der Landtagsdirektion zukommen zu lassen. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Zuge der ohnehin stattfindenden Vorselektion von Erkenntnissen des Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshofes zukünftig den einzelnen Landtagsklubs und der Landtagsdirektion sämtliche Erkenntnisse zukommen zu lassen, die Auswirkungen auf die Landesgesetzgebung haben könnten. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.51 Uhr.)

Präsident: Ich danke. Meine Damen und Herren, wenn Sie nunmehr dem Antrag der Berichterstatterin, Einl.-Zahl 191/2, Tagesordnungspunkt 28, Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin, Einl.-Zahl 418/1, Tagesordnungspunkt 29 ihre Zustimmung geben, ersuche ich ebenfalls um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu ebenfalls die einstimmige Annahme fest.

Wenn Sie dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Übermittlung von Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshoferkennnissen an den Landtag Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. (Abg. Dr. Reinprecht: „Darf ich etwas sagen?“)

Die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht hat sich zu Wort gemeldet.

Abg. Dr. Reinprecht (17.53 Uhr): Wenn ich etwas ablehne, dann sind das „double standards“. Doppelte Standards. Sie erinnern sich, vor kurzem hat die gesamte ÖVP nicht gewusst, wie sie stimmen soll. Alle haben ihre Hände unten gelassen. Nur Herr Abgeordnete Majcen war klug genug um zu wissen, was er zu tun hat. Trotzdem hat Herr Präsident diese Abstimmung als so aufgefasst, wie sie hätte aufgefasst werden sollen. Bei uns haben jetzt Abgeordnete, gar nicht alle, aus Versehen aufgezeigt, weil sie nicht mitgedacht haben, genauso wie Sie früher. Das wurde dann aber sofort als gültige Abstimmung angenommen. Ich bitte, das zu korrigieren. (17.53 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Die Abstimmung als solche habe ich so zur Kenntnis genommen, wie sie uns mittels Handzeichen dargeboten wurde. Es tut mir daher Leid, wenn ich eine Abstimmung in dem Fall jetzt nicht wiederholen kann. Die Abstimmung ist erfolgt. Ich kann Ihre Wortmeldung als Kritik empfinden, kann sie als Rüge entgegennehmen, aber an der Sache selbst ist eine Abänderung nicht mehr nachvollziehbar.

35. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 143/1, der Abgeordneten Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend die Bewilligung von GSM-Anlagen im Baugesetz sowie Antrag, Einl.-Zahl 135/1, der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Schleich und Margarethe Gruber, betreffend Weiterführung der Verhandlungen betreffend Handymasten.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (17.54 Uhr): Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur. Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 6. März und am 10. Dezember 2001 Beratungen durchgeführt. Im Allgemeinen Teil wird die derzeitige Rechtslage im Baugesetz beschrieben inklusive in verfassungsrechtlicher Hinsicht. Es wird dann, was die Novelle zum Baugesetz betrifft, das Anzeigeverfahren mit Einbeziehung der Nachbarn und das Anzeigeverfahren ohne Einbeziehung der Nachbarn beschrieben. Es werden im zweiten Teil zu den einzelnen Bestimmungen einige Ziffern näher erläutert. Ich ersuche um Annahme dieses Antrag des Ausschusses für Infrastruktur. (17.55 Uhr.)

Präsident: Gibt es zu diesem Tagesordnungspunkt eine Wortmeldung? Frau Abgeordnete Mag. Zitz hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (17.55 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte kurz begründen, warum die Grünen zwar seit dem Jahr 1997 sich immer wieder zusammen mit Bezirksräten, Gemeinderäten, Bürgerinitiativen um eine Novelle für das Baugesetz bemühen, jetzt der vorliegenden Novelle nicht zustimmen können.

Es gibt zu dieser Frage übrigens aktuell etliche Resolutionen von steirischen Bürgermeistern, die mit der jetzigen rechtlichen Lage sehr unzufrieden sind. Es gibt weiters eine Vereinbarung zwischen den Betreibergesellschaften und dem Gemeindebund. Das heißt, die Bürgermeister erfahren normalerweise, wo solche Anlagen aufgestellt werden. Aus unserer Sicht geht es da ganz massiv um Wirtschaftspolitik gekoppelt mit Bürger-, Bürgerinnenrechten, mit Fragen des Gesundheitsschutzes und der Ökologie und deswegen sind wir in diesem Bereich seit 1997 aktiv. Es schaut derzeit so aus, dass die Frau Ministerin Forstinger über das Telekommunikationsgesetz federführend ist in dem Bereich, was die Aspekte des Gesundheitsschutzes, speziell die nicht thermischen Effekte betrifft und da ist in Österreich die Norm sehr großzügig ausgelegt. Wir wünschen uns auf Bundesebene eine Anpassung an den Salzburger Vorsorgewert, der ein Milliwatt pro Quadratmeter beträgt.

Der zweite Punkt ist zum vorliegenden Gesetz, es ist zwar erfreulicherweise ein Bewilligungsverfahren vorgesehen, allerdings gilt es natürlich nur für Grundeigentümer und Grundeigentümerinnen, nicht für Mieter oder Mieterinnen. Das Zweite ist, dass die Personen nur zwei Wochen Zeit haben, um von ihrem Anhörungsrecht Gebrauch zu machen. Das Dritte ist, es gibt keine echte Parteienstellung, sondern nur ein Anhörungsrecht.

Und der letzte Punkt ist, das ist etwas, was wir in den Ausschussverhandlungen dann noch hineinreklamiert haben, dass das Resultat des Verfahrens den Nachbarinnen jedenfalls mitzuteilen ist, aber nicht per Bescheid, sondern in einer Form von Information, die dann jeder Bürgermeister, jede Bürgermeisterin sich selber aussuchen kann. Es fehlt außerdem die Information der Anrainer bezüglich der Sendeleistung. Könnte mir jemand den Entschließungsantrag bringen? Peter, könntest du mir bitte unseren Funkkatasterentschließungsantrag bringen, ich habe ihn da nämlich nicht, danke – ein perfektes Service. Ich möchte auch dazusagen, dass die Grünen sich lange überlegt haben, ob sie dieser Novelle zustimmen, wir aber gesagt haben, wir werden dagegenstimmen, allerdings mit Wertschätzung der Arbeit, die im Unterausschuss in der letzten Legislaturperiode unter dem Herrn Kollegen Schleich und in dieser Periode unter dem Herrn Kollegen Gödl geführt wurde. Wir möchten einfach nicht, dass mit dieser Gesetzesnovelle der Deckel draufbleibt auf dieser GSM-Debatte. Die muss weitergeführt werden.

Bezüglich dem Funkantennenkataster möchte ich einen Entschließungsantrag der Grünen einbringen. Es schaut so aus, dass es eine gemeinsame Erklärung der Mobilfunkbetreiber und des Landes gibt bezüglich Datenaustausch. Allerdings ist da eine Geheimhaltungsverpflichtung des Landes Steiermark gegenüber Dritten festgelegt und das ist eine Einschränkung, die wir in dieser Form in Frage stellen.

Wir stellen daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens alle an das Land übermittelten Datensätze betreffend Mobilfunkanlagen, also inklusive Rooftops, die in Dachböden eingebaut sind, in den steirischen Funkantennenkataster aufzunehmen und zweitens mit den Mobilfunkbetreibern eine Vereinbarung abzuschließen, die es ermöglicht, dass alle Daten dieses Funkantennenkatasters der Bevölkerung zugänglich gemacht werden können. Ich ersuche um Annahme dieses Antrages. (Beifall bei den Grünen. – 17.59 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir vor. Der Herr Abgeordnete Gödl hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gödl (17.59 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen im Landtag!

Ich möchte nur ein paar Worte zum Tagesordnungspunkt sagen. Wie die Kollegin Edith Zitz richtig ausgeführt hat, haben wir ja langjährige Verhandlungen hinter uns. Ich selbst bin erst ein Jahr dabei. Und ich möchte grundsätzlich sagen, wir tun das, was möglich ist und wir möchten den Bürgern kein X für ein U vormachen. Das ist der Grundsatz unserer Baugesetznovelle betreffend der Handymasten. Ich bin schon traurig und ein bisschen enttäuscht, dass wir entgegen dem guten Konsens, den wir im Unterausschuss gefunden haben und es diesbezüglich keine Äußerungen seitens der Grünen gab, jetzt doch keine einstimmige Beschlussfassung zusammenbringen.

Ich möchte bezüglich des Entschließungsantrages eine punktuelle Abstimmung beantragen für Punkt eins und Punkt zwei und möchte dazu kurz ausführen:

Dem Punkt eins werden wir zustimmen, das haben wir auch im Unterausschuss so signalisiert.

Zu Punkt zwei: Ich sage auch ganz ehrlich aus meiner Sicht, ich habe mich zuerst auch gefragt, warum diese Geheimhaltungsverpflichtung in dieser Vereinbarung beinhaltet sein muss. Auch für mich war das im ersten Hinsehen nicht verständlich. Ich habe mich aber dann genauer informiert und auch im Unterausschuss haben wir darüber gesprochen: Eine totale Veröffentlichung aller Standorte würde ein tolles Betätigungsfeld für Grundstücksmakler ergeben, denn – so konnten uns auch die Mobilfunkbetreiber das verständlich erklären – die Standortauswahl ist sehr begrenzt und schon jetzt haben die Grundstücksmakler erkannt und nutzen dieses Betätigungsfeld. Und daher wurde es eingeschränkt auf die hoheitliche Vollziehung. Daher werden wir zurzeit jedenfalls diesem Punkt zwei nicht zustimmen können, weil wir nicht wollen, dass sich durch diesen Punkt die Situation vor Ort vielleicht noch verschärfen und verschlechtern könnte. Wie gesagt, enttäuscht bin ich schon ein bisschen über das Verhalten der Grünen, die eben damit beweisen, dass sie eigentlich genauso populistisch agieren wie andere Parteien auch. (Abg. Dietrich: „Was heißt, wie andere auch?“) Das soll sich jeder für sich selbst herausinterpretieren. Denn wenn ihr meint, dass diese Änderung zu wenig weitreichend ist, dann muss ich einfach dazusagen, dann nehmt ihr einfach bewusst nicht zur Kenntnis, dass unsere Kompetenz als Landesgesetzgeber einfach nicht weitreichender ist. Und daher denke ich, dass es eine ehrliche Gesetzesnovelle ist, die auch unserer Verantwortung gerecht wird. Und wir wollen einfach nicht – anscheinend wollt ihr es – wir wollen einfach den Leuten nichts vorgaukeln, dass wir ihnen mehr Rechte einräumen können, die wir als Landesgesetzgeber eben nicht einräumen können. Ich muss einfach euch schon ein bisschen vorwerfen, dass ihr den Weg der Sachpolitik, den ihr so für euch reklamiert, verlassen habt und ein bisschen den Populismusturbo gezündet habt. Aber wir werden es aushalten. Ich danke jedenfalls allen, die diese Änderung mittragen, ausgearbeitet haben und jetzt auch mitbeschließen. Ich denke, es ist ein vernünftiger Weg, ein Weg des Kompromisses in die Zukunft. Es wird nicht alle Beschwerden und alle Sorgen lösen, das ist keine Frage. Aber es ist ein durchaus guter Fortschritt, der sicher österreichweit auch Beachtung finden wird. (Beifall bei der ÖVP. – 18.03 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu zwei Abstimmungen, zuerst zum Antrag der Bericht-
erstatteerin und dann eben zum Entschließungsantrag, den wir punktuell abstimmen müssen.

Ich ersuche Sie nunmehr, wenn Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag der Bericht-
erstatteerin Ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. Danke.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Jetzt kommen wir zum Entschließungsantrag der Grünen betreffend Veröffentlichung des Funk-
antennenkatasters, demzufolge lautete der Antrag im Punkt eins: „Alle an das Land übermittelten Datensätze be-
treffend Mobilfunkanlagen inklusive Rooftops in den steirischen Funkantennenkataster aufzunehmen.“ Wenn
Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Danke.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Punkt zwei dieses Antrages: „Die Landesregierung wird aufgefordert, mit den Mobilfunkbetreibern eine
Vereinbarung abzuschließen, die es ermöglicht, dass alle Daten dieses Funkantennenkatasters der Bevölkerung
zugänglich gemacht werden können.“ Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Hand-
zeichen. Gegenprobe.

Dieser Punkt zwei dieses Antrages hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zu Tagesordnungspunkt

**30. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Landesrechnungshofbericht, Einl.-Zahl 704/1, betref-
fend Prüfung der Rechnungsabschlüsse der Wirtschaftsbetriebe des Landes Steiermark.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erich Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (18.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 4. Dezember 2001 über den Bericht des Landes-
rechnungshofes, laufende Nr. 32, betreffend Prüfung der Rechnungsabschlüsse der Wirtschaftsbetriebe des
Landes Steiermark, Einl.-Zahl 704/1, beraten. Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle
beschließen: Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Prüfung der Rechnungsabschlüsse der Wirt-
schaftsbetriebe des Landes Steiermark, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (18.05 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung liegt mir dazu nicht vor.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich
Sie um ein Handzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**31. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 656/1, be-
treffend Kompetenzzentrum für interaktives E-Business (K_{ind}).**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (18.06 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung betreffend Kompetenzzentrum für
interaktives E-Business. Die Vorlage wurde im Ausschuss einstimmig angenommen. Ich darf daher den Antrag
stellen, der Landtag wolle beschließen: Der im Regierungsbeschluss vom 15. Oktober 2001 enthaltene AV. Mit
dem Finanzierungsplan der Abteilung für Wissenschaft und Forschung für die evolaris-Privatstiftung als Betrei-
berin des Kompetenzzentrums für interaktives E-Business, 8010 Graz, Universitätsstraße 15/E/4, der für das Jahr
2001/2002 einen Betrag von 2,634.863 Schilling (191.482,96 Euro), für das Jahr 2002/2003 einen Betrag von
2,704.405 Schilling (196.536,78 Euro) und für das Jahr 2003/2004 einen Betrag von 2,748.841 Schilling
(199.766,07 Euro) vorsieht, wird zustimmend zur Kenntnis genommen. (18.07 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Es gibt dazu keine Wortmeldung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich
Sie um ein Handzeichen. Danke.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Bei dieser Gelegenheit darf ich den Herrn Abgeordneten Detlef Gruber bitten, sein Vorhaben in der
Abwicklung zu beschleunigen. Ich ersuche deshalb, um alles rechtzeitig in die Wege leiten zu können.

**32. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 313/1, der Abgeordneten Straß-
berger, Bacher, Beutl, Bittmann, Dirnberger, Mag. Drexler, Dr. Forenbacher, Gangl, Gödl, Hamedl, Hammerl,
Kasic, Ing. Kinsky, Mag. Koller, Kreisl, Dr. Lopatka, Majcen, Ing. Ober, Purr, Pußwald, Mag. Dr. Rauch, Rieben-
bauer, Rieser, Tasch, Tschernko, Wicher und Dipl.-Ing. Wöhry, betreffend Straßeninfrastruktur in der Steier-
mark.**

Berichterstatter: Herr Landtagsabgeordneter Erwin Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (18.08 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Infrastruktur vorbringen. Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 29. Mai 2001 und am 4. Dezember 2001 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Zum Antrag EZ. 313/1, betreffend Straßeninfrastruktur in der Steiermark, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor. Darin wird Folgendes berichtet: Dass eine gute verkehrsmäßige Erschließung eine Grundlage eines guten Wirtschaftsstandortes bietet, wurde in zahlreichen Untersuchungen untermauert. Die Bundes- und Landesstraßenverwaltung ist daher stets bemüht, mit den knappen budgetären Ressourcen möglichst viele Projekte zur Stärkung des Wirtschaftsraumes Steiermark zu realisieren. Auf Grund der Vorgaben aus der notwendigen Erschließung der Wirtschaftsräume und den angesprochenen knappen Budgetmitteln sowohl im Bundesbudget als auch im Landesbudget existiert eine Vielzahl an offenen umsetzbaren Projekten. Aus der dem Antrag beiliegenden Liste, welche bei den Bundesstraßen ein Ausbauvolumen von rund 3700 Millionen Schilling und im Landesstraßenbereich ein Ausbauvolumen von rund 1000 Millionen Schilling voraussetzen würde, konnten in den letzten Jahren folgende Baulose ausgeschrieben, begonnen oder umgesetzt werden – es sind 18 an der Zahl. Für die weiteren angeführten Projekte liegen großteils Planungen auf und konnten sie leider auf Grund der fehlenden Budgetmittel noch nicht realisiert werden. Im Bereich der großen Bundesstraßenprojekte liegt mit der Bedarfsfeststellung ein zehnjähriges Bauprogramm in Abstimmung mit dem Bundesministerium vor. In dieses Programm konnten elf Projekte aufgenommen werden. Alle weiteren in der Liste enthaltenen größeren Projekte konnten leider auf Grund der budgetären Vorgaben nicht in die zehnjährige Bedarfsfeststellung aufgenommen werden. Für die kleineren Maßnahmen (Kleinbaumaßnahmen) wurden seitens der Bundesstraßenverwaltung ein mittelfristiges Bauprogramm erarbeitet, welches die notwendigen Budgetdotierungen dokumentiert. Allerdings muss angemerkt werden, dass im Zuge der bevorstehenden Veränderung der Bundesstraßen die dem Land Steiermark zustehenden anteiligen Budgetmittel noch nicht feststehen, so dass ein Realisierungszeitpunkt der im Antrag genannten Baulose nach heutigem Stand nicht mitgeteilt werden kann. Eine Realisierung kann aber voraussichtlich nur mittel- bis langfristig in Aussicht gestellt werden. Für die Landesstraßen wurde seitens der Landesstraßenverwaltung ebenfalls ein mittelfristiges Bauprogramm mit entsprechender Prioritätenreihung in vier Stufen erarbeitet. Bei Fortschreibung der derzeitigen Budgetsituation konnten 24 Baumaßnahmen in Stufe eins (Realisierung in den nächsten zwei Jahren) berücksichtigt werden. Die restlichen angeführten Maßnahmen konnten leider nur in den Prioritätsstufen zwei bis vier berücksichtigt werden. In der Ausschusssitzung am 4. Dezember 2001 wurde darüber hinaus ein Minderheitsantrag der SPÖ-Abgeordneten gestellt. Ich darf den Minderheitsbericht auch vorbringen. Bei den Beratungen des vorerwähnten Antrages im Ausschuss für Infrastruktur haben die obgenannten Abgeordneten Folgendes beantragt: Am 18. April 2001 wurde unter obiger Einl.-Zahl ein Antrag eingebracht, der wie folgt begründet wurde: Für einen guten Wirtschaftsstandort ist die verkehrsmäßige Erschließung von besonderer Bedeutung. Wenngleich die Steiermark über ein gutes hochrangiges Straßennetz verfügt, gibt es jedoch immer noch zahlreiche dringend notwendige Bundes- und Landesstraßenprojekte, die zum Teil schon seit Jahren auf ihre Realisierung warten. Es sind dies 51 Bundesstraßenprojekte und 56 Landesstraßenprojekte. Sowohl der Antrag als auch die von der Landesregierung dazu erstellte Stellungnahme sind absolut unbefriedigend.

Erstens: Zum Antrag, Einl.-Zahl 313/1: Die im Antrag enthaltene Auflistung von als dringend notwendig bezeichneten Straßenbauprojekten ist nach Rücksprache mit vielen regional vor Ort politisch Verantwortlichen als absolut lückenhaft zu bezeichnen. Absolut unverständlich ist, dass in der Auflistung kein einziges Bauprojekt in der Stadt Graz enthalten ist. Dass es in Graz derzeit kein einziges dringendes Bundes- beziehungsweise Landesstraßenbauprojekt gibt, ist schlicht undenkbar und falsch. Oben genannte Recherchen bei den regionalpolitisch Verantwortlichen haben ergeben, dass aus deren Sicht zumindest noch folgende weitere Projekte als dringend zu realisieren einzustufen sind und in die Liste des Antrages aufgenommen werden sollen (Liste wurde nicht darauf geprüft, ob möglicherweise Zuständigkeiten der Gemeinden betroffen sind). Es sind dann die dringlichen Projekte nach Bezirken aufgelistet.

Zweitens: Zur Stellungnahme, Einl.-Zahl 313/2: Die vorgelegte Stellungnahme geht in keiner Weise auf die Forderung des Antrages, „ein verbindliches und exakt terminisiertes Dringlichkeits- und Ausbaukonzept – sowohl für Bundes- als auch Landesstraßen – bis Dezember 2001 vorzulegen“ ein. Die Formulierungen sind nur darauf ausgerichtet zu verteidigen, warum welche Baumaßnahmen auf Grund der von den ÖVP-FPÖ-Mehrheiten im Bund und Land gekürzten Budgetmittel nicht möglich sind. Ein offensiver Ansatz, um die für die steirische Infrastruktur schädlichen Budgetkürzungen und die damit verbundenen negativen Auswirkungen auf den steirischen Arbeitsmarkt rückgängig zu machen und Ideen, wie die Finanzierung dieser wichtigen Projekte möglich ist, fehlen leider zur Gänze. Dieser Antrag wurde vom Ausschuss für Infrastruktur nicht angenommen. Ich stelle daher den Antrag namens des Ausschusses für Infrastruktur, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 313/1 der ÖVP-Abgeordneten, betreffend Straßeninfrastruktur in der Steiermark, soll zur Kenntnis genommen werden. Ich ersuche um Annahme und danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 18.15 Uhr.)

Präsident: Da keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir, meine Damen und Herren, zur Abstimmung.

Es gibt hiezu zwei Abstimmungen, nämlich über den Minderheitsbericht der SPÖ und dann über den Bericht des Berichterstatters.

Die Damen und Herren, die dem Minderheitsbericht der SPÖ betreffend Straßeninfrastruktur in der Steiermark ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich ebenfalls um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

33. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 539/1, der Abgeordneten Wiedner, List, Kröpfl und Detlef Gruber, betreffend Ausbau und Erweiterung der HTBLA in Kaindorf an der Sulm.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (18.15 Uhr): Ich darf berichten über den Antrag, betreffend Ausbau und Erweiterung der HTBLA in Kaindorf an der Sulm. Es gab hiezu einen Landtagsbeschluss vom 18. Mai 1999, wo die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wurde, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, insbesondere bei den Bundesstellen vorstellig zu werden, damit ein möglichst rasch angemessener Ausbau der HTBLA erfolgen kann, da jährlich mehr als 400 Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden wollen, aber aus Platzgründen nur weniger als die Hälfte der Bewerber aufgenommen werden konnten. An dieser Situation hat sich bis heute wenig geändert.

Daher wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, dass die für den Ausbau der HTBLA Kaindorf erforderlichen Mittel bereitgestellt werden und dafür zu sorgen, dass die Erweiterung der HTBLA Kaindorf vorangetrieben wird. Ich bitte um Annahme. (18.17 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Christa Koller. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Koller (18.17 Uhr): Frau Landeshauptmann! Meine Damen und Herren!

Zuerst freue ich mich einmal sehr, dass aus meinem Heimatbezirk der Männergesangsverein uns heute die Weihnachtslandtagssitzung verschönert und ich möchte Sie diesbezüglich recht herzlich begrüßen. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum Tagesordnungspunkt 33 möchte ich einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Koller, Tschernko und Wiedner, betreffend dislozierte Klassen der HTBLA Kaindorf in Arnfels, einbringen.

Aus Platzgründen können in der HTBLA Kaindorf nur weniger als die Hälfte der Bewerber aufgenommen werden. Sinnvoll wäre eine dislozierte Unterrichtsführung der HTBLA Kaindorf, Fachrichtung Mechatronik, am Standort der Landesberufsschule in Arnfels. Dies auch auf Grund der guten Kooperation der genannten Schule mit Firmen von Weltrang, wie die Anstalt für Verbrennungsmotoren List, Daimler Chrysler Eurostar Automobilwerk, Steyr Fahrzeugtechnik, Tesma und Volvo. Bereitstellungen dazu wurden bereits von der Marktgemeinde Arnfels und der Landesberufsschule für Kfz-Mechanik und Kfz-Elektrik Arnfels offeriert. (Präsident Purr: „Ich ersuche um Ihre Aufmerksamkeit!“) Die Schule hat derzeit nur einen Auslastungsgrad im Werkstätten- und Laborbereich von 31 Prozent, im Klassenbereich von 50 Prozent. Derzeit wohnt bereits ein Großteil der Schüler der HTBLA Kaindorf im Jugendgästehaus in Arnfels. Die Ansiedlung dislozierter Klassen in Arnfels wäre außerdem ein Beitrag zur Stärkung der Grenzregion.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, dass diese die Möglichkeiten für die Einrichtung dislozierter Klassen der HTBLA Kaindorf in Arnfels schafft. (Beifall bei der ÖVP. – 18.19 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung, eine weitere Wortmeldung liegt nämlich nicht vor.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und der FPÖ, betreffend dislozierte Klassen der HTBLA Kaindorf in Arnfels, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Auch hierzu stelle ich die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen damit zum Antrag, Einl.-Zahl 659/1:

34. Antrag, Einl.-Zahl 659/1, der Abgeordneten Hagenauer, Lechner-Sonnek und Mag. Zitz, betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum steirischen Baukartell.

Gemäß Paragraph 18 a LRH-VG in Verbindung mit Paragraph 31 GeoLT kann der Landtag in Angelegenheiten des selbstständigen Wirkungsbereiches Untersuchungsausschüsse einsetzen.

Der beiliegende Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen: zur Klärung der Geschäftsführung der Landesregierung im Zusammenhang mit Preisabsprachen im Bereich des Baus und der Sanierung steirischer Landesstraßen, zur Klärung der Geschäftsführung der Landesregierung im Zusammenhang mit Preisabsprachen im Bereich des Landeshochbaus und des geförderten Wohnbaus, zur Klärung der Geschäftsführung der Landesregierung im Zusammenhang mit Preisabsprachen im ländlichen Wegebau wird ein Untersuchungsausschuss, bestehend aus den im Landtag vertretenen Parteien im Verhältnis drei zu drei zu zwei zu eins eingesetzt.

Dazu gibt es keinen Berichterstatte.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hagenauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hagenauer (18.21 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptfraustellvertreter! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer!

Das ist jetzt kein Thema für einen Knabenchor. Das Baukartell in der Steiermark ist – auch wenn es heute schon etwas in der Tageszeit fortgeschritten ist und wenn wir die letzte Sitzung vor Weihnachten haben, doch ein bitterernstes. Ich werde mich trotzdem kurz fassen, aber nur im ersten Satz, damit Sie wissen, worum es geht. In der Steiermark werden im Jahr 30 Milliarden Schilling vergeben im Zuge von öffentlichen Aufträgen insbesondere im Baubereich. Und in dem jetzt zu Ende gegangenen Prozess gegen ein steirisches Baukartell hat sich herausgestellt – und das ist jetzt endgültig –, dass hier durch Preisabsprachen, durch illegale Aufschläge von 10 bis 30 Prozent getätigt wurden von Firmen, die nicht irgendwelche waren, sondern die die Creme der heimischen Bauwirtschaft darstellen: TEERAG-ASDAG als Kartellführer, die Allgemeine Baugesellschaft PORR, die STUAG, die ALLBAU, GRANIT. Also Unternehmen aus dem Haselsteiner-Imperium über die TEERAG-ASDAG praktisch die gesamte Bauwirtschaft – mit wenigen Ausnahmen, es gibt einige Ausnahmen, wie die AST – ein Großteil der heimischen namhaften Bauwirtschaft. Das war erstmalig in Österreich. Nicht nur, dass es also derartig Prominente und in allen Baubereichen – nicht nur im konkreten Fall, wo es nämlich um Brückensanierung gegangen ist, sondern in allen Tiefbaubereichen und vielen Hochbaubereichen tätige Firmen erwischt hat beziehungsweise es ihnen nachgewiesen werden konnte, dass sie illegale, das heißt kriminelle Handlungen, Preisabsprachen tätigen. Das wäre übrigens – Herr Kollege Lafer – ein guter Beitrag, auch gegen das organisierte Verbrechen im Lande vorzugehen, einen derartigen Untersuchungsausschuss zu unterstützen. Nicht nur, dass es also berühmte Firmen erwischt hat, sondern es sind auch sehr deutliche Urteile gesprochen worden. Und es ist in den Urteilen sehr deutlich begründet worden, dass etwa eine Argumentation, man habe ohnehin nur das Beste gewünscht zum Wohle aller, man verdiene ohnehin nichts in der Bauwirtschaft, es bliebe ohnehin nichts übrig, dass da das Gericht sehr klar geurteilt hat und gesagt hat, liebe Freunde, ihr habt euch abgesprochen. Ihr habt die Ausschreibungen umgangen, ihr habt die Ausschreibungen manipuliert und daher ist das schwerer Betrug und illegale Kartellbildung und Ende. Das ist also das Urteil. Jetzt muss ich an dieser Stelle noch einmal kurz etwas festhalten, weil das ist aus meiner Sicht sehr wichtig, was die Verantwortlichen damals gesagt haben, weil dem werden wir in Zukunft auch immer wieder begegnen. So hat etwa der Sprecher der Österreichischen Bauindustrie und PORR-Chef ausdrücklich davon gesprochen, dass es sich hier um glatten Mumpitz handle. Und er hat weiters gesagt, wenn irgendwo ein Tatbestand gesetzt wurde, was man im Kleinen nie ausschließen kann, dann muss das selbstverständlich geahndet werden. Dafür gibt es die Justiz. Aber das Geschrei von einem Kartell von Millionenschäden ist völlige Illusion. Dass es das Kartell nicht gäbe, habe man bereits nachgewiesen, das ist heiße Luft. Dennoch werden wir immer wieder mit diesen Vorwürfen konfrontiert. Der Informant, der Mensch, der letztlich die Grundlage dieses Verfahrens geliefert hat, ist als Phantast abqualifiziert worden und bis tief hinein in seinen persönlichen Bereich mit Methoden verfolgt worden, die jeder Beschreibung spotten. Was ist jetzt in dieser Situation zu tun? Ich möchte dazu kurz zwei maßgebliche Politiker des Landes zitieren: Die Frau Landeshauptfrau Klasnic, die seinerzeit erklärt hat, sie kann einem Vorschlag nach Einsetzung einer Enquete viel abgewinnen. Es sollen sich aber zuerst die Klubs zusammensetzen, um der Sache nachzugehen. Herr Landesrat Ressel hat gesagt, wenn sich bei den Prozessen etwas ergeben habe und das ist inzwischen eingetreten, könne man die Frage nach der politischen Verantwortung stellen. Die Freiheitliche Partei hat seinerzeit unserem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ausdrücklich zugestimmt beziehungsweise hat auch jenem der Liberalen auf Querschnittsprüfung aller Vergabevorgänge im Lande zugestimmt. Was ist also aus unserer Sicht jetzt zu tun? Primär geht es um genau das, was seinerzeit schon von den Verantwortungsträgern auch unbestritten war, dass es nämlich eine strafrechtliche Relevanz gibt und eine politische. Es ist diese unsere Aufgabe der politischen Verantwortung mit dem Ende eines Strafprozesses nicht erledigt. Wir haben die Arbeit und die Verantwortung über riesige Summen zu tragen, die in dem Land ausgegeben werden – ich habe schon von den 30 Milliarden Schilling gesprochen. Wir können auch nicht heute in der Landtagssitzung immer wieder von Einsparungsmaßnahmen sprechen, und zwar zum Beispiel von oft sehr schmerzlichen Kürzungen im Sozialbereich, wo es um ein- und zweistellige Millionenbeträge geht und dann bei einem Thema, wo es um Milliarden geht, einfach zur Tagesordnung übergehen. Jetzt will ich nicht unbedingt direkt unterstellen, dass es hier im Lande politische Verantwortungsträger seinerzeit gegeben hat, das war Mitte der neunziger Jahre, denn in dieser Zeit sind diese Vorfälle passiert, ich will, wie schon gesagt, nicht unterstellen, dass es direkte politische Verfilzung gibt und im Sinne einer Einflussnahme gegeben hat, dass diese oder jene Firma den Auftrag bekommen muss. Eines steht für mich völlig fest und damit allein wäre ein derartiger Untersuchungsausschuss durchaus zu begründen, es ist die Frage zu stellen, wie ist es möglich gewesen, dass sich ein Kartell derartig frech und in derartig präpotenter Art und Weise, indem es sogar Protokolle angefertigt hat von den eigenen internen Absprachen, so sicher gefühlt hat? Wie ist es denn möglich gewesen, dass man das über derartig viele

Jahre gemacht hat? Das kann ja nicht nur kriminelle Energie sein und das unterstelle ich den Baumanagern noch am allerwenigsten. Ich vermute vielmehr etwas anderes, nämlich die Herrschaften waren sich sehr sicher. Diese Frage ist zu klären und diese Frage kann man nur in einem Untersuchungsausschuss klären, weil die politische Verantwortung bleibt immer bestehen: Entweder war das Land völlig ahnungslos, dann hat irgendjemand die Verantwortung zu übernehmen, oder es war schlimmer, man hat im Grunde genommen von diesen Vorgängen gewusst und wollte es nicht wissen und hat einfach die Dinge so laufen lassen, bis dann die Sache hochgegangen ist, wie wir das jetzt zur Kenntnis nehmen müssen. Ich komme daher bereits zum Schluss meiner Ausführungen und stelle den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, wie ihn auch Herr Präsident bereits verlesen hat. Ich bitte um Ihre Zustimmung. (Beifall bei den Grünen. – 18.30 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Es liegt mir keine Wortmeldung vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum steirischen Baukartell ihre Zustimmung geben, ersuche ich nunmehr um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft. Meine Damen und Herren! Da die heutige Sitzung die letzte vor dem unmittelbar bevorstehenden Weihnachtsfest und dem Jahreswechsel ist, möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, den Mitgliedern der Landesregierung, den Damen und Herren Abgeordneten dieses Hauses, den Mitarbeitern der Klubs und dem Stenographischen Dienst an dieser Stelle die besten Wünsche für das bevorstehende Weihnachtsfest auszusprechen, Glück und Erfolg für das zweite Jahr dieses Jahrtausends und nicht zuletzt viel Gesundheit zu wünschen. Ich bitte Sie aber dennoch, die Plätze nicht zu verlassen, da uns über Veranlassung des Herrn Abgeordneten Detlef Gruber der MGV Ehrenhausen unter der Leitung von Herrn Wolfgang Puchtler zwei Lieder zum Vortrag bringen wird. Ich bitte nun um die Darbietung. (Allgemeiner Beifall. – Gesang des Männergesangsvereines Ehrenhausen und Ansprache von Herrn Chorleiter Wolfgang Puchtler.)

Präsident: Danke sehr. Ich wünsche auch Ihnen im Namen des Hohen Hauses alles Gute.

Die nächste Sitzung des Landtages wird auf schriftlichem Weg einberufen.

Die Sitzung ist beendet. (Ende der Sitzung: 18.47 Uhr.)